

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

DIETRICH GEYER

Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland

LUDOLF HERBST

Integrationstheorie und europäische Einigung

OTMAR JUNG

Organisierter Pazifismus in der Endphase der Weimarer Republik

ZDENEK ZOFKA

Josef Mengele
Zur Typologie eines NS-Verbrechers

DOKUMENTATION

Neue Quellen zum Eintritt Chinas in den Koreakrieg
(Bernd Bonwetsch/Peter M. Kuhfus)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 0 89/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Dietrich Geyer</i>	Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland	147
<i>Ludolf Herbst</i>	Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947–1950 . .	161
<i>Otmar Jung</i>	Organisierter Pazifismus in der Endphase der Weimarer Republik. Spaltung und Rekonstruktion . .	207
<i>Zdenek Zofka</i>	Der KZ-Arzt Josef Mengele. Zur Typologie eines NS-Verbrechers	245

DOKUMENTATION

<i>Bernd Bonwetsch/Peter M. Kubfus</i>	Neue Quellen zum Eintritt Chinas in den Koreakrieg (Juni–Oktober 1950)	269
----------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------	-----

BIBLIOGRAPHIE		97
-------------------------	--	----

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80.
Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1986: Einzelheft DM 18,-; Jahresabonnement DM 55,20, für Studenten DM 43,20 (jeweils zuzüglich Versandkosten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 41,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen. Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, 8853 Wemding

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Instituts für Zeitgeschichte bei

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

34. Jahrgang 1986

Heft 2

DIETRICH GEYER

OSTPOLITIK UND GESCHICHTSBEWUSSTSEIN IN DEUTSCHLAND*

Stuttgart ist kein schlechter Platz, um über Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland zu reden. Hier, in der Stadt und im Land ringsum, gibt es viele Zeugnisse und Erinnerungen, die dazu verführen könnten, mein Thema in der württembergischen Landesgeschichte sozusagen aufzuheben – ich möchte nicht sagen: im Hegelschen Verstande, denn das hieße, den Lokalpatriotismus übertreiben. Zu denken wäre vorab an die, die im 18. und 19. Jahrhundert als bäuerliche Kolonisten, Handwerker, Gelehrte, auch als Soldaten nach dem Osten und Südosten gingen. Zu denken wäre an die Katharinenstraßen, die Olgastraßen, Olgahöhen, Olgahaine, die Württemberg noch heute überziehen – Spuren aus einer Zeit, in der Stuttgart noch Prinzessinnen aus Rußland bezog und zwei von ihnen gar zu Königinnen machte: Ostpolitik als Heiratspolitik, in die Familiengeschichte der Herrscherhäuser eingelassen. Und eine Kaiserin aus Württemberg gab es in Rußland natürlich auch: Marija Fjodorovna, Prinzessin Sophie Dorothée, Tochter des Herzogs Friedrich Eugen, Gemahlin des unglücklichen Kaisers Paul, Mutter zweier Zaren, Alexanders I. und Nikolajs I., Mutter auch der württembergischen Königin Katharina, die als Gemahlin Wilhelms I. nach Stuttgart kam¹.

Ungleich wichtiger aber wäre, das liberale Württemberg in Erinnerung zu rufen, Württemberg im Vormärz als Zentrum deutscher Polenschwärmerei und Russenangst. Die russischen Diplomaten und Agenten damals in Stuttgart kannten die aufässigen Köpfe im Lande genau, auch verdächtige Professoren und Studenten der Tübinger Universität, ja sie kannten sie mitunter besser, als es der hiesigen Polizei eigentlich hätte lieb sein dürfen. Und später dann waren sogar die neuen, die im Weberschen Sinn modernen Revolutionäre hier: Lenins berühmtes Pamphlet „Was tun?“ erschien in russischer Sprache 1902 im Stuttgarter Verlag von J. W. H. Dietz Nachf., im Parteiverlag der deutschen Sozialdemokratie, und 1911 war Lenin hier sogar in eine (wie man heute sagen würde) Parteispendenaffäre verwickelt, die ihn nach Sillenbuch zu Clara Zetkin führte².

* Unveränderte Wiedergabe eines Vortrags, der am 29. August 1985 im Rahmen einer vom Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart und vom Verband der Historiker Deutschlands veranstalteten Vorlesungsreihe zum 16. Internationalen Historikerkongreß in Stuttgart gehalten wurde.

¹ Reiche Angaben bei Robert Uhlend (Hrsg.), 900 Jahre Haus Württemberg. Leben und Leistung für Land und Volk, Stuttgart 1984, S. 282 ff. passim.

² Hans Roos, Die Tübinger Romantik und die Polen. Ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Konspiration, in: Tübinger Blätter 45 (1958) S. 33–54; zu Lenins „Parteispendenaffäre“: Dietrich Geyer, Kautskys russisches Dossier, Frankfurt 1981.

Aber nicht nur in der guten alten Zeit, auch in den Jahren, die uns näher liegen und deren Probleme uns noch auf den Nägeln brennen – auch nach 1945 ist Stuttgart, ist der deutsche Südwesten an den Ostproblemen beteiligt geblieben. Seit 1951 ist diese Stadt Sitz der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde; das noch jetzt geschäftsführende Vorstandsmitglied dieser Gesellschaft, Dr. Hans Schumann, war dreißig Jahre lang Kulturdezernent der Stadt Stuttgart. Hier hat Klaus Mehnert gewirkt. Hier gibt es das Institut für Auslandsbeziehungen, das wichtige Quellen zur Geschichte der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa aufbewahrt – Erinnerungen daran, daß das arme Württemberg einst Zentrum deutscher Auswanderung gewesen ist, ein Zentrum auch, wo sich anschaulich machen läßt, wie deutsche Ostpolitik – nach den Zwangsumsiedlungen, den Menschenvertreibungen und Menschenvernichtungen des Zweiten Weltkrieges – auf die Deutschen zurückschlug, wie Ostpolitik zum Massenschicksal wurde, millionenfach erfahren und erlitten, und erlitten von den Deutschen bekanntlich nicht allein. Betroffen waren alle Völker des europäischen Ostens – einige, wie die Juden, so unwiederbringlich betroffen, daß von ihnen dort kaum Spuren mehr zu finden sind. Deutsche Ostpolitik war hier so gründlich, daß von den Juden niemand übrig blieb, der hernach, wie es die Deutschen taten, Heimatrecht im Osten hätte einklagen können³.

Ostpolitik als Große Politik, als innerdeutsche Politik, als kollektive Erfahrung: aus der Vielfalt historischer Bezüge greife ich nur ganz wenige Aspekte heraus – historische Aspekte, versteht sich, nicht solche, die die Ostpolitik der Bundesrepublik oder die der DDR unmittelbar betreffen. Aber auch die Vergangenheit bleibt ja doch oft in eigentümlicher Weise aktuell, und gerade das mag hier der Fall sein. Konzentrieren werde ich mich auf Ostpolitik als Teil der deutschen Bewußtseinsgeschichte, das heißt: ich frage nach Spuren, die der Umgang mit den Ostproblemen im Bewußtsein der Deutschen hinterlassen hat, nach Vorstellungen und Begriffen, auch nach fixen Ideen, die die Deutschen in der Auseinandersetzung mit diesen Problemen von sich selber und von den anderen gewonnen haben⁴. Dabei geht es um Sachverhalte von langer Dauer und um Wirkungen bis in unsere Gegenwart hinein.

Ein solcher Tatbestand von langer Dauer wird sofort deutlich, wenn man sich klar macht, daß Ostpolitik (von welchem deutschen Standort her auch immer) in neuerer Zeit vor allem Rußlandpolitik gewesen ist. Deutsche Ostpolitik war seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert vor allem auf Rußland zentriert, und das war eine folgenreiche Sache – freilich keine, die von den Deutschen alleine abhängig gewesen wäre. In

³ „Armes Württemberg“: Wolfgang von Hippel, *Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur württembergischen Auswanderung und Auswanderungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1984; *Ostpolitik als Massenschicksal vierzig Jahre danach*: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Frankfurt 1985; zur Judenvernichtung vgl. die Forschungsbilanz von Hans Mommsen, *Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 381–420.

⁴ Günther Stöckl, *Osteuropa und die Deutschen. Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft*, 3. durchges. und erweit. Aufl. Stuttgart 1982.

dieser Fixierung drückt sich die Konstanz, die Kontinuität der russischen Großmacht aus, die Dauerhaftigkeit des Russischen Imperiums auch über den Umbruch der Revolutionen hinweg, bis zu den Metamorphosen hin, die dieses Imperium in den letzten siebzig Jahren unter kommunistischer Herrschaft erfahren hat.

Zur dominierenden Kraft im Osten Europas (im Norden, wie man damals noch sagte) war der Moskauer Staat unter Peter dem Großen aufgestiegen – dank der neuen Staatsmaschine, dank des neuzeitlichen petrinischen Militär- und Steuerstaats, dank der russischen Siege im Nordischen Krieg. Zu den Voraussetzungen des russischen Machtaufstiegs gehörte das Ende der schwedischen Vormacht an der Ostsee und gehörte vor allem auch die russische Hegemonie in Polen: Polen-Litauen, diese weiträumige Adelsrepublik im Osten, hatte den Zarenstaat bisher an der Peripherie Europas festgehalten. Mit dem Verfall dieser spätmittelalterlichen Reichsbildung, mit dem Niedergang Polens, begann die Dauerpräsenz Rußlands in der europäischen Politik und in den deutschen Angelegenheiten zumal⁵.

Die russische Dauerpräsenz in Deutschland ist für das 18. Jahrhundert in den Einzelheiten hier nicht darzustellen. Ich erinnere nur daran, daß im Nordischen Krieg die Truppen Peters in Pommern und Sachsen, in Mecklenburg und Holstein standen. Ich erinnere an den Siebenjährigen Krieg, an die russische Okkupation Ostpreußens und an die Besetzung von Berlin 1760, an das *Miraculum* des Hauses Brandenburg, an die russischen Eingriffe in den preußisch-österreichischen Dauerkonflikt, an die Intervention Katharinas der Zweiten in den bayrischen Erbfolgekrieg und so fort. Ich denke an die machtvolle Rolle, die russische Armeen in Deutschland spielten, seit das revolutionäre Frankreich über seine Grenzen trat und Napoleon weite Teile Europas umzustürzen begann. Wenig später dann, in den Befreiungskriegen und in der Restaurationszeit, ist Rußland in Deutschland in wechselnden Rollen aufgetreten: Alexander I., gefeiert als der Befreier der Völker, als „Liberator der braven Deutschen“. Sein Bruder und Nachfolger, Kaiser Nikolaj I., galt zwischen dem Polenaufstand und der Olmützer Punktation, zwischen 1830 und 1850, für alle Liberalen und Demokraten als Inbegriff der Reaktion und Despotie, für die Konservativen war er Hüter der monarchischen Legitimität, Unterpfand dafür, daß Deutschland nicht in Chaos und Anarchie versinke.

Rußland als Element der deutschen Binnengeschichte, als Bestandteil der Begriffe, die die Deutschen von sich selber und von den anderen hatten: in diesem einschneidenden Sinn ist Rußland erst verhältnismäßig spät ins Bewußtsein des breiteren Publikums in Deutschland eingetreten, dann freilich geschah das nachhaltig und dauerhaft. Nach den Befreiungskriegen waren es die Jahre des sogenannten Vormärz, sodann die 1848er Revolution mit ihren Nachwirkungen, von denen stärkste Anstöße ausgegangen sind. Erst jetzt, während der Restaurationszeit, wurde das Zarenreich,

⁵ Erhellendes über den Begriffswandel bei Hans Lemberg, Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom „Norden“ zum „Osten“ Europas, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N. F. 33 (1985), S. 48–91; Zusammenfassung des Forschungsstandes: *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Bd. 2: Vom Randstaat zur Hegemonialmacht, hrsg. von Klaus Zernack, Stuttgart 1981 ff. (Lieferungen 1–5).

in Abwehr oder Zuwendung, zum Dauerthema öffentlicher Debatten. Russophobie und Russophilie, Russenhaß und Russenliebe, gewannen Bekenntnischarakter, fungierten als Erkennungszeichen, erhielten einen innerdeutschen Gebrauchswert, der der nüchternen Analyse wenig zuträglich war. Denn nicht Rußland, sondern eine ausgedachte Ordnung wurde vorgeführt, Rußland als Metapher für Grundfragen der Verfassungs- und Gesellschaftsform in Deutschland⁶.

Faustregel war: Wer die Russen schmäht, wer an ihnen keinen guten Faden läßt, wer in Rußland die Inkarnation von Despotie und Barbarei erkennt, das Bollwerk der Reaktion, in Kaiser Nikolaj den Gendarm Europas, den „Henker der edlen polnischen Nation“ und so fort – der gehört ins Lager der Freiheit, der bürgerlichen wie der deutschen Freiheit, der will das Vaterland bewahrt sehen vor der Herrschaft der Knute und vor Sklaverei, der steht für die Volksrechte ein, für das Recht der Nation, kämpft gegen die Mächte der Beharrung, der Finsternis, gegen Fürstenwillkür und Untertanengeist, mit anderen Worten: gegen die „russische Partei“ mitten unter uns. Und auf der anderen Seite der Barrikade galt: Wer Rußland und die Russen verteidigt, wer gar Lobenswertes an ihnen findet, der gehört (im Verständnis eben dieser Verteidiger) ins Lager der monarchischen Legitimität, der gottgewollten Ordnung, der bewahrenden, der konservativen Kräfte, zu denen also, die gegen den „falschen Schein“ der Freiheit sind, gegen die dämonischen Mächte der Revolution, gegen Chaos und Anarchie, gegen die Despotie der Masse, gegen Doktrinäre, Demagogen, Franzosenfreunde, gegen „entdeutsche“, „verwälschte“ und „halbverjudete Philister“. So las man's in der Kreuzzeitung 1853.

Kein Zweifel freilich, daß in der binnendeutschen Rußlanddebatte der Haß stärker als die Liebe war. Nicht konservative Russensympathie, sondern liberale und demokratische Russophobie prägte die Maßstäbe und die Begriffe. Und diese waren auf schärfste Kontraste angelegt. Hier, in Deutschland, die Tugenden der Bürgerwelt: Kultur, Zivilisation, Fortschritt, Freiheit, Herrschaft des Rechts; dort, in Rußland, die Merkmale asiatischer Barbarei, orientalische Despotie, Willkür, Eroberungsgeist, Expansion – kulturverschlingende Expansion in Permanenz; hier, in Deutschland: Individualität, Ehrbarkeit, Fleiß, Sparsamkeit, Reinlichkeit, Enthaltbarkeit und dergleichen; dort, in Rußland: Grausamkeit, Triebhaftigkeit, Trunksucht, Schmutz und ähnliche gräßliche Eigenschaften mehr. Viele Einzelteile dieser Klischees ließen sich aus der älteren Literatur zusammensetzen, schon aus der Rußlandliteratur des 16. und 17. Jahrhunderts, auch aus der der Aufklärung und natürlich aus der antirussischen Publizistik der französischen Revolution. Der junge Joseph Görres hatte 1798 die Gefahr der russischen Welt-Despotie beschworen, und viele taten es ihm nach, Rußland ein barbarischer Koloß – „aus Schnee, Eis und Blut zusammengeknetet“⁷.

⁶ Hierzu und zum Folgenden: Dieter Groh, *Rußland und das Selbstverständnis Europas*. Ein Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte, Neuwied 1961; Peter Jahn, *Russophilie und Konservatismus. Die russophile Literatur in der deutschen Öffentlichkeit 1831–1852*, Stuttgart 1980.

⁷ D. Groh, *Rußland*, S. 87; gute Forschungsübersichten über die ältere deutsche Rußlandliteratur: *Russen und Rußland aus deutscher Sicht*, hrsg. von Mechthild Keller, München 1985.

Und überall berief man die Beweiskraft der Geschichte: Man verwies auf den Einfall Ivans des Schrecklichen in Livland, auf die Moskowiterfurcht damals, verwies auf den vermeintlichen Endzweck russischer Machtpolitik, auf das angebliche Testament Peters des Großen (eine Erfindung polnischer Emigranten), auf Projekte Katharinas der Zweiten, auf den ungehemmten Expansionstrieb der Russen, einen auf Weltherrschaft versessenen Drang – Expansion als Naturgesetz russischer Geschichte. Solche klischeierten Vorstellungen, zum Geschichtsgesetz hochstilisiert, geistern durch die Kremlastrologie noch heute. Ein deutscher Professor hat vor 1914 einmal ausgerechnet, daß Rußland seit Peter dem Großen pro Tag um 90 Quadratkilometer gewachsen sei⁸.

An Material, aus dem die Waffen der Russophobie geschmiedet wurden, fehlte es also nicht. Aber anders als im 18. Jahrhundert, das noch auf den aufgeklärten Herrscher setzte, wurde jetzt, im 19., zwischen Herrschaftsform und Volkscharakter nicht mehr unterschieden. Es gab kein anderes, kein besseres Rußland, gab keine Hoffnung, es sei denn den Krieg: den Entscheidungskampf zwischen Freiheit und Despotie, Rußland und Europa, Ost und West, zwischen Germanentum und Slawentum. Dieser entscheidende Kampf schien mit dem Krimkrieg angebrochen zu sein, und die öffentliche Stimmung drängte denn auch auf den Kriegseintritt Preußens und Österreichs an der Seite der Westmächte.

Das Bild von der Einheit zwischen Zar und Volk galt im übrigen auch im konservativen Milieu. Die Konservativen, die „Berliner Ukasuisten und Knutologen“, machten aus Rußland das Idealbild einer Welt, die, wie sie meinten, heil geblieben sei, die Revolution, Pauperismus, Proletarisierung, Sozialismus, Kommunismus, die „eiternden Geschwüre“ des modernen Europa nicht zu fürchten habe. Das patriarchalische Rußland hielt August Frhr. von Haxthausen in seinen berühmten Rußlandstudien (1847/52) für den Inbegriff unbeschädigten Lebens, gegründet auf Familie und Gemeinde, auf das zutiefst religiöse Bauernvolk, auf Volksleben, Volksinstinkt und auf die Vollgewalt des Zaren. Rußland habe dem verderbten Westen viel zu sagen⁹.

Diese Ansicht war schon in der Idee der Heiligen Allianz, im Ausstrahlungsfeld Alexanders des Ersten, aufgekommen. Ich erinnere an Jung-Stilling und Franz von Baader; sie hatten sich auf die besondere religiös-politische Sendung der Ostkirche bezogen und Erlösungshoffnungen mit ihr verknüpft. Die Faszination, die von der russischen Religiosität ausging, nährte sich auch später noch, bis in unser Jahrhundert hinein, von Zivilisationsmüdigkeit, Krisenbewußtsein, von der Sehnsucht nach Sinn. Dem entsprach die Bewunderung für die Ursprünglichkeit des russischen Natur- und Seelenmenschen. Der Mythos von der russischen Seele (auch der slawischen Seele) hat hier seinen Ort. Auf diese Gefühlslagen, die Ausdruck des Orientierungsnotstands deutscher Intelligenz gewesen sind, wirkten dann vor allem Tolstoj und Dosto-

⁸ Yorck von Wartenburg, *Weltgeschichte in Umrissen*, 5. Aufl. Berlin 1901, S. 495.

⁹ August von Haxthausen, *Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands*, Bd. 1–2, Hannover 1847, Bd. 3, Berlin 1852; dazu P. Jahn, *Russophilie*, S. 181 ff.

jevskij ein. Rußland weckte Sehnsucht nach neuer Offenbarung und Geborgenheit. Man denke an das Rußlanderlebnis von Rainer Maria Rilke; er ging dann in Worpsewede im Russenhemd und in Tatarenstiefeln und sagte: „proschtschaj“ statt Lebewohl¹⁰.

Weil Europa verdorben und am Ende sei, hat auch Friedrich Nietzsche Rußland gepriesen: Rußland, das Land der Zukunft, „die einzige Macht, die ... Dauer im Leibe hat, die warten kann, die etwas noch versprechen kann – Rußland, der Gegensatzbegriff zur erbärmlichen europäischen Kleinstaaterei und Nervosität,“ – diese Macht müsse „Herr Europas und Asiens“ werden. Solche Verheißung setzte auf die unverbrauchten „jungen Völker“, auf die „Barbaren des 20. Jahrhunderts“, und das ging fort über den Ersten Weltkrieg hinweg. Spuren finden sich bei Oswald Spengler, Max Scheler, finden sich bei Moeller van den Bruck und im Tatkreis, im Milieu der konservativen Revolution und des Nationalbolschewismus von Weimar¹¹.

Derlei Bekundungen der Attraktivität blieben in Deutschland freilich überwiegend literarisch und philosophisch, das heißt: sie blieben im wesentlichen folgenlos. Ungleich stärker war die Tradition der Negativklischees, war – über alle Gegensätze hin – die Konsens stiftende Kraft der Rußlandfeindschaft. Das wirkliche Rußland wurde dafür eigentlich gar nicht gebraucht. Die Urteile hatten sich längst verselbständigt, hatten symbolischen Charakter angenommen. Das zeigte sich besonders plastisch in der Verbindung von Russophobie und Polonophilie, wie sie für den Vormärz-Liberalismus typisch gewesen war. Doch die deutsche Polenliebe, so schwärmerisch sie sich gab, lebte im bürgerlich-liberalen Milieu nicht lang, verlief sich bereits in der Polendebatte der Frankfurter Nationalversammlung, als es nicht mehr bloß um die Begriffe, sondern um die Sachen selber ging¹².

Natürlich war die Russophobie keine exklusiv deutsche Eigenschaft. Das Russenthema war international. Material und Anregung kamen vor allem aus der englischen und der französischen Publizistik. Aber nirgends sonst hat dieses Thema so polarisierend gewirkt wie in Deutschland, nirgends sonst waren die Schablonen so dauerhaft. Von den Gründen, warum dies so war, nenne ich hier nur zwei: Wichtig war erstens, daß, anders als in Frankreich oder England, der Rußlandkomplex in Deutschland sozusagen in der Jugendzeit der bürgerlichen Gesellschaft groß geworden ist, gerade als die politische Kultur des Bürgertums zum erstenmal zu Kräften kam, als sie von altständischen, partikularen, von vormodernen Wertmustern Abschied nahm, um ihr Bewegungsfeld, ihre Identität, ihre neue Freiheit in der Idee des größeren Vaterlandes zu finden: in der Freiheit und Einheit der Nation, im Nationalstaat der Deutschen.

¹⁰ Heinrich Stammler, Wandlungen des deutschen Bildes vom russischen Menschen, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N. F. 5 (1957), S. 271–305; Wolfgang Leppmann, Rilke. Sein Leben, seine Welt, sein Werk, Bern 1981, S. 128 ff.

¹¹ D. Groh, Rußland und das Selbstverständnis Europas, S. 305 ff.; Hans Hecker, Die Tat und ihr Osteuropabild 1909–1939, Köln 1974; Louis Dupeux, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933, München 1985.

¹² Eberhard Kolb, Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: *Saeculum* 26 (1975), S. 111–127.

Und wie der deutsche Nationalstaat (nach einem Wort von Theodor Schieder) „unvollendet“ blieb, so ist der Russenkomplex, der die moderne Nationsbildung in Deutschland begleitet hatte, ein Teil der deutschen Bewußtseinsgeschichte geblieben. Diese Fortwirkung ist nicht verwunderlich. Denn auch in der realen Politik hat es ja keinen Abschied von Rußland und dem Osten gegeben. Es blieb die Nachbarschaft, und es blieb das Faktum, daß die deutsche Geschichte mit dem europäischen Osten verflochten war, ja daß sie in sehr unmittelbarem Sinn Teil an der osteuropäischen Geschichte hatte¹³.

Für die zählebigen Negativklischees war zweitens von Belang, daß das deutsche Nationalbewußtsein von Anfang an in eben diesem Osten weiten Auslauf suchte, eine historische Bestimmung für die deutsche Nation über die eigenen Grenzen weit hinaus. Aus diesem Verlangen kam die Idee von der germanischen Mission im Osten. Sie ging parallel mit der Ausbildung der Russophobie. Herders Slawenvision, die Prognose einer großen Zukunft für die slawischen Völker (Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit) wirkte in Deutschland nicht fort. Ausgangspunkt für den Missionsgedanken war die romantische Zuwendung zum deutschen Mittelalter, war die Entdeckung der mittelalterlichen Ostsiedlung, der Schwertmission der Ordensritter, war deren Deutung als Kolonisationswerk, als historische Kulturtat der Deutschen. Die Germanisierung der Slawen – „geschichtsloser Völker“ – wie Hegel und wie Friedrich Engels sagten – schien gerechtfertigt, im Interesse der Zivilisation zu liegen, entsprach dem Recht der höheren Kultur. Die Deutschen hätten, sagt Friedrich List 1845, dieses Recht auf Kolonisation auch jetzt; sie hätten ihrer „überfließenden Menschenmenge“ in einem neuen Zug nach Osten Raum zu schaffen. Deutsche Kultur, so der Historiker Georg Waitz 1860, hat den „Beruf, sich gegen Osten hin auszubreiten“. „Unser Volk“, so Treitschke zwei Jahre später, ist „Bezwinger, Lehrer, Zuchtmeister unserer Nachbarn“. Tatsächlich war denn auch (das hat Wolfgang Wippermann erst jüngst gezeigt) das Schlagwort vom „deutschen Drang nach Osten“ ein Produkt eben dieser Missionsidee, es wurde in Deutschland erfunden und wurde – von Tschechen, Polen und Russen – an die Deutschen zurückgegeben und in deren eigenes, von Bedrohungsängsten durchzogenes Bild von der deutschen Geschichte eingebaut, in das Stereotyp von der „deutschen Gefahr“¹⁴.

Leicht läßt sich zeigen, daß die Urteilmuster deutscher Russophobie umstandslos, das heißt: ohne Aufwand an Gedankenarbeit, auf die Slawen im ganzen übertragen worden sind. Die Begriffe: russisch, slawisch, oft auch asiatisch, tatarisch, orientalisch

¹³ Hans-Jobst Krautheim, *Öffentliche Meinung und imperiale Politik. Das britische Rußlandbild 1815–1854*, Berlin 1977; Raymond Th. McNally, *Das Rußlandbild in der Publizistik Frankreichs 1814–1843*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 6 (1958), S. 82–169; Klaus Zernack, *Preußen als Problem der osteuropäischen Geschichte*, in: *Moderne preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie*, Bd. 3, Berlin 1981, S. 1061–1622.

¹⁴ Hans Lemberg, *Der „Drang nach Osten“. Schlagwort und Wirklichkeit*, in: *Deutsche im europäischen Osten*, hrsg. von B.-F. Kaiser und B. Stasiewski, Köln 1977, S. 1–17; Wolfgang Wippermann, *Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981.

– waren austauschbar. Dabei wirkte die Überzeugung kultureller Überlegenheit als Gegengewicht, als Widerhaken gegen die Furcht. Kraftsimulation und Angst gehen bekanntlich eng zusammen. Das Überlegenheitsgefühl dämpfte die Sorge vor der Überflu-

tung, die den Deutschen vom Osten her zu drohen schien, von seiten des Zarenimperiums und des von Rußland aufgeputschten Panslawismus vor allem. Die Kulturträgertheorie half dem nationalen Selbstbewußtsein auf, sie stärkte die Zuversicht, daß im „Weltkampf der Slawen und Germanen“ die „höhere Kultur“ triumphieren werde.

Ich bin auf diese alten Rußland- und Slawenklischees deshalb so ausführlich eingegangen, weil sie über die Generationen hin haften geblieben sind. Dabei hatten sich doch, spätestens seit der Gründung des Bismarckschen Reiches, die machtpolitischen Verhältnisse von Grund auf verändert. Die Gewichte hatten sich gewissermaßen umgekehrt: Deutschland war zu einem Machtfaktor ersten Ranges geworden, Rußland dagegen war seit der Krimkriegeniederlage nachhaltig geschwächt, seine hegemoniale Rolle in den deutschen Angelegenheiten war dahin. Das Zarenreich blieb auf Jahre hinaus mit sich selbst beschäftigt, mit dem Versuch, seinen Entwicklungsrückstand aufzuholen und durch innere Reformen aufs Niveau seiner europäischen Konkurrenten zu kommen. Aber diese Schwächung, die doch zu den Voraussetzungen der Reichsgründung gehörte, wurde in Deutschland kaum registriert. Ins gesellschaftliche Bewußtsein ging sie nicht ein. Auch ein schwaches Rußland weckte Angst¹⁵. Neben der Russophobie wirkte der Superioritätsanspruch gegenüber der slawischen Welt ungemindert fort, ja er wurde nun mit neuem Machtgefühl aufgeladen und durch sozialdarwinistische und völkische Leitbegriffe radikalisiert. Was an konservativer Rußlandorientierung nachgeblieben war, verfiel im Lauf der Zeit.

Wie bekannt, hat Bismarck an die konservativen Traditionen zunächst angeknüpft. Das Bündnis mit Rußland sollte Polen niederhalten, sollte den Zweifrontenkrieg ausschließen, sollte verhindern, daß Österreich-Ungarn mit Rußland aneinander geriet, in einem Krieg, der den Habsburger Vielvölkerstaat im Aufruhr der Slawen womöglich hätte auseinanderbrechen lassen. Das hieß nicht, daß dem Kanzler Rußland als verlässlicher Partner erschienen wäre. Bismarck sah das Zarenreich nicht agrarromantisch verklärt, sondern schon im Vorfeld der Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) zutiefst aufgewühlt. Ihm schien, als habe in Petersburg die Revolution im Ministersessel Platz genommen, in Gestalt einer „roten Partei“, die ein dynamisches Rußland haben wolle, einen, wie Bismarck sagte, „riesigen Bauernstaat, mit Gleichheit ohne Freiheit, aber mit viel Intelligenz, Industrie, Bürokratie, Presse – etwa nach Napoleonischem Muster“. Die Autokratie nicht Stütze der alten Ordnung mehr, sondern den neuen Mächten des Nationalismus preisgegeben, das dynastische Sonderverhältnis von einem aggressiven Panrussismus und Panslawismus ausgehöhlt – das wa-

¹⁵ Maria Lammich, Das deutsche Osteuropa-Bild in der Zeit der Reichsgründung, Boppard am Rhein 1977.

ren Schreckensbilder, die Triebkraft der Bismarckschen Rußlandpolitik geblieben sind¹⁶.

Die gesellschaftliche Basis dieser Politik war schmal. In der nationalistisch aufgelegten Öffentlichkeit, auch in Rußland, trugen die familiären Gefühle der Monarchen nicht weit. Obwohl nun Frankreich für die Deutschen die Rolle des revanchelüsteren Erbfeindes spielte, wurden die Aversionen gegenüber Rußland von immer breiteren Schichten aufgenommen, von einem Großteil der Konservativen und, was wichtiger war, von der deutschen Arbeiterbewegung. Zunächst zu den Vorstellungen, die, zumal seit den achtziger Jahren, im Milieu der Agrarier, im Auswärtigen Amt und im Generalstab um sich griffen: Die Agrarier pflegten das Trauma von der russischen Getreideflut und wirkten als Hebel für die Agrarzölle, später, unter Caprivi, für den Zollkrieg mit den Russen. Die Militärs kultivierten die Ängste vor dem Zweifrontenkrieg. Sie empfahlen den Präventivkrieg gegen Rußland, hofften, einer Situation zuvorzukommen, in der ein militärisch erstarktes Rußland mit einem rachedürstenden Frankreich sich verbände. Der Einkreisungskomplex, der hier aufkam und dem Bismarck im Krisenjahr 1887 noch widerstanden hatte, wuchs mit dem Selbstverständnis der politisch-sozialen Führungsschichten dauerhaft zusammen¹⁷. Was das für den Weg zum Ersten Weltkrieg bedeutet hat, ist hier nicht darzustellen.

Nicht weniger folgenreich war die Übertragung der Russenfeindschaft auf die in der Hochindustrialisierung rasch wachsende deutsche Arbeiterklasse, jedenfalls auf jene Teile der Arbeiterschaft, die ihre politische Orientierung von der Sozialdemokratie empfangen. Dabei hat sich der Russenhaß fortgeerbt, wie er für Marx und Engels in der Tradition des Vormärz charakteristisch gewesen war. In der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung wurde er sozusagen „demokratisiert“. Gewiß, um die Jahrhundertwende schien sich eine Abkehr von den undifferenzierten Klischeevorstellungen anzubahnen. Denn im Vorfeld der russischen Revolution von 1905 entdeckten die deutschen Sozialdemokraten Bündnispartner in Rußland selbst – junges Fabrikproletariat, das im Klassenkampf immer kräftiger zu werden schien. Karl Kautsky meinte 1902, daß sich das Zentrum der europäischen Revolution nach Osten, zu den Slawen hin verlagert habe, und 1904 sprach er davon, daß der Kampf um die Befreiung der Völker Rußlands nicht länger in Warschau, sondern in Petersburg entschieden werde. Die polnische Demokratie sei nicht zu erringen, wenn zuvor die russische nicht errungen wäre¹⁸.

Freilich: die Unterscheidung zwischen Zarismus und Volk saß bei den Sozialdemokraten nicht tief. Im August 1914 kam heraus, wie rasch die alten Vorurteile wieder

¹⁶ Reinhard Wittram, Bismarcks Rußlandpolitik nach der Reichsgründung, in: *Historische Zeitschrift* 186/2 (1958), S. 261–284; ders., Bismarck und Rußland, in: *Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart*, hrsg. von Werner Markert, Stuttgart 1964, S. 17–39.

¹⁷ Fritz T. Epstein, Der Komplex „Die russische Gefahr“ und sein Einfluß auf die deutsch-russischen Beziehungen des 19. Jahrhunderts, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. von I. Geiss und B. J. Wendt, Düsseldorf 1973, S. 143–159.

¹⁸ Helmut Krause, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland, Gießen 1958; Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1921, Berlin 1967.

mobil zu machen waren. Einen Vorschein dessen, was da vor aller Augen trat, hatte es bereits 1891 gegeben, als das Bündnis zwischen Paris und Petersburg tatsächlich zustande gekommen war. August Bebel sagte damals (und er durfte sich des Beifalls von Friedrich Engels sicher sein): „Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, . . . so sind wir ebenso gut und mehr interessiert wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten, um Deutschland, das heißt: uns selbst zu retten und unseren Boden von den Barbaren zu befreien.“¹⁹

Hier bereitete sich ein nationaler Konsensus vor, der im Zeichen der Rußlandfeindschaft Sozialdemokraten und Konservative gleichermaßen umfing. Auch auf konservativer Seite wurde der Gedanke populär, „das slawische Barbarentum endgültig auf sein natürliches Aktionsgebiet, den asiatischen Osten und Südosten, zurückzuwerfen und die westeuropäische Kultur vor panslawischer Vergewaltigung zu sichern“ (v. Bernhardi, 1890). 1892, während der Verhandlungen um die russisch-französische Militärallianz, wurde an der Berliner Universität ein Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte, der erste in Deutschland, eingerichtet und wurde mit einem prominenten Russenhasser besetzt, mit dem Deutschbalten Theodor Schiemann, Leitartikler der Kreuzzeitung, Lehrer an der Preußischen Kriegsakademie, einem Präventivkriegsanhänger, der das Ohr des Kaisers hatte und das von Waldersee und Schlieffen auch. Im Jahr seiner Berufung zum Professor edierte er eines der wütesten antirussischen Pamphlete seiner Zeit, die Tagebuchblätter seines Landsmanns Victor Hehn: „De moribus Ruthenorum. Zur Charakteristik der russischen Volksseele“. Hier, wie auch anderswo, wurde das alte Arsenal der Negativstereotypen nun in neuer Weise aufpoliert; bis zur rassistischen Ausdeutung deutscher Kulturüberlegenheit war es von hier aus nicht weit.²⁰

Jetzt hieß es, daß am Ausgang des großen Kampfes zwischen Slawen und Germanen nicht zu zweifeln sei: Fürchtet Euch nicht, denn der Russe ist minderwertig, von gemeiner Gemütsart, der Trunkenheit und Faulheit verfallen, ohne Intelligenz, unfähig, Eisenbahnen und Maschinenfabriken ohne fremde Hilfe zu betreiben, Rußland – ein Koloß auf tönernen Füßen. Nun wurde, gegen die Interessen des Großkapitals und des deutschen Rußlandgeschäfts, zum Embargo geraten: Kredite, hieß es, pöppelten den russischen Koloß immer wieder auf, hielten ihn künstlich am Leben, lieferten ihm die Fabriken und die Waffen, mit denen im Kriegsfall „Deutschlands Söhne getötet und verstümmelt“ würden. Wer, wie der konservative Berliner Osteuropahistoriker Otto Hoetzsch, dafür warb, den Kopf über dem Nebel zu halten, galt selbst als Gefahr, als „die russische Gefahr im deutschen Hause“ (Johannes Haller). Es war nicht leicht, in Deutschland anders als schlecht von den Russen zu reden.²¹

¹⁹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, S. 285

²⁰ Zur Ideologie der Rußlandfeindschaft: Fritz Fischer, *Der Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 77 ff.

²¹ Johannes Haller, *Die russische Gefahr im deutschen Hause*, Stuttgart 1917; Otto Hoetzsch, *Russische Probleme. Eine Entgegnung auf J. Hallers Schrift*, Berlin 1917.

Der antirussische Konsens lebte mit seinen Widersprüchen. Die Fixierung auf Rußland war auch dafür verantwortlich, daß die Völkerwelt des europäischen Ostens wie eh und je nur äußerst verzerrt, nur in russozentrischer Perspektive wahrgenommen wurde. Die alte Ineinssetzung von Russentum und Slawentum wirkte fort und fand sich durch den Panslawismus immer wieder bestätigt. Von Interesse waren die nicht-russischen Völker im Osten nur insoweit, als sie sich gegen Rußland verwenden ließen. Nur antirussische Slawen wärmten das deutsche Herz, und auch ihnen gegenüber setzte man die deutsche Kulturüberlegenheit umstandslos voraus: das deutsche Recht zu herrschen und die Bestimmung der anderen, deutschen Interessen dienstbar zu sein. Wie eh und je galt das west-östliche Kulturgefälle als Axiom. Der Umgang mit den Polen in Preußen war dafür beispielhaft. „Halbasien“ begann in Oberschlesien. Die deutsche Polenliebe war, wie gesagt, dahin. Im preußisch-deutschen Reich wurden die Staatsbürger polnischer Nationalität, wenn sie Polen bleiben wollten und der Germanisierung widerstrebten, den „Reichsfeinden“ zugezählt. Aber auch die deutschen Sozialdemokraten, „Reichsfeinde“ wie die Polen, hatten Mühe, ihr Verhältnis zu den polnischen Klassenbrüdern leidlich zu regulieren²². Die Reichsgrenzen von 1871 galten ihnen als sakrosankt, und seit der Versailler Diktatfrieden im deutschen Osten „blutende Grenzen“ geschaffen hatte, war die Revision dieser Grenzen auch für Sozialdemokraten eine selbstverständliche Forderung.

Die nichtrussischen Völker Osteuropas waren aus deutscher Sicht vor allem Objekte antirussischer Strategie. Sie waren das vor allem dann, wenn es um Entwürfe zur Neuordnung dieses Raumes ging, um die Zurückdrängung Rußlands, die Zerstückelung des zaristischen Vielvölkerimperiums, um die Schaffung eines Großwirtschaftsraumes unter deutscher Hegemonie. Auch die vieldiskutierte Mitteleuropaidee hat hier ihren Platz. Der alte Gedanke, daß Rußland in seine nationalen Bestandteile zu zerlegen sei, gewann seit den ausgehenden achtziger Jahren wachsende Plausibilität. Er gehörte zu den Methodenfragen der Präventivkriegspläne und zu den damit verbundenen Expansionszielen. Eine Maximalvariante dieser Pläne wurde 1918 nach dem Frieden von Brest-Litowsk ins Visier genommen: die Aufrichtung eines deutschen Kolonialimperiums auf dem Territorium des Russischen Reiches, durch militärische Eroberung und direkte Beherrschung der strategisch und ökonomisch wichtigsten Räume. Dabei sollte allenfalls noch ein „Restrußland“ Bestand haben, abgedrängt auf das Moskauer Kerngebiet und, natürlich, unter deutscher Hegemonie. Die deutsche Ostpolitik vom Sommer 1918 beruhte auf diesem Konzept. Hinzuzudenken sind Pläne zur „völkischen“ Flurbereinigung, Neuordnungs- und Kolonisationspläne, in denen die Zwangsumsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen einkalkuliert war²³.

²² Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840–1914*, 2. Aufl. Göttingen 1971.

²³ Andreas Hillgruber, *Deutsche Rußlandpolitik 1871–1918. Grundlagen, Grundmuster, Grundprobleme*, in: Ders., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1977, S. 70–90; Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1966.

In vieler Hinsicht war hier vorweggenommen, was von Hitler noch radikalisiert werden sollte: im Generalplan Ost von 1941/42 rassenideologisch gesteigert, kombiniert mit Unterwerfungs- und Ausrottungsstrategien, die alle bisherigen Vorstellungen übertrafen. Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Ostexperten hielt das nicht für gut. Diese Experten blieben auf die Zerstückelungs- und Ausbeutungskonzepte des Ersten Weltkrieges justiert, dem deutschen Ostimperialismus von 1918 näher als irgendeiner anderen Tradition. Sie empfahlen die Dekomposition der Sowjetunion und eine begrenzte Zusammenarbeit mit den „Ostvölkern“ unter deutscher Führung und antibolschewistischer Fahne. Noch heute kann man gelegentlich Bedauern darüber hören, daß Hitler den Leuten vom Amte Rosenberg und aus der Abwehr sich verschloß – so als ob es je der historische Beruf der Deutschen gewesen oder gar geblieben wäre, Osteuropa neu zu ordnen – nur anders und geschickter, als Hitler das tat²⁴.

Gewiß: Die Weimarer Zeit hatte die Kontinuität des deutschen Ostimperialismus kurzzeitig unterbrochen. Doch andere Konstanten wirkten fort: „Zwischeneuropa“, die jungen Staaten zwischen Deutschland und Rußland, galten als Produkte der Sieger, das neue Polen – als ein „Saisonstaat“, der so, wie er war, nicht dauern dürfe – so wenig wie Versailles. Was sich im Lichte von Rapallo, im deutschen Sonderverhältnis zur Sowjetunion, wie eine Renaissance konservativer Rußlandorientierung ausnahm, war gegen eben dieses Polen gerichtet und wurde doch zugleich von alten Bedrohungskomplexen eingeholt, die sich auf die neue Lage mühelos hatten umstellen lassen: von der russischen Gefahr auf die bolschewistische, die kommunistische, die sowjetische, die rote Gefahr. Und da das rote Rußland, jedenfalls eine Zeitlang, in erheblichen Teilen der Arbeiterschaft und der Intellektuellen als eine faszinierende Alternative erschien, und da es nun eine Kommunistische Partei in Deutschland gab, eine deutsche Sektion des Bolschewismus – sah man diese Bedrohung sowohl von innen wie von außen kommen²⁵. Überflüssig zu sagen, daß der Aufstieg des Nationalsozialismus ohne die Manipulierbarkeit dieser Ängste nicht zu denken wäre. Hitler als „Führer“ beherrschte dieses Metier bald so virtuos, daß er mit den eingewachsenen Ängsten und Aversionen beliebig hantieren konnte: vom Ausgleich mit Polen 1934 bis zur Liquidierung Polens im Blitzkrieg der achtzehn Tage, von der Aufteilung Osteuropas im Bündnis mit Stalin zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Ich halte hier ein, ohne die Linien genauer auszuziehen – über den Krieg hinweg zu den aktuellen Problemen hin, die für die Ostpolitik im geteilten Deutschland nun bestehen. Die gewaltigen Veränderungen stehen uns vor Augen, aber auch Konstanten sind zu sehen: Wie eh und je ist Ostpolitik zugleich innerdeutsche Politik, das bedarf keiner Erläuterung. Wie eh und je geht es in der Ostpolitik um gegensätzliche

²⁴ Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941*, Frankfurt 1965; Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958.

²⁵ Walter Laqueur, *Deutschland und Rußland*, Berlin 1965, S. 143 ff.; Rudolf Jaworski, *Deutschpolnische Feindbilder 1919–1932*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 6 (1984), S. 140–156.

Konzepte der Gesellschaftsform und der Verfassungsordnung, heute besonders markant in der Polarität der beiden deutschen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik hat die „ewige Freundschaft“ mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern sogar zum Verfassungsgrundsatz gemacht. In der Bundesrepublik, aber nicht nur dort, sind dagegen nicht ohne Grund alte Bedrohungskomplexe noch im Schwang und vielfach mit neuen Erfahrungen verbunden worden. Keine Ostpolitik ist vorstellbar in der parlamentarischen Demokratie, die diese Ängste nicht zu bedenken hätte. Verbreitet blieb die Gewohnheit, Rußland bzw. die Sowjetunion durch alte Brillen zu sehen, dort nur zu sehen, was man seit eh und je zu sehen glaubt: jenes ewig gleiche, unverrückbar Russische, in pflegeleichte Klischees verpackt, von der Geschichte schon immer bestätigt.

Verbreitet blieb auch die Neigung, Osteuropa vor allem in moskauzentrischer Perspektive wahrzunehmen, d. h. nur dem vor allem Aufmerksamkeit zu schenken, was sich auf das Machtzentrum bezieht, was Front macht gegen die sowjetische Hegemonie. Nach wie vor ist das deutsche Interesse an den Völkern Mittel- und Osteuropas (vom Interesse an den nichtrussischen Völkern der Sowjetunion zu schweigen!) allzu flüchtig und konjunkturbedingt. Man mag das prüfen an unserem Verhältnis zu den tschechoslowakischen Problemen, man mag das am polnischen Beispiel prüfen: an der Resonanz auf *Solidarność*, an der Kritik an den Schulbuchempfehlungen oder auch an den Debatten um den Slogan, daß „Schlesien unser“ sei²⁶.

Nach meinem Eindruck sind wir Deutschen unmäßig stark auf uns selber fixiert – ob in neopatriotisch verklärter Pose oder in selbstquälerischer Absicht, das bleibt sich gleich. Auch die nun schon modische Frage nach der deutschen Identität oder die noch seltsamere Frage, wem die deutsche Geschichte denn nun wohl gehöre? – auch solche Reden zeigen das mit jedem Zungenschlag. Ich meine, unsere Identität ist kräftig genug, um derlei Nabelschau zu überwinden und um zu begreifen, daß wir nicht zu uns selber kommen werden, solange wir keine genaueren, keine vernünftigeren Begriffe von unseren Nachbarn haben – auch und gerade von unseren Nachbarn im Osten.

²⁶ Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), *Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation*, Braunschweig 1979; kritischer Überblick über die Literatur zur Vertriebenengeschichte von Hellmuth Auerbach, in: W. Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Frankfurt 1985, S. 219–231

LUDOLF HERBST

DIE ZEITGENÖSSISCHE INTEGRATIONSTHEORIE
UND DIE ANFÄNGE DER
EUROPÄISCHEN EINIGUNG 1947–1950

Der handelnde Politiker steht der politischen Theorie in aller Regel skeptisch gegenüber. So warnte Walter Hallstein Anfang der sechziger Jahre einmal davor, den europäischen Einigungsprozeß mit theoretischen Zielvorgaben zu belasten. Die Europäische Gemeinschaft sei eine Erscheinung „sui generis, a new kind of political animal“. Für die politische Praxis besitze das Denken in Analogien und Modellen nur geringen Wert: „Just as language precedes grammar, so politics precedes political theory.“¹

Gewiß wollte Hallstein mit diesem Diktum die alte Wahrheit nicht umstürzen, daß die Welt des Geistes und der Politik einander wechselseitig bedingen. Er verwahrte sich vielmehr gegen den Anspruch der Theorie, Prognosen und Handlungsanweisungen bereitzustellen². Zudem bot die politische Theorie, die sich dem Schlagwort „Integration“ zuordnete, damals schon ein sehr unübersichtliches Bild. Und es war verächtlich, daß sie ihren Boom erst erlebte, als die wichtigsten politischen Entscheidungen im Integrationsprozeß bereits gefallen waren.

Da man sich heute einer noch weit unübersichtlicheren Flut von Integrationstheorien gegenüber sieht, könnte man schon aus Gründen der Arbeitsökonomie dazu neigen, sich ebenso apodiktisch zu verhalten, wie Hallstein es tat, und die Integrationstheorien als unzulässige Generalisierungen post festum abtun. Doch spricht manches für eine vorsichtigere Haltung. Zunächst stellt sich das, was als Integrationstheorie bezeichnet wird, in vielen und jedenfalls in den besseren Fällen als eine durchaus am historischen Prozeß orientierte Analyse dar, die allerdings vorwiegend aus der Feder von Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Soziologen stammt, die, den systematischen Traditionen ihrer Wissenschaft folgend, stärker generalisierend und vergleichend verfahren, als Historiker dies in der Regel tun³. Dies trifft etwa auf die großen integrationstheoretischen Arbeiten von Viner, Deutsch, Haas, Balassa und Etzioni

¹ Walter Hallstein, *United Europe: Challenge and Opportunity*, London 1962, S. 25 ff.

² Vgl. hierzu Karl R. Popper, *Logik der Forschung*, 8. Aufl. Tübingen 1984, S. 31 ff. (1. Aufl. Wien 1935).

³ Zum Stand der historischen Forschung vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung. Forschungsstand und Perspektiven*, in: VfZ 31 (1983), S. 559 ff.

zu, um nur die wichtigsten zu nennen⁴. Der Historiker zieht auch heute noch beträchtlichen Erkenntnisgewinn aus ihnen.

Sodann haben auch Theorien ihre Geschichte. Sie sind geistigen Traditionen zugeordnet und in den historischen Prozeß eingesponnen. Auch wenn der erste Eindruck dagegen spricht, ist zu vermuten, daß die Integrationstheorie nicht nur als Folge der Entscheidungsphase des europäischen Einigungsprozesses anzusehen ist, sondern bereits ein wichtiges Element dieses Prozesses selbst war. Doch woher kommt dann der Eindruck, daß sie erst *post festum* entsteht?

Das Problem scheint vorwiegend terminologischer Natur zu sein. Der Begriff „Integration“ war vor dem Boom der mit ihm bezeichneten Theorien nicht sehr verbreitet. Als politischer Begriff setzt er sich erst Anfang der fünfziger Jahre durch, erfährt dann aber eine außerordentlich rasche Bedeutungserweiterung⁵. Zugleich verbinden sich mit ihm nun eine Reihe älterer Theoreme, aus der Tradition der Friedensforschung, der föderalistischen Einigungsidee und des Funktionalismus⁶. Während diese Denkrichtungen den Begriff Integration zunächst nicht kannten, gab es andere, in denen er schon früh heimisch war, was für einige Strömungen innerhalb der Nationalökonomie, des Völkerrechts, der Lehre von den internationalen Beziehungen und des Verfassungsrechts gilt.

Es sind also zunächst zwei Theorieschichten zu unterscheiden. Die erste ist durch jene geistigen Traditionen definiert, die sich am Anfang des Untersuchungszeitraums bereits mit dem Begriff Integration verbanden. Die zweite umfaßt jene geistigen Traditionen, die während der Entscheidungsphase der europäischen Integration zunächst noch abseits standen und dann allmählich absorbiert wurden. Eine dritte bezieht sich auf jene Theorien, die erst nach dem historischen Prozeß und an dessen Beispiel entwickelt wurden, wie z. B. der Neofunktionalismus. Sie bleibt hier außer Betracht. Steht bei der ersten Theorieschicht die Frage nach den geistigen Ursachen des historischen Prozesses im Vordergrund, geht es bei der zweiten mehr um die Frage, warum diese Theoreme einem fremden Leitbegriff zugeordnet wurden und was dies für ihre Politikwirksamkeit bedeutete.

Eine solche historisch-genetische Analyse der Integrationstheorie und ihrer Wech-

⁴ Jacob Viner, *The Customs Union Issue*, New York 1950; Karl W. Deutsch, *Political Community at the International Level. Problems of Definition and Measurement*, New York 1954; Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe. Political, Social and Economical Forces 1950–1957*, London 1958; Bela A. Balassa, *The Theory of Economic Integration*, London 1962; Amitai Etzioni, *Political Unification. A Comparative Study of Leaders and Forces*, New York 1965.

⁵ Vgl. Heinrich Schneider, *Leitbilder der Europapolitik*, Bd. 1: *Der Weg zur Integration*, Bonn 1977, S. 225 ff.

⁶ Vgl. für die Friedensforschung vor allem Quincy Wright, *A Study of War*, 2 Bde., 4. Aufl. Chicago 1947 (1. Aufl. 1942); für die vielfältigen Strömungen des Föderalismus vgl. Walter Lippens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*, Stuttgart 1977 und Henri Brugmans/Pierre Duclos, *Le Fédéralisme Contemporain. Critères, Institutions, Perspectives*, Leyden 1963; als wichtigster Repräsentant des Funktionalismus ist David Mitrany anzusehen, vgl. ders., *The Progress of International Government*, London 1933 und ders., *A Working Peace System. An Agreement for the Functional Development of International Organization*, London 1943.

selbeziehungen zur Politik kann keine Vollständigkeit anstreben. Sie hat sich vielmehr an der politischen Rezeptionsgeschichte zu orientieren und diejenigen Theorien zu betrachten, die politikrelevant wurden. Für ein solches Vorhaben bietet die Begriffsanalyse einen geeigneten Ausgangspunkt; denn an der Begriffsrezeption kann die Theorierezeption abgelesen werden. Dabei steht der Sprachgebrauch des Politikers im Mittelpunkt.

1.

Das Wort „Integration“, so schreibt Walter Dirks 1952, sei „durch die aktuelle Europa-Politik in aller Munde“. Wenn sich ein Wort so durchsetze und sich immer neue Anwendungsbereiche erobere, dann gehe „mehr vor als nur ein Wörter- und Begriffsaustausch, wie man ihn aus den praktischen Bedürfnissen des Augenblicks oder gar der Mode vornimmt. Das Wort und die Vorstellung haben wesentlichere Vorstellungen verdrängt, und in dem Szenenwechsel sprechen sich tiefere Veränderungen unseres Bewußtseins aus“⁷. Dirks setzte „Integration“ zu den großen historischen Begriffen der Veränderung, „Reform“, „Evolution“ und „Revolution“ in Beziehung und erkannte darin das Leitwort der Nachkriegszeit. In dem Begriff drückte sich dasjenige Maß von Veränderung aus, deren Notwendigkeit allgemein akzeptiert und deren Realisierung möglich war, ohne das traditionsverbundene Europa einer totalen Umwälzung auszusetzen. „In Integration stecken die Nüchternheit, die Behutsamkeit und der Respekt vor den Tatsachen, die wir aus den Katastrophen des Idealismus zu lernen suchen, und zugleich der Mut und Wille zu einem Zustand, den wir einander zumuten können“⁸.

Der Begriff „Integration“, das hat Walter Dirks 1952 richtig empfunden, ist für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa zu einem „politischen Leitwort“⁹ geworden, über dessen Interpretation sich wesentliche Aspekte der Epoche erschließen. Mit großer identitätsstiftender Kraft ausgestattet, bezeichnet er bis heute den Generalnenner der westeuropäischen Nachkriegspolitik und ist mittlerweile auch in die Terminologie des Ostblocks eingedrungen¹⁰. Der Erfolg des Begriffs hat gewiß damit zu tun, daß er sich sowohl auf den Prozeß der Europäischen Einigung beziehen kann als auch auf den jeweiligen Stand dieser Entwicklung und auf das Ziel des Gesamtprozesses. Zugleich Prozeß, Zustand und Ziel bezeichnen zu können, das hat er den großen Veränderungsbegriffen des 19. Jahrhunderts voraus. Zudem ist Integration ein relativ junger Begriff, dessen Verwendung rasch inflationierte und entsprechend

⁷ Walter Dirks, Über Integration. Begriffsbestimmungen und etwas mehr, in: Frankfurter Hefte, Juni 1952, S. 401–412, Zitat S. 406.

⁸ Ebenda, S. 410.

⁹ Vgl. Carl Jacob Burckhardt, Zur Geschichte der politischen Leitworte. Festvortrag, gehalten am 13. Juli 1960 in der Bayerischen Akademie, in: ders., Gestalten und Mächte, Zürich 1961, S. 415–444.

¹⁰ Vgl. Eberhard Schulz, Moskau und die europäische Integration, München 1975; Margarita Matwejewna Maximowa, Kapitalistische Integration, Berlin (Ost) 1975.

allgemeine Züge annahm. Die Klagen der Zeitgenossen hierüber sind Legion und bilden einen beliebten Topos für einleitende Bemerkungen über den Integrationsbegriff¹¹. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade der vage Sprachgebrauch den Begriff besonders für willkürliche Definitionen prädestinierte. Um so wichtiger ist eine genaue historische Herleitung.

Der Begriff ist lateinischen Ursprungs. „Integratio“ bezeichnet die Wiederherstellung eines früheren, alten Zustandes. „Amantium irae amoris integratio est“, heißt es bei Terenz, „im Streit der Liebenden liegt die Wiederherstellung der Liebe“¹². Das Substantiv ist im Lateinischen selten, häufiger begegnet das Verbum „integrare“ mit der Bedeutung „wiederherstellen“, „wiederbeginnen“, „erneuern“. Auffallend ist die umfassende, auf alle Lebensbereiche bezogene Begriffsverwendung, die bereits Übertragungen auf die Bereiche des Staates und des Rechts ermöglicht.

Von integrare abgeleitet sind „integer“, „integrum“ und „integritas“. Sie zeigen die dem Wortstamm zugrundeliegende Ganzheitsvorstellung in einem anderen Stadium, und zwar vor deren Beeinträchtigung. So heißt „integer“ „unberührt“, „unverletzt“, bedeutet „integrum“ einen „unverletzten, früheren, alten Zustand“. „Integritas“ ist die „Unversehrtheit“ des Körpers, die „Reinheit“ und „Unverdorbenheit“ der Seele, die „Keuschheit“ der Frau oder die „Lauterkeit“ des Charakters¹³. Auffälligerweise ist dieser Zustandsbegriff eindeutig positiv besetzt. Das hat offenbar mit der starken Verankerung der Begrifflichkeit in der römischen Tugendlehre zu tun, ist aber auch in der Übertragung auf die Bereiche des Staats und des Rechts spürbar. Der „alte“ Rechtszustand ist zweifellos ein guter, erstrebenswerter Zustand – ein Denken, das sich von der Antike auf das mittelalterliche Rechtsdenken überträgt: „Neues“ kann es eigentlich nicht geben, da alles göttlichen oder doch geistigen Ursprungs ist. „Diese immer wieder unterliegende, immer neu vorhandene Neigung zum Zurückgreifen, zum Erhalten“, so Carl Jacob Burckhardt, „hängt zusammen mit der von keiner Aufklärung, keiner Skepsis, keiner kynetisch-gewitzigten Erfahrung jemals ganz überwundenen Scheu vor der ursprünglichen Göttlichkeit, dem numinösen Gehalt der hohen Begriffe, der Worte, die sie bezeichnen“¹⁴.

Im antiken Wortgebrauch war die Begrifflichkeit mit der dem Lateinischen eigenen Sprachlogik ebenso präzise wie umfassend ausgeformt worden. Allerdings war sie sozusagen numinös verankert. Die dem Wortgebrauch zugrundeliegende positive Vorstellung einer Einheit war keine in der menschlichen Wirklichkeit gegebene Größe, sondern ein Ideal göttlichen Ursprungs, dem der Mensch nur dauernd zustreben konnte. „Integratio“ bezeichnet diesen Prozeß der Annäherung an das Ideal, der als Rückkehr zum göttlichen Ursprung alles Seienden begriffen wurde. Zweifellos unterliegt diese Vorstellung bereits in der Antike einer gewissen Säkularisierung. Es wird

¹¹ Vgl. etwa: Schneider, Leitbilder (Anm. 5), S. 225 f. und Hans-R. Krämer, Formen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration. Versuch einer Systematik, Tübingen 1969, S. 2.

¹² Thesaurus Linguae Latinae, Vol. VII, 1 1934, S. 2084 (Ter. Andr. 555).

¹³ Thesaurus Linguae Latinae, Vol. VII, 1 1934, S. 2088 (Itin. Alex. 64); Menge, Lateinisches Schulwörterbuch, 3. Aufl. 1911, S. 395.

¹⁴ Burckhardt, Leitworte (Anm. 9), S. 422 f.

immer häufiger notwendig, den Prozeß der Rückkehr mit der Vorsilbe „re“ zu kennzeichnen. Die Herausbildung von „redintegratio“ läßt darauf schließen, daß die Zustandsbezeichnung, die in der verwandten Wortbildung „integritas“ ursprünglich getrennt ausgeformt war, sich mit dem Begriff „integratio“ zu verbinden beginnt. Wenn „integratio“ aber einen Zustand der Einheit oder vielleicht besser die unmittelbare Nähe zum Ideal der Einheit bezeichnet, dann gibt es nicht nur eine Rückkehr zu dieser Einheit, sondern auch eine irdische Abkehr von ihr und den Endpunkt dieser Abkehr, den polar entgegengesetzten Zustand der Auflösung, die „desintegratio“. Natürlich ist der Begriff „Zustand“ in diesem Zusammenhang kaum mehr als eine Hilfskonstruktion, kann es sich doch nur um das Festhalten eines Entwicklungsmoments handeln, von dem ex post gesagt wird, daß er die größte Annäherung bzw. die größte Entfernung vom Ideal in einer gegebenen Entwicklungslinie kennzeichnet.

Gewiß ist die Aufklärung die Schwelle, über die dieses Denken nicht ungebrochen hinausgelangt. Man denke daran, wie der Hauptbegriff der Veränderung, „Revolution“, bei Kopernikus noch für den ewig wiederkehrenden Kreislauf der Sterne verwandt wird und sich dann am historischen Beispiel der Glorious Revolution und der Französischen Revolution zu seiner heutigen Bedeutung wandelt¹⁵. Ähnliches vollzieht sich mit dem Begriff Evolution¹⁶ und natürlich auch mit dem Begriff Integration. Die Aufklärung säkularisierte ihn und naturwissenschaftlich-mathematisches Denken, Fortschrittsglaube und die historischen Erfahrungen des 19. Jahrhunderts gaben ihm eine neue Bedeutung. Sie wird am augenfälligsten durch den Tatbestand beschrieben, daß der antike Begriff „redintegratio“ verschwindet. Eine „Rückkehr“ zu einem vollkommeneren Integrationsstand als ihn das 19. Jahrhundert zeigt, erscheint als historisch nicht denkbar.

Das ebenso klare wie vielfältig verwendbare klassische Begriffsmodell prädestinierte zum Gebrauch in der Wissenschaft. Vermittelt durch die mittelalterliche Theologie und Scholastik geht der Begriff Integration im 17. Jahrhundert zunächst in die Mathematik ein¹⁷. Im Französischen ist die mathematische Bedeutung 1700 belegt, im Englischen 1727: „Bestimmung des Integrals zu einem Differenzial“. Das Substantiv „Integration“ ist hierfür ebenso geläufig wie das Verb „integrieren“. Die mathematische Verwendung scheint dem Begriff jenen kalten funktionalen Sinn verliehen zu haben, der ihm heute noch vielfach anhaftet. Im übrigen gehen die entscheidenden Impulse für die moderne Begriffsverwendung von Herbert Spencer aus.

Spencer glaubte in der Evolution ein universales Prinzip erkannt zu haben, das als

¹⁵ Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1969, S. 143 ff. (1. Aufl. Weimar 1955).

¹⁶ Vgl. *Philosophisches Wörterbuch*, hg. v. Georgi Schischkoff, Stuttgart 1960, S. 136. Danach ist Evolution „Entweder extensive Evolution (Evolutionismus im Sinne des 18. Jahrhunderts), Auseinanderfaltung und Vergrößerung von schon Vorhandenem, oder intensive Evolution (Epigenesis), Entstehung von gestalthaft und qualitativ Neuem.“

¹⁷ Nestor Schumacher, *Der Wortschatz der Europäischen Integration. Eine onomasiologische Untersuchung des sog. „europäischen Sprachgebrauchs“ im politischen und institutionellen Bereich*, Düsseldorf 1976, S. 32 f.

philosophisches Grundprinzip in allen Wissenschaften Geltung besitze. In seiner Evolutionstheorie (1862) spielte der Begriff „Integration“ eine zentrale Rolle. Er bezeichnete damit den Prozeß der Verdichtung von Materie. Wandle sich die Materie aus einem Aggregatzustand kleiner zerstreuter Teile durch deren Konzentration in eine größere, dichtere Einheit, liege „Integration“ vor, im umgekehrten Fall „Desintegration“¹⁸. Das Bemerkenswerte an dieser Definition ist, daß sie – der lateinischen Sprachlogik folgend – „Integration“ und „Desintegration“ zu einem einheitlichen Prozeßbegriff verbindet. Die Geschichte allen Seins ist ein Wechselspiel. Dem Aufstieg zur höheren, dichteren und räumlich größeren Einheit folgt der Zerfall, der Verlust an Dichte und räumlicher Geschlossenheit. „When taken together, the two opposite processes thus formulated constitute the history of every sensible existence“¹⁹. Dabei steht der Prozeß der „local integration“ im Zusammenhang mit dem Prozeß der „general integration“²⁰.

Spencer übertrug diese Begrifflichkeit auch auf die Geschichte. Am Aufstieg und Fall des Römischen Reiches ließ sie sich besonders gut illustrieren. Sein eigenes, das 19. Jahrhundert, begriff Spencer als Jahrhundert der Integration. Dabei hatte er nicht nur den Prozeß der Herausbildung der europäischen Nationalstaaten im Auge. Er meinte vielmehr bereits zu erkennen, daß sich die europäischen Nationen auf dem Wege zu einer ganz Europa umfassenden politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Integration befänden. „And it may be further remarked of the European nations as a whole, that in the tendency to form alliances more or less lasting, in the restraining influences exercised by the several governments over one another, in the system, now becoming customary, of settling international disputes by congresses, as well as in the breaking down of commercial barriers and the increasing facilities of communication, we may trace the beginnings of a European federation – a still larger integration than any now established“²¹.

Der historische Integrationsprozeß ist für Spencer also ein friedlicher Durchdringungsprozeß, der auf vier Ebenen abläuft: auf der Ebene der Allianzen und internationalen Beziehungen, auf der Ebene der Kongreßdiplomatie und des durch sie gesetzten Völkerrechts, auf der Ebene des Außenhandels und der Weltwirtschaft und auf der Ebene des Verkehrswesens. An anderer Stelle behandelt Spencer auch die industrielle Integration, die Entwicklung von getrennten Produktions- und Distributionsbetrieben, die fortschreitende Arbeitsteilung überhaupt und die wachsende Differenzierung innerhalb der Industriebetriebe²².

Zweifellos standen die Jahrzehnte, in denen Spencer sein philosophisches Lebenswerk niederschrieb, vorwiegend im Zeichen rasanter Integrationsprozesse, so daß er wenig Veranlassung hatte, den polaren Gegenbegriff „Desintegration“ auf seine Zeit

¹⁸ Herbert Spencer, *A System of Synthetic Philosophy*, Vol. I, 5. Aufl. London 1893, § 127, S. 360 (1. Aufl. 1862).

¹⁹ Ebenda, § 94, S. 281.

²⁰ Ebenda, § 115, S. 327.

²¹ Ebenda, § 111, S. 316 f.; vgl.: *The Principles of Sociology*, Vol. III, §§ 446, 471, 576.

²² Vgl. vor allem: *The Principles of Sociology*, Vol. III, Abschnitt VI: Industrial Organisation.

anzuwenden. Das heißt aber nicht, daß er den historischen Prozeß prinzipiell als Integrationsprozeß begriff. Nur glaubte er, Zeuge eines umfassenden Integrationsprozesses zu sein, dessen Verlauf er sich kontinuierlicher vorstellte, als er dann tatsächlich ablief.

Die für den Historiker relevante Begriffsbildung gabelt sich in der Zeit nach Spencer in zwei Richtungen, die prinzipiell zu unterscheiden sind. Der Integrationsbegriff wird einerseits für die Analyse innerstaatlicher und gesellschaftlicher²³ Prozesse und andererseits für die Analyse zwischenstaatlicher Prozesse fruchtbar gemacht.

Für den „innerstaatlichen“ Bereich wird der Begriff vor allem von Verfassungs- und Staatsrechtlern ausdifferenziert und weiterentwickelt. Franz Oppenheimer führte ihn 1919 in die Diskussion ein²⁴, und Rudolf Smend verhalf ihm 1923 zum Durchbruch. „Das Wort“, so konstatierte Smend 1928, „ist noch nicht gerade ein Modeausdruck geworden, ... aber immerhin auch in Deutschland nicht mehr ungebräuchlich“²⁵. Mit dem Begriff Integration werden in der Verfassungs- und Staatslehre die auf den Zusammenschluß und die innere Kohäsion politischer Gebilde hinwirkenden Kräfte bezeichnet. Er ist – modern gesprochen – ein Teilaspekt der Verfassungsrealität. Smend begriff den Staat nicht als ein statisches Gebilde, sondern als „geistiges Kollektivgebilde“, das nur mit Hilfe sich ständig erneuernder „geistiger Akte“ in der Existenz gehalten werden könne. Seine „Wirklichkeit ist die einer funktionellen Aktualisierung“. „Der Staat ist nur, weil und sofern er sich dauernd integriert, in und aus den Einzelnen aufbaut – dieser dauernde Vorgang ist sein Wesen als geistig-soziale Wirklichkeit“²⁶. Integration wird hier also als „Prozeß beständiger Erneuerung“ oder – wie in Anlehnung an die Schöpfungstheologie formuliert worden ist – als „creatio continua“ verstanden²⁷.

Talcott Parsons hat den eigentümlichen Prozeßcharakter des Integrationsbegriffs, der mit der *creatio continua* benannt wird, mit der allgemeinen Systemtheorie verbunden und ihn als einen Grundbegriff der Theorie des Handelns zur Analyse sozialer Systeme verwandt. Der Begriff der „Integration“, so definiert er 1940, „bezeichnet einen Beziehungsmodus zwischen den Einheiten eines Systems, vermöge dessen diese Einheiten so zusammenwirken, daß der Zerfall des Systems und der Verlust der Möglichkeit zur Erhaltung seiner Stabilität verhindert und sein Funktionieren als eine Einheit gefördert wird“²⁸. Zweifellos führt Parsons Definition weiter, weil sie der *creatio*

²³ In der Soziologie wurde der Integrationsbegriff schon sehr früh heimisch. Vgl. Albert Schäffle, *Bau und Leben des socialen Körpers*, 4 Bände, Tübingen 1875–1878; Leopold von Wiese, *System der Allgemeinen Soziologie*, 2 Teile, München 1924–1929.

²⁴ Franz Oppenheimer, *Der Staat*, 4. Aufl. Stuttgart 1954, S. 40 ff. (1. Aufl. 1919).

²⁵ Rudolf Smend, *Verfassung und Verfassungsrecht*, München 1928, S. 18, Anm. 3.

²⁶ Ebenda, S. VIII u. 18 ff. Vgl. ders., Artikel „Integrationslehre“, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW)* 5 (1956), S. 299 ff. Kritisch zu Smend: Hans Kelsen, *Der Staat als Integration*, Wien 1930, S. 45 ff.

²⁷ Schneider, *Leitbilder* (Anm. 5), S. 232 ff.

²⁸ Talcott Parsons, *Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung* (1940), in: ders., *Beiträge zur Soziologischen Theorie*, hg. v. D. Rüschemeyer, 2. Aufl. Neuwied/Rhein 1964, S. 182, Anm. 1.

continua einen klaren Rahmen setzt und auf diese Weise die Bestimmung erlaubt, wann Integration gegeben ist und wann diese in Desintegration umschlägt. Integration wäre demnach diejenige ständige, nicht erlahmende Interaktion von Subsystemen in einem Systemganzen, die nötig ist, um die Systemstabilität zu bewahren und die Systemkrise zu vermeiden. Erlahmt dieses ständige Bemühen, tritt Destabilisierung des Systems durch Desintegration ein, der die Krise des Systems folgen kann.

Für den zwischenstaatlichen Bereich konzentriert sich die Begriffsverwendung auf jene vier Ebenen, die auch Spencer schon im Blick hatte, auf die Ebene der internationalen Beziehungen, der weltwirtschaftlichen Verflechtung, der Kommunikationsbeziehungen und des Völkerrechts. Die Sphäre des Rechts behauptet auch hier ihre Vorreiterrolle. „Integration“ wird im Völkerrecht der Ausbau des Normengefüges und dessen weltweite Durchsetzung genannt²⁹. Der Begriff freilich sagt noch nichts über die Bewertungsmaßstäbe aus. So spricht der Völkerrechtler Berber inzwischen davon, daß die Integrationsansätze, die sich vor 1914 „verdichteten“, vor allem seit 1919 organisch fortentwickelt worden seien, während Dahm umgekehrt darauf abhebt, daß die relative Einheitlichkeit des völkerrechtlichen Normengefüges aus der Zeit vor 1914 infolge der Russischen Revolution und mit dem Eintritt der asiatischen und afrikanischen Völker in die internationale Staatengemeinschaft zerbrochen sei, sich „desintegriert“ habe³⁰.

Insgesamt herrscht in der Zwischenkriegszeit in Europa der Eindruck vor, sich in einem Desintegrationsprozeß zu befinden. „Während in der großen Welt der Integrationsprozeß fortschreitet“, klagte Coudenhove-Kalergi 1923, „geht Europa immer mehr der Atomisierung entgegen“³¹. Zielte diese Bemerkung noch auf die eher mäßigen desintegrativen Folgen des Ersten Weltkrieges, so bewirkte vor allem die Weltwirtschaftskrise einen fundamentalen Bewußtseinswandel. Sie ließ den Begriff „Desintegration“ ganz in den Vordergrund treten: Desintegration führt zur Krise, vertieft die Krise, ist die Krise. Integration wird zur historischen Reminiszenz. Im Vergleich mit der eigenen Zeit gerät das 19. Jahrhundert zur aurea aetas der Integration. So schreibt der Nationalökonom Röpke am Ende des Zweiten Weltkrieges, der das Krisenbewußtsein nochmals intensiviert, er gehöre „zu jener Generation, die in ihrer Jugend das Abendrot jenes langen strahlenden Sonnentages der abendländischen Welt erlebt hat, der vom Wiener Kongreß bis zum August 1914 gedauert hat, jenes Sonnentages, von dem sich diejenigen, die nur die heutige Polarnacht der Geschichte

²⁹ Max Huber, Beiträge zur Kenntnis der soziologischen Grundlagen des Völkerrechts und der Staatengesellschaft, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts 4 (1910), S. 56 ff., Buchausgabe 1928; vgl. Schneider, Leitbilder (Anm. 5), S. 232.

³⁰ F. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 3: Streiterledigung, Kriegsverhütung, Integration, München 1964, S. 195; G. Dahm, Völkerrecht, Bd. 2, Stuttgart 1961, S. 52. So auch G. J. Tunkin, The Role of International Law in International Relations, in: Völkerrecht und rechtliches Weltbild, Festschrift für Alfred Verdross, hg. v. F. A. Frhr. von der Heydte u. a., Wien 1960, S. 297.

³¹ Richard N. Coudenhove-Kalergi, Paneuropa, Wien 1923, S. 21.

kennen, keine angemessene Vorstellung machen können³². Für Röpke bestand das Wesen der Krise seiner Zeit in der Umkehr des säkularen Trends zur Integration der Weltwirtschaft, der das 19. Jahrhundert beherrschte, in den ebenso säkularen Trend ihrer Desintegration, der sich in der Zwischenkriegszeit durchsetzt.

Röpke hatte schon in den 30er Jahren damit begonnen, sich mit den Desintegrationstendenzen seines Jahrhunderts zu befassen, als dessen Hauptsymptom er die Auflösung des liberalen Welthandels ansah³³. 1942 faßte er seine Ergebnisse unter dem Titel „International Economic Disintegration“ zusammen. Röpke konzentrierte sich zwar auf die ökonomische Desintegration, bettete seine Analyse aber in den weiten Rahmen des von Jacob Burckhardt entlehnten Begriffs der „großen historischen Krise“³⁴ ein. Sein Jahrhundert, so Röpke, sei durch einen „deep-set structural change“ gekennzeichnet „affecting our economic, social, political and cultural system in its entirety and constituting a major ‚historical crisis‘“³⁵. Zweifellos gebe es in der Geschichte des Kapitalismus keine vergleichbare Krise. Um Parallelen zu finden, müsse man die großen weltgeschichtlichen Krisen heranziehen, den Zusammenbruch des Römischen Weltreiches oder des Arabischen Reiches und das Ende der mittelalterlichen Weltwirtschaft³⁶.

Besonders fruchtbar wird die Begrifflichkeit für die wirtschaftswissenschaftliche Analyse. Bereits 1933 hatten die Nationalökonominnen Herbert Gaedicke und Gert von Eynern auf Anregung Alfred Webers den Begriff „Integration“ in ihr bereits abgeschlossenes Buchmanuskript über die „produktionswirtschaftliche“ Verflechtung der industriellen Kernländer Europas eingefügt. Dies geschah noch sehr mechanisch, sie setzten ihn einfach an die Stelle von „Verflechtung“³⁷. Unter „produktionswirtschaftlicher“ Integration verstanden sie die Handelsverflechtung durch die wechselseitige Lieferung industrieller Güter in verschiedenen Fertigungsstadien (Rohstoffe, Vorprodukte, Halbfabrikate, Fertigprodukte). Hier besitzt vor allem die Feststellung der beiden Autoren Bedeutung, daß diese „produktionswirtschaftliche Integration“ des industriellen Kerns nach dem Ersten Weltkrieg erheblichen desintegrierenden Einflüssen ausgesetzt war³⁸.

Insgesamt ist zu beobachten, daß die neue Terminologie vor allem von National-

³² Wilhelm Röpke, *Internationale Ordnung*, Erlenbach-Zürich 1945, S. 11.

³³ Wilhelm Röpke, *Die säkulare Bedeutung der Weltkrise*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 37 (1933), S. 1–27; ders., *Die entscheidenden Probleme des weltwirtschaftlichen Verfalls*, in: *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 74 (1938), S. 493–506.

³⁴ Jacob Burckhardt, *Die geschichtlichen Krisen*, in: ders., *Weltgeschichtliche Betrachtungen, historisch-kritische Gesamtausgabe*, hg. v. Rudolf Stadelmann, o. O. o. J., S. 201 ff.; Zitate S. 211 u. 221.

³⁵ Wilhelm Röpke, *International Economic Disintegration*, London 1942 (Reprinted 1978), S. 1. Zu Jacob Burckhardt, von dem Röpke den Begriff der „historischen Krise“ übernimmt, vgl. oben Anm. 34.

³⁶ Röpke, *Disintegration* (Anm. 35), S. 20 ff.

³⁷ Herbert Gaedicke/Gert von Eynern, *Die produktionswirtschaftliche Integration Europas*, Berlin 1933, S. 8; vgl. für die Übernahme des Begriffs Integration Schneider, *Leitbilder* (Anm. 5), S. 237, Anm. 32.

³⁸ Gaedicke/von Eynern, *Produktionswirtschaftliche Integration* (Anm. 37), S. 55 ff.

ökonomien verwandt wurde, die den Verlust weltwirtschaftlicher Integration aus liberalem Blickwinkel beklagten und deren Ursachen beseitigt wissen wollten. Sie faßten ihre Lageanalyse unter dem Begriff „Desintegration“ zusammen und forderten die Rückkehr zur „Integration“ des Welthandels. Neben Röpke und Gaedicke/von Eyern ist vor allem der schwedische Nationalökonom Eli F. Heckscher zu nennen. Er trug gewissermaßen unfreiwillig zur Verbreitung des Terminus bei; denn in der englischen Übersetzung seines 1931 verfaßten Werkes über den Merkantilismus wurden Begriffe wie „splittring“ und „upplösung“ mit „disintegration“ übersetzt – ein Hinweis darauf, daß der Begriff zu dieser Zeit im Englischen bereits geläufig war³⁹. Vermutlich hat auch Röpke den Begriff in der englischen Übersetzung des Standardwerks von Heckscher kennengelernt. Gleiches dürfte für seine Genfer Kollegen Ludwig Mises und Folke Hilgerdt sowie für die beiden Londoner Nationalökonomien Moritz Bonn und Friedrich Hayek gelten⁴⁰.

Wahrscheinlich wurden die Analysen dieser personell untereinander eng verbundenen Nationalökonomien der „alt“-liberalen Schule bereits Ende der 30er/Anfang der 40er Jahre in den Vereinigten Staaten rezipiert. Hierbei wird dem Schweden Folke Hilgerdt eine Schlüsselrolle zugekommen sein. Er siedelte 1941 in die Vereinigten Staaten über und ließ sein im Auftrag des Völkerbundes in Genf verfaßtes Werk „The Network of World Trade“ 1942 in Princeton drucken. Hilgerdt analysierte die weltwirtschaftliche Verflechtung mit quantitativen Methoden und konstatierte bis zur Weltwirtschaftskrise eine „steady integration of economic activities in different continents“⁴¹. Hilgerdt scheint auch wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß die Terminologie von den ökonomisch ausgebildeten Fachleuten innerhalb der amerikanischen Administration rezipiert wurde. Ende Dezember 1942 hielt er in der „American Economic Association“ einen Vortrag. Er sprach von „the multilateral exchange of goods and services that provides for the international economic integration of countries in a manner profitable to all“ und formulierte dann das Ziel für die Nachkriegszeit: „the international integration we have in mind will have to be achieved by co-ordination of national economic policies, particularly in the field of foreign trade“. Sein Kollege Antonin Basch sprach auf der gleichen Konferenz von der Notwendigkeit, die Vorkriegshandelspolitik in Europa einer grundsätzlichen Neuorientierung zu unterziehen, um auf diesem Weg „a greater integration of the European economy“ zu erreichen⁴².

Offenbar paßte die Terminologie vorzüglich zur liberalen Wirtschaftstheorie und wurde nach der Weltwirtschaftskrise zu einem wichtigen analytischen Instrumenta-

³⁹ Eli F. Heckscher, *Merkantilismen*, Stockholm 1931 (engl. Übersetzung durch Mendel Shapiro, London 1935). Vgl. zur Verbreitung der Begrifflichkeit in der „liberalen Theorie“: Fritz Machlup, *A History of Thought on Economic Integration*, London 1977, S. 4 ff.

⁴⁰ Für diese Annahme vgl. Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 5 f. Allerdings ist Machlup offenbar Röpkes deutschsprachiger Artikel von 1938 (vgl. Anm. 33) entgangen. In diesem Beitrag ist die Begrifflichkeit bereits vollständig durchgebildet.

⁴¹ Folke Hilgerdt, *The Network of World Trade*, Geneva 1942 (= Economic Intelligence Service, League of Nations). Vgl. hierzu Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 8.

⁴² Vgl. Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 8/9.

rium. Für die Rezeptionsgeschichte indes scheint es vor allem wichtig geworden zu sein, daß die liberalen Theoretiker nicht nur die herrschende Desintegration und deren Ursachen analysierten, sondern auch sehr genaue Vorstellungen von deren Überwindung besaßen. Man mußte sich „nur“ an den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts orientieren, die bestehenden Handels- und Zahlungsschranken abbauen, den Multilateralismus und die Goldwährung wiederherstellen. Auch wenn es natürlich über die einzelnen Maßnahmen, die zu diesem Ziel führen sollten, unterschiedliche Auffassungen gab, so ist doch allen Theoretikern gemeinsam, daß sie eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen unter dem Begriff „Integration“ zu einem Kanon zusammenfaßten. Anders formuliert: sie verfaßten Handlungsanweisungen für den Wirtschaftspolitiker, und es lag nahe, daß dieser hierauf zu gegebener Zeit zurückgreifen würde. Es ist kein Zufall, daß dies in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem Versuch geschah, nach dem Zweiten Weltkrieg eine liberale Weltwirtschaftsordnung aufzubauen.

Obgleich der Begriff Integration und seine logischen Ableitungen während der Zwischenkriegszeit und der Kriegszeit in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft gebräuchlich wurden, blieb die politische Verwendung die Ausnahme. In der Umgangssprache war der Begriff so gut wie unbekannt. Dies änderte sich auch in der Nachkriegszeit nur allmählich. Die großen Konversationslexika verzeichnen den Begriff „Integration“ noch in den 50er und 60er Jahren nicht in seiner politischen Bedeutung⁴³. Das von den Gebrüdern Grimm begründete und bis heute laufend aktualisierte Deutsche Wörterbuch nimmt ihn erst in den 70er Jahren auf⁴⁴.

Es ist für die Begriffsgeschichte bezeichnend, daß die europäische Einigungsbewegung ihre politische Zielsetzung mit dem Begriff „Föderation“ oder auch „Föderierung“ (franz. *fédération*, engl. *federation*) umschreibt und den Begriff Integration zunächst so gut wie gar nicht verwendet. Die Verbände der Europäischen Föderalistischen Bewegung, die sich 1946 ein gemeinsames Programm gaben (Hertensteiner Aktionsprogramm) und mit der „Union Européenne des Fédéralistes“ einen gemeinsamen Dachverband gründeten, verfolgten freilich auch eine Zielsetzung, die sich bis dahin nicht oder allenfalls am Rande mit dem Begriff Integration umschreiben ließ⁴⁵. Ihnen ging es um eine bundesstaatliche Ordnung für Europa nach dem Modell der Schweiz oder der USA. Der Kernsatz des Hertensteiner Aktionsprogramms lautete: „Die Mitglieder der Europäischen Union übertragen einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte an die von ihnen gebildete Föderation“⁴⁶.

⁴³ Vgl. etwa Schweizer Lexikon, Bd. 4, Zürich 1947, S. 450; Meyers Encyclopädisches Lexikon, Bd. 12, 9. Aufl. Mannheim 1974 verzeichnet den Begriff in seiner politischen Bedeutung nicht; Brockhaus Enzyklopädie verzeichnet ihn erstmalig in Bd. 9, 17. Aufl. Wiesbaden 1970.

⁴⁴ Deutsches Wörterbuch begr. von Jacob u. Wilhelm Grimm, neubearbeitet u. hg. v. d. Akademie der Wissenschaften der DDR in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, 6. Bd., 5. Lief., Leipzig 1974.

⁴⁵ Vgl. zum Zusammenhang Walter Lippens, *Die Anfänge der europäischen Einigungsbewegung 1945–1950*, 1. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977.

⁴⁶ Zit. in: *Europa Archiv* 6 (1951), S. 4246 f.

Der Begriff Integration hingegen hatte den Nationalstaat selbstverständlich einbezogen, keine Abgabe von Kompetenzen, sondern lediglich eine gewisse Zurückhaltung von ihm gefordert. Viele Integrationsbereiche setzten den intakten, handelnden oder doch mithandelnden Staat geradezu voraus. Die politische Integration des 19. Jahrhunderts war nichts anderes als das geregelte Zusammenwirken der großen Nationalstaaten zur Erhaltung des Friedens. Die völkerrechtliche Integration vollzog sich durch den Staat und der wirtschaftlichen war der Staat zumindest nicht hinderlich gewesen. Der Begriff Föderation dagegen traf den in Europa bestehenden Nationalstaat im Kern. Er sollte die wichtigsten Kompetenzen an einen „Überstaat“ abgeben und wenn schon nicht aufgehoben, so doch auf die Ebene eines Bundesstaates herabgedrückt werden. Dahinter stand die Auffassung, daß der Nationalstaat versagt habe, weil es ihm im 20. Jahrhundert nicht gelungen war, den Frieden zu bewahren.

Es ist hier nicht der Ort, diese tief im Erlebnis beider Weltkriege und im spektakulären Zusammenbruch beinahe aller europäischer Nationalstaaten während des Zweiten Weltkrieges wurzelnde Überzeugung zu analysieren⁴⁷. Sie traf sich in der Nachkriegszeit mit der unabweisbaren Erkenntnis, daß die Weltmächte USA und Sowjetunion einen Abstand selbst zu den größeren europäischen Nationalstaaten gewonnen hatten, der diese machtpolitisch als Zwerge erscheinen ließ und die Vereinigung ihres Machtpotentials nahelegte, wollte Europa in der Welt je wieder Einfluß gewinnen. Es ist wichtig zu erkennen, daß all dies in der unmittelbaren Nachkriegszeit *nicht* mit dem Begriff Integration gekennzeichnet werden konnte. Erst nach 1948 begann er allmählich den Begriff Föderation zu verdrängen, und erst um 1950 nahm er dessen institutionellen Bedeutungsaspekt an, der seinen umgangssprachlichen Bedeutungskern heute ausmacht⁴⁸.

Da die Anfänge der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in das Jahr 1947 fallen und auf das engste mit der amerikanischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik zusammenhängen, ist es sinnvoll, im Umfeld des Marshallplans anzusetzen, um dem Begriffswandel auf die Spur zu kommen. Ein Blick auf den Wortgebrauch in der amerikanischen Administration im Frühjahr 1947 bestätigt das bisherige Ergebnis: im Vordergrund steht die mit dem Begriff „economic disintegration“ verbundene Lageanalyse und die daraus abgeleitete Forderung nach Wiederherstellung

⁴⁷ Vgl. dazu vor allem: Walter Lipgens (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945*. Dokumentation, München 1968.

⁴⁸ Im Bewußtsein der Zeitgenossen gaben die Amerikaner den entscheidenden Impuls für den Begriffswandel: „L'integration“, so schrieb Robert Schumann 1953, „est un terme tout à fait nouveau. Il est d'origine plutôt américaine qu'européenne, du moins lorsqu'il est pris dans le sens que nous lui attribuons aujourd'hui. Lorsqu'on parle de l'integration des pays européens, cela signifie fusionner des institutions qui jusqu'ici étaient purement nationales, les faire fonctionner en commun sous une autorité commune et en faire une organisation permanente“. Robert Schuman, *L'Integration Economique de l'Europe*, in: *Revue Economique Franco-Suisse* 1953, No. 7 (Juli), S. 278. Daß die Amerikaner es waren, die der neuen Bedeutung zum Durchbruch verhelfen, ist vielfach bezeugt. Für weitere Belege vgl. H. Schneider, *Leitbilder* (Anm. 5), S. 233, Anm. 22.

der weltwirtschaftlichen Integration. Es wird nun aber eine Verbindung zwischen dieser Forderung und der Einsicht in die Notwendigkeit hergestellt, in Europa und in anderen wirtschaftlich zerrütteten Gebieten mit einem speziellen „Recovery Program“ die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Ziel des Programms müsse es sein, zunächst vor allem die wirtschaftliche Desintegration Westeuropas zu stoppen und sodann dessen wirtschaftliche Integration voranzutreiben⁴⁹.

William L. Clayton, Under Secretary of State for Economic Affairs und Chef der amerikanischen Delegation auf der Genfer Konferenz (1947), brachte die in der amerikanischen Administration vorherrschende Lageanalyse am 27. Mai 1947 auf die klarste Formel. Europa, so urteilte er nach seiner Rückkehr aus der alten Welt, stehe am Rande der Katastrophe. „Without further prompt and substantial aid from the United States economic, social and political disintegration will overwhelm Europe“⁵⁰. Clayton stellte sein Memorandum, das an die Adresse von Dean Acheson gerichtet war, unter die Überschrift „The European Crisis“, und zweifellos sind die Begriffe „disintegration“ und „crisis“ hier wie bei Röpke fast synonym⁵¹. So wie sich die Lageanalyse in der amerikanischen Administration 1947 mit dem korrespondierenden Begriffspaar Krise und Desintegration verband, so wurde die weltwirtschaftliche Zielsetzung, die mit dem geplanten Hilfsprogramm verfolgt werden sollte, hier und da mit dem antiken Begriff „Reintegration“ belegt⁵².

Die Begriffe „Desintegration“, „Reintegration“ und „Integration“ dürften über die Amtsstuben zunächst kaum hinausgekommen sein. Es handelte sich offensichtlich um spröde Fachterminologie, die für öffentliche politische Kundgebungen nicht geeignet schien. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß Außenminister Marshall zwar die oben skizzierte Krisenanalyse in seine Harvard-Rede vom 5. Juni 1947 übernahm, nicht aber den Begriff „disintegration“. Er sprach statt dessen lieber von „economic, social and political deterioration“⁵³. Gleichwohl wurde mit der Harvard-Rede der historische Prozeß in Gang gesetzt, in dem sich der moderne Integrationsbegriff herauskristallisierte. Die Amerikaner hatten den europäischen Regierungen für die Gewährung der Marshallplan-Hilfe drei Bedingungen gestellt: sie sollten ein gemeinsames Programm erarbeiten, eine gemeinsame Organisation errichten und Westdeutschland wirtschaftlich einbeziehen. Für alle drei Aufgaben setzte sich in den folgenden Monaten allmählich der Begriff Integration durch. „Program integration“,

⁴⁹ Foreign Relations of the United States (FRUS) 1947, III, S. 204 ff.; Zitat S. 225.

⁵⁰ Memorandum Clayton für Acheson, 27. Mai 1947, FRUS 1947, III, S. 230 ff.; Zitat S. 231.

⁵¹ Daß es sich bei der Krise von 1947 vorwiegend um eine Zahlungsbilanzkrise und nicht wie Clayton – und mit ihm die amerikanische Administration – glaubte, um eine allgemeine ökonomische Krise handelte, stellt Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*, London 1984, S. 1 ff. fest. Einen wesentlichen Grund für Clayton's Krisengemälde sieht Milward in den übertriebenen Klagen der europäischen Regierungen, deren Vertreter Clayton in Genf getroffen hatte, bevor er sein berühmtes Memorandum vom 27. Mai 1947 verfaßte. Vgl. FRUS 1947, III, S. 230, Anm. 1.

⁵² Vgl. etwa FRUS 1947, III, S. 207, 215.

⁵³ Während Clayton vorformulierte: „economic, social and political disintegration“, FRUS 1947, III, S. 231, änderte Marshall im oben bezeichneten Sinn, FRUS 1947, III, S. 238.

„organisational integration“ und „integration of Western Germany“ sollten gleichermaßen zur „closer integration of Western Europe“ führen⁵⁴.

Der Sprachgebrauch bleibt freilich noch lange unsicher. Die Begriffsverwendung tendiert ständig zur Vermischung mit verwandten Begriffen wie „cooperation“, „coordination“, „organisation“, „unification“ und „federation“, beziehungsweise – und dies wird immer häufiger – zur Ergänzung dieser Begriffe. Hier scheint die eigentliche Wurzel für den raschen Erfolg des Integrationsbegriffs zu liegen. Er wurde den oben genannten Begriffen zur Bezeichnung des prozessualen Aspekts beigegeben und so zum ruhenden Pol einer außerordentlich vielfältigen Begrifflichkeit. Offenbar prädestinierte ihn sein bescheidener Anspruch und pragmatischer Anstrich hierzu besonders. Wer von Integration sprach, konnte die Zieldebatten, die die großen historischen Begriffe „federation“ und „unification“ evozierten, vermeiden.

Im großen und ganzen bleibt „Integration“ freilich in den 40er Jahren ein amerikanischer Begriff, der eng mit der Durchführung des European Recovery Program (ERP) verbunden und jedenfalls auf den ökonomischen Bereich eingeschränkt ist. Es ist daher kein Zufall, daß sich die Durchsetzung des Begriffes im europäischen Bewußtsein mit dem Namen Paul Hoffman, dem Administrator der amerikanischen Marshallplan-Verwaltung, der Economic Cooperation Administration, verbindet. Hoffman hielt am 31. Oktober 1949 vor dem Rat der Organization for European Economic Cooperation (OEEC) in Paris eine Rede, in der er den Begriff „economic integration“ beinahe von Satz zu Satz wiederholte und damit zum rhetorischen Schlüsselbegriff machte⁵⁵. Nun wurde der Begriff mit einem Schlage in die öffentliche Debatte geworfen; denn die Rede fand ein gewaltiges Presseecho. Zwar zierten sich die europäischen Politiker noch einige Zeit, ihn als „ihren“ Begriff anzusehen, und es wurde Mode, auf seinen amerikanischen Ursprung hinzuweisen⁵⁶, aber nach der Verkündung des Schumanplans am 9. Mai 1950 begann der Begriff auch in Europa seinen Siegeslauf. Allerdings bekam er nun eine veränderte Bedeutung: er umschloß erstens die Forderung nach supranationalen Behörden, wurde zweitens regional auf einige westeuropäische Staaten und drittens sektoral auf Kohle und Stahl eingengt.

Es ist notwendig, den Wandel begrifflich genau zu fixieren: Der „liberale“ Integrationsbegriff entstammte einem *globalen* Konzept, das infolge der Krise des Jahres 1947 durch den Marshallplan eine *regionale* (Westeuropa) und *institutionelle* (OEEC) Komponente bekam. Allerdings hielt sich diese regionale und institutionelle Ergänzung des ursprünglichen Konzepts im Rahmen der Begriffstradition und beeinträchtigte die staatliche Souveränität nicht. Der „neue“ Begriff dagegen entbehrt des globalen Zusammenhangs, ist in seiner institutionellen Ausprägung durch die supranationale Komponente sehr viel ambitionierter geworden, sucht aber durch die – frei-

⁵⁴ FRUS 1947, III, S. 204 ff.; FRUS 1948, III, 353 ff., 399 ff., 402 ff.

⁵⁵ Text: New York Times, 1. November 1949; vgl. Editorial Note in FRUS 1949, IV, S. 438 ff. Vgl. zur Vorgeschichte und Interpretation: Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 282 ff.

⁵⁶ Vgl. neben der bereits erwähnten Schuman-Äußerung (Anm. 48) Bevin in: FRUS 1949, IV, S. 448 sowie Paul Henri Spaak am 19. Januar 1950, FRUS 1950, III, S. 613 f.

lich als vorübergehend gedachte – regionale und sektorale Einengung einen sehr viel pragmatischeren Ansatzpunkt. Hier scheint auf den ersten Blick der Bruch zu liegen.

Der Wandel, der sich Ende 1949/Anfang 1950 in der Begriffsgeschichte vollzieht, kann auch anders beschrieben werden: die relativ konsequente Orientierung am Wirtschaftsliberalismus und an ihm verwandten politischen, rechtlichen und sozialen Vorstellungen wird aufgegeben. Die Ausweitung des Begriffes beginnt, noch bevor sich seine bisherige Bedeutung öffentlich durchsetzt und verfestigt. Was verbirgt sich hinter diesem Wandel und was hinter der hektischen Konjunktur, die der Integrationsbegriff in den 50er Jahren erfährt? Eine Antwort kann nicht allein von der Begriffsgeschichte her gefunden werden. Diese muß vielmehr theoriegeschichtlich vertieft und im Kontext der Politik analysiert werden.

2.

Die Begriffsgeschichte verweist auf die liberale Integrationstheorie und deren Verwirklichung in der Politik der Nachkriegszeit. Dabei verdient vor allem der Zusammenhang zwischen globaler, regionaler, institutioneller und sektoraler Integration Beachtung; denn der Wandel in der Begriffsgeschichte und die ihm nachfolgende „Theorieexplosion“ scheinen hiermit etwas zu tun zu haben.

Der Ursprung der liberalen Integrationstheorie führt ins 18. Jahrhundert zu Adam Smith und seinem bahnbrechenden Buch „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ zurück⁵⁷. Smith ging davon aus, daß der Wohlstand eines Volkes von der räumlichen Ausdehnung des Marktes begrenzt sei, da die Möglichkeiten des Güterausstausches das Ausmaß der Arbeitsteilung bestimmen. Dem Wohlstand aller Völker sei daher am besten durch einen ungehinderten Güterausstausch über die Grenzen der Staaten hinweg gedient, da nur so eine weltweite Arbeitsteilung zu erreichen sei. Smith wandte sich damit vor allem gegen den Merkantilismus und seine hohen Außenzolltarife und plädierte für einen Abbau von Handelshemmnissen an den Staatsgrenzen. David Ricardo⁵⁸ erweiterte dieses Modell eines liberalen internationalen Außenhandels durch die sogenannte Theorie der komparativen Kosten, wonach jede „Volkswirtschaft“ den größtmöglichen Wohlstand (Güterertrag) erzielt, wenn sie ihre Produktion auf diejenigen Güter beschränkt, die sie mit den geringsten oder mit den vergleichsweise geringsten Kosten produzieren kann, und den übrigen Bedarf über den Handelsaustausch deckt.

Tatsächlich näherte sich die Welthandelslage in der Mitte des 19. Jahrhunderts dem Modell ein gutes Stück an: die industrielle Revolution hatte die Güterproduktion und damit auch die Möglichkeiten für den Warenaustausch vervielfacht und ließ die Völ-

⁵⁷ London 1776. Vgl. Samuel Hollander, *The Economics of Adam Smith*, Toronto 1973.

⁵⁸ David Ricardo, *On the Principles of Political Economy and Taxation*, London 1817. Kritisch zur Theorie der komparativen Kosten: Andreas Predöhl, *Außenwirtschaft. Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik*, Göttingen 1949, S. 137 ff.

ker durch die rasante Entwicklung des Verkehrswesens und der Kommunikationsmittel näher zusammenrücken; die regionalen Märkte wurden zu einem einheitlichen Weltmarkt verbunden, die Zolltarife gesenkt, der Goldstandard begründete eine weltweite Zahlungsunion und das mit dem Cobden-Vertrag von 1860 „global“ durchgesetzte Meistbegünstigungsprinzip gewährleistete einen echten Multilateralismus und die Gleichberechtigung aller Handelspartner⁵⁹.

Auch wenn die Geschichte nie ganz modellgerecht verläuft und es natürlich auch im 19. Jahrhundert viele Ausnahmen gab – man denke nur an die Erziehungs- und Schutzzollproblematik –, ist die Freihandelsära aus liberaler Sicht noch heute eine Art verlorenes Paradies. Dies gilt insbesondere für jene Gruppe von „Alt“-Liberalen, die nach der Weltwirtschaftskrise die weltweiten Desintegrationserscheinungen ihrer Zeit mit dem zuvor erreichten Integrationsstand verglichen. Als Beispiel mag Wilhelm Röpke dienen, der die umfassendste Analyse vorlegte⁶⁰.

Röpkes Analyse war historisch viel zu sensibel und genau, um die bereits im 19. Jahrhundert erkennbaren Desintegrationsprozesse zu leugnen. Die Business Cycles waren ihm natürlich bekannt, zumal die große Untersuchung dieses Phänomens durch Schumpeter 1939 erschien⁶¹. Er übersah auch nicht, daß Schutzzölle und Kartellabsprachen am Ende des Jahrhunderts das Bild trübten. Aber all dies setzte das System nicht außer Kraft und war nicht mit jenen tiefgreifenden Krisenerscheinungen zu vergleichen, die seit dem Ersten Weltkrieg und in geradezu epochaler Bedeutung seit 1931 wirksam waren. Auf sie konzentrierte er sich. Die internationale wirtschaftliche Desintegration hatte für ihn quantitative und qualitative Aspekte. Die quantitative Analyse führt zu dem bekannten Ergebnis, daß der Welthandel bis zum Ersten Weltkrieg sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ – im Vergleich zum jeweiligen Sozialprodukt – stieg. Dieser Trend wurde, nach erheblichen Irritationen durch den Ersten Weltkrieg und die 20er Jahre, die aber nicht durchschlugen, in der Krise von 1931 säkular gebrochen. Das Volumen des Welthandels ging von 1929 = 130 auf 1934 = 86 zurück (1913 = 100)⁶².

⁵⁹ Vgl. den knappen Abriss bei Predöhl, *Außenwirtschaft* (Anm. 58), S. 189 ff. Für die Auffassung, daß das 19. Jahrhundert aus wirtschaftshistorischer Perspektive „das Jahrhundert der Integration“ gewesen sei, vgl. Knut Borchardt, *Integration in wirtschaftshistorischer Perspektive*, in: *Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart*, hg. v. E. Schneider, Berlin 1965, S. 388–410.

⁶⁰ Röpke, *Disintegration* (Anm. 35).

⁶¹ Josef Schumpeter, *Business Cycles*, New York 1939.

⁶² Die freihändlerische Auffassung, die Röpke hier zugrunde legt, daß der Außenhandel schneller wachse als die Inlandsproduktion, wurde von Werner Sombart bestritten. Seiner Ansicht nach nahm der Anteil des Außenhandels am gesamten Nationaleinkommen mit der Zunahme der Industrialisierung ab. Werner Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert*, 3. Aufl. Berlin 1913, S. 368–376, 528. Kritisch zu Sombart: Albert O. Hirschman, *National Power and Structure of Foreign Trade*, Berkeley 1945, S. 146–151. Mit der These von Sombart, daß die nationale Integration sich rascher vollzieht als die internationale, setzte sich 1961 Karl W. Deutsch, *Nationale Industrialisierung und der Rückgang des internationalen Wirtschaftssektors*, in: ders., *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, hg. v. A. Ashkenasi u. P. Schulze, Düsseldorf 1972, S. 144 ff., auseinander. Deutsch kommt zu dem Ergebnis, daß seit ca. 1928/30 das Fallen der Außenhandelsrate für die meisten nordatlantischen Länder gilt, ebenda, S. 166.

Das Schrumpfen der Welthandelsziffern seit 1931 ist für Röpke freilich kaum mehr als ein äußerer Indikator für die weltwirtschaftliche Desintegration. Diese ist im Grunde nur durch eine qualitative Analyse zureichend zu erfassen; denn der internationale Handel ist Bestandteil hochkomplexer Strukturen. So sagen die Welthandelsziffern wenig über das Ausmaß weltwirtschaftlicher Integration aus, wenn man nicht gleichzeitig das Bedingungsgefüge des Welthandels analysiert. Hier setzt Röpke an: der seit der Weltwirtschaftskrise verstärkt um sich greifende Handelsbilateralismus und die Bildung von Wirtschafts- und Währungsblöcken⁶³, so seine These, haben den Charakter der Weltwirtschaft als eines „intercommunicating“ und „multilateral system“ aufgelöst. Die Weltwirtschaft sei fragmentiert worden, so daß die Außenhandelsziffern zu einer reinen Addition von Käufen und Verkäufen auf isolierten Märkten denaturierten, mithin über den Grad der weltwirtschaftlichen Integration wenig aussagten. Als Ursachen dieses Separierungsprozesses in den internationalen Beziehungen geißelte Röpke die bekannten Instrumente der bilateralen Handelspolitik: gestaffelte Zolltarife, Import- und Exportquoten, die Bedeutungsminderung der Meistbegünstigungsklausel, die Verknüpfung von Außenhandelskontrollen und Clearing-Abkommen, den zunehmend bilateral abgewickelten Tauschhandel und die Import- und Exportmonopole⁶⁴.

Röpke begriff freilich auch den Bilateralismus nur als eine – wenn auch als die wesentlichste Ursache – eines allgemeineren Trends zur Zerstörung der weltwirtschaftlichen Integration und zur Regionalisierung der Weltwirtschaft. Andere Faktoren traten ihm korrespondierend zur Seite wie die Kurzfristigkeit und Unstetigkeit handelspolitischer Absprachen und Beziehungen, der Verlust an Stabilität, Verlässlichkeit und Kontinuität überhaupt, die Politisierung der Wirtschaftsbeziehungen, die Ablösung der Exportpreise von den Produktionskosten, der Agrarprotektionismus und die zunehmende Immobilität der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit. Zentrale Bedeutung für den Desintegrationsprozeß maß Röpke dem Zusammenbruch des internationalen Währungs- und Finanzsystems bei⁶⁵. Mit der Abkehr vom Goldstandard habe der Welthandel sein Regulativ verloren.

Der Sieg der autonomen Handelspolitik, der mit all diesen Erscheinungen in engstem wechselseitigem Zusammenhang stand, brachte aus liberaler Sicht ein für das Gesamtsystem nicht mehr verträgliches Ausmaß an Staatsinterventionismus hervor. Während der Protektionismus bisher in eine überwiegend liberale Weltwirtschaft eingebettet gewesen sei, nehme er nun einen Umfang an, der dem System eine neue Qualität gebe. „World trade is able to assimilate an astonishingly large amount of protective measures, until suddenly the breakingpoint is reached“⁶⁶. Die Staatsinterven-

⁶³ Zum Zusammenhang vgl. anstatt vieler: Charles P. Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*, München 1973, insbesondere S. 290 ff. und Andreas Predöhl, *Das Ende der Weltwirtschaftskrise*, Hamburg 1962, insbesondere S. 61 ff.

⁶⁴ Röpke, *Disintegration* (Anm. 60), S. 34 ff.

⁶⁵ Ebenda, S. 191 ff.

⁶⁶ Ebenda, S. 56.

tionen, in der Regel nur als vorübergehende Maßnahmen gedacht, zwingen zu immer neuen und weitgehenderen Staatseingriffen und führten mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zur Befehlswirtschaft, die vor allem den diktatorischen Zügen der totalitären Staaten entgegenkäme. Doch auch für die anderen Staaten gelte: „the way in is easy, but the way out extremely difficult“⁶⁷.

Die liberale Wirtschaftstheorie war in eindeutiger Frontstellung zum staatlichen Dirigismus des Merkantilismus entwickelt worden, und es kann daher nicht verwundern, daß ihre Verfechter sich im 20. Jahrhundert gegen den Neomerkantilismus der autonomen Handelspolitik stellten, der die Integration der jeweiligen Volkswirtschaften der Integration des Welthandels vorzog und die Probleme, die dies aufwarf, in regionalen Wirtschaftsblöcken aufzufangen versuchte. Integration war für sie ein prinzipiell globaler, jedem offener Prozeß, der auf das einzelne Wirtschaftssubjekt als Träger zugeschnitten war und dem Staat Zurückhaltung auferlegte. Dieser hatte lediglich die Rahmenbedingungen des Systems zu sichern. Allerdings ist die Ablehnung der autonomen Handelspolitik noch nicht mit der Ablehnung jedes Regionalismus identisch. So wie die liberale Theorie sich nach dem Desaster der Weltwirtschaftskrise genötigt sah, der staatlichen Wirtschaftspolitik einen Platz einzuräumen, setzte sie sich auch mit der Frage auseinander, ob regionale Zusammenschlüsse in modellkonformer Weise möglich seien. Die Frage konzentrierte sich auf die Rolle von Zollunionen und Freihandelszonen.

Zollunionen haben aus liberaler Sicht von jeher ein Problem aufgeworfen. Auf der einen Seite schaffen sie mit der Vereinigung vorher getrennter Volkswirtschaften durch die Beseitigung der Binnenzölle einen größeren Markt und haben somit integrierende Wirkungen. Was wäre schließlich die liberale Ära ohne die wirtschaftliche Integration der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und des deutschen Zollvereins gewesen? Zweifellos führte der innerhalb dieser Wirtschaftsgebiete intensivierte Güter- und Leistungsaustausch zu einer verstärkten Arbeitsteilung und einer Optimierung der Produktionsbedingungen mit den entsprechenden positiven Wirkungen auf die Industrialisierung dieser Gebiete und den Welthandel insgesamt. Auf der anderen Seite wirken die gemeinsamen Außentarife von in Zollunionen vereinten Ländern gegenüber Dritten auch desintegrierend auf den Welthandel. Freihandelszonen mindern diese negativen Wirkungen nur unbedeutend⁶⁸. Zwar fehlt der gemeinsame Außentarif, aber die ins Belieben jedes Teilnehmers gestellte Zollpolitik gegenüber Dritten führt zu Handelsverzerrungen. Natürlich hängt in beiden Fällen sehr viel von der Höhe der Außentarife ab.

In jedem Fall erscheinen solche regionalen Wirtschaftszusammenschlüsse aus liberaler Sicht allenfalls als zweitbeste Lösung. Eine Zollunion, so Gottfried Haberler 1936, könne keine Vorteile bieten, die nicht in weit besserer Weise durch eine welt-

⁶⁷ Ebenda, S. 62.

⁶⁸ Zum Stand der Diskussion heute vgl. die bahnbrechenden Arbeiten von Jacob Viner, *The Customs Union Issue*, New York 1950 und James E. Meade, *The Theory of Customs Unions*, Amsterdam 1968.

weite Reduzierung der Zölle erreicht werde⁶⁹. 1943 erwog Haberler das Problem mit dem Blick auf die Gestaltung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erneut⁷⁰. Sollte, so fragte er, die Weltwirtschaft wieder auf den Nationalstaaten aufbauen oder sei es sinnvoller, diese zuvor zu größeren regionalen Einheiten zusammenzuschließen? Vielleicht, so erwägt er, könne eine Zollunion der ehemals in der Donaumonarchie vereinten Länder von einigem Nutzen sein, aber andere regionale Zusammenschlüsse wie etwa der skandinavischen Staaten oder der Beneluxländer hält er allenfalls aus sicherheitspolitischen Gründen für erstrebenswert. Ganz undenkbar erschien ihm aber der Gedanke an eine paneuropäische Union. Es sei nicht nur schwierig, sie regional abzugrenzen, da Europa keine sinnvolle ökonomische Einheit darstelle, sondern es sei auch undenkbar, daß Frankreich und die kleineren europäischen Staaten mit Deutschland freiwillig eine Zollunion eingingen, die unweigerlich zu einer Dominanz Deutschlands führen werde⁷¹. Insgesamt kommt Haberler unter Bezug auf die Politik von Cordell Hull und auf die Grundsätze der Atlantik Charta zu dem Ergebnis, daß es sinnvoller sei, die Wiederherstellung des Welthandels auf direktem Wege durch globale Liberalisierung anzustreben, als auf indirektem Wege durch regionale Zollunionen, die er allenfalls für kleinere Staaten empfiehlt⁷².

Die Integrationstheorie der Zwischenkriegszeit hielt freilich noch eine andere Variante des Regionalismusproblems bereit. Die quantitative Analyse der weltwirtschaftlichen Integration führte zusammen mit der Standortlehre zu der Erkenntnis, daß das Welthandelssystem Gravitationsfelder von besonderer Dichte der Austausch-, Verkehrs- und Kommunikationsbeziehungen aufweist. Solche Gravitationsfelder sind heute Europa, Nordamerika, Sowjetunion und Japan. Von ihrem Funktionieren hängt der Welthandel weitgehend ab. Innerhalb dieser Gravitationsfelder bilden sich um die Eisen- und Stahlindustrie herum vorwiegend aus Standortgründen Kerngebiete heraus⁷³. Wie, so fragten schon 1933 die Nationalökonominnen Herbert Gaedicke und Gert von Eynern, verhält sich die Integration des Welthandels zur Integration in diesen Kerngebieten? Sie konzentrierten ihre Analyse dabei auf Europa.

Zunächst springt die bekannte Bedeutungsminde rung ins Auge, die Europa seit 1914 erfuhr. So sank der Anteil Gesamteuropas – Kontinentaleuropa einschließlich Rußlands und der britischen Inseln – an der gesamten Ausfuhr der Welt von 30,0% im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 auf 24,5% im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930⁷⁴. Dies war vor allem eine Folge des Ersten Weltkrieges. Durch den langjährigen Ausfall der europäischen Lieferanten und Abnehmer gingen die Einfuhr- und Ausfuhrquoten in Übersee zurück. Nutznießer waren die USA, Japan und Kanada, die

⁶⁹ Gottfried Haberler, *Theory of International Trade*, Edinburgh 1936, S. 390.

⁷⁰ Gottfried Haberler, *The Political Economy of Regional or Continental Blocs*, in: *Postwar Economic Problems*, ed. by Seymour E. Harris, New York 1943, S. 325 ff.

⁷¹ Ebenda, S. 335.

⁷² Ebenda, S. 344.

⁷³ Vgl. für den heutigen Stand der Diskussion Andreas Predöhl/Harald Jürgensen, *Europäische Integration*, in: *HdSW* 3 (1963), S. 371 ff.; Predöhl, *Weltwirtschaftskrise* (Anm. 63), S. 73 ff.

⁷⁴ Gaedicke/von Eynern, *Produktionswirtschaftliche Integration* (Anm. 37), S. 8.

die verwaisten Märkte für sich eroberten. Zugleich minderte sich freilich die Abhängigkeit von Europa auch durch die Industrialisierung großer außereuropäischer Gebiete während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Wichtig ist, daß es sich hier um einen relativen Rückgang handelte. In absoluten Zahlen nahm der europäische Außenhandel mit Übersee zu, aber der außereuropäische Handel steigerte sich eben noch mehr! Die Bedeutungsminderung Europas im Welthandel erwies sich trotz seit 1925 spürbarer Rekonstruktionstendenzen als irreversibel. Das Bewußtsein, daß dies so sei, hat offenbar nicht wenig dazu beigetragen, darüber nachzudenken, wie man den innereuropäischen Außenhandel intensivieren könne⁷⁵.

Wie stellt sich also die innere Integration Europas vor 1914 dar und wie entwickelte sie sich danach? Gaedicke und von Eynern knüpfen in ihrer Analyse an die Standortstheorie von Alfred Weber an⁷⁶. Danach war der industrielle Kern Europas, bestehend aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Österreich, der Schweiz und Norditalien prinzipiell vom agrarischen Rand Europas zu unterscheiden. Der industrielle Kern Europas zog vor wie nach dem Krieg den Löwenanteil des innereuropäischen Außenhandels auf sich: vor dem Krieg 77% der Einfuhr und 76% der Ausfuhr, nach dem Krieg 72% der Einfuhr und 73% der Ausfuhr. Dabei waren die europäischen Industrieländer untereinander ihre besten Handelspartner. Von ihrer Gesamtausfuhr entfielen vor dem Krieg (Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913) 51% auf den gegenseitigen Handelsverkehr, 36% auf Außereuropa, 9% auf Randeuropa und der Rest auf Rußland. Von ihrer Gesamteinfuhr entfielen 43% auf Außereuropa, 40% auf den gegenseitigen Handelsverkehr und der Rest auf Randeuropa und Rußland⁷⁷.

Den Typus dieser Verflechtung Kerneuropas bezeichneten Gaedicke und von Eynern als „produktionswirtschaftliche Integration“. Angesichts der relativ homogenen Struktur der Industriekernländer konnte ihr gegenseitiger Warenverkehr nicht vorwiegend im Austausch von industriellen Fertigwaren gegen Nahrungsmittel und Rohstoffe bestehen. Kerneuropa ergänzte sich vielmehr vor allem im Produktionsprozeß. „Rohstoffe (z. B. Kohle, Erz) gingen von einem Land in ein anderes Land: mit ihrer Hilfe hergestellte halbfertige Waren (z. B. Eisenhalbzeug, Garne) wanderten in das erste Land zurück, teils um hier zu Fertigwaren verarbeitet zu werden, teils um nur einen Veredelungsprozeß durchzumachen (Garne wurden z. B. gefärbt) und danach abermals als ein dem Fertigungsprodukt jetzt näheres Halbprodukt das andere Land aufzusuchen. Solche Austauschbeziehungen erstreckten sich auch oft auf mehr als zwei Länder. Charakteristisch war dabei stets, daß es sich um den Austausch von Waren handelte, die verschiedene Stadien des industriellen Produktionsprozesses vor Gewinnung des konsumreifen Endproduktes repräsentieren, nicht dagegen um den

⁷⁵ Ebenda, S. 7 ff., 13 ff.

⁷⁶ Alfred Weber, *Europa als Weltindustriezentrum und die Idee der Zollunion. Eine Standortbetrachtung*, Berlin 1926, sowie: Otto Schlier, *Aufbau der europäischen Industrie nach dem Kriege*, Berlin 1932.

⁷⁷ Gaedicke/von Eynern, *Produktionswirtschaftliche Integration* (Anm. 37), S. 55 ff.

Austausch von industriellen Fertigwaren gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Ursache dieser produktionswirtschaftlichen Integration lag darin, daß die verschiedenen Standortbedingungen der einzelnen Produktionsstufen die betreffenden Industriezweige über mehrere Länder verstreut hatten⁷⁸.

Diese „produktionswirtschaftliche Integration“ des industriellen Kerns war nun nach dem Ersten Weltkrieg erheblichen desintegrierenden Einflüssen ausgesetzt. So ging der Anteil des gegenseitigen Handels am Gesamthandel Kerneuropas in der Ausfuhr von 40% auf 34% zurück. Die „integrierende Kraft“ Kerneuropas, so Gaedicke/von Eynern, hat also „in der Nachkriegszeit nachgelassen: die Länder Kerneuropas spielen gegenwärtig als Absatz- und Bezugsländer füreinander eine geringere Rolle als vor dem Krieg. Diesem Desintegrationsprozeß entsprach eine stärkere Verbundenheit mit den außereuropäischen Ländern, während die Stellung der randeuropäischen Gebiete und Rußlands im Außenhandel Kerneuropas fast unverändert blieb“⁷⁹.

Die Gründe hierfür waren vielfältig. An erster Stelle dürften die territorialen Veränderungen infolge der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg stehen. Sie schufen zahlreiche neue Staaten, deren Grenzen die alten Binnenmärkte zerschnitten. Statt 21 Zollgebieten vor dem Krieg gab es nun 28 Zollgebiete. „Durch die Zerreißung wirtschaftlich zusammengehöriger Gebiete fanden sich zahlreiche Industrien plötzlich an Orten, wo die standortmäßigen Bedingungen (z. B. wegen des Wegfalls der Rohstoffgrundlage oder des Absatzmarktes) fehlten“⁸⁰. Im Zuge nationalstaatlich ausgerichteter Wirtschaftspolitik begann man die industrielle Struktur zu ergänzen und künstlich Industrien ohne Rücksicht auf die Standortbedingungen hochzuziehen. Die Folge war aus gesamteuropäischer Perspektive ein Verlust an Produktivität.

Die Frage nach der Integration Kerneuropas ließ sich freilich noch regional differenzieren. Die engsten Beziehungen bestanden zwischen den späteren Montanunionländern, der Schweiz, Österreich und der Tschechoslowakei, während Großbritannien auch starke Bindungen nach Skandinavien und natürlich nach Übersee hatte (USA/Dominions). Als besonders schmerzlich mußte daher die Zerreißung des Kohle-Erz-Reviere infolge der Abtrennung Lothringens vom Reich angesehen werden, ging sie doch mitten durch den am meisten integrierten Teil Kerneuropas. Dieser Riß durch Kerneuropa bot allerdings auch eine Chance: der wirtschaftliche Zwang zur Reintegration konnte zu einer politischen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland führen. In der Zwischenkriegszeit ist diese ökonomisch wie politisch gleichermaßen wichtige Aufgabe vielfach gesehen worden⁸¹. Es gab zahlreiche Einzelvorschläge für eine ökonomisch motivierte Entente. Auch die Internationalen Rohstahlkartelle der 20er und 30er Jahre, die die Schwerindustrie Frankreichs und

⁷⁸ Ebenda, S. 23.

⁷⁹ Ebenda, S. 57.

⁸⁰ Ebenda, S. 28 f.

⁸¹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, 2. erw. Aufl. Stuttgart 1980, S. 449 ff.

Deutschlands mit der der anderen Kernländer Europas zu einer gemeinsamen Produktionsmengen- und Absatzregelung zusammenführten, weckten bei den Beteiligten politische Hoffnungen⁸². Konnte die Industrie eine Vorreiterrolle für die politische Einigung spielen? Es war ja auch früher schon ein viel diskutiertes Thema gewesen, ob die wirtschaftliche Verständigung, etwa im Rahmen von Zollunionen, der politischen vorangehen könnte⁸³.

Im Zweiten Weltkrieg änderte sich die Akzentuierung solcher Überlegungen. Während einerseits davon auszugehen war, daß die Desintegration Kerneuropas in der Nachkriegszeit ein nie gekanntes Ausmaß erreichen würde, hatte die Entwicklung andererseits gezeigt, welche unerhörte Kraft das deutsche Wirtschaftspotential zu entfalten vermochte. Ohne dieses Potential würde Kerneuropa nicht zu reintegrieren sein, aber wie konnte vermieden werden, daß sich aus seiner wirtschaftlich unvermeidlichen Einbeziehung erneut eine die Sicherheit Europas gefährdende deutsche Dominanz ergab? Aus liberaler Sicht war dieses Problem offenbar nicht zu lösen, wie die Überlegungen Haberlers zeigen. Er ließ die Frage mit seinem Plädoyer für eine globale Integration im Grunde offen.

Es gab unter den amerikanischen Nachkriegsplanern freilich auch noch andere Überlegungen. So hatte William Diebold Jr. bereits 1942 vorgeschlagen, das gefährliche Ruhrpotential einer supranationalen Behörde zu unterstellen und in diese Konstruktion womöglich auch die Schwerindustrie ganz Europas einzubringen⁸⁴. Damit kam ein neuer Akzent in die Diskussion, der bis in die Nachkriegszeit fortwirkte⁸⁵. Zweifellos war dieser Gedanke außerordentlich hellichtig, weil er zusammen mit der wirtschaftlichen Reintegration Kerneuropas auch die sicherheitspolitischen Probleme zu lösen versprach.

Obgleich die Daten der Welthandelsstatistik auf die Wichtigkeit des europäischen Kerngebietes hinwiesen, entwickelten die liberalen Integrationstheoretiker bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kein Konzept, das den regionalen Reintegrationsinteressen des europäischen Raums und dem Deutschlandproblem Rechnung getragen hätte. Dies ist um so erstaunlicher, als sie es waren, die die Desintegration der europäischen Wirtschaftsverhältnisse, wenn auch unter globaler Perspektive, besonders eindringlich analysiert hatten. Priorität besaß für sie die globale Integration, unter bestimmten eng umrissenen Bedingungen räumten sie Zollunionen eine gewisse unterstützende Rolle ein.

Von dieser liberalen Position ging auch die amerikanische Nachkriegspolitik aus. Die Tatsachen sind zu bekannt, um mehr als der Erwähnung zu bedürfen. In Bretton Woods versuchten die USA 1944 zusammen mit Großbritannien durch die Gründung des Weltwährungsfonds und der Weltbank die Grundlage für eine liberale Weltwäh-

⁸² Günther Kiersch, *Internationale Eisen- und Stahlkartelle*, Essen 1954, sowie: Richard Mayne, *Die Einheit Europas*. EWG, Euratom, Montanunion, München 1963.

⁸³ Vgl. Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 105 ff., 138 ff. u. 157 ff.

⁸⁴ Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik* (Anm. 81), S. 450 f.

⁸⁵ Ebenda, S. 792, Anm. 70, sowie: Gaedicke/von Eynern, *Produktionswirtschaftliche Integration* (Anm. 37), S. 7 ff. u. 13 ff.

rungsordnung zu legen. Analoges wurde 1947 in Havanna auch für die Welthandelsordnung versucht⁸⁶. Während die Charta von Havanna nie verwirklicht wurde, gelang es mit dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 1947 in Genf in der Frage der Welthandelsordnung zu einem Teilerfolg zu kommen: man vereinbarte den Abbau von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen sowie die prinzipielle Einführung der Meistbegünstigung. Das GATT war gleichwohl, und das kennzeichnet die Situation, von einer Verwirklichung liberaler Lehren weit entfernt. Es gestattete zahlreiche Ausnahmen, ließ z. B. die bestehenden Präferenzsysteme und die Restriktionen zum Schutze der Landwirtschaft unberührt und erlaubte Zollunionen, wenn sie nicht mit Zollerhöhungen verbunden waren.

Es ist erst jüngst wieder darauf hingewiesen worden, daß es der amerikanischen Politik nicht gelang, eine neue liberale Weltwirtschaftsordnung im direkten Wege, gewissermaßen „von oben“, zu etablieren⁸⁷. Die Frage, ob diese Politik auch auf lange Sicht gescheitert ist, mag hier dahingestellt bleiben, zweifellos geriet sie aber 1947 in eine Krise⁸⁸, die zum Umdenken zwang. Das Ergebnis dieses Umdenkens war der Marshallplan. Seine konzeptionelle Vorbereitung oblag einer kleinen Gruppe von ökonomisch vorgebildeten Integrationstheoretikern innerhalb der amerikanischen Administration, die den Begriff Integration in die Sprache der Politik einführten. Zu ihnen zählte Harold Van B. Cleveland, Ben T. Moore, Charles P. Kindleberger, Walt W. Rostow und William L. Clayton⁸⁹. Diese Nationalökonominnen gingen von der in der Krise des Jahres 1947 gereiften Einsicht aus, daß die Integration der Weltwirtschaft auf direktem Wege nicht zu erreichen, sondern vielmehr eine Zwischenstufe einzuschleppen sei. Die Weltwirtschaft könne nur auf funktionierenden Gravitationsfeldern aufgebaut werden, doch im Unterschied zum amerikanischen sei das ebenso wichtige europäische Gravitationszentrum nachhaltig gelähmt.

In den Memoranden der amerikanischen Fachleute spielte die Vorstellung eine zentrale Rolle, daß man das Ausmaß der Kriegszerstörungen in Europa bisher weit unterschätzt habe und begreifen müsse, daß die binnen- und zwischenwirtschaftliche Integration der europäischen Volkswirtschaften zerstört sei: „The war and the political changes consequent thereto destroyed in substantial part the former capacity of the countries of Europe to meet their manufacturing and agricultural needs through the normal operations of closely integrated economies“⁹⁰. Und an anderer Stelle wurde das Problem präziser definiert: „A basic element in the problem, in addition to

⁸⁶ Vgl. die Skizze bei Predöhl, *Weltwirtschaftskrise* (Anm. 63), S. 110 ff.

⁸⁷ Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), *passim*. Daß die globale Integration der Weltwirtschaft gescheitert sei, stellte Predöhl freilich bereits 1949 und außerordentlich prononciert 1962 fest, vgl.: ders., *Außenwirtschaft* (Anm. 58), S. 225 ff., 316 ff.; ders., *Weltwirtschaftskrise* (Anm. 63), S. 110 ff.

⁸⁸ Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 1 ff.

⁸⁹ Charles P. Kindleberger, *Memorandum for the Files*, vom 22. Juli 1948, in: FRUS 1947, III, S. 241 ff. Vgl. Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 10; vgl. Stanley Hoffmann/Charles Maier (Hg.), *The Marshall Plan*, London 1984, S. 4 ff.

⁹⁰ Report of the Special „Ad Hoc“-Committee of the State-War-Navy Coordinating Committee, vom 21. April 1947, FRUS 1947, III, S. 204–219, Zitat S. 209.

nature-made shortages, is a breakdown in the modern system of division of labor in European economy between peasants and city workers. Furthermore, existing trade barriers (a) clog the flow of Europe's trade and (b) will set an uneconomic pattern for any reconstruction efforts. . . . The situation must be faced immediately. If it is not remedied, Europe will in early 1948 suffer increasingly severe economic, political, and social disintegration⁹¹.

Die Desintegration war also weit tiefer vorgedrungen als in der Zwischenkriegszeit, das Prinzip der Arbeitsteilung war in Europa sowohl innerhalb der Volkswirtschaften als auch innerhalb der Region suspendiert. Von einer solchen Ausgangsposition war es nicht möglich, direkt zur weltwirtschaftlichen Integration vorzudringen, vielmehr mußten hierfür erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Für diese Voraussetzungen bürgert sich interessanterweise der Begriff „reintegration“ ein. Er wird mit dem Konzept des amerikanischen Hilfsprogramms verbunden, das besonders desintegrierten Volkswirtschaften über regionale Zusammenarbeit zur Rückkehr in den Welthandel verhelfen soll. „Economic policy“, so hieß es bereits im April 1947, „must aim at the reintegration of the economies of critical countries into regional and world trading and production systems“⁹².

Weil es den amerikanischen Fachleuten darum ging, die Rolle Europas als Gravitationszentrum der Weltwirtschaft wiederherzustellen, besaßen sie offenbar zunächst eine viel größere Bereitschaft als die Politiker, auch Osteuropa in die Überlegungen einzubeziehen. „The interdependence of the various national economies is so great, particularly in Europe, that economic recovery of western-oriented areas will require a substantial increase in trade with Soviet-dominated areas“⁹³. Allerdings war man sich darüber im klaren, daß sich die amerikanische Hilfe auch auf die „key countries of western Europe“ beschränken konnte, ohne den positiven Effekt auf die Weltwirtschaft sehr zu mindern. „While Western Europe is essential to Eastern Europe, the reverse is not true“, bemerkte Clayton am 28. Mai 1947 auf einer Amtschefbesprechung im Department of State. Man könne daher an die Einbeziehung der osteuropäischen Staaten in die amerikanische Hilfe die Bedingung knüpfen, daß sie „would abandon nearexclusive Soviet orientation of their economies“.

Zweifellos standen die hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas im Zentrum der Überlegungen, ging es vor allem darum, „to halt the economic disintegration of western Europe“⁹⁴.

Es mag heute erstaunen, wie schnell sich die amerikanische Politik noch im Vorfeld der Pariser Konferenz damit abfand, daß das gesamte europäische Gravitationsfeld nicht wiederherzustellen sein werde. Man begnügte sich mit der Reintegration West-

⁹¹ Summary of Discussion on Problems of Relief, Rehabilitation and Reconstruction of Europe, vom 29. Mai 1947 im Department of State am 28. Mai 1947, FRUS 1947, III, S. 234–36, Zitat S. 234.

⁹² Report of the Special „Ad Hoc“-Committee (Anm. 90), FRUS 1947, III, S. 207, vgl. ebenda S. 225.

⁹³ Ebenda, S. 215, vgl. FRUS 1947, III, S. 222, 224, 225, 228, 235 u. passim.

⁹⁴ Summary of Discussion (Anm. 91), FRUS 1947, III, S. 235. The Director of the Policy Planning Staff, Kennan, to the Under Secretary of State, Acheson, 23. Mai 1947, FRUS 1947, III, S. 223–230, Zitat S. 225.

europas in dem Bewußtsein, damit die ökonomischen Trümpfe in der Hand zu haben. Zwar war ein Teil von Kerneuropa vorerst abgespalten – Berlin, Sachsen, Oberschlesien und die Tschechoslowakei blieben außerhalb, und Österreichs Zugehörigkeit konnte immerhin unsicher erscheinen –, aber der seit jeher produktionswirtschaftlich besonders eng verbundene schwerindustrielle Kern – die Montanindustrie der Ruhr, der Saar, Lothringens, Luxemburgs und Belgiens – lag im Westen. Westeuropa aber war immer schon vor allem mit dem Welthandel und mit sich selbst verflochten und relativ unabhängig von den süd- und osteuropäischen „Rand“-Gebieten, während diese in viel höherem Maße von den industriellen Kerngebieten abhängig waren. Auch wenn dies für Westeuropa einen Trost darstellen mochte, so kann man sich doch der Erkenntnis nicht verschließen, daß Europa im 20. Jahrhundert – vergleicht man es mit dem Europa des 19. Jahrhunderts – mehr an Gesamtintegration eingebüßt hat, als es an Westintegration zurückgewinnen kann.

Mit dem Marshallplan entwickelte die amerikanische Politik ein Integrationskonzept, das eine Antwort auf die regionalen und sicherheitspolitischen Probleme Westeuropas zu geben versuchte, ohne das langfristige Ziel des Aufbaus eines liberalen Weltwirtschaftssystems aus den Augen zu verlieren. Die drei Forderungen der USA an die Adresse der Europäer: ihre nationalen Aufbauprogramme zu koordinieren, eine ständige Organisation zu schaffen und Westdeutschland einzubeziehen, trugen den Bedürfnissen der praktischen Politik vorerst Rechnung, ohne den Rahmen des Konzepts zu sprengen. Hierzu paßte, daß die Forderung nach einer engeren wirtschaftlichen Kooperation – Reintegration – Europas sich immer wieder auch mit der Forderung verband, eine regionale Zollunion zu schaffen, da – wie Clayton bereits am 27. Mai 1947 ausführte – Europa nicht unabhängig von amerikanischer Hilfe werden könne, „if her economy continues to be divided into many small watertight compartments as it is today“⁹⁵.

Die Ereignisse wurden zunächst völlig auf der Linie dieses Konzepts vorangetrieben. Nachdem Marshall in seiner Rede vom 5. Juni 1947 die Ausarbeitung eines gemeinsamen Recovery-Programms durch die europäischen Regierungen selbst zur Vorbedingung der amerikanischen Hilfe gemacht hatte und nachdem die Sowjetunion mit Wirkung für alle osteuropäischen Länder diese Forderung und damit die Teilnahme am Hilfsprogramm abgelehnt hatte, beschickten 16 westeuropäische Länder am 12. Juli 1947 die Konferenz von Paris, um über Marshalls Bedingungen zu beraten. Sie konstituierten sich wenige Tage darauf, am 16. Juli, als „Committee of European Economic Cooperation“ (CEEC). Das CEEC legte am 22. September 1947 seinen Abschlußbericht vor und trat am 15. März 1948 in Paris zu einer zweiten Konferenz zusammen, an der vom 16. März an auch die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen teilnahmen, nachdem auf der Londoner Außenministerkonferenz am 6. März beschlossen worden war, Westdeutschland am europäischen Wiederaufbauprogramm zu beteiligen. Nun überstürzten sich die Ereignisse. Nachdem der amerikanische Kongreß das European Recovery Program beschlossen hatte und die

⁹⁵ FRUS 1947, III, S. 232.

Economic Cooperation Administration (ECA) unter der Leitung von Paul Hoffman gegründet worden war, der die gesamte Abwicklung und Überwachung des Hilfsprogramms oblag, wurde am 16. April 1948 die OEEC gegründet. Sie war aufgrund amerikanischer Forderungen als ständige Organisation konzipiert und vereinte die Regierungen der 16 Teilnehmerstaaten zu dem Zweck einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Absicherung des Recovery Program⁹⁶.

Die OEEC war keine supranationale Behörde, sondern strikt pluralistisch organisiert. Beschlüsse konnten nur „auf Grund gegenseitigen Einverständnisses aller Mitglieder“ gefaßt werden (Art. 14). Die OEEC war zweifellos ein Kompromiß, was sich in der Gründungsurkunde deutlich niedergeschlagen hat. Einerseits paßte sie in das liberale Konzept, andererseits trug sie den Erfordernissen der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise und nach dem Zweiten Weltkrieg Rechnung. Das Dokument beginnt mit der Feststellung, daß die europäischen Wirtschaftssysteme miteinander verflochten und voneinander abhängig sind und der Wohlstand nur gemeinsam wiederhergestellt werden kann. Spiegelt bereits diese Ausgangsposition die klassische Erkenntnis des Wirtschaftsliberalismus wieder, daß Wohlstand kein Nullsummenspiel ist, so sind die Instrumente, mit denen das verwirklicht werden soll, dem gleichen Horizont zuzuordnen: der Austausch von Waren und Dienstleistungen soll durch die Schaffung eines multilateralen Zahlungssystems und die schrittweise Beseitigung der gegenseitigen Handels- und Zahlungsbeschränkungen intensiviert werden (Art. 4). Das Abkommen sieht die generelle Herabsetzung von Zöllen vor, „um ein gesundes und ausgeglichenes multilaterales Handelssystem zu schaffen, das mit den Grundsätzen der Havanna-Charta im Einklang steht“ (Art. 6). Auf der anderen Seite empfiehlt es aber auch, regionale „Zollunionen oder ähnliche Einrichtungen wie zum Beispiel Freihandelsgebiete“ in Erwägung zu ziehen (Art. 5). Deutlich spiegelt sich zudem die Erkenntnis wieder, daß der Erfolg des ERP ohne eine Orientierung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten an gemeinsamen Wertvorstellungen und Zielen nicht zu sichern sein werde. Die Regierungen der beteiligten Nationalstaaten verpflichten sich daher auf eine Politik der Währungsstabilität und gesunder Wechselkurse (Art. 7) sowie der Vollbeschäftigung (Art. 8)⁹⁷.

Vor allem durch den im August 1950 von der OEEC beschlossenen Liberalisierungskodex und die im September desselben Jahres gegründete Europäische Zahlungsunion (EZU) und deren unbestreitbare Erfolge⁹⁸ hat sich der Eindruck eingestellt, als sei die amerikanische Integrationspolitik doch noch zu ihrem Ziel gelangt, wenn auch auf Umwegen. Doch sind hieran Zweifel angebracht⁹⁹. In der amerikani-

⁹⁶ Vgl. zum Zusammenhang Ernst H. van der Beugel, *From Marshall Aid to Atlantic Partnership. European Integration as a Concern of American Foreign Policy*, Amsterdam 1966, S. 53 ff.; Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 320 ff.

⁹⁷ Abkommen über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), vom 16. April 1948, in: *Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung*, hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Bd. 1, München 1962, S. 214 ff.

⁹⁸ Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 320 ff.

⁹⁹ Vgl. ebenda, *passim*.

schen Regierung ebenso wie im Kongreß gab es verschiedene Richtungen. Sie machen es schwer, von einer einheitlichen amerikanischen Integrationspolitik zu sprechen. Vereinfacht gesagt: es gab eine pluralistisch-liberale Richtung und eine andere, die die Integration in Europa sehr viel weiter treiben, die der OEEC größere Befugnisse einräumen wollte und der die Herstellung eines gemeinsamen europäischen Marktes nach dem Modell der USA vorschwebte, ja die womöglich gar an eine europäische Föderation dachte¹⁰⁰.

Gelegentlich schlugen solche weitergehenden Integrationsvorstellungen auf die Linie der Politik durch. Dies ist etwa im Falle der Kompetenzen der von den USA gewünschten ständigen europäischen Organisation geschehen. Hier scheiterten die USA, die offenbar von Frankreich unterstützt wurden, am Einspruch der britischen Regierung¹⁰¹. Auch lassen manche Äußerungen des US-Außenministers Marshall an eine weitergehende Zielsetzung glauben. So prognostizierte Marshall am 8. Januar 1948 vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats, daß die von den 16 europäischen Staaten im CEEC-Abschlußbericht vom 22. September 1947 eingegangenen Verpflichtungen „will produce in Western Europe a far more integrated economic system than any in previous history“¹⁰². Und Murphy, Political Advisor for Germany, machte er zum Auftakt der 2. Pariser CEEC-Runde klar, daß Washington mehr im Auge habe als die Reintegration Europas in die Weltwirtschaft: „Purpose and scope of ERP and CEEC are far beyond trade relationships. Economic cooperation sought under ERP, and of which CEEC is vehicle, has as ultimate objective closer integration of Western Europe. In this way it is a correlative of and parallel to the political and security arrangements sought under Bevin’s proposals for Western Union“¹⁰³.

Die ökonomische Zielsetzung, das will Marshall andeuten, gehörte in ein umfassenderes Konzept, das der britische Außenminister Bevin im Dezember 1947 vorschlug und das unter dem Leitbegriff „Western Union“ die militärische und politische Kooperation in Westeuropa und zwischen Westeuropa und den USA umschloß und am 17. März 1948 zur Unterzeichnung des Brüsseler Fünf-Mächte-Vertrages und am 4. April 1949 zur Unterzeichnung des NATO-Vertrages führte. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu sehen, daß die ökonomische Integration hier einem Konzept zugeordnet wird, das für die militärische und politische Zielsetzung mit großen Begriffen wie „union“ und „federation“ arbeitete, aber de facto über die Etablierung eines klassischen Militärbündnisses nicht hinausgekommen ist¹⁰⁴.

¹⁰⁰ Vgl. hierzu zahlreiche Belege schon bei Beugel, *From Marshall Aid* (Anm. 96), S. 99 ff.; vgl. ferner: Matthias Naß, *USA und europäische Integration 1947–1950*, in: *Ergebnisse*, Heft 11 (1980), S. 27 ff.; Michael J. Hogan, *American Marshall Planners and the Search for a European Neocapitalism*, in: *The American Historical Review* 90 (1985), S. 44 ff.; Hoffmann/Maier, *Marshall Plan*, S. 20 f.

¹⁰¹ Vgl. Beugel, *From Marshall Aid* (Anm. 96), S. 129 ff. Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 61 ff.

¹⁰² ERP, *Hearing before the Committee on Foreign Relations, U. S. Senate, 80th Congress, 2nd Session, Part 1*, S. 2; zit. bei Naß, *USA* (Anm. 100), S. 63.

¹⁰³ Marshall an Murphy, 6. März 1948, FRUS 1948, III, S. 389.

¹⁰⁴ FRUS 1948, III, S. 1 ff.

Es ist daher methodisch wichtig, die politische Linie einer Regierung, die immer Resultante widerstreitender Auffassungen ist, von den Nebentönen und Konnotationen zu trennen, die sie in öffentlichen Reden im Parlament und anderswo begleiten. Betrachtet man die amerikanische Integrationspolitik in dieser Weise, dann wird deutlich, daß Washington einem pragmatischen, pluralistisch-liberalen Kurs folgte und ihn auch gegen andere Auffassungen im Kongreß durchzusetzen verstand. Dies ist etwa an den jährlichen Debatten über die Bewilligung der Marshallplangelder und am Schicksal der Amendments abzulesen, mit denen versucht wurde, die Zielforderungen Washingtons in Richtung auf eine europäische Föderation hochzuschrauben. Über die unverbindliche Empfehlung, die „unification“ zu befördern, kam man nicht hinaus¹⁰⁵.

Ein Beispiel dafür, daß die amerikanische Regierung zu weit gehende Integrationsziele abzubremsten verstand, ist auch die bekannte Rede Paul Hoffmans vor dem Rat der OEEC in Paris am 31. Oktober 1949. Sie zeigt freilich auch, daß Rhetorik ihre eigene Dynamik entfalten kann. Was verstand Hoffman unter dem Begriff „economic integration“, den er mit seiner Rede zum Schlagwort der europäischen Politik machte?¹⁰⁶

Im Kern schlug Hoffman die Errichtung eines gemeinsamen westeuropäischen Marktes vor. Er orientierte sich dabei offenbar an den Vorteilen des heimischen US-amerikanischen Marktes und erwartete vom Zusammenschluß von 270 Millionen europäischer Verbraucher langfristig eine Steigerung und Verbilligung der Produktion durch Massenfertigung, eine bessere Ausnutzung der Rohstoffreserven, eine Belebung des Wettbewerbs und eine Steigerung der Wohlfahrt. Hoffman forderte zur Herstellung dieses gemeinsamen Marktes den Abbau von quantitativen Beschränkungen und von Zöllen sowie die Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs durch den Ausbau der bisher schon im Rahmen der OEEC abgeschlossenen Zahlungsabkommen. Hoffman definierte diese Form des gemeinsamen Marktes als „Freihandelszone“, was die Zielsetzung ziemlich genau trifft. Er ging davon aus, daß sie von allen OEEC-Staaten gebildet werden sollte. Daneben ließ er durchblicken, daß er auch Zollunionen, die nur „einige Länder betreffen“, in diesem Gesamtrahmen für möglich und sinnvoll hielt, sofern sie nicht „zur Aufrichtung neuer Handelsschranken in Europa führen“. Zweifellos spielte er damit auf die Zollunionspläne Frankreichs, Italiens und der Beneluxgruppe an, die er nicht entmutigen wollte, aber deutlich als sekundär einstufte.

Hoffman hatte damit präzise jenes regionale Integrationskonzept beschrieben, das die liberale Theorie nahelegte und dem die amerikanische Politik seit 1947 folgte. Worin also lag die Sensation, die diese Rede hervorrief?

Offenbar hatte die Wirkung der Rede mit ihrer Vorgeschichte zu tun und mit dem

¹⁰⁵ Am 8. April 1949 wurde Art. 102 (a) des Gesetzes über die Verlängerung der ERP durch die Wendung ergänzt „To encourage the unification of Europe“. Congressional Record, 81st Congress, 1st Session, 1949, Vol. 95, Part 3, S. 4147 f.; zit. bei Naß, USA (Anm. 100), S. 73.

¹⁰⁶ Zum Text der Rede vgl. Anm. 55.

rhetorischen Engagement des Redners, der vielleicht den Eindruck hervorrief, mehr sagen zu wollen, als er dem Wortlaut nach sagte. Die Vorgeschichte der Rede verweist auf eine innerhalb der ECA bestehende Planungsgruppe, deren Kopf der Nationalökonom Richard Bissel war¹⁰⁷. Diese Gruppe befürwortete eine Neuorientierung der amerikanischen Politik. Um die Ziele des Marshallplans rascher und sicherer zu erreichen, als die OEEC dies bis 1949 vermocht hatte, schlug sie die Errichtung supranationaler Bürokratien in Europa vor. Sie knüpfte damit an die Politik an, mit der Washington 1947/48 gescheitert war. Der Bissel-Gruppe schwebte ein Fahrplan vor, der bis zum Juli 1952, dem Endpunkt der Marshallplanhilfe, die Errichtung einer „monetary“ und einer „central commercial authority“ vorsah. Tatsächlich scheint Hoffman wesentliche Argumente dieser Planungsgruppe übernommen zu haben, und tatsächlich finden sich in seiner Rede Spuren dieser Vorschläge, aber eben nur Spuren.

Es ist entscheidend zu sehen, daß das State Department der Absicht Hoffmans widersprach, den Europäern für die Bewilligung weiterer Marshallplangelder die Errichtung supranationaler Bürokratien auf dem Währungs- und Handelssektor zur Auflage zu machen. Er wurde genötigt, seine Rede im Ton und in der Sache ganz erheblich abzumildern. Er mußte die institutionelle Frage völlig offen lassen und stellte es daher den Europäern frei, ob sie die bisherigen Organisationsstrukturen der OEEC nur den veränderten Bedingungen der zweiten Phase des Marshallplans anpassen oder neue zentrale Einrichtungen schaffen wollten. Von supranationalen Organisationen oder von Beeinträchtigungen der nationalen Souveränität ist bezeichnenderweise nicht die Rede. Eine solche Forderung wäre im Gesamtrahmen aller OEEC-Länder auch unrealistisch gewesen.

Daß Hoffman bzw. das durch ihn sprechende State Department de facto nichts Neues vorschlug, zeigt sich schließlich auch an der allgemeinen Zielsetzung. Es ging ihm darum, den Rückfall Europas in die erneute Desintegration mit ihren Krisenerscheinungen zu vermeiden. Sein Vorschlag ist also demselben Konzept zugeordnet wie der Marshallplan, auf den er sich explizit beruft, auch: dem Konzept der Reintegration Westeuropas in die Weltwirtschaft. Hoffman bewegte dabei dieselbe Frage, die auch die Planungsgruppe um Richard Bissell beschäftigt hatte: Wie wird sich der eingeleitete Prozeß der Reintegration entwickeln, wenn die Marshallplanhilfe 1952 ausläuft? Wird Europa auf eigenen Füßen stehen können, und das heißt vor allem, soviel Dollar durch Exporte verdienen, wie es für Importe benötigt? Die Rede war also nicht nur als Bilanz, sondern vor allem als Appell an die Europäer gedacht, sie sollte sie zur Halbzeit des Marshallplans zu einer neuen Initiative auffordern, die den Vergleich mit 1947 aushalten konnte. Man könnte sie als „zweite Marshallplan-Rede“ bezeichnen. Nun ging es um die Sicherung und Verstetigung des mit der Marshallplanhilfe eingeleiteten Reintegrationsprozesses, nun mußte die „viability“ Westeuropas bis 1952 erreicht werden, ohne einen politisch unrealistischen Sprung in der Wahl der Mittel ins Auge zu fassen.

¹⁰⁷ Vgl. Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 283 ff.

Betrachtet man die Hoffman-Rede aus der Perspektive der amerikanischen Integrationspolitik, so sollte ein Umstand nicht vergessen werden, auf den Hoffman selbst hinweist: als er seine Rede vor dem Rat der OEEC hielt, war in diesem Gremium zum erstenmal eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland zugegen. Es liegt nahe zu vermuten, daß Washington sich mit dem so pointiert hervorgehobenen Begriff „economic integration“ gerade auch an die Bundesrepublik wandte. Daß das bedeutende wirtschaftliche Potential des jungen Staates „integriert“ werden sollte, war ja schließlich gemeinsam vereinbarte alliierte Politik. Auf der Washingtoner Außenministerkonferenz wurde der zu gründende Weststaat vorab auf die Integration festgelegt: „It was agreed“, hieß es im Communiqué vom 8. April 1949, „that a major objective of the three Allied Governments was to encourage and facilitate the closest integration, on a mutually beneficial basis, of the German people under a democratic federal state within the framework of a European association. In this connection it is understood that the German Federal Republic will negotiate a separate bilateral ECA agreement with the United States and should participate as a full member in the Organization for European Economic Cooperation, thus becoming a responsible partner in the European Recovery Program“¹⁰⁸.

Die Integration Westdeutschlands, auf die sich Frankreich, Großbritannien und die USA geeinigt hatten, erfolgte in den ersten Monaten nach der Staatsgründung ganz im Sinne der amerikanischen Integrationsvorstellung. Am 15. Dezember 1949 unterzeichneten der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, McCloy, und Bundeskanzler Adenauer das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es trat am 29. Dezember 1949 vorläufig in Kraft. Schon am 12. Oktober 1949 hatte die Bundesrepublik ihren Beitritt zur OEEC erklärt¹⁰⁹. Mit Nachdruck brachte der Amerikanische Hochkommissar gleichzeitig gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck, welche Rolle sie in der zweiten Phase des Marshallplans zu spielen hatte. Dabei bezog sich McCloy *expressis verbis* auf die Hoffman-Rede vom 31. Oktober 1949, die „als eines der Hauptziele für das kommende Jahr die Schaffung eines Handels- und Währungsgebiets in Westeuropa“ bezeichnet habe, „in dem die meisten oder, wenn möglich, alle zur Zeit bestehenden Hindernisse und Beschränkungen beseitigt werden sollen. Ihre Regierung“, so McCloy weiter, „hat bereits wesentliche Beiträge zur Erreichung dieses Zieles der wirtschaftlichen und finanziellen Integrierung Europas geliefert. Ich möchte Sie nunmehr bitten, in Ihrem Bemühen zur Ausschaltung der quantitativen Einfuhrbeschränkungen fortzufahren und die Durchführung der vollen Konvertibilität der Währungen der OEEC-Länder zu unterstützen“¹¹⁰.

Es spricht viel dafür, daß die liberale Interpretation des mit der Hoffman-Rede populär gemachten Integrationsbegriffs und der Vollzug der ihr entsprechenden Politik

¹⁰⁸ Germany 1947–1949. The Story in Documents, S. 88 f. Vgl. FRUS 1949, III, S. 179; vgl. ferner Statement by Acting Secretary of State James E. Webb vom 21. September 1949, in: Germany 1947–1949, S. 187.

¹⁰⁹ Vgl. die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2, 1949, S. 169 f.

¹¹⁰ McCloy an Adenauer, 22. Dez. 1949, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA) Bonn, Noten von AHK, Bd. 22; vgl. ebenda, Slates über Blankenhorn an Blücher, 19. Dezember 1949.

durch die Bundesregierung¹¹¹ sowie die schnelle wirtschaftliche und politische Entwicklung Westdeutschlands erheblich zum Umdenken in Sachen Integration beigetragen hat. Für die europäischen Nachbarstaaten, allen voran Frankreich, war die Art und Weise, wie Deutschland im Rahmen der amerikanischen Vorstellungen „integriert“ werden sollte, vorwiegend aus sicherheitspolitischen Erwägungen inakzeptabel.

Es wird daher kaum ein Zufall gewesen sein, daß der französische Außenminister Schuman während der OEEC-Ratsitzung vom 31. Oktober, auf der Hoffman seine Rede hielt, dem deutschen Delegationsleiter Franz Blücher eröffnete, „er habe eine noch nicht klar geformte Idee, die Ruhrbehörde zu einem Organ der europäischen wirtschaftlichen Arbeitsteilung zu entwickeln“¹¹². Den Franzosen war zum Begriff wirtschaftliche Integration offenbar etwas gänzlich anderes eingefallen, als Hoffman sagte. Und in der Tat hatte sich im französischen Sprachgebrauch mit dem gelegentlich verwendeten Begriff „intégration“ die Eingliederung eines friedfertigen Deutschland in ein vereinigtes Europa, die Vorstellung eines Ersatzes direkter alliierter Kontrollen über Deutschland durch Formen indirekter Kontrolle mittels gemeinsamer Institutionen verbunden. Am häufigsten hatten sich solche Ideen auf Kohle und Stahl bezogen¹¹³. Ja, man kann geradezu sagen, daß sich während der Londoner Konferenz von 1948 ein französisches Integrationskonzept auszuformen begann, das den Gedanken der supranationalen Behörde in den Mittelpunkt stellte¹¹⁴. Offensichtlich faßte man in Europa die Aufgabe also mehr institutionell auf, die Hoffman gestellt hatte. Dabei mußte man zwangsläufig auf das Problem der nationalstaatlichen Souveränität stoßen. Es war das Problem Deutschland, das Druck ausübte, in diesem Punkt über den Schatten zu springen und neue Wege zu gehen. Die Aktualisierung der deutschen Frage Ende 1949 trug auch wesentlich dazu bei, die Zollunionspläne zwischen Italien, Frankreich und Benelux als europäische Lösung der regionalen Integrationsaufgabe zu unterhöheln. So bezweifelte Paul Reynaud im Januar-Heft von *Foreign Affairs*, daß „Fritalux“ einen vernünftigen Weg zum gemeinsamen Markt darstelle: „Is it wise to exclude Germany from such an enterprise? Is Europe conceivable without Germany? If we exclude her will we not goad her to turn toward the east?“ Statt dessen schlug Reynaud eine deutsch-französische Verständigung über die Schaffung eines „Western European coal-and-iron-ore pool“ vor, als „a necessary preliminary to the building of a continental bloc“¹¹⁵.

Die Bildung des westdeutschen Staates und seine rasche Integration in die OEEC,

¹¹¹ Vgl. FRUS 1950, IV, S. 591: Memorandum of Conversation, 9. Februar 1950: „Mr. McCloy said that the concept of an integrated Western Europe has a great deal of attraction for the German Government, and that the Germans would respond favorably to developments in this direction“.

¹¹² Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1, 1949, S. 169.

¹¹³ Vgl. z. B. George Bidault vor der Assemblée Nationale am 13. Februar 1948, *Journal Officiel, Assemblée Nationale* (JOAN), 2e Séance, S. 745 f. Vgl. ferner Robert Schumann ebendort, am 24. November 1949, JOAN, 2e Séance, S. 6230 ff.

¹¹⁴ Vgl. Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 149 ff.

¹¹⁵ Paul Reynaud, *The Unifying Force for Europe*, in: *Foreign Affairs*, Januar 1950, S. 255 ff.

der Vollzug der europäischen Integration überhaupt seit dem Frühjahr 1948 alarmierten Paris und gaben dem Vorschlag Schumans seine Dringlichkeit. Rückblickend hat Schuman den „Einstieg“ der Franzosen in die Integrationspolitik in dieser Weise erklärt¹¹⁶. Die Einbeziehung Westdeutschlands in die europäische Integration, so Schuman 1953, „called for new methods“. Nun, nach der Staatsgründung auf deutschem Boden, habe man eine auf der Wahrung nationalstaatlicher Souveränität aufbauende Integrationspolitik, wie sie mit dem Abkommen von Dünkirchen und Brüssel sowie mit der OEEC und dem Europarat beschritten worden sei, nicht mehr akzeptieren können. Die französische Regierung „envisaged the creation of such strong organic bonds among the european nations – Germany in particular included – that no German Government could break them“.

Dabei ging es Schuman ganz explizit darum, mehr Sicherheit für Frankreich zu erreichen, als durch normale Abkommen erzielt werden kann, wobei die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit eine entscheidende Rolle spielten. „The Locarno idea, fortunately, has been left far behind“, stellte er 1953 erleichtert fest. „Faith in the future does not rest now on the fragile guarantees of a pact that lasted hardly eight years, but on a cooperation which, since it derives from a fusion of economic interests and the growth of common institutions, ought to be permanent“¹¹⁷.

Tatsächlich hatten solche Überlegungen im Entscheidungsprozeß der französischen Regierung 1948/49 eine erhebliche Rolle gespielt, wie Milward zeigen konnte¹¹⁸. Der Schumanplan ist damit zweifellos als Antireaktion zu begreifen, doch richtete er sich nicht nur gegen die amerikanische Politik, sondern gegen das Ergebnis der gesamten bisherigen Integrationspolitik in ihren politischen (Europarat), militärischen (NATO) und wirtschaftlichen (OEEC) Aspekten. Ihr sicherheitspolitisches Ergebnis war aus französischer Perspektive unzureichend. Allerdings lag dieses Ergebnis, das ja nicht nur Folge der amerikanischen Politik war, sondern Resultante der Politik aller beteiligten Mächte, in der Konsequenz wirtschafts-liberaler Integrationspolitik; denn das liberale Integrationskonzept war ja seit jeher in ein politisches Umfeld eingebettet, das die Kooperation souveräner Nationalstaaten auf der Grundlage verbindlicher völkerrechtlicher Normen zur Voraussetzung hatte. Die langfristigen Sicherheiten dieses Integrationskurses konnten nur im internationalen Recht liegen. „Bloße internationale Bindungen“, so bemerkte ein helllichtiger Zeitgenosse 1952, „die sich im Rahmen des überkommenen internationalen Rechts halten, erscheinen ... (jedoch) nicht sicher und wirksam genug“¹¹⁹.

Diese generelle Einsicht konnte leicht empirisch belegt werden, wenn man die bestehenden Organisationen in den Blick nahm. Der Europarat war schon im Ansatz stecken geblieben und zu einem bloßen Diskussionsforum geworden; die OEEC stand 1949/50 gerade auch wegen der divergierenden nationalen Interessen vor einer

¹¹⁶ Robert Schuman, *France and Europe*, in: *Foreign Affairs*, April 1953, S. 350 ff.

¹¹⁷ Ebenda, S. 351 f., 360.

¹¹⁸ Vgl. Milward, *Reconstruction* (Anm. 51), S. 162 f.

¹¹⁹ Hans Joachim Heiser, *Großbritannien und die europäische Integration*, in: *Europa Archiv* 7 (1952), S. 5075; vgl. auch Schuman, *France* (Anm. 116).

Krise, und die NATO besaß zwar einen Supreme Commander, dieser mußte sich aber bei allen wichtigen Entscheidungen mit den Regierungen der vierzehn durch den Atlantik getrennten Mitglieder in Verbindung setzen. Es lag daher nahe, sich die Frage zu stellen, ob dieses fragile Geflecht, das wenig über herkömmliche zwischenstaatliche Beziehungen hinausgekommen war, in der Lage sein werde, einen wiedererstarkten westdeutschen Nationalstaat auf Dauer „einzubinden“. Es ist also die zweifelhafte sicherheitspolitische Erfolgsbilanz der europäischen Integrationspolitik – in der Theorie von vornherein angelegt –, die zum Umdenken zwang. Dabei folgte, das ist von den Politikern immer wieder betont worden, die Politik nicht theoretischen Einsichten, sondern praktischen Bedürfnissen¹²⁰. Ihnen wurde der Schumanplan zugeordnet. Gleichwohl sind es die Politiker gewesen, die zur Rechtfertigung ihres Handelns immer wieder in bedenkenlosem Eklektizismus und in souveräner Mißachtung der Gesamtlogik der Denkgebäude auf Theorieelemente zurückgriffen, die ihnen gerade ins Konzept paßten. Umgekehrt setzten sich die Theoretiker mit dem Schumanplan auseinander und „bauten“ ihn in ihre Theoreme ein. So wurde der Schumanplan zu einem Schmelztiegel der Theorie. Dies mag bis zu einem gewissen Grade den Wiederhall erklären, den er im Unterschied zu früheren Integrationsbemühungen fand. Noch mehr aber erklärt dies die babylonische Sprachverwirrung, die nun zunächst in der Politik und dann auch in der Theorie einsetzte. Dies sei abschließend wenigstens in den Umrissen und in den Konsequenzen angedeutet.

3.

Das internationale Echo auf den Schumanplan war außerordentlich positiv, und zwar nicht nur in den Ländern der späteren Montanunion. Vor allem Washington beeilte sich, der Initiative des französischen Außenministers zu applaudieren. Präsident Truman begrüßte den Schumanplan am 18. Mai als „einen Akt konstruktiver Staatskunst“, und Acheson und Hoffman stießen in das gleiche Horn¹²¹. Der Leiter des amerikanischen Verbindungsamtes in Bonn, Pabsch, ließ gar verlauten: „Die Vorschläge (Schumans) würden von den hiesigen amerikanischen Kreisen auf das wärmste begrüßt“ und „entsprechen durchaus den bekannten, mehrfach geäußerten Wünschen der amerikanischen Politik. Außerdem sei die Integration Europas bekanntlich das wichtigste Ziel des Marshallplans“¹²². Überblickt man das Presseecho, so fällt freilich auf, daß der Schumanplan zwar nun den Integrationsbegriff auf sich zieht, aber zugleich eine Abgrenzung gegenüber der amerikanischen Politik einsetzt. Das

¹²⁰ Vgl. etwa Paul-Henri Spaak, *The Integration of Europe: Dreams and Realities*, in: *Foreign Affairs*, Oktober 1950, S. 97: „The problem which is insoluble if posed in absolute and theoretical terms is being solved by practical action“. Vgl. in gleichem Sinne Schuman, *France* (Anm. 116), S. 353: „We have gone beyond the stage of talk and theory and shown what we want to do and can do.“ Die Belege ließen sich leicht vermehren.

¹²¹ *New York Times*, 19. 5. 1950.

¹²² PA, Abt. 2, 221–40, Bd. 1, Bl. 4066, Bonn, Aufzeichnung vom 11. Mai 1950.

„Deutsche Büro für Friedensfragen“ faßt das Presseecho am 17. Mai in dieser Hinsicht folgendermaßen zusammen: Schumans „neuer Plan ist ein Schlußstein seiner ganzen europäischen Konzeption, die darauf hinausläuft, aus Europa eine selbstbewußte, geistige und wirtschaftliche Macht zu machen, die nicht nur ausführendes Organ amerikanischer strategischer Überlegungen ist. Umso weniger setzt sich die Vision durch, sein Plan könnte als eine Geste an die amerikanische Adresse beurteilt werden. Sicher entspricht die geplante Union im allgemeinen der Vorstellungswelt der amerikanischen Politiker von Deutschland. Sie entspricht auch dem Denken der OEEC-Planer. Was dem Marshallplan und dem Europarat bisher nicht gelungen ist, soll dem neuen Plan glücken: die Massen zu begeistern und eine große Idee durch Einleitung praktischer Maßnahmen als ausführbar hinzustellen“¹²³.

Der Schumanplan war kaum geboren, da wurde er von den Zeitgenossen beinahe im gleichen Atemzug als „Erfüllung amerikanischer Politik“ und als „europäische Emanzipation von Amerika“ begriffen. Schuman selbst betonte seinen Kompromißcharakter, der es erlaube, einen Mittelweg zu gehen, und immer wieder wurde der Pragmatismus, das niedrige Profil des Vorschlags gelobt. Auf diese Weise sei es möglich, einen neuen Anfang zu machen, ohne zuviel Widerstände zu provozieren¹²⁴. Tatsächlich scheint hier ein Schlüssel zum Verständnis zu liegen: mit dem Schumanplan wurde kein politisches Konzept, schon lange keine Theorie formuliert und nur ein sehr ungefähres Ziel bezeichnet, er sollte vor allem und in erster Linie ein Anfang, ein erster Schritt sein, dem weitere folgen würden – welche auch immer.

Als erster Schritt ließ er sich nahezu von jedem theoretischen Standpunkt aus rechtfertigen, wie sich rasch zeigte. In dieser bedingten Weise wurde er aus liberaler, aus protektionistischer, aus föderalistischer, aus standorttheoretischer, aus funktionalistischer, aus nationalstaatlicher und last but not least aus sicherheitspolitischer Perspektive begrüßt und – da das Schlagwort von den Amerikanern nun einmal in die Welt gesetzt worden war – als Integrationsbeitrag akzeptiert. Natürlich bezog man sich dabei auf unterschiedliche Elemente. Aus liberaler Sicht konnte die Aussicht auf einen größeren Markt bestechen, der Protektionist mochte auf den Schutz der Zollmauern hoffen, der Föderalist in der supranationalen Behörde den Ansatzpunkt zur Überwindung des Nationalstaates erblicken, der Funktionalist sah einen technologisch wichtigen Industriezweig in den Mittelpunkt gestellt, der Standorttheoretiker mußte es begrüßen, daß die Reintegration im industriellen Kerngebiet Europas ansetzte, und der Sicherheitspolitiker hoffte auf die Friedenswirkungen der deutsch-

¹²³ PA, Bonn, Abt. 2, 221–40, Bd. 1, Presseübersicht vom 17. Mai 1950.

¹²⁴ Vgl. Schuman, France (Anm. 116), S. 358: „The ‚functional‘ approach was chosen, however, for the practical reason that it seemed wiser to begin with integration in a restricted, technical sector of national life: the important thing was to go ahead quickly so as to catch the public imagination and win over doubters and scoffers. Also, thought the fields in which unification was achieved are of the first importance they lie somewhat outside the areas of sharpest political controversy.“ Vgl. Dirk N. Stikker, The Functional Approach to European Integration, in: Foreign Affairs, April 1951, S. 444: „The principle of functional integration is an expression of the middle road . . .“.

französischen Verständigung, die der Plan implizierte. Dies konnte schließlich auch aus nationalstaatlicher Perspektive nützlich erscheinen¹²⁵.

Ein wesentlicher Grund für die katalysatorische Rolle des Schumanplans lag darin, daß er die alte Idee von der europäischen Zollunion wieder aufnahm. Hier hatte die theoretische Reflexion inzwischen einen großen Schritt vorwärts getan. Wenige Monate vor der Verkündung des Schumanplans, im Januar 1950, legte der amerikanische Nationalökonom Jacob Viner seine bahnbrechende Schrift „The Customs Union Issue“ der Öffentlichkeit vor. Er untersuchte die aus liberaler Sicht alte Paradoxie, daß Zollunionen größere Märkte schaffen und sich gleichzeitig gegenüber dem Weltmarkt durch Zollmauern schützen, auf ihre Wirkungen: Zollunionen, so sein Fazit, haben „handelserweiternde“ und „handelsverlagernde“ Wirkungen. Handelserweiterung (trade creation) liegt vor, wenn ein zuvor geschütztes heimisches Produkt durch ein kostengünstigeres Produkt aus einem Mitgliedsland der Union ersetzt wird, nachdem die auf ihm liegenden Zollsätze vermindert oder beseitigt worden sind. Handelsverlagerung (trade diversion) tritt ein, wenn der Import eines kostengünstigeren Produkts aus einem Nichtunionsland durch den Bezug eines kostengünstigeren Produkts aus einem Unionsland ersetzt wird, nachdem die neue Zollgrenze das erste Produkt verteuert hat¹²⁶.

Die ökonomischen Detailprobleme der Zollunionstheorie, die mit Viner begründet wird, können hier vernachlässigt werden, weil davon auszugehen ist, daß sie in der Politik nur in vergrößerter Form, wenn überhaupt, rezipiert wurden. Hier ist vor allem wichtig, daß Viner, der historische und politische Entwicklungen in seiner Studie sorgfältig berücksichtigt, im Bewußtsein schreibt, Zeuge einer politischen Paradoxie zu sein. Er erblickt sie darin, daß sowohl die amerikanische als auch die europäische Politik, seit Gründung der „Study Group for the European Customs Union“ 1947 im Rahmen des CEEC¹²⁷, in der Zollunionsfrage einen ruhenden Pol der Übereinstimmung gefunden hätte und daß sich erstaunlicherweise Protektionisten und Freihändler in der generellen Wünschbarkeit von Zollunionen einig seien¹²⁸.

Tatsächlich kann die Zollunion auf den ersten Blick als idealer Kompromiß zwischen beiden Positionen angesehen werden, tut sie doch beiden scheinbar Genüge¹²⁹. Der Teufel sitzt freilich im Detail, d. h. in der Höhe der jeweiligen Außentarife, und so bezweifelt Viner denn, daß Freihändler und Protektionisten sich – bei aller generellen Übereinstimmung im Ziel der Zollunion – auf dieselbe konkrete Zollunion

¹²⁵ Vgl. zu den theoretischen Implikationen: Charles Pentland, *International Theory and European Integration*, London 1973; einen knappen orientierenden Abriss gibt Peter Behrens, *Integrationstheorie. Internationale wirtschaftliche Integration als Gegenstand politologischer, ökonomischer und juristischer Forschung*, in: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 45 (1981), S. 8 ff.

¹²⁶ Viner, *Customs Union Issue* (Anm. 68), S. 41 ff.

¹²⁷ Committee of European Economic Cooperation, *General Report*, Paris, 21. September 1947 (U.S. Department of State, Publication 2930), I, S. 34 ff.

¹²⁸ Viner, *Customs Union Issue* (Anm. 68), S. 41, 128 ff.

¹²⁹ Vgl. Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 102.

würden einigen können¹³⁰. Dieses Ergebnis zeichnet auch die Antwort vor, die er auf die Frage findet, ob es im amerikanischen Interesse liegen könne, eine europäische Zollunion zu begünstigen. Wie Haberler vor ihm¹³¹, unterscheidet Viner zwischen einer größeren Zollunion (*all of Western Europe*) und kleineren Zusammenschlüssen, die er im Unterschied zu Haberler geradeheraus ablehnt, es sei denn, man sehe sie als ersten Schritt zu einer größeren Zollunion an. Der Zusammenschluß ganz Westeuropas befördere dagegen die wirtschaftliche Eigenständigkeit dieser Region und mindere deren Dollarknappheit. Der Zuwachs an Wohlstand in Europa gleiche allerdings den Bedeutungsverlust Europas als Exportmarkt für die USA rein ökonomisch nicht aus, jedenfalls nicht direkt. „For the United States, however, the political and strategic interest in a stable and prosperous and strengthened Western Europe, and the economic interest in a Western Europe able to pay for the imports necessary to maintain its economic and political health, are clearly of much greater importance than the size of the market which Western Europe offers for American exports. Should the movement for customs union in Western Europe make rapid progress, however, it should be the American position that all friendly European countries should receive invitations to participate on equitable terms“¹³².

Gerade den letzten Satz sollte man im Ohr haben, wenn man die Reaktion Washingtons auf den Schumanplan bedenkt. Dahinter stand die Sorge, daß es andernfalls europäische Staaten geben werde, die – ausgegrenzt aus der europäischen Wohlstandssphäre – mehr als zuvor der amerikanischen Hilfe bedürfen würden. Viner, dessen Analyse aus freihändlerischer Perspektive geschrieben ist, warnt die Amerikaner schließlich davor, über der Euphorie für europäische Zollunionspläne die langfristige Zielsetzung aus dem Auge zu verlieren: „For the long-run problem of raising the level of economic wellbeing for the peoples of the world in general, customs union is only a partial, uncertain, and otherwise imperfect means of doing what world-wide non discriminatory reduction of trade barriers can do more fully, more certainly, and more equitably, and it will be a sad outcome of confused thinking on our part if we in effect abandon our pursuit of the greater economic goal because of our fresh, and romantic, infatuation with the lesser goal“¹³³.

Legt man dieses analytische Raster zugrunde, das ja in der liberalen Integrations-
theorie bereits angelegt war, so konnte der Schumanplan aus amerikanischer Sicht allenfalls als drittbeste Lösung erscheinen. Er setzte bei der kleinen Zollunion und nur in einem Spezialbereich, allerdings in einem sehr wichtigen, an. Dies war überhaupt nur erträglich, wenn zugleich die Perspektive auf eine regionale und sektorale Erweiterung eröffnet und das globale Gesamtziel wenigstens proklamiert wurde. Dies ist geschehen, und dies machte den Schumanplan aus liberaler Sicht akzeptabel, unabhängig von seinen politischen Wirkungen. Man sollte ihn also nicht im Gegensatz zur

¹³⁰ Viner, *Customs Union Issue* (Anm. 68), S. 41 ff.

¹³¹ Vgl. oben S. 178 f.

¹³² Viner, *Customs Union Issue* (Anm. 68), S. 133.

¹³³ Ebenda, S. 135.

Liberalisierungspolitik der OEEC sehen, sondern auf ihrem Hintergrund. Ohne ihn wäre er kaum akzeptabel gewesen. Die politisch völlig richtige Proklamation stufenweise zu erreichender höherer Ziele, die den Schumanplan begleitete und die von den späteren Ereignissen (EWG) vordergründig bestätigt wurde, entlastete die europäischen Regierungen politisch, hatte freilich theorie- und ideologiegeschichtlich fatale Folgen. Sie erweckte und popularisierte die Vorstellung eines ständig fortschreitenden Integrationsprozesses, der eines fernen Tages auf die politische Integration hinauslaufen werde. Diese Teleologie war der geistigen Tradition der Integrationstheorie fremd. Sie ist in den 50er Jahren oft mit dem Rückbezug auf Spencer begründet worden, jedoch ganz zu Unrecht. Sie wurzelt in der Tatsache, daß der Schumanplan als Erfolg der europäischen Integration von jeder wichtigen Theorieposition aus zwar begrüßt, aber eben nur als erster Schritt akzeptiert wurde. Dies trifft auch für die zweite wichtige Theorieströmung der Nachkriegszeit, den Föderalismus, zu.

Der moderne Föderalismus ist eigentlich eine amerikanische Erfindung¹³⁴, will man nicht auf Althusius und die insgesamt mit der Moderne nicht vergleichbare spätmittelalterliche Welt zurückgreifen. Das Urbild des Föderalismus ist die Union der 13 amerikanischen Bundesstaaten und seine Bibel die Aufsatzsammlung „The Federalist“ (1788), die sich freilich ihrerseits auf europäische Beispiele (Niederlande, Schweiz) bezog. Die Rolle, die das amerikanische Beispiel in der föderalistischen Theorie, und die Rolle, die Washington in der europäischen Nachkriegspolitik spielte, haben sehr viel dazu beigetragen, den Föderalismus in den Augen der europäischen Politiker als weltfremde Idee abzutun, die mit den komplizierten Realitäten Europas nicht in Einklang zu bringen sei. Offensichtlich, so argumentierte Reynaud im Januar 1950 in einer für die Zeit typischen Auseinandersetzung mit der amerikanischen Politik, sei es schwieriger, Länder in einer Föderation zusammenzufassen, von denen jedes eine eigene Sprache, Literatur und „a long and often glorious history“ habe, „than it was to federate the 13 colonies on the Atlantic coast“¹³⁵. Obgleich Washington keinen Druck auf die europäischen Regierungen ausübte, fühlte man sich hiervon nicht frei und befürchtete bei jeder Neubewilligung von ERP-Mitteln durch den Kongreß, von den eigenen Integrationsfortschritten abhängig zu sein. Es ist interessant zu sehen, daß die intellektuelle Antwort auf die amerikanische Herausforderung auch hier vom Pragmatismus und von der Herabstufung der idealen Zielperspektive auf einen realistischen Anfangspunkt gekennzeichnet ist¹³⁶.

Wirtschaftlich beruhte der Föderalismus auf einem liberalen Regionalkonzept¹³⁷ und politisch auf der Konstitution. Die Argumente, die aus der Perspektive eines liberalen Regionalkonzepts für den Schumanplan sprachen, sind bereits erörtert worden. Wie stand es nun mit der konstitutionellen Seite? Im Unterschied zur öffentlichen amerikanischen Globalforderung nach einer „european unification“, die den pragma-

¹³⁴ Vgl. Carl J. Friedrich, *Trends of Federalism in Theory and Practice*, London 1968, S. 11.

¹³⁵ Reynaud, *The Unifying Force* (Anm. 115), S. 259 f.

¹³⁶ Ebenda, S. 263. Vgl. Stikker, *Functional Approach* (Anm. 124), S. 436 ff.

¹³⁷ Vgl. etwa die Position von Alexander Hamilton 1778, dazu Machlup, *History of Thought* (Anm. 39), S. 139.

tischen Kurs Washingtons überschattete, hatte der Dachverband der europäischen föderalistischen Bewegung, die „Union Européenne des Fédéralistes“ (UEF) unter dem Eindruck der Marschallrede und der Pariser Konferenz im August 1947 in Montreux ein differenziertes Konzept entwickelt. In der Schlußresolution stellten sich die Delegierten sowohl in der Deutschlandfrage als auch in der Frage der europäischen Integration auf den Boden der Tatsachen, ohne die Zielperspektive aufzugeben. Das Ergebnis ist eine „Theorie des dynamischen Föderalismus“¹³⁸, die von pragmatischen Anfangsschritten ausgehend stufenweise zum Endziel vorzudringen sucht. Dabei macht man sich die unklare Situation in Deutschland zunutze: empfohlen wird, „die Durchführung von Maßnahmen in Deutschland, welche die Verwertung seines Industriepotentials und seiner Bodenschätze zum Nutzen der europäischen Gemeinschaft ermöglichen, an der die Deutschen beteiligt sind. Die Saar, die Ruhr sollen Anreize zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein, die im Interesse aller Europäer unternommen wird und sich nach und nach auf die Gesamtheit der Bodenschätze und der Produktionsmittel Europas ausdehnt“¹³⁹. Zu schaffen seien in einer ersten Stufe „funktionelle Organe“ auf europäischer Ebene zunächst für die Wirtschaft, ausgehend vom Saar- und Ruhrpotential, und dann auch für andere Bereiche. Oberhalb dieser Ebene der funktionellen Organe müsse in einem zweiten Schritt eine „Bundesbehörde“ gebildet werden, der diese zuzuarbeiten hätten und die mit einem Teil der staatlichen Souveränitätsrechte auszustatten wäre. „Zu dieser Bundesbehörde“, heißt es dann weiter, „gehören notwendigerweise: 1. Eine Regierung, die den einzelnen und den Gruppen, nicht aber den föderierten Staaten verantwortlich ist. 2. Ein oberster Gerichtshof, der in der Lage ist, möglicherweise auftauchende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten der Föderation zu entscheiden. 3. Eine bewaffnete Polizeimacht, die unter dem Befehl der Bundesbehörde steht und beauftragt ist, ihren Entscheidungen . . . Respekt zu verschaffen. Ohne Erfüllung dieser Voraussetzungen ist jeder Versuch, Zusammenschlüsse ausschließlich wirtschaftlicher oder kultureller Art durchzuführen, zum Scheitern verurteilt“¹⁴⁰.

Das Bemerkenswerteste an diesem Modell ist das allmähliche Herauswachsen der Bundesbehörde aus einer gesamteuropäischen Lösung für die Kontrolle des deutschen Wirtschaftspotentials und der Versuch, die Lösung dieses praktischen Problems erst zum Vehikel einer europäischen funktionalen Integration und dann zum Motor der Verfassungsentwicklung zu machen. Zweifellos wollte die UEF mit diesem Konzept keinen Verzicht auf den bundesstaatlichen Verfassungsentwurf leisten, wie aus vielen späteren Resolutionen hervorgeht¹⁴¹, aber ebenso unbezweifelbar leistete dieses Konzept einem Pragmatismus Vorschub, der allzuleicht geneigt sein konnte, sich auf die praktischen Schritte zu konzentrieren und die Lösung der Verfassungsfrage einer ungewissen Zukunft zu überlassen.

¹³⁸ So Wilhelm Cornides, Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens in Deutschland 1945–1949, in: *Europa Archiv* 6 (1951), S. 4250.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda, S. 4250 ff.

Damit kommt eines der wichtigsten politisch-theoretischen Rechtfertigungsmuster für den Schumanplan in den Blick, der sogenannte „Funktionalismus“, in einem hell-sichtigen Diktum auch „*fédéralisme à la carte*“ genannt¹⁴². Das in der Zwischenkriegszeit bereits zur Reife entwickelte Konzept¹⁴³ geht davon aus, daß der technische Fortschritt in den Bereichen der Kommunikation, der Industrie und der Kriegführung ebenso wie die wachsende Zahl ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme der modernen Industrieländer einen Zwang zu internationaler Kooperation ausübten, dem die politisch zurückgebliebenen Nationalstaaten nicht genügen könnten. Funktionale Notwendigkeiten zwängen zum Aufbau eines komplexen und in sich verwobenen Netzes transnationaler Organisationen oder Bürokratien, die die Funktionen des Nationalstaates schrittweise übernehmen und in regionalen bzw. globalen Zusammenschlüssen auf eine neue Basis stellen. Auf diese Weise werde gleichzeitig auch die Kriegsgefahr zwischen den Staaten überwunden.

Zweifellos unterschätzt dieses Konzept die Beharrungskraft nationalstaatlichen Denkens. Andererseits legte es den Schluß nahe, daß die nationalstaatlichen Egoismen über die Bildung supranationaler Behörden in funktionalen Bereichen gewissermaßen unterlaufen werden könnten. Gerade auf die für den europäischen Einigungsprozeß so wichtige Schicht führender „Beamten“ konnte dies faszinierend wirken. Nicht zufällig gab es neben dem Vorschlag Monnets, über Kohle und Stahl zu einer solchen funktionalen Bürokratie zu gelangen, weitere Pläne für die Landwirtschaft (Mansholt), für Transport (Bonafous) und für Energie (Monnet). Man müsse sich, so schrieb Spaak im Oktober 1950, im europäischen Integrationsprozeß auf die „*intermediate steps*“ konzentrieren. Durch die tägliche konkrete Erfahrung („*day-to-day experience*“) mit der Integration in funktionalen Sektoren könne das Dogma der Staatssouveränität beinahe unmerklich unterhöhlt werden: „*What cannot be achieved by frontal attack can be done by dividing the problem and laying before the people a series of concrete steps that call for gradual renunciation of sovereignty.*“¹⁴⁴

Wie man vom Funktionalismus zum Föderalismus gelangen wollte, blieb offen, nur daß man dies wollte, wurde immer wieder betont. „*The form of organization*“, so formulierte Dirk Stikker ein knappes Jahr später, „*must help meet immediate needs, but must be one from which a European federation can develop*“. Man müsse jede Gelegenheit, so argumentierte er weiter, zu einer noch so begrenzten Zusammenarbeit nutzen; denn immer übertrage sich auf diesem Wege ein Stück Souveränität auf eine neue Organisation. Auf diese Weise entstehe „*a limited federation – limited not geographically but functionally*“¹⁴⁵. Der Verfasser des „*The Functional Approach to Eu-*

¹⁴² L. Armand/M. Drancourt, *Le Parti Européen*, Paris 1968, S. 195 ff. Vgl. Pentland, *International Theory* (Anm. 125), S. 70 ff., 79.

¹⁴³ Vor allem durch David Mitrany, *The Progress of International Government*, London 1933; ders., *A working peace system. An Argument for the Functional Development of International Organization*, London 1944.

¹⁴⁴ Paul-Henri Spaak, *The Integration of Europe: Dreams and Realities*, in: *Foreign Affairs*, Oktober 1950, S. 97.

¹⁴⁵ Stikker, *Functional Approach* (Anm. 124), S. 440.

ropean Integration“ überschriebenen Artikels versuchte durch den sogenannten Sticker-Plan den funktionalen Integrationsprozeß selbst weiterzutreiben und lebte ganz offensichtlich in der Vorstellung, daß die Europäische Föderation als Folge einer Serie von funktionalen Bürokratiebildungen zustande kommen werde.

Untersucht man die Rechtfertigungsmuster für den Schumanplan auf ihre theoretischen Implikationen, und dies könnte zweifellos noch erheblich weitergeführt werden, so fällt die Lücke zwischen pragmatischen Anfangsschritten und idealen Zielvorstellungen auf. Da der Schumanplan aber infolge seines niedrigen Profils in allen großen Theorieströmungen seinen Stellenwert besaß, füllten die Theoretiker nun die Lücke. Damit erhielt die langfristige Zielsetzung, Europa zu einigen, die die Politiker aus politischen Gründen immer wieder bekräftigten, allerdings einen neuen Stellenwert: sie wurde modelltheoretisch mit dem realen Prozeß der europäischen Integration verbunden und auf diese Weise verabsolutiert. Natürlich gingen die Antworten, die gesucht wurden, je nach Theorem auseinander. Dies war sozusagen unvermeidlich und setzte den Prozeß der Theoriediversifikation in Gang. Dabei geriet in Vergessenheit, daß es handgreifliche politische Gründe waren, die die europäischen Politiker dazu zwangen, ihre praktischen Interessen zugeordnete Integrationspolitik mit dem idealen Ziel der europäischen Einigung zu verbrämen. So konnte es geschehen, daß Alan S. Milward für Überraschung sorgte, als er 1984 auf einer internationalen Tagung in München feststellte, daß der ganze ideologisch-theoretische Überbau der europäischen Integration nichts daran ändere, daß der reale historische Prozeß nationalstaatlichen Interessen gedient habe¹⁴⁶.

4.

„Die Theorie“, so formulierte Popper in Anlehnung an einen Aphorismus von Novalis, „ist das Netz, das wir auswerfen, um ‚die Welt‘ einzufangen, – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen. Wir arbeiten daran, die Maschen des Netzes immer enger zu machen“¹⁴⁷. Wie eng, so ist zum Zwecke der Zusammenfassung zu fragen, sind die Maschen der zeitgenössischen Integrationstheorie geknüpft, und welcher Teil der Wirklichkeit fängt sich im Netz? Welche Umrisse der europäischen Einigung läßt sie hervortreten, welche Erklärung, Deutung legt sie nahe, wie werden die Anfänge dieses komplexen historischen Prozesses geistig gebändigt und welche Grundlinien ergeben sich hieraus für den Historiker, der die Epoche der europäischen Integration darstellen will?

Im Unterschied zur auch von der Integrationstheorie geteilten Euphorie der 50er und 60er Jahre, mit der der Fortschrittsglaube des 19. Jahrhunderts und das überzogene Selbstbewußtsein des Wilhelminismus wiederzukehren scheinen, ist die vorherr-

¹⁴⁶ Alan S. Milward, Entscheidungsphasen der Westintegration, in: Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, hg. v. Ludolf Herbst, München 1986.

¹⁴⁷ Popper, Logik (Anm. 2), S. 31 u. Motto.

schende zeitgenössische Integrationstheorie bis zum Ende der 40er Jahre, soweit sie Einfluß auf die Politik gewinnt, eher vorsichtig und tastend und alles andere als teleologisch. Den Zeitgenossen sitzt der Schrecken der großen Erschütterungen und Krisen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch in den Knochen. Sie sehen ihre eigenen theoretischen und politischen Bemühungen vor diesem Hintergrund. Im Rahmen einer beinahe zyklischen Geschichtsbetrachtung und im Rückgriff auf die antike Begriffstria Integration, Desintegration und Reintegration wird der Zusammenbruch der internationalen Beziehungen seit 1914 als Desintegration der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Weltgemeinschaft der zivilisierten Völker begriffen und ihm der historisch verklärte Zustand der Integration dieser Gemeinschaft im 19. Jahrhundert gegenübergestellt. Die Aufgabe der eigenen Zeit ist die Reintegration zum Zwecke neuer Gemeinschaftsbildung.

Natürlich kann man nicht einfach zu den Formen der Vergangenheit zurückkehren, sondern muß die verlorene Gemeinschaft auf veränderter Basis wiedergewinnen. So werden nur jene Theoreme politikwirksam, die Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit zu geben vermögen und die Aufgabe der Reintegration nicht ausschließlich rückwärtsgewandt betrachten. Am Beispiel der liberalen Theorie war zu sehen, wie mühsam der Anpassungsprozeß verlief und wie geringe Fortschritte er in der „Retorte“ der Nachkriegsplanungen im Zweiten Weltkrieg machte. Es bedürfte erst der katalysatorischen Kraft des Krisenjahres 1947, um den Anpassungsprozeß kräftig voranzutreiben. Nun wurde bewußt, daß sich die Desintegrationsprozesse in der Nachkriegszeit fortgesetzt hatten, ja, daß die regionale Desintegration in Europa einen neuen Höhepunkt zu erreichen drohte. Die produktionswirtschaftliche Integration Kerneuropas war offenbar zerrissen: ein großer Teil der Investitionsgüter, die früher im innereuropäischen Handelskreislauf getauscht werden konnten, mußte nun gegen harte Dollar aus den USA bezogen werden. Die Krise griff freilich über den ökonomischen Bereich weit hinaus und stellte die politische Fortexistenz eines demokratisch organisierten Westeuropas in Frage.

Mit dem Marshallplan wurde ein regionales Reintegrationskonzept ausgeformt, das diesen Desintegrationsprozeß stoppen sollte. Zugleich ergänzte es das globale Reintegrationskonzept, das namentlich die USA bisher verfolgt hatten. Zugleich wurden mit dem Brüsseler Pakt und dem Europarat die Umriss eines militärischen und politischen Reintegrationskonzepts sichtbar. Ein wesentlicher Motor dieses Prozesses war der Ost-West-Gegensatz, wobei sich die USA und die UdSSR die Rolle der „integrating power“¹⁴⁸ teilten, entgegengesetzte machtpolitische Vorzeichen einmal vorausgesetzt.

Dieses ebensosehr von theoretischen Einsichten wie politischem Pragmatismus und historischen Traditionen geprägte Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses kann man „mutatis mutandis“ als Reintegration nach dem Muster des 19. Jahrhunderts verstehen. Es lief auf eine regional abgestützte Erneuerung der weltwirtschaftlichen Integration unter liberalem Vorzeichen hinaus, faßte Westeuropa im Europarat

¹⁴⁸ Etzioni, *Political Unification* (Anm. 4), S. 37 ff.

politisch als lockere Gemeinschaft zusammen und band die Region mit den USA und Kanada zu einem militärischen Abwehrbündnis gegen die UdSSR zusammen. Man kann nicht sagen, daß diese Politik gescheitert ist. Vielmehr konnten namentlich die USA mit dem Ergebnis, das sich Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre einstellte, zufrieden sein: es gelang, Westeuropa vor allem militärisch und ökonomisch zu stabilisieren und ein funktionierendes „Weltsystem“ westlicher Industriestaaten aufzubauen.

Allerdings bedurfte die nach den Grundsätzen eines liberalen pluralistischen, sozusagen „klassischen“ Reintegrationskonzepts vorangetriebene Politik in einem entscheidenden Punkt der Ergänzung: es mußte eine Lösung für das Deutschlandproblem und das eng damit zusammenhängende Sicherheitsproblem gefunden werden. Zweifellos tauchte dieses Problem nicht erst 1948 oder 1949 auf. Vielmehr sind bereits in den amerikanischen, britischen und französischen Nachkriegsplanungen Überlegungen nachweisbar, die auf eine Lösung des durch seine sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Aspekte ambivalenten Deutschlandproblems im Rahmen eines engeren europäischen Zusammenschlusses hinsteuern. Das Bewußtsein, daß Europa gerade auch wegen des Deutschlandproblems zu einer politischen Union kommen müsse, die die Maßstäbe des 19. Jahrhunderts und der Staatssouveränität hinter sich zu lassen habe, war namentlich im amerikanischen Kongreß sehr wach. Es steht unter anderem hinter dem von einer Debatte zum nächsten wiederkehrenden politischen Versuch, über die Vergabe der Marshallplangelder Integrationsdruck auf Europa auszuüben. Die amerikanische Regierung machte sich diesen im Kongreß ebenso vehement wie letztlich erfolglos vertretenen Standpunkt keineswegs zu eigen, nicht weil man ihn innerlich ablehnte, sondern weil man es politisch für inopportun hielt, in der Einigungsfrage Druck auf Europa auszuüben. Die Initiative sollte unbedingt von den europäischen Regierungen ausgehen, nach dem Motto „We can help only those who help themselves“¹⁴⁹.

Nachdem Großbritannien seiner Rolle, Vorreiter des engeren europäischen Zusammenschlusses zu sein, nicht nachkam, hoffte Washington, seit Oktober 1949 in Frankreich den „Leader“ zu finden¹⁵⁰. Dies traf sich mit einer älteren französischen Entwicklungslinie: spätestens in der zweiten Phase der Londoner Konferenz, im Frühjahr bzw. Frühsommer 1948, hatte sich in Paris ein auf den nicht mehr zu verhindernden „westdeutschen Staat“ zugeschnittenes Integrationskonzept herausgebildet. Der sogenannte Schumanplan war nur ein Teil dieses Konzepts. Andere funktionale Integrationsvorschläge sind ihm gefolgt und sollten bei der historischen Analyse nicht vergessen werden, auch wenn ihnen wenig oder gar kein Erfolg beschieden war. Bewußt wurde die geplante Montanunion nur als Anfang, als erster Schritt eines engeren Zusammenschlusses ausgegeben, um die Schwelle möglicher Widerstände so niedrig wie möglich zu halten. Es gab daher kaum eine nennenswerte theoretische oder politische Richtung, in die er mit dem Vorbehalt, die „zweit-

¹⁴⁹ Vgl. Paul Hoffman, *Peace can be won*, London 1951, S. 624.

¹⁵⁰ FRUS 1949, III, S. 624.

beste Lösung“ oder ein „Quereinstieg“ zu sein, nicht hätte einbezogen werden können.

Zweifellos paßte der Schumanplan aus vielen Gründen in das amerikanische Konzept: als sektorale Zollunion eröffnete er Perspektiven auf einen größeren Markt, als engerer Zusammenschluß der europäischen Kernländer versprach er vor allem die wirtschaftliche und politische Reintegration Westdeutschlands zu festigen und das Sicherheitsproblem seiner westlichen Nachbarn zu lösen. Washington war zu Beginn des Jahres 1950, spätestens nach Ausbruch des Koreakrieges, aus weltpolitischen Gründen ohnehin an einem Punkt angelangt, wo jede europäische Initiative, die Westeuropas Lebensfähigkeit unterstrich, begrüßt wurde – auch dann, wenn sie ohne Zielkonflikt nicht zu haben war.

Aus europäischer Perspektive war die Zielsetzung des Schumanplans gleichwohl paradox: er sollte durch die politische Reintegration des europäischen Staatensystems nationalstaatlichen Sicherheitsinteressen dienen, konnte dies aber nur, wenn er den pluralistisch-liberalen Charakter der bisherigen Reintegrationsbemühungen durchbrach, d. h. von den beteiligten Staaten Souveränitätsverzicht verlangte. Im Montanbereich war dies offenbar am schmerzlosesten, ging es hier doch in erster Linie um einen Bereich, der bisher vorwiegend privater Regulierung unterworfen war. An den Platz der privatwirtschaftlich und damit tendenziell deutsch dominierten Kartelle trat die Hohe Behörde, die auf politischer Ebene agierte und Frankreichs überragende politische Stellung zum Schutze seines ökonomischen Potentials ins Spiel bringen konnte, freilich durch die Supranationalität gemildert.

Die Paradoxie des Schumanplans erklärt zu einem Teil die „Theorieexplosion“, die mit ihm eingeleitet wird. Der Widerspruch zwischen nationalstaatlicher Politik und supranationalen Mitteln wird durch das funktionalistische Theorem scheinbar gelöst: in einer Art von List der Vernunft, so die Hoffnung, werden die funktionalen Bürokratien, durch staatliche Initiative ins Leben gerufen, ihrer rationalen Eigengesetzlichkeit folgend, die nationalstaatliche obere Entscheidungsebene überflüssig machen. Hierin drückt sich freilich auch ein Problem der politischen Ebenen aus: die nationalstaatlichen Bürokratien stehen gegen die nationalstaatlichen Entscheidungsebenen auf, wollen diese wegen ihrer Engstirnigkeit opfern, wohl wissend, daß Bürokratien ohne Kompetenzverlust auch supranational gebildet werden können. Es wäre lohnend, aus diesem Blickwinkel einmal die vielen aus den nationalstaatlichen Bürokratien stammenden funktionalistischen Integrationsvorschläge zu analysieren.

Steht die Inkorporation des Funktionalismus in die Integrationstheorie mit der Paradoxie des Schumanplans in Verbindung, so ist die „Übernahme“ des Föderalismus vor allem politisch zu erklären. Der Schumanplan wurde bewußt der sehr weitgehenden föderalistischen Zielsetzung zugeordnet, weil dies sowohl gegenüber der föderalistischen Massenbewegung in Europa selbst als auch gegenüber den Wünschen Washingtons und des Kongresses Entlastung versprach. Nicht zuletzt aus diesem Grund übernahm man auch den ungeliebten amerikanischen Begriff „Integration“ in die europäische Terminologie.

Gegenüber der nun einsetzenden „Theorieexplosion“ hat der Historiker allen Grund, die ursprüngliche Begrifflichkeit im Auge zu behalten. Der Begriff Desintegration macht deutlich, daß die Nachkriegszeit in der Folge der großen ökonomischen und politischen Krisen der Zeit seit 1914 steht, daß dieser Prozeß 1945 noch nicht an sein Ende gekommen ist und daß sich seit 1947 eine partielle – nämlich auf den Westen beschränkte – Reintegration vollzieht. Diese regionale Reintegration ergänzt ein globales Konzept, das sich in direktem Zugriff nicht verwirklichen ließ. Wann ist dieser Reintegrationsprozeß zu Ende? Es spricht manches dafür, den Schumanplan noch als Teil der politischen Reintegration zu begreifen. Andererseits kommt mit der supranationalen Behörde, so sehr diese in rückwärtsgewandte Zwecke eingebunden ist, ein neues Element in den Prozeß hinein, das zum Ausgangspunkt von „Integration“ geworden ist und in Euratom und EWG seine Fortsetzung gefunden hat, nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Politische Union gescheitert waren. Man wird also davon ausgehen müssen, daß Reintegrationstendenzen und Integrationstendenzen parallel verlaufen. Die moderne Theorie hat diesem Tatbestand mit der Unterscheidung zwischen „negativer“ und „positiver“ Integration Rechnung zu tragen versucht¹⁵¹. Die Begriffe meinen dasselbe wie Reintegration und Integration im älteren Konzept, haben aber den Vorteil, daß sie keine strenge Zeitabfolge suggerieren. Zyklisches Denken wird der Kompliziertheit des Prozesses, um dessen Analyse es geht, in der Tat nicht gerecht.

Plädiert man dafür, und der moderne Sprachgebrauch läßt im Grunde keine Wahl mehr, den Begriff „Integration“ oder „positive Integration“ auf die neuen, über das klassische Politikgefüge hinausgehenden Tendenzen und Bestrebungen einzugrenzen, so sollte man sich gleichwohl davor hüten, diesen Integrationsprozeß mit der Bildung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert oder der amerikanischen Union am Ende des 18. Jahrhunderts zu parallelisieren, wie dies im modernen Föderalismus und im Neofunktionalismus noch immer geschieht¹⁵². Statt dessen ist es angezeigt, den prozeßanalytischen Wert der Terminologie zur Geltung zu bringen. Allerdings ist die ihm aus dem antiken Denken ebenso wie aus der konjunkturellen Betrachtungsweise von wirtschaftlichen Entwicklungen anhaftende zyklische Abfolge durch ein Simultankonzept zu ergänzen: integrative, desintegrative und reintegrative Tendenzen folgen einander nicht nur, sondern laufen auch zeitlich parallel ab. Auch diesen Gedanken hatte Spencer bereits vorgeprägt, als er eine globale von einer lokalen Ebene unterschied. Die moderne Theorie hat die Analyseebenen außerordentlich differenziert¹⁵³, allerdings darf dabei die Interdependenz zwischen den Ebenen nicht übersehen wer-

¹⁵¹ J. Pinder, Positive Integration and Negative Integration. Some Problems of Economic Union in the EEC, in: *World Today* 24 (1968), S. 90 ff. Pinder bezeichnet den Abbau von Handelshemmnissen etc. als „negative“ und den Aufbau neuer Organisationen und Einrichtungen als „positive“ Integration.

¹⁵² Haas, *Uniting* (Anm. 4); Leo N. Lindberg/Stuart A. Scheingold (Hg.), *Regional Integration. Theory and Research*, Cambridge/Mass. 1971; Brugmans/Duclos, *Le Fédéralisme* (Anm. 6); Friedrich, *Trends* (Anm. 134); Walter H. Bennett, *American Theories of Federalism*, Alabama 1964.

¹⁵³ Vgl. Lindberg/Scheingold, *Regional Integration* (Anm. 152).

den. Integrationsprozesse auf einer Ebene können von Desintegrationsprozessen auf anderen Ebenen begleitet werden, wobei das Problem einer hochkomplizierten Kosten-Nutzen-Abwägung entsteht. Der Gesamtprozeß, der so in den Blick kommt, gleicht einem Balance-Akt, wie ihn Smend und Parsons für staatliche bzw. soziale Gebilde beschrieben haben.

DIETRICH GEYER

**Klio in Moskau und die
sowjetische Geschichte**

1985. 46 Seiten. Kartoniert DM 19,-

(Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie
der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse,
Jahrgang 1985, Bericht 2)

GÜNTHER SERFAS

**„Lieber Freiheit ohne Einheit
als Einheit ohne Freiheit“**

Der Neubeginn der Demokratischen
Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46

1986. IV, 198 Seiten. Kartoniert DM 52,-,
Leinen DM 80,-



CARL WINTER · UNIVERSITÄTSVERLAG · HEIDELBERG

II

OTMAR JUNG

SPALTUNG UND REKONSTRUKTION DES
ORGANISIERTEN PAZIFISMUS
IN DER SPÄTZEIT DER WEIMARER REPUBLIK

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) in der Spätzeit der Weimarer Republik haben schon die Zeitgenossen in besonderem Maße interessiert. Über das normale Aufsehen hinaus, das die Spaltung einer Organisation hervorrief – zumal wenn die Trennung sich dramatisch in mehreren Akten, unterbrochen durch Rückkehr und Unterwerfung, vollzog –, faszinierte die Art und Weise, wie in diesem Spaltungsprozeß eine Organisation gegen den selbstgesetzten inhaltlichen Anspruch verstieß. Mit der Wendung vom „Pazifistenkrieg“ brachten Journalisten Sensation und Anstoß auf einen paradoxen Begriff¹. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und erst recht nach dem Zweiten Weltkrieg kam für die Bearbeiter ein dritter Aspekt hinzu: Hatte nicht, wenn man den Zusammenbruch der Weimarer Republik zu verstehen suchte und nach Schuld und Versagen fragte, die DFG mit jener Spaltung eine außergewöhnliche gesamtpolitische Verantwortungslosigkeit bewiesen? War es nicht verblendet, solche internen Kämpfe in jener Zeit auszufechten?

Gemeinsam ist jenen herkömmlichen Betrachtungsweisen die Perspektive der Altgesellschaft, und dieser Ansatz schließt denn auch bereits das negative Schlußurteil ein. Tatsächlich aber ist Gerechtigkeit gegenüber den Handelnden nur möglich, wenn man auch die komplementären Momente berücksichtigt. Trennung ist ja im allgemeinen nicht Selbstzweck, und während sie dem einen als letztes Wort erscheint, ist sie für den anderen in gewisser Weise das erste Wort, das freimacht für einen neuen Anfang. Dem Verdammungsurteil der alten Gruppe entsprechen die Hoffnungen der neuen.

Die Geschichte der Spaltung der DFG ist daher nicht sinnvoll darzustellen, ohne auf die Geschichte der Rekonstruktionsversuche des organisierten deutschen Pazifismus einzugehen, und dann erst wird sich ein Urteil wagen lassen: Ob die Spaltung die pazifistische Bewegung schwächte oder reinigend die Geister endlich schied, ob die Neugründungen Kräfte zersplitterten oder neue Energien freisetzten – dies ist am Ende konkret zu bestimmen und darf nicht von vornherein abstrakt deduziert werden.

¹ Vorwärts 281, 19. 6. 29 M; der Vw setzte die Wendung über einen Bericht über den Plan, daß die aufgelöste Ortsgruppe Berlin der DFG sich als selbständige Berliner Friedensgesellschaft konstituieren könnte.

I. Vorgeschichte

Bei aller gebotenen Skepsis gegenüber Personalisierungen – die Auseinandersetzungen in der DFG hätten zumindest in dieser Form nicht stattgefunden ohne die Person des Fritz Küster. 1921 begann der 31jährige Journalist, im westfälischen Hagen die Monatsschrift „Der Pazifist“ herauszugeben, die er bald in ein Wochenblatt umwandelte und „Das Andere Deutschland“ nannte, laut Untertitel eine Zeitschrift für „entschieden republikanische Politik“. Das „Andere Deutschland“ sah – ungeheuerliche Tabuverletzung damals – die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg bei Deutschland, stimmte dem Versailler Vertrag als einer Folge deutscher Kriegspolitik weitgehend zu, kämpfte gegen die Reichswehr, die heimliche Aufrüstung in der Schwarzen Reichswehr und die politischen Kampfverbände der Rechten. Die Leitartikel schrieb der SPD-Reichstagsabgeordnete Heinrich Ströbel, ständige Mitarbeiter waren – um nur bekanntere zu nennen – Friedrich Wilhelm Foerster, Paul Frhr. v. Schoenaich und Kurt Tucholsky unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel. Mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren im Jahre 1925 war sie die am meisten gelesene pazifistische Zeitschrift in Deutschland². Parteipolitisch gehörte Küster der SPD an; innerhalb des pazifistischen Spektrums vertrat er die sogenannte radikale Richtung. Aber es wäre sicher verfehlt, Küster als publizierenden Politiker zu verstehen; vielmehr war Küster wesentlich Verleger, Herausgeber, Chefredakteur, der im übrigen sich auch politisch betätigte, in der SPD weniger, in der DFG um so mehr.

Im Kreise der oft eher betulich wirkenden bürgerlichen Pazifisten kam der mutige und tatkräftige Mann rasch nach oben. Seine Basis wurde – fast ist man versucht zu sagen: seine Stammlande – der sogenannte Westdeutsche Landesverband der DFG, der Zusammenschluß der Ortsgruppen der preußischen Rheinprovinz, Westfalens und Nordhessens. Und der Landesvorsitzende Küster leistete gute praktische Arbeit. Mitgliedsbücher wurden eingeführt, der Bezug des „Anderen Deutschland“ obligatorisch gemacht, der Verband systematisch in Bezirke und Unterbezirke gegliedert mit z.T. besoldeten Sekretären; hauptamtliche Redner wurden angestellt, ein eigenes Landessekretariat gebildet. Solch straffe Organisationsarbeit konnte sich gegenüber Berlin sehen lassen und trug vor allem an Ort und Stelle Früchte. Bereits 1926/27 stellte dieser eine Westdeutsche Landesverband ein Drittel der Mitglieder und der Ortsgruppen der DFG³.

Küster hätte als verdienstvoller Hagener Friedensfreund in Ruhe und Ansehen seine Tage genießen können, wenn er nicht im Jahre 1924 den Kampf mit der Führung in Berlin aufgenommen, ja eigentlich seinen persönlichen „Kampf um Berlin“ begon-

² Vgl. Friedrich-Karl Scheer, *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1983, S. 422, 426 f.; H. Donat in: *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*, hrsg. v. Helmut Donat/Karl Holl, Düsseldorf 1983, S. 26–29, 241 ff.

³ Vgl. Scheer, S. 427 f.

nen hätte, bei dem schon lange, ehe der Sieger feststand, sich abzeichnete, wer und was auf der Strecke bleiben würde.

Küster begann seinen Kampf auf der ihm besonders gemäßen Ebene der Organisation. Die Dortmunder Generalversammlung der DFG Ende August 1925 verabschiedete eine neue Satzung, welche die inzwischen entstandenen Landesverbände als sogenannte Arbeitsgemeinschaften rezipierte und sie als Träger von Organisation und Propaganda inkorporierte. An sich war diese Änderung unverfänglich; warum sollte eine im Falle des Westdeutschen Landesverbandes bewährte Zwischenebene zwischen der Berliner Spitze einerseits und den einzelnen Ortsgruppen andererseits nicht übernommen werden? Daß die neue Gliederung auch im Willensbildungsgefüge des Verbandes entsprechend verankert wurde, verstand sich von selbst. Organisationspolitisch verfehlt dagegen muß es genannt werden, daß auch die Beitragsabrechnung über die Arbeitsgemeinschaften laufen sollte, was die stets finanzschwache Berliner Zentrale von den Landessekretariaten abhängig machte. Und ein Unding schließlich war die Vorschrift jenes Satzungsparagraphen, nach dem die Berliner Zentrale grundsätzlich nur mit den Arbeitsgemeinschaften zu verkehren habe – ein Unding, das sich zum Affront wandelte, wenn der westdeutsche Landesverbands-Vorsitzende Küster unzulässigen unmittelbaren Verkehr der Berliner Geschäftsleitung mit einer Ortsgruppe abmahnte. Kurz gesagt: Ein Organisationsmodell, das in Westdeutschland frei gewachsen war und funktionierte, hatte Küster für den Gesamtverband und damit auch für Gegenden verbindlich gemacht, wo diese Organisationsebene überhaupt erst einmal von oben eingezogen werden mußte, und gleichzeitig hatte Küster gegenüber der Berliner Verbandsspitze ein „Landesfürstentum“ etabliert, das ersichtlich auf seine Person und seine derzeitige Position zugeschnitten war.

Die Geschäftsleitung in Berlin, eine Honoratiorenrunde unter Führung des greisen Ludwig Quidde – des nachmaligen Friedensnobelpreisträgers (1927) –, sprach sich mit guten Gründen gegen den Satzungsumbau aus – und unterlag ordnungsgemäß. Einen adäquaten Gegner gab sie nicht ab und sollte sie nie abgeben.

II. Die Spaltung der Deutschen Friedensgesellschaft

1. Der erste Konflikt der Ortsgruppe Berlin mit der Küsterschen Führung

Genau zwei Jahre nach jenem Satzungserfolg in Dortmund, der seine westdeutsche Position gesichert hatte, setzte Küster zum Griff nach Berlin an. Auf einer Präsidiumssitzung Ende August 1927 verlangte er ultimatив, die gesamte Friedensgesellschaft müsse den inhaltlichen Kurs des Westdeutschen Landesverbandes übernehmen, Quidde müsse von der Spitze der Gesellschaft zurücktreten, das „Andere Deutschland“ als Pflichtorgan eingeführt werden. Tatsächlich setzte sich Küster auf der nachfolgenden Generalversammlung in Erfurt Anfang Oktober 1927 wiederum durch, wenngleich er einige Abstriche hinnehmen mußte. So blieb Quidde Vorsitzender der DFG, ihm zur Seite traten aber mit gleichen Rechten Küster selbst und der

Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Albert Falkenberg. Das „Andere Deutschland“ wurde als Pflichtorgan eingeführt, doch konnten die Mitglieder wahlweise auch die alt-ehrwürdige „Friedenswarte“, Fritz Röttchers frankophile „Menschheit“ oder als Sprachrohr der norddeutschen Friedensbewegung die „Deutsche Zukunft“ halten. Für die rechte Abonnentenverteilung sorgte eine Klausel, derzufolge jedes Mitglied, wenn es nicht schriftlich den Bezug eines anderen Organs verlangte, automatisch auf das „Andere Deutschland“ abonniert wurde⁴. Der Beitrags-einzug wurde auf das neue System des Zwangsabonnements umgestellt: Die Verleger der vier zugelassenen pazifistischen Zeitschriften hatten nun für jeden Abonnenten, der Mitglied der Friedensgesellschaft war, monatlich 30 Pfennige an die Zentrale abzuführen.

Hinter den organisatorischen Details steckte politisch Bizarres. Erstens: Während alle Welt offizielle Verbandsorgane herausgab, überließ die DFG ihre Publizistik vier privaten Verlegern, ohne irgendeinen Einfluß auf Inhalt und Form dieser Zeitschriften zu besitzen – wenn man absieht vom „großen Knüppel“ des Entzugs der Zulassung als Wahlpflichtblatt. Nun wird das Elend der Verbandspostillen mit ihrem oft unerträglichen Hofjournalismus nicht verkannt; der Hörsing-Kult des „Reichsbanners“ oder die permanenten Seldte-Duesterberg-Feiern des „Stahlhelm“ beispielsweise waren übel genug. Doch das zunächst liberal erscheinende Modell der Erfurter Beschlüsse schlug über jene parteiische Klausel ins andere Extrem um⁵. Bei 87% der Mitglieder, die er seinem Blatt zuführte, war der Verleger Küster drauf und dran, die DFG zur Lesergemeinde des „Anderen Deutschland“ umzufunktionieren. Zweitens: Die DFG bediente sich vier privater Unternehmer als Beitragseinzugsstellen – ein „Novum in der Organisationsgeschichte“⁶, ja infolge der monopolähnlichen Abonnenten-Stellung des „Anderen Deutschland“ hatte dessen Verleger praktisch die gesamten Einnahmen der DFG in der Hand. Küster brauchte nur irgendeinen Streit anzufangen – und mußte er ihn an den Haaren herbeiziehen – und daraufhin die Beitragsabführung zu stornieren oder auch nur zu drosseln – und die Führung der Friedensgesellschaft saß finanziell auf dem trockenen, ein Spielchen, wie es der temperamentvolle und rechthaberische Mann tatsächlich von 1928 bis 1932 fast ununterbrochen spielen sollte. Drittens: Die Wahl des Verlegers Küster zum Mitvorsitzenden der DFG, zuständig für „innere Organisation und Propaganda“, führte zu einer offensichtlichen Interessenkollision. Mitgliederwerbung und verlegerisches Gewinn-

⁴ Vgl. Scheer, S. 515 f.

⁵ Vgl. Fritz Röttcher, Die „Auflösung“ der Berliner Ortsgruppe der Friedensgesellschaft, Die Menschheit 16 (1929), S. 143 (Nr. 24 v. 16. 6. 29): „Die Erfurter Beschlüsse (1927) scheinen zunächst den geistigen Strömungen gerecht zu werden. Die vier Pflichtorgane repräsentieren ganz verschiedene Typen und Methoden der Friedensbewegung. Die ‚Menschheit‘ föderalistisch-intellektuell, das ‚Andere Deutschland‘ zentralistisch-sozialistisch. Eine kluge Leitung hätte also mit den beiden Blättern, bzw. mit den zwei weiteren, nach verschiedenen Richtungen hin wirken können und damit die Anziehungskraft der Gesamtbewegung vergrößert. Durch die einseitige Bindung Küsters, des tatsächlichen Leiters, an das ‚A. D.‘ wurde das verhindert.“

⁶ Scheer, S. 516.

streben gingen ineinander über, das Wohl der gesamten Friedensgesellschaft und die Prosperität eines einzelnen pazifistischen Blattes waren nicht mehr zu trennen, die innerverbandliche Kontrolle war ausgeschaltet. „Es ist widersinnig und unmöglich“ – formulierte ein Korrekturantrag zur Generalversammlung 1929 –, „wenn ein Mitglied des Präsidiums darüber wachen soll, daß dieselbe Person als Verleger, Herausgeber usw. der betreffenden Zeitschrift ihre Pflicht gegenüber der Friedensgesellschaft erfüllt“⁷. In welche unmöglichen Situationen diese Verquickung die Beteiligten bringen konnte, illustrierte wenig später der Fall, daß das Präsidiumsmitglied Küster der Zeitschrift „Die Menschheit“ wegen angeblicher finanzieller Irregularitäten die Zulassung aufkündigte, womit sich der Verleger Küster, gleichsam en passant, des Konkurrenzverlegers Röttcher entledigte.

Nach 15 Monaten Erfahrung mit dem Zwangsabonnement, nach dem Abgang etlicher Tausend Mitglieder, denen die finanzielle Belastung zu hoch oder der Zwang zuwider waren, nach fortgesetzten Streitereien über die Auslegung von Vereinbarungen und bei einer für die Zentrale immer hoffnungsloser werdenden Finanzlage⁸ empfahl der Reichsausschuß der DFG – das höchste Gremium zwischen den Generalversammlungen – am 13. Januar 1929, die Entscheidung über den Bezug obligatorischer Organe den Ortsgruppen zu überantworten – und damit die Erfurter Beschlüsse praktisch aufzuheben⁹. Und wieder gelang Küster ein Konter, indem die umgehend angesetzte außerordentliche Generalversammlung am 10. Februar 1929 im Berliner Rathaus in einer Kampfabstimmung mit 129 gegen 67 Stimmen für die Beibehaltung der umstrittenen Regelung votierte¹⁰. Dies war denn doch zuviel: Küsters beide Mitvorsitzende Quidde und Falkenberg, ja insgesamt 11 von 15 Präsidiumsmitgliedern, darunter die SPD-Reichstagsabgeordnete Anna Siemen, Harry Graf Kessler, Helene Stöcker und Georg Schümer, traten von ihren Ämtern zurück. Der pazifistische General Frhr. v. Schoenaich wurde zum Präsidenten gewählt; unter ihm hatte Küster als geschäftsführender Vorsitzender die DFG auch apparativ im Griff.

Die Ortsgruppe Berlin hatte sich von vorneherein einstimmig gegen die in Erfurt dann beschlossene Regelung gewandt¹¹, hatte auf der nächsten Hauptversammlung in Nürnberg 1928 vergeblich die Revision der Beschlüsse über das Zwangsabonnement beantragt¹² und eben erlebt, wie eine außerordentliche Generalversammlung die umstrittenen Erfurter Beschlüsse bestätigte. Die Beschlußlage war also klar. Anderer-

⁷ Begründung zu Antrag 16 Nr. 3 (Freyth u. Gen.) zur ordentlichen Generalversammlung in Braunschweig 27.–29. 9. 29, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz Deutsche Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsgegner, Bl. 132R. Die Kritiker wiesen Küster sogar auf das grundsätzliche Verbot des Selbstkontrahierens nach § 181 BGB hin.

⁸ Vgl. Scheer, S. 517.

⁹ Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation. Das Deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik, Köln 1982, S. 307.

¹⁰ Vgl. Scheer, S. 517; Die Menschheit 16 (1929), S. 41.

¹¹ Vgl. die Resolution der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin v. 29. 9. 27, Die Friedensbewegung 3 (1927), S. 51 (Nr. 6 – Sept./Okt.).

¹² Vgl. Antrag der Ortsgruppe Berlin v. 10. 9. 28 zur Hauptversammlung der DFG in Nürnberg, BA Koblenz, NL Wehberg/21.

seits halfen alles Beschließen und alle Bereitschaft zu demokratischer Disziplin nicht über die Tatsachen hinweg: Trotz redlichen Bemühens um Durchsetzung der Erfurter Beschlüsse war die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Berlin von ungefähr 400 auf 120 zurückgegangen, und die Schar der Verbliebenen war „nachgerade der organisatorischen Experimente müde geworden und verlangte energisch, daß ihre Abende und Veranstaltungen den großen pazifistischen Themen gewidmet würden, nicht immer wieder dem statutarischen Kleinkram“. So beschloß die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe am 28. Februar 1929, „den Berliner Mitgliedern das Abonnement einer pazifistischen Zeitschrift nicht mehr obligatorisch zu machen, sondern es ihnen nur angelegentlich zu empfehlen“. Die Berliner teilten ihren Beschluß dem Präsidium der Friedensgesellschaft loyal mit. Mochten sie tatsächlich glauben, mit ihrer Sonderregelung den Erfurter Beschlüssen, „soweit es sich unter großstädtischen Verhältnissen möglich machen läßt, Rechnung getragen zu haben“¹³, so hatten sie sich doch wohl hinsichtlich der Antwort der Zentraleitung verschätzt.

Ende Mai 1929 ließ das Präsidium der DFG durch den geschäftsführenden Vorsitzenden Küster die Ortsgruppe Berlin auflösen¹⁴ und kündigte eine Neugründung binnen acht Tagen an¹⁵. Es war dies ein Paukenschlag, der eine Tradition beendete und den Beginn einer neuen Ära markierte. Die alte Friedensgesellschaft war ja 20 Jahre lang, bis 1912, nur ein loser Zusammenschluß selbständiger Gruppen gewesen, die einer von ihnen auf der jährlichen Generalversammlung die zentrale Geschäftsleitung übertrugen. 1912 hatte diese geschäftsführende Gruppe vermehrte Vertretungsbefugnisse nach außen bekommen, sie erschien jetzt als Spitze, ohne daß sie deshalb doch in interne Angelegenheiten der einzelnen Ortsgruppen hineinzureden gehabt hätte. Wie Küster nun vorging, brach er mit all diesen Traditionen des Verbandslebens, hier sollte eine Friedensgesellschaft „neuen Typs“ geschmiedet werden, vom Zuschnitt des alten Preußens und der Arbeiterbewegung, mit einem Schuß Organisations-Leninismus versetzt. Straff, diszipliniert, schlagkräftig hießen die neuen Tugenden, die DFG als pazifistische Honoratiorenrunde war verabschiedet.

Ganz unvorbereitet scheint dieser Blitz die Berliner freilich nicht mehr getroffen zu haben; zusammen mit dem Bericht über Auflösung und Neugründungsabsicht wußte der „Vorwärts“ schon zu melden, daß die aufgelöste Gruppe als „Berliner Friedensgesellschaft“ fortbestehen werde¹⁶, und tatsächlich legte der Vorstand der Ortsgruppe sich in einem Rundschreiben vom 15. Juni an die Mitglieder fest: „Notfalls müßten wir, um weiteren Störungen unserer Ortsgruppenarbeit vorzubeugen, uns als ‚Berliner Friedensgesellschaft‘ konstituieren und damit von einer Zentrale unabhängig machen, die für die Schwierigkeiten der großstädtischen Arbeit keinerlei Verständnis besitzt.“¹⁷

¹³ Die Darstellung folgt bis dahin der Zuschrift des Kassierers der Ortsgruppe, Pastor a. D. Hans Francke, an die „Friedenswarte“, FW 29 (1929), S. 213 f. (Juli).

¹⁴ Vgl. Generalanzeiger, Dortmund, 147, 1. 6. 29.

¹⁵ Vgl. Vw 253, 2. 6. 29 M; Generalanzeiger, Dortmund, 149, 3. 6. 29.

¹⁶ Vgl. Vw 253, 2. 6. 29 M.

¹⁷ Dieses Rundschreiben wird zitiert in: Die Menschheit 16 (1929), S. 162 (Nr. 27 v. 7. 7. 29), und paraphrasiert in: Vw 281, 19. 6. 29 M, danach unterzeichnet vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Schöne-

Bereits fünf Tage später machten die Sezessionisten öffentlich deutlich, daß man eine der größten Ortsgruppen der DFG, dazu eine publizitätsgewisse und ihrerseits publizitätskundige Gliederung¹⁸, nicht nach dem „System: ‚Ein Leutnant und zehn Mann‘“ (Harald Feddersen)¹⁹ einfach auflösen konnte – noch vor aller Frage, ob Friedens-Gesinnung auch nach innen es nicht verböte, so mit anderen Pazifisten umzuspringen²⁰. Auf einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe hielt der Nestor der deutschen Friedensbewegung, Quidde, als wäre nichts geschehen, einen Vortrag über das Thema „Young-Abkommen und Rheinlandräumung“²¹ – ein klarer Affront²², ja eine Warnung an die Formalisten des Präsidiums, die nichts von ihrer Eindeutigkeit dadurch verlor, daß Quidde in der seinem Referat folgenden Aussprache über die Auflösungsaffäre zu einer Verständigung mit der Zentraleitung riet. Die Versammelten erklärten sich denn auch bereit, mit dem Präsidenten Frhr. v. Schoenaich zu verhandeln²³, doch scheiterten die Verhandlungen alsbald daran, daß die Zentrale keinen Ausgleich suchte, sondern nur zur Entgegennahme der Kapitulation, der vorbehaltlosen Anerkennung der Erfurter Beschlüsse, bereit war²⁴.

Den weiteren Widerstand der Ortsgruppe trug zu einem beträchtlichen Teil der Mann, der sich bald als Gegenspieler Küsters profilieren sollte: Arnold Freymuth²⁵. Der Senatspräsident am Kammergericht i. R., Sozialdemokrat und Radikalpazifist wie Küster, hatte ein ganz anderes „Karriere“-muster in der DFG hinter sich. 1924/25 Mitglied der Geschäftsleitung, hatte er sich seitdem auf die Position des Elder Statesman zurückgezogen und bekleidete auch in der Ortsgruppe jedenfalls kein herausgehobenes Vorstandsamt: 1. Vorsitzender war der Oberstudiendirektor Dr. Erich Schö-

beck und dem Kassierer Francke; datiert nach Franckes Zuschrift FW 29 (1929), S. 213 f., dort als „Flugblatt“ bezeichnet.

¹⁸ Daß diese Ortsgruppe „von jeher ein starkes Eigenleben führte“ und im Frühjahr 1929 „einen relativ unabhängigen Kurs verfolgte“, betont Ruth Greuner (Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin 1965, S. 190) mit Recht. Ohne Basis in den Quellen ist aber ihre weitere Behauptung, die Gruppe habe „durch die Berliner Mai-Ereignisse von 1929 sehr rasch ihr ursprüngliches Gesicht verlor(en)“. Möglicherweise liegt eine Verwechslung mit dem Zusammenbruch des Deutschen Friedenskartells aus diesem Anlaß vor; vgl. Lütgemeier-Davin, S. 308 f.

¹⁹ Harald Feddersen in der „Sonneberger Zeitung“, zit. nach: Die Menschheit 16 (1929), S. 143 (Nr. 24 v. 16. 6. 29).

²⁰ Vgl. den ersten Kommentar der „Menschheit“ 16 (1929), S. 138 (Nr. 23 v. 9. 6. 29), zu der Auflösungs-nachricht: „Die Auflösung der Gruppen ist eine Folgeerscheinung zentralistischen Denkens. Menschliche Gruppen bestehen aus eigenem Recht. Niemand kann sie auflösen als sie sich selber – ein andersartiger Standpunkt ist am allerwenigsten innerhalb der Friedensbewegung möglich.“ Ähnlich der Sekretär der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der DFG Johann Ohrtmann, Deutsche Zukunft 6 (1929), Nr. 14 v. 15. 7. 29.

²¹ Angekündigt Vw 283, 20. 6. 29 M; BT 287, 20. 6. 29 A.

²² Vgl. die Einschätzung Vw 281, 19. 6. 29 M.

²³ Bericht über diese Mitgliederversammlung im Generalanzeiger, Dortmund, 169, 23. 6. 29, auch abgedruckt in: Die Menschheit 16 (1929), S. 156 (Nr. 26 v. 30. 6. 29).

²⁴ Vgl. Die Menschheit 16 (1929), S. 168 (Nr. 28 v. 15. 7. 29).

²⁵ Über Arnold Freymuth bereite ich eine ausführliche biographische Studie vor; vgl. vorerst K. Holl in: Die Friedensbewegung, S. 134 f.

nebeck, zum 2. Vorsitzenden war zuletzt der Völkerrechtler Dr. Hans Wehberg gewählt worden, als Schriftführer amtierte Paul Elsner, als Kassierer Pastor a. D. Hans Francke; offen ist, ob Freymuth zu den sieben Beisitzern gehörte²⁶. Auch die einschlägigen Erklärungen der ersten Konfliktszeit wurden von Schönebeck und bzw. oder Francke gezeichnet²⁷. Als eine der überragenden Persönlichkeiten, ja als der führende Mann der Ortsgruppe Berlin²⁸, war Freymuth jedoch selbstverständlich – unbeschadet der formellen Verteilung der Verantwortlichkeit – in diese Auseinandersetzungen einbezogen; er steifte dem Vorstand mit satzungsrechtlichen Argumenten den Rücken und vertrat alsbald die Sache der Berliner auch auf dem Forum der Generalversammlung der DFG.

Vereinsrechtlich konnte man in der Tat argumentieren, daß die Satzung der DFG nur den Individualausschluß (§ 6), nicht aber die Auflösung ganzer Ortsgruppen vorsah²⁹. Ob letztere sich als milderer Mittel gegenüber dem reihenweisen Ausschluß der widerspenstigen Einzelmitglieder rechtfertigen ließ³⁰, war durchaus zweifelhaft, und es deckt die Schwäche der Position des Bundesvorstandes auf – und zeigt gleichzeitig die Fratze dieses nun veritablen „Pazifistenkrieges“ –, daß nach dem Fehlschlag der (Kapitulations-) Verhandlungen das Präsidium tatsächlich Anstalten machte, alle Berliner Mitglieder, die sich weigern sollten, den letzten Generalversammlungsbeschuß durchzuführen, einzeln auszuschließen³¹.

Praktisch bestanden im Sommer 1929 zwei Pazifistenorganisationen nebeneinander in Berlin: die (alte) Berliner Ortsgruppe der Friedensgesellschaft, die durchaus weiter unter diesem Namen agitierte³², und eine neue Ortsgruppe von Präsidiums Gnaden, in der wohl der Schweriner Polizeioberst a. D. Hans Lange eine führende Rolle spielte³³. Publizistisch hatte die alte Ortsgruppe die „Menschheit“ und die

²⁶ Vgl. die Notiz über die Wahlen auf der Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin v. 29. 3. 28, *Die Menschheit* 15 (1928), S. 128.

²⁷ So das Rundschreiben v. 15. 6. 29 von Schönebeck und Francke (s. Anm. 17), die Zuschrift an die „Friedenswarte“ von Francke (s. Anm. 13), ferner eine Vorstandserklärung von Anfang Juni 1929 von Schönebeck in: *Die Menschheit* 16 (1929), S. 150 (Nr. 25 v. 23. 6. 29).

²⁸ Diese informelle Position verkennt Rosemarie Schumann (*Pazifismus in der Entscheidung. Die Deutsche Friedensgesellschaft in den Jahren 1929 bis 1933*, phil. Diss. Berlin [DDR] 1975), die Freymuth einfachhin als den Vorsitzenden der Ortsgruppe bezeichnet (S. 8, 32, 443, 459).

²⁹ Vgl. die Vorstandserklärung von Anfang Juni 1929, *Die Menschheit* 16 (1929), S. 150 (Nr. 25 v. 23. 6. 29).

³⁰ So Küster nach Gerhart Seger, *Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft*, FW 29 (1929), S. 368–374 (369).

³¹ Ankündigung Frhr. v. Schoenaichs, *Die Menschheit* 16 (1929), S. 168 (Nr. 28 v. 15. 7. 29).

³² Vgl. ihre Sympathieerklärung an die VI. Reichstagung des Friedensbundes Deutscher Katholiken vom 26./27. 8. 29 in Frankfurt a. M., nun gezeichnet von Schönebeck, Freymuth und Francke, *Deutsche Zukunft* 6 (1929), Nr. 17 v. 1. 9. 29; *Die Menschheit* 16 (1929), S. 217 (Nr. 36 v. 8. 9. 29).

³³ Vgl. *Die Menschheit* 16 (1929), S. 168 (Nr. 28 v. 15. 7. 29); dies verdient Hervorhebung, nachdem Lange noch im Februar 1929 mit zehn anderen Präsidiumsmitgliedern unter Protest zurückgetreten war.

„Deutsche Zukunft“³⁴ auf ihrer Seite, während die „Friedenswarte“ Neutralität wahrte³⁵.

Für die nächste ordentliche Generalversammlung Ende September 1929 in Braunschweig hatten die Berliner einen Antrag vorbereitet, der nicht nur die Auflösung ihrer Ortsgruppe rückgängig machen sollte, sondern auch ihre Sachposition bestehen lassen und es dem Präsidium ermöglichen sollte, das Gesicht zu wahren: Die Ortsgruppe Berlin – hieß es da – habe „den Erfurter Beschluß in der Art beachtet, wie es durch die Berliner Verhältnisse geboten und möglich ist“³⁶. Doch der Küsterschen Führung stand der Sinn nicht nach Kompromissen und Einigungsformeln. Auf der Ausschußsitzung am 27. September 1929 zur Vorbereitung der Generalversammlung wurde einstimmig die Linie festgelegt, daß die Auflösung der Ortsgruppe Berlin nur zurückgenommen werde, wenn diese die Erfurter Beschlüsse als für sich bindend anerkenne³⁷ – ohne Wenn und Aber.

Freymuth versuchte noch einmal, die Kapitulation zu vermeiden, und schlug eine Vertagung vor, „damit die Differenz zwischen DFG und Berliner O.-G. durch freundschaftliche Aussprache ohne Härte erledigt werden könne“. Doch dann war es Zeit für die Weiße Fahne. Freymuth gab bekannt, daß die Ortsgruppe Berlin die Erfurter Beschlüsse vorbehaltlos anerkenne; sein Mitdelegierter Schönebeck durfte auch noch einmal die Eignung dieser Beschlüsse für Berlin bezweifeln. Dann wurde die vom Ausschuß formulierte Linie des Präsidiums mit 143 gegen 6 Stimmen gebilligt³⁸. Die beiden Berliner Gliederungen sollten zusammengelegt werden.

Die Berliner Sezessionisten hatten sich der Verbandsrason gebeugt, wie es, wenn der Konflikt denn schon rechtlich und nicht politisch ausgetragen wurde, gar nicht anders sein konnte. Aber auch innerhalb des Verbandes wurden ihre Vorstöße entschiedener abgewiesen denn je. Von der scharfen Opposition, der Spaltung gar oder auch nur der Überzeugungschance, die mancher Publizist im Vorfeld der Generalversammlung sehen wollte³⁹, war weit und breit nichts zu erkennen. Ein Antrag auf Aufhebung der Beschlüsse zum Zwangsabonnement wurde mit 114 Stimmen bei Enthalt-

³⁴ Vgl. den Argumentenabtausch: Johann Ohrtmann, Friedensgedanke und Friedensbewegung. Offenes Wort eines Pazifisten, *Deutsche Zukunft* 6 (1929), Nr. 14 v. 15. 7. 29; Frhr. v. Schoenaich, Friedensgedanke und Friedensbewegung, ebenda, Nr. 15 v. 1. 8. 29; Ohrtmann, Zur Klarstellung, ebenda.

³⁵ Vgl. das Nachwort zu Franckes Zuschrift in: *FW* 29 (1929), S. 213 f. (214) (Juli).

³⁶ Antrag 16 Nr. 1 (Freymuth u. Gen.), AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz Deutsche Friedensgesellschaft, *Bund der Kriegsgegner*, Bl. 132 R; veröffentlicht in: *Die Menschheit* 16 (1929), S. 229 (Nr. 38 v. 22. 9. 29).

³⁷ So Rudolf G. Haebler, *Generalversammlung* 28. 9. 29, Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 120; vgl. *Volksfreund*, Braunschweig, 228, 30. 9. 29.

³⁸ *Generalversammlung* 28. 9. 29, Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 120; anderntags wurde der einschlägige Antrag der Ortsgruppe Berlin (Antrag 16 Nr. 1) gegen 4 Stimmen für erledigt erklärt; Freymuth durfte nicht mehr zur Sache sprechen, *Generalversammlung* 29. 9. 29, Protokoll, ebenda, Bl. 122.

³⁹ So Fritz Rötcher, *Die Despotie der Mittel*, in: *Die Menschheit* 16 (1929), S. 227 f. (Nr. 38 v. 22. 9. 29); vgl. *VossZ* 424, 8. 9. 29.

zung der Minderheit abgelehnt. Ein wohlbegründeter Antrag, die Inkompatibilität der Tätigkeit als Verleger, Herausgeber oder Schriftleiter eines der Wahlpflichtorgane mit der Mitgliedschaft im Präsidium festzulegen, fand sieben Befürworter; bei vier Enthaltungen lehnten ihn alle anderen Delegierten ab⁴⁰. Bei der Beschlußfassung über die neue Satzung wurde Freymuth, der Wortführer der schwachen Opposition, mit zwei Anträgen, wegen der Zeitknappheit die Beratung zu vertagen, abgewiesen. Die überwältigende Mehrheit entschied sich für En-bloc-Annahme und provisorisches Inkraftsetzen für ein Jahr. Gerade daß es Freymuth gelang, die Hinzuwahl eines Bundesschatzmeisters in das Präsidium, gegen Abzug eines Beisitzers, durchzusetzen. Dann schlug er selbst die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums vor; „Küster möge vorschlagen, wen er als Mitarbeiter im Präsidium haben wolle“. Küster benannte, nach grundsätzlichem Vorbehalt, den badischen SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf G. Haebler. So klangen die Wahlen mit einstimmiger Annahme aus⁴¹.

Doch es war kein totaler Sieg der Küsterschen Richtung, der da in Braunschweig strahlte; die Einstimmigkeit trog. Die erste Spur des Scheiterns zog eines der Anfang des Jahres zurückgetretenen Präsidiumsmitglieder, der Führer der Magdeburger Ortsgruppe, Schümer, der nach dem Abwürgen der Debatte über das Inkompatibilitätsproblem erklärte, er könne sich nicht mehr an den Verhandlungen der Generalversammlung beteiligen⁴². Nach der Braunschweiger Tagung beriet die Magdeburger Ortsgruppe in zwei Hauptversammlungen, ob sie aus der Deutschen Friedensgesellschaft austreten und eine selbständige Organisation bilden solle. Schließlich wurde mit überwältigender Mehrheit so beschlossen, und zum Jahresende konstituierte sich die bisherige Ortsgruppe Magdeburg mit ihrem Führer Schümer als Unabhängiger Kriegsgegnerbund⁴³. Es war dies eine Reprise der Berliner Sezession – man stritt nicht über ideologische Richtungen, sondern empörte sich gegen Leitungsmethoden⁴⁴ –, aber die Magdeburger Pazifisten sollten nicht mehr zurückkehren.

2. Der zweite Konflikt der Ortsgruppe Berlin mit der Küsterschen Führung

Mit der Rückkehr der Berliner in die Verbandsdisziplin war nur für kurze Zeit Ruhe eingeleitet. Während die Magdeburger schon über die Sezession verhandelten, legte

⁴⁰ Antrag 16 Nr. 2 und 3 der Ortsgruppe Berlin, Generalversammlung 29. 9. 29, Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 123.

Zum Inkompatibilitätsantrag hatte die „Vossische Zeitung“ (424, 8. 9. 29 S) noch gehofft, auch wenn sich die Antragsteller zunächst in der Minderheit befänden, könnte unter Umständen „ihr Material doch so stark wirken, daß es alle die überzeugen könnte, die die Idee und ihre Geschlossenheit über organisatorische Dinge stellen und die durch diese Lösung für die Folgezeit jeglichen Streit ausschließen wollen“. Doch Freymuth konnte, wie die „Menschheit“ (Nr. 40 v. 6. 10. 29, S. 240) festhielt, „trotz aller Sachlichkeit die Mehrheit nicht auf den gleichen Boden bringen“.

⁴¹ Generalversammlung 29. 9. 29, Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 123.

⁴² Vgl. Die Menschheit 16 (1929), S. 240 (Nr. 40 v. 6. 10. 29).

⁴³ Schümer in: FW 30 (1930), S. 152 f.; ebenso in: Deutsche Zukunft 7 (1930), Nr. 9 v. 1. 5. 30.

⁴⁴ S. unten S. 235.

Küster bereits das Feuer für jenen Konflikt, der auch die Berliner Gruppe endgültig zum Bruch treiben sollte. Vorderhand wurde ein neues Kapitel des unappetitlichen Stoffes der „Korruption“ in der deutschen Friedensbewegung aufgeschlagen, gleichzeitig ging ein weiterer Akt des schier die ganzen Weimarer Jahre aufgeführten Falles Hiller über die pazifistische Bühne.

Bereits 1925 hatte Kurt Hiller, ein begabter linker Publizist, Gründer der Gruppe Revolutionärer Pazifisten, trübes Wasser aufgerührt, als er die Tatsache in die Presse brachte, daß die Deutsche Liga für Menschenrechte in der letzten Zeit beträchtliche Gelder aus französischen und tschechoslowakischen Quellen bezogen hatte. Nach einem Zwischengeplänkel mit Indiskretionen⁴⁵ erhob Hiller schließlich Ende 1929 aufgrund weiterer Informationen neuerliche Vorwürfe, darunter auch, daß Küsters „Anderem Deutschland“ tschechische Gelder – übrigens vergleichsweise geringe Beträge⁴⁶ – zugeflossen seien.

Diese Aufklärungskampagnen, von Hiller wohl als Selbstreinigung gedacht, wirkten unter zwei Gesichtspunkten mißlich. Erstens war die Position der pazifistischen Organisationen notorisch unklar. Weder rangen sie sich dazu durch, sich frank und frei auf einen internationalistischen Standpunkt zu stellen und die Hilfe von Friedensfreunden anderer Länder als selbstverständlichen Ausdruck der Solidarität offen entgegenzunehmen, noch mochten sie aus grundsätzlichen Erwägungen – wegen des bösen Scheins – auf derlei Subsidien verzichten. Also lavierte man, ehrpusselig und doch geld-sinnlich, schlechten Gewissens und von vornherein defensiv. Zweitens sind an der Lauterkeit der Motive einiger Aufklärer Zweifel geboten. Jedenfalls im letzten Falle hatte der von Küster geschaffte Verleger Röttcher – dies läßt sich nach der Art des Materials⁴⁷ und der Interessenlage⁴⁸ ziemlich eindeutig sagen – Hiller munitioniert und dabei wohl auf dessen „blinden Fanatismus“ (Quidde⁴⁹) gesetzt. Zu beiden Mißlichkeiten sollte eine geradezu grotesk ungeschickte Handhabung der Affäre durch Küster hinzukommen, der, anstatt eine unpräzise Bereinigung zu suchen,

⁴⁵ Zu den Korruptions-Indiskretionen Hillers von 1928 vgl. Lütgemeier-Davin, S. 119f.

⁴⁶ Während die Deutsche Liga für Menschenrechte damals 85000 RM Subsidien empfangen hatte, drehten die Vorwürfe sich jetzt um 6000 RM; vgl. Brief Foerstes an Anni Röttcher v. 18. 9. 28, zit. bei Hiller, An den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, WB 26 (1930) 2, S. 4–9 (7) (Nr. 27 v. 1. 7. 30); vgl. zum Überblick Scheer, S. 586 ff.; Lütgemeier-Davin, S. 311 f.

⁴⁷ Dies gilt für Foerstes Brief v. 18. 9. 28 an Anni Röttcher (s. Anm. 46) sowie für eine – alsbald wider-rufene – eidesstattliche Erklärung der Sekretärin der DFG, Hanna Niederhellmann. Vgl. Die Menschheit 17 (1930), S. 12, 18, 24; Tag 244, 12. 10. 26; Vw 435, 17. 9. 31 M. Ferner soll Hiller selbst als Zeuge eingeräumt haben, „daß er alles von Frau A. Roettcher habe“; Zitat aus dem Verhandlungsprotokoll, bei Georg Lichey, Der Prozeß der Friedensgesellschaft, CdM 6/17 (1931), S. 571–578 (578) (Nr. 78 v. 26. 9. 31).

⁴⁸ Vgl. Arthur Seehof, Pazifisten gegen Pazifisten, CdM 6/17 (1931), S. 572–575 (573) (Nr. 78 v. 26. 9. 31); Georg Lichey, S. 578.

⁴⁹ Noch Ende 1930 urteilte Quidde: Hillers „Vorgehen in Sachen des ausländischen Geldes ist unerhört und an seinen guten Glauben kann man nur glauben, wenn man seinen blinden Fanatismus in Rechnung stellt“; Quidde an Wehberg v. 11. 11. 30, BA Koblenz, NL Wehberg/69; „blinde(s) Geltungsbedürfnis“ sah Ludwig Jacoby bei Hiller: Herostratus, CdM 6/17 (1931), S. 576 ff. (Nr. 78 v. 26. 9. 31).

unbekümmert um irgendeine Verbandsräsion⁵⁰ am Ende gar linke wie rechte Redakteure, die Hillers Kombinationen verbreitet hatten, mit Privatklagen überzog und sich eine verheerende Presseresonanz einhandelte⁵¹. Bei relativ geringer kathartischer Wirkung gelang es den Akteuren, die Reputation des deutschen organisierten Pazifismus massiv zu beschädigen; Hiller hatte seiner Sache einen Bären dienst erwiesen⁵².

Innerverbandlich ging Küster nicht weniger töricht vor. Nachdem Hiller am 18. Dezember 1929 sein Material in vertraulichem Kreis vorgelegt hatte⁵³, ließ der empörte Küster ihn samt seinem Hintermann Röttcher binnen vier Tagen wegen vereinschädigenden Verhaltens – übler Nachrede über Führer der deutschen Friedensbewegung – aus der DFG ausschließen⁵⁴. Quidde suchte zu vermitteln und brachte es zuwege, daß ein Schiedsgericht eingesetzt wurde⁵⁵. Auch die Schiedsrichter – der Dichter Erich Weinert, der Redakteur Dr. Carl Misch von der „Vossischen Zeitung“ und dessen Kollege vom „Berliner Tageblatt“, Dr. Ernst Feder, als Obmann – verständigten sich bewußt auf einer mittleren Linie⁵⁶. Da Hiller, was immer er über dubiose Finanzierungspraktiken in der Friedensbewegung zu belegen vermochte, in Bezug auf die Person Küsters beweisfällig geblieben war – sportlich formuliert: Sein Schuß hatte nur die Ringe, nicht ins Schwarze getroffen –, konnte der Tenor des Schiedsspruchs vom 27. März 1930⁵⁷ zwar nur lauten: „Die gegen Herrn Küster erhobenen Vorwürfe sind unbegründet.“ Gleichzeitig aber attestierte das Schiedsgericht Hiller, daß er „seine Vorwürfe, auch soweit sie unbegründet sind, in gutem Glauben und im Dienst politischer und ethischer Ideen erhoben (habe), wenn er auch bei der Vertretung dieser Ideen nach Form und Zeitpunkt seiner Angriffe über das berechnete Maß hinaus(gegangen)“ sei, und erklärte es „für angezeigt, daß der Ausschluß Dr. Hillers aus der Deutschen Friedensgesellschaft nicht durchgeführt wird“. Doch statt eines Geistes der Versöhnung, wie ihn das Schiedsgericht auch noch mit dem Wunsch nach einem „Abklingen(s) der Gegensätze“ beschwor, sah Küster nur seinen Sieg und sann auf Sühne des *Crimen laesae maiestatis*. Auf sein Betreiben bestätigte der Reichsausschuß der DFG den Ausschluß Hillers⁵⁸, und dies nun gar – eine Stufe schärfer – we-

⁵⁰ In Verkehrung der Rollen wirft Lütgemeier-Davin (S. 312) Hiller vor, er habe „in verschiedenen Prozessen mit Küster“ 1930 und 1931 die Finanzaffären „(aufgerührt)“. Tatsächlich war Küster 1931 selbst der Kläger bzw. 1930, dank seiner Provokation des Reichsbannermannes Karl Mayr, der Angeklagte (irrig Lütgemeier-Davin, S. 301), während Hiller nur 1931 als Zeuge fungierte.

⁵¹ Diese – hier nicht im einzelnen nachzuweisende – Presse- und Zeitschriftenresonanz auf die sogenannten Pazifistenprozesse verleiht den wenig durchsichtigen Vorgängen noch am ehesten Konturen.

⁵² Vgl. Scheer, S. 588.

⁵³ Vgl. die Zuschrift Hillers, *Die Menschheit* 17 (1930), S. 6 (Nr. 1 v. 5. 1. 30).

⁵⁴ Vgl. *WaM* 51, 23. 12. 29.

⁵⁵ Vgl. Quidde, *Korruption in der Deutschen Friedensgesellschaft?* in: *Acht-Uhr-Abendblatt* 229, 1. 10. 31; *Die Menschheit* 17 (1930), S. 53 (Nr. 9 v. 2. 3. 30).

⁵⁶ Vgl. Ernst Feder, *Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*, hrsg. v. Cécile Lowenthal-Hensel/Arnold Paucker, Stuttgart 1971, S. 252.

⁵⁷ Schiedsspruch v. 27. 3. 30, Abschrift in BA Koblenz, NL Quidde/ 108.

⁵⁸ Frhr. v. Schoenaich und Quidde stimmten dagegen.

gen Verleumdung. Der so Getroffene stürzte an die Öffentlichkeit, genauer: zu Carl v. Ossietzky, der denn auch Hillers Offenen Brief „An den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft“ in die „Weltbühne“ setzte⁵⁹, damit dessen Vorwürfe überhaupt erst richtig publik machte – bei katastrophalem Presseecho – und in seinem Kommentar zu Küsters Beharren auf Ausschluß Hillers nicht hintanhaltete: „für den gesunden Menschenverstand unfassbar“⁶⁰.

Mit seiner Parforcemethode forderte Küster nun freilich den Widerstand der Ortsgruppe Berlin heraus, deren ganzer Vorstand sich weigerte, Hillers Ausschluß durchzuführen⁶¹. Küster bereitete daraufhin für den Frankfurter Bundestag im Oktober 1930 erneut – in gewisser Weise lernunfähig – einen Ausschlußantrag gegen die Ortsgruppe Berlin vor⁶². Die Situation ähnelte der des Vorjahres vollkommen: Die Berliner handelten vernünftig, wenn sie einen bewährten Mitstreiter zu halten suchten, und gerecht, wie es auch dem Schiedsgericht vorgeschwebt hatte. Küster aber hatte das formale Recht, nämlich den Beschluß des Reichsausschusses, der den Ausschluß bestätigte, auf seiner Seite – und hatte sich, nach den Erfahrungen des Vorjahres, sogar die satzungsmäßige Möglichkeit des Gruppenausschlusses umgehend geschaffen⁶³. Zwar vermochten die Berliner auf dieser letzteren Ebene noch zu parieren, indem sie im September 1930 mit anderen Gruppen endgültig einen Landesverband Berlin-Brandenburg gründeten und Freymuth zu dessen Vorsitzendem wählten⁶⁴; damit war ein unmittelbares Vorgehen des Präsidiums der Friedensgesellschaft gegen die Ortsgruppe Berlin abgeblockt und gleichzeitig der alte Landesfürst Küster mit den eigenen Waffen geschlagen. Aber all dies ersparte den Berlinern nicht auf dem kommenden Bundestag eine verheerende Niederlage.

Daß Freymuth sich in diesem Falle erneut in der Auseinandersetzung zwischen Ortsgruppe und Zentraleitung engagierte, war nicht ohne Pointe. Freymuth bekämpfte nämlich Hillers Methoden und hatte bereits beim ersten „Fall Hiller“ 1925 die Maxime aufgestellt: „Wer in einer solchen Art Gesinnungsfreunde öffentlich angreift, kann in einer auf Organisation beruhenden Gesellschaft nicht mitarbeiten“⁶⁵. Wenn er nun auch für Hiller „die Wahrung der Satzungsvorschriften“⁶⁶ und der Ge-

⁵⁹ WB 26 (1930) 2, S. 4–9 (Nr. 27 v. 1.7. 30); nachgedruckt in: CdM 5/17 (1930), S. 328–334 (Nr. 15 v. 12.7. 30).

⁶⁰ Carl v. Ossietzky, Marginale, WB 26 (1930) 2, S. 9 (Nr. 27 v. 1.7. 30).

⁶¹ Vgl. Freymuth, Die Führerfrage in der Deutschen Friedensgesellschaft, Generalanzeiger, Dortmund, 269, 30.9. 30.

⁶² Vgl. Generalanzeiger, Dortmund, 255, 16.9. 30.

⁶³ Beschluß der Generalversammlung v. 29.9. 29, Annahme der Satzung provisorisch auf ein Jahr, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 123.

⁶⁴ Ein neuer Landesverband der Friedensgesellschaft, Generalanzeiger, Dortmund, 255, 16.9. 30.

⁶⁵ Vgl. Sitzung der Geschäftsleitung der DFG v. 13. 10. 25, in: Protokoll der Sitzung der Geschäftsleitung der DFG v. 22. 10. 25, BA Koblenz, NL Wehberg/18, Bl. 184f.

⁶⁶ Es scheint zwei Einwände gegeben zu haben. Hiller (An den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, WB 26, 1930, 2, S. 4–9) rügte, der Landesverband Berlin-Brandenburg, als dessen Beauftragter Küster ihn ausschloß, existiere erst provisorisch. Eugen Brehm, Ulm, begründete den Satzungsverstoß in einem Rundschreiben damit, daß man bei dem Ausschluß über die Berliner Ortsgruppe hinweggegangen sei; Die Menschheit 17 (1930), S. 36 (Nr. 6 v. 9.2. 30).

rechtigkeit“ verlangte⁶⁷, zeugt das gewiß von seiner Fairneß; doch sollte man ihn auch nicht zum Parsifal des Satzungsrechts stilisieren, wie es Hellmut v. Gerlach später tat⁶⁸. Freymuth verließ die DFG nicht um Hillers willen. Der Fall Hiller gab Freymuth aber den letzten Anstoß, den Konflikt mit der Küsterschen Führung bis zum Ende und zum Bruch durchzukämpfen – gegen deren Kurs er aber mehrere Gravamina vorzubringen hatte, die er kurz vor dem Bundestag in Frankfurt noch einmal in einem Artikel „Die Führerfrage in der Deutschen Friedensgesellschaft“ zusammenfaßte⁶⁹.

Am zweiten Tag des ordentlichen Bundestages in Frankfurt am Main ergriff bei der Aussprache über den von Küster erstatteten Geschäftsbericht als erster Diskussionsredner Freymuth das Wort und wandte sich „mit einer stark persönlichen Note scharf gegen die Geschäftsführung Küsters“⁷⁰. Er verwarf grundsätzlich das Bestreben, die Friedensgesellschaft „auf die enge Basis der Küsterschen Anschauung“ zu beschränken, etwa sie auf die Taktik der unbedingten Kriegsdienstverweigerung festzulegen, und forderte „eine weitere Grundlage, damit in der Friedensgesellschaft alle Kräfte des Pazifismus wirksam werden könnten“. Ferner lehnte er entschieden die unter Küster üblich gewordene Art und Weise des Kampfes gegen Reichsbanner und SPD ab, „die es unmöglich mache, neue Freunde für den Gedanken des Pazifismus aus diesen Reihen zu gewinnen“, vielmehr die Kräfte abstoße, „die in der Lage wären, praktisch den Kampf für den Frieden zu führen“. Die persönlichen Querelen mit Küster griff Freymuth zweifach auf: Einmal verwahrte er sich dagegen, daß Küster jedem, der seinen Daten über die organisatorische Entwicklung der DFG widersprechen würde, „bewußt unwahre Angaben“ vorwerfen und so praktisch den Friedensnobelpreisträger Quidde, der dergleichen schon gewagt hatte, der Lüge bezichtigen wollte. Zum anderen kritisierte er abschließend den Ausschluß Hillers aus der DFG, den er für „unmöglich“ hielt.

Freymuths Ausführungen riefen „starke Erregung hervor“⁷¹. Er war indes keineswegs allein⁷². Nach ihm erklärte Dr. Fabian (Mecklenburg), er lehne den Radikalis-

⁶⁷ Vgl. Freymuth, Die Führerfrage in der Deutschen Friedensgesellschaft, Generalanzeiger, Dortmund, 269, 30.9.30.

⁶⁸ A la mémoire d'Arnold Freymuth, Les cahiers des droits de l'homme 33 (1933), p. 558 (Nr. 24 v. 30.9.33).

⁶⁹ Generalanzeiger, Dortmund, 269, 30.9.30; auszugsweise nachgedruckt in CdM 5/17 (1930), S. 680 f. (Nr. 30 v. 25.10.30).

Schon die Struktur dieses Artikels erweist v. Gerlachs Version als freundliche Übertreibung. Der Satzungsverstoß rangiert auf Platz 7 von 8 Punkten. Vorher werden erörtert die Verdrängung Quiddes, die negativen Wirkungen des Zwangsabonnements, die Verquickung von Amt und Geschäft in der Person Küsters, die schonungslosen Angriffe auf SPD und Reichsbanner sowie die psychologisch törichte Behandlung des Falles Hiller.

⁷⁰ Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 138; Berichte in FZ 742, 5.10.30 1. M.; Generalanzeiger, Dortmund, 274, 5.10.30; Volksstimme, Frankfurt a. M., 233, 6.10.30. R. Schumanns (S. 405–408) Quellenbasis ist zu schmal.

⁷¹ Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 138.

⁷² Unrichtig Lütgemeier-Davin, S. 313.

mus in der Taktik Küsters ab und bedauere, „daß seine Taktik immer innere Feindseligkeiten statt Einigung im Pazifismus herbeigeführt“ habe⁷³. Dr. Harald Feddersen schließlich, der kurz vor dem Bundestag im Dortmunder „Generalanzeiger“ „Die dreifache Krise der Friedensbewegung“ analysiert hatte, die das „System Küster“ heraufbeschworen habe⁷⁴, unterstrich wie Freymuth, daß „der kleinliche und gehässige Kampf gegen die republikanischen Parteien und Organisationen gerade die Kreise ab(stoße), die für eine aktive pazifistische Arbeit gewonnen werden (können)“⁷⁵.

Schien es mithin anfangs so, daß hier „schwere politische Differenzen ausgetragen werden sollten“, so überwog bald der Eindruck einer „sehr eingehenden, vollkommen kameradschaftlich geführten Debatte“⁷⁶, die mit der einstimmigen Annahme einer Entschliebung endete. Darin bezeichneten die Delegierten als Hauptaufgabe aller Pazifisten den schärfsten Kampf gegen Faschismus und Militarismus und forderten für diesen Kampf „das einmütige Zusammenstehen aller Pazifisten in einer geschlossenen Einheitsfront, in der jeder willkommen ist“⁷⁷. Anderntags wurden denn doch noch die Machtverhältnisse ausgezählt und der Schoenaich-Küstersche Vorstand in einem gemeinsamen Wahlgang wiedergewählt mit 147 gegen 1 Stimme, nämlich jene Freymuths⁷⁸.

Dieses stupende Ergebnis des Frankfurter Bundestags – Küster triumphierte schon vorweg, „eine eigentliche Opposition wäre überhaupt nicht vorhanden“⁷⁹ – verführte Beobachter zu falschen Schlüssen: „Positive aufbauende Kritik“ sah der Dortmunder „Generalanzeiger“ im Vordergrund und betonte, „daß es weiter allen Seiten einzig und allein darauf ankomm(e), die gemeinsame pazifistische Sache zu stärken“⁸⁰. Nur „eine gelinde Opposition“ habe sich in der Frage der Taktik gezeigt, dünkte der „Deutschen Zukunft“⁸¹. „Seine Wähler sind unter die ‚Despotie der Mittel‘ geraten“, versuchte – schon kritischer – die „Chronik der Menschheit“ den Erfolg des Siegers von Frankfurt zu erklären. „Sie sehen in Küster den Meister in der Handhabung des Mittels und darum folgen sie ihm und überliefern sich seiner Verantwortung.“ Allen Einwänden und Angriffen habe man „völlig blind und taub“ gegenübergestanden⁸². Offenbar war nicht klar geworden, daß in Frankfurt noch etwas geschehen war: Freymuth hatte sich zum Bruch entschlossen.

⁷³ Generalanzeiger, Dortmund, 274, 5. 10. 30.

⁷⁴ Generalanzeiger, Dortmund, 270, 1. 10. 30.

⁷⁵ FZ 742, 5. 10. 30 i. M.

⁷⁶ Generalanzeiger, Dortmund, 275, 6. 10. 30.

⁷⁷ Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 139; ferner in: FW 30 (1930), S. 346 (Nov.); Deutsche Zukunft 7 (1930), Nr. 21 v. 1. 11. 30. Mit Recht sieht R. Schumann (S. 408) in dieser Resolution sowohl eine Bestätigung des Kurses der Mehrheit als auch eine Entlastung gegenüber der opponierenden Minderheit, was die einstimmige Annahme erklärt.

⁷⁸ Protokoll, AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 140.

⁷⁹ FZ 742, 5. 10. 30 i. M.

⁸⁰ Generalanzeiger, Dortmund, 275, 6. 10. 30.

⁸¹ Deutsche Zukunft 7 (1930), Nr. 21 v. 1. 11. 30.

⁸² W. Thomas, Die Kämpfe in der deutschen Friedensgesellschaft, CdM 5/17 (1930), S. 677–682 (681) (Nr. 30 v. 25. 10. 30).

Einen Monat nach dem Frankfurter Bundestag, am 5. November 1930, hielt die Ortsgruppe Berlin eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab und bot Freymuth den Rahmen für seine Aktion. Die Anwesenheit von Küster und Quidde, v. Gerlach und Hiller, ließ die Versammlung gewissermaßen als zweiten Durchgang des Frankfurter Turniers erscheinen. Nun war es Freymuth, der, anstatt auf die Macht der Argumente zu vertrauen, zum Handeln drängte. Kurz erstattete er seinen Bericht über den Bundestag, und „ebenfalls ganz kurz“ begründete er den Antrag auf Austritt der Ortsgruppe Berlin aus der Deutschen Friedensgesellschaft: Das Zwangsabonnement und die Methoden der Zentrale unter Küsters Führung machten eine Zusammenarbeit unmöglich⁸³; im Rahmen der Friedensgesellschaft sehe er, „solange Küster an ihrer Spitze stehe, keine Möglichkeit für praktische Arbeit“⁸⁴.

Küster als nächster Redner sorgte alsbald für einen „Entrüstungssturm“, weil er zur Frage früherer Mitgliederzahlen – wie in Frankfurt angekündigt – Freymuths Gewährsmann Quidde beschuldigte, bewußt die Unwahrheit gesagt zu haben⁸⁵. Es entspann sich noch eine stundenlang währende und sehr stürmische Auseinandersetzung, die wohl der Dortmunder „Generalanzeiger“ am treffendsten charakterisierte mit der Bemerkung, in der Deutschen Friedensgesellschaft würden „in der Tat zwei Sprachen gesprochen“⁸⁶.

Freymuth wollte nun brechen. Die Art und Weise des Bruchs freilich bedeutete keinen guten Start. Der Antrag Freymuths und seiner Anhänger auf Austritt erhielt nicht nur die satzungsmäßig erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht⁸⁷, er verfehlte sogar klar die optisch unerläßliche einfache Mehrheit, wurde vielmehr mit 44 gegen 39 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt⁸⁸. Küster hatte abermals und sogar in Berlin, auf Freymuths heimischem Terrain, gesiegt. Die Unterlegenen erklärten individuell ihren Austritt, verließen den Saal und wechselten in ein anderes Lokal, wo sie eine neue Gruppe zu bilden beschlossen.

Nimmt man die Vorgänge des Jahres 1929 als Generalprobe, dann war die Aufführung 1930 eindeutig schiefgegangen. Gleichgeblieben war zwar die personelle Konstellation: Auf Freymuths Seite standen wieder alle bisher maßgebenden Mitglieder der Berliner Gruppe, während Küster abermals an die Basis appellieren und auf den Polizeioberst a. D. Lange als Führungsfigur zurückgreifen konnte. Aber die taktische Lösung dieser Konstellation war nun verschieden: Der Konflikt des Vorjahres hatte im repräsentativen Modell gespielt, die ganze Ortsgruppe war ausgeschieden und

⁸³ Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30.

⁸⁴ VossZ 266, 7. 11. 30; FZ 833, 7. 11. 30 A.

⁸⁵ Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30; Quidde an Wehberg v. 24. 11. 30, BA Koblenz, NL Wehberg/69. Von R. Schumann (S. 407) irrig auf die Zeit vor dem Frankfurter Bundestag angesetzt.

⁸⁶ Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30.

⁸⁷ Die Änderung des § 1 der Satzung vom Dezember 1919 (BA Koblenz, NL Wehberg/19), nach dem die Ortsgruppe Berlin „Programm und Satzungen der Deutschen Friedensgesellschaft als maßgebend für ihre eigenen Satzungen und Vereinshandlungen (anerkannte)“, bedurfte nach § 20 der Zustimmung einer $\frac{2}{3}$ Mehrheit der Anwesenden.

⁸⁸ VossZ 266, 7. 11. 30; FZ 833, 7. 11. 30 A; Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30.

hatte ihre internen Strukturen (Name, Recht, Tradition, Ämter etc.) gewissermaßen mitgenommen⁸⁹; Küster hatte die Last des Aufbaus einer Konkurrenz getragen⁹⁰. Dagegen wurde jetzt plebiszitär entschieden, die Ortsgruppe als solche blieb unberührt und samt ihren Strukturen bei der DFG; draußen stand eine Reihe Ausgetretener und mochte nun sehen, was sich neu bauen ließe.

Der Unterschied wog bei der Legitimität. 1929 hatte Küster den Konflikt institutionell angelegt und sich selbst unter Begründungszwang gesetzt. Nun hatte es Freymuth nicht vermocht, den Konflikt auf der überindividuellen Ebene durchzustehen; wenn er nun weiter agierte, traf ihn der Rechtfertigungsdruck. Indes, Freymuth hatte sich für diese neue Aufgabe entschieden. Er wollte eine Neugründung wagen und hatte sich schon vor dem 5. November festgelegt. Bereits am Abend der Sezession konnte er seinen Anhängern mitteilen, die Anfang des Jahres aus der DFG ausgeschiedenen Magdeburger Unabhängigen Kriegsgegner würden mit seiner neuen Gruppe zusammenarbeiten⁹¹. Dagegen war die publizistische Vorbereitung des Unternehmens in der „Friedenswarte“, die Freymuth geplant hatte, an der Ablehnung des Herausgebers Wehberg gescheitert⁹².

Daß der knapp 58jährige – hier spielen auch Lebensalter und Gesundheit eine Rolle – diese Bürde übernahm, verstand sich keineswegs von selbst. v. Gerlach etwa, 64 Jahre alt und ebenso wie Freymuth entschieden gegen den kaum 41jährigen Heißsporn Küster eingestellt, hatte während der Sezessionsdebatte seine individuelle Resignation erklärt: Zum Austritt könne er sich nicht entschließen; er bleibe einfaches Mitglied, lehne aber jede Funktion in der Friedensgesellschaft ab⁹³. Quidde, 72, endlich, der sich seit seinem Rücktritt gegenüber allen Neugründungs-Versuchen „strengste Zurückhaltung auferlegt“ hatte⁹⁴, mochte seinen Parteigänger Freymuth nicht im Stich lassen und erklärte alsbald seinen Austritt aus der Ortsgruppe Berlin und seine Bereitschaft, sich der von Freymuth neuzubildenden Gruppe anzuschließen. Aber das war halbherzig im wörtlichen Sinne: Quidde behielt nämlich seine – satzungsmäßig unzulässige – weitere Mitgliedschaft in der Ortsgruppe München der DFG, gar als deren Vorsitzender, bei⁹⁵, bis er nach einem Jahr auch dort austrat⁹⁶.

⁸⁹ Auf der Vorstandsebene dachten damals nur zwei von neun Mitgliedern daran, sich (von der Sezession) zu „separieren“, d. h. zu Küster zu halten, vgl. Franckes Zuschrift FW 29 (1929), S. 213 f. (214).

⁹⁰ Die Abstimmung der Basis mit den Füßen ist für 1929 nicht bekannt.

⁹¹ Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30.

⁹² Freymuth hatte Wehberg eine Erwiderung auf den Aufsatz Heinrich Vierbüchers „Der neue Kurs der Deutschen Friedensgesellschaft“ im Oktober-Heft der „Friedens-Warte“ (1930, S. 300–304) geschickt, in dem er eine „Verherrlichung“ Küsters erblickte (vgl. Quidde an Wehberg v. 11. 11. 30, BA Koblenz, NL Wehberg/69). Wehberg soll die Veröffentlichung abgelehnt haben, weil dies „eine Verletzung der Neutralität“ darstelle (ebenda). Gegenüber Falkenberg hielt Wehberg die Publikation „nicht für richtig“, da Freymuths scharfe Angriffe gegen Küster „nicht ganz glücklich“ seien (Wehberg an Falkenberg v. 27. 10. 30, BA Koblenz, NL Wehberg/59).

⁹³ Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30.

⁹⁴ Quidde, Korruption in der Deutschen Friedensgesellschaft? in: Acht-Uhr-Abendblatt 229, 1. 10. 31.

⁹⁵ Generalanzeiger, Dortmund, 308, 8. 11. 30; Quidde geht zur Freymuth-Gruppe, VossZ 268, 9. 11. 30; vgl. Quiddes Zuschrift in: WaM 45, 10. 11. 30.

III. Neugründungen

1. Der Deutsche Friedensbund

Am 9. November 1930, vier Tage nach dem Abend der Sezession, erließen Freymuth und seine Freunde einen Aufruf zur Gründung eines neuen Friedensbundes, zunächst für Berlin, aber mit der Perspektive der Arbeit in ganz Deutschland, ja sogar einer späteren internationalen Ausdehnung. Frisch sahen noch die Wunden Küsterscher Formierungspolitik aus: Bei aller Entschiedenheit des gegen den Kriegsgedanken gerichteten Kampfes erachtete man folgendes doch „für allein möglich“: „Eine wahre Friedensgesinnung gegen die eigenen Mitglieder, gegen die verschiedenen Richtungen innerhalb der Friedensbewegung, gegenüber Andersdenkenden, ferner die Ablehnung jeglicher Bindungen durch Abonnements“⁹⁷; „jede weitere programmatische Bindung“ – sollte die Satzung demnächst präzisieren –, „jede Bindung an eine bestimmte ‚Richtung‘, jede Bindung an bestimmte Blätter“ lehne der Bund „absichtlich und bewußt“ ab⁹⁸. Unterzeichnet hatten den Aufruf u. a. Oberstudiendirektor Schönebeck und Pastor Francke, langjährige Vorstandsmitglieder der alten Ortsgruppe Berlin der DFG, sowie der Arzt Dr. Levy.

Zweieinhalb Wochen später war es dann soweit. Am 26. November wurde in einer stark besuchten Versammlung der Deutsche Friedensbund gegründet⁹⁹. Freymuth hatte als Motor gewirkt: die organisatorische Vorarbeit geleistet, eine Satzung entworfen, zur Versammlung geladen, die Verhandlungen geleitet. Selbstverständlich wurde er zum Vorsitzenden des Vorstands gewählt, dem ferner Schönebeck und Francke sowie Paul Elsner¹⁰⁰, Paul Löwenstein¹⁰¹, Erwin Köhler¹⁰² und fünf Beisitzer angehörten.

Das war bei aller Berliner Prägung sicher nicht die erste pazifistische Garnitur, die das neue Unternehmen zu leiten bereit war. Eher im Hintergrund hielten sich neben Quidde Küsters Verlegerkonkurrent Röttcher und der Publizist und Mitgründer der

⁹⁶ Vgl. Quidde in: FW 31 (1931), S. 376 f. (Dezember). In der Zwischenzeit gehörte Quidde also, nun ganz und gar unstäthhaft, beiden konkurrierenden Pazifisten-Organisationen an (zu einfach Scheer, S. 522; zutreffend Lütgemeier-Davin, S. 313).

⁹⁷ Text des Aufrufs in: Generalanzeiger, Dortmund, 310, 10. 11. 30; CdM 5/17 (1930), S. 786 ff. (Nr. 34 v. 22. 11. 30); fast vollständig auch in: RB 7 (1930), S. 376 (Nr. 47 v. 22. 11. 30).

⁹⁸ § 2 II der Satzung, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 5.

⁹⁹ Berichte über die Gründungsversammlung in: Generalanzeiger, Dortmund, 327, 27. 11. 30; CdM 5/17 (1930), S. 831 (Nr. 36 v. 6. 12. 30); RB 8 (1931), S. 108 (Nr. 14 v. 4. 4. 31); vgl. LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 4 f.

¹⁰⁰ Paul Elsner war als Gründer der Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner bekannt, vgl. Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin Abt. IA an PrMdI v. 12. 6. 26, BA Koblenz, R 58/323, Bl. 67 uRS.

¹⁰¹ Paul Löwenstein arbeitete seit 1929 als Sekretär der Republikanischen Beschwerdestelle laut deren Tätigkeitsbericht für 1929, FW 30 (1930), S. 184 ff. (186).

¹⁰² Erwin Köhler hatte bis zur außerordentlichen Generalversammlung v. 10. 2. 29 dem Präsidium der DFG angehört; vgl. Scheer, S. 517.

Gruppe Revolutionärer Pazifisten Franz Leschnitzer¹⁰³, und obendrein hatte sich bis dahin hinter den Kulissen ein intensives Werben um prominente Persönlichkeiten abgespielt: Freymuth hatte etwa den Völkerrechtler Wehberg in Genf und den Gewerkschaftsführer Falkenberg zu gewinnen versucht¹⁰⁴, auch Francke hatte Wehberg geschrieben, der freilich seinerseits Falkenberg mit Blick auf Leschnitzer und Röttcher vom Beitritt abriet¹⁰⁵. An prominenten Mitgliedern schlossen sich dem Bund an, ohne daß sich das freilich in aktiver Mitarbeit niedergeschlagen hätte, der Reichspräsident Paul Löbe¹⁰⁶ und der Reichstagsabgeordnete und langjährige Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft Gerhart Seger¹⁰⁷, ferner der Breslauer Rechtsanwalt und Politiker Adolf Heilberg¹⁰⁸.

Untersucht man schließlich die publizistische Resonanz des neuen Deutschen Friedensbundes, so fällt eine eigenartige Struktur ins Auge: Ausführlich berichteten und unverhohlen warben die „Chronik der Menschheit“ – dank Röttcher –, der Dortmunder „Generalanzeiger“ – dank Feddersen – und, wohl mehr durch die Gegnerschaft zu Küster motiviert, das „Reichsbanner“. Die deutschdemokratischen Tageszeitungen „Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“, die linksliberalen Zeitschriften „Weltbühne“ und „Tagebuch“ und nicht zuletzt der „Vorwärts“ dagegen versagten der Neugründung jede publizistische Unterstützung¹⁰⁹. v. Gerlachs „Welt am Montag“ und die „Deutsche Zukunft“ veröffentlichten wenigstens die Termine der Veranstaltungen des Friedensbundes.

Am 16. Dezember 1930 nahm der Deutsche Friedensbund seine reguläre Tätigkeit mit einem gutbesuchten Vortragsabend auf: Pastor Francke sprach über das Thema: „Friedlose Weihnachten – wem verdanken wir sie?“¹¹⁰ Anschließend nahmen die Versammelten noch eine Entschließung gegen das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ nach dem Roman von Erich Maria Remarque an¹¹¹.

Auf diese Vorträge, die in der Regel wöchentlich stattfanden, konzentrierte sich nun die Arbeit des Bundes. Überblickt man die Liste der Referenten¹¹², so zeigen sich

¹⁰³ Vgl. Wehberg an Falkenberg v. 11. 1. 31, BA Koblenz, NL Wehberg/59; zur Person vgl. Scheer, S. 411, 442 f.; Lütgemeier-Davin, S. 339 f.; Ursula Madrasch-Groschopp, Die Weltbühne. Porträt einer Zeitschrift, Königstein/Ts. 1983, S. 138, 197 f.

¹⁰⁴ Vgl. Falkenberg an Wehberg v. 24. 11. 30, BA Koblenz, NL Wehberg/59.

¹⁰⁵ Wehberg an Falkenberg v. 11. 1. 31, BA Koblenz, NL Wehberg/59. Falkenberg hielt sich in der Tat zurück: Er habe „keine Zeit, mich mit Dingen zu befassen, die nach meiner Auffassung gerade in dieser politisch und wirtschaftlich schweren Zeit am besten unterbleiben würden“; Falkenberg an Wehberg v. 24. 11. 30, BA Koblenz, NL Wehberg/59.

¹⁰⁶ Vgl. L. Wieland in: Die Friedensbewegung, S. 261.

¹⁰⁷ Vgl. L. Wieland in: Die Friedensbewegung, S. 351.

¹⁰⁸ Vgl. Lütgemeier-Davin, S. 313.

¹⁰⁹ Untersucht wurde die Medienresonanz auf den Gründungsaufruf v. 9. 11. 30, auf die Gründungsversammlung v. 26. 11. 30 und auf die erste Mitgliederversammlung v. 16. 12. 30.

¹¹⁰ WaM 50, 15. 12. 30.

¹¹¹ Vgl. CdM 6/17 (1931), S. 915 f. (Nr. 40 v. 3. 1. 31); FW 31 (1931), S. 55 (Febr.).

¹¹² Vgl. die geplanten Vortragsfolgen in: CdM 6/17 (1931), S. 964 (Nr. 42 v. 17. 1. 31) und 1080 (Nr. 49 v. 7. 3. 31).

neben vielen Unbekannten auch etliche Profile: Erich W. Abraham, der Chefredakteur der „Berliner Börsenberichte“, behandelte die Frage: „Gibt es einen Weg aus der Krise?“¹¹³ Alfred Falk, unter Freymuth Geschäftsführer der Republikanischen Beschwerdestelle, referierte über „Den Kampf um die deutsche Republik“ und „Frankreichs Sicherheitsbedürfnis“¹¹⁴. Landgerichtsdirektor Arthur Sello, ein bekanntes Mitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, sprach über „Den Machtgedanken im Arbeitsrecht“¹¹⁵. Es referierten die Pädagogin Minna Specht¹¹⁶ und die schon genannten Aktiven: Pastor Francke, Leschnitzer sowie das Verleger-Ehepaar Röttcher. Manchen Vortrag hielt natürlich Freymuth selbst, so über „Nationalsozialismus und Pazifismus“¹¹⁷ und über „Die Abrüstungsfrage“¹¹⁸.

Im März 1931 warb der Bund noch einmal mit einem Aufruf, der auch stilistisch den Gegensatz zur Küsterschen Kampforganisation ausdrückte: „Der Deutsche Friedensbund will keine bestimmte Richtung des Pazifismus pflegen, sondern möchte alle Richtungen zusammenfassen zu gemeinsamer Stoßkraft gegen den Götzendienst der verbündeten Mächte Nationalismus, Militarismus, Machtrausch. Schließe Dich an, Staatsbürger und Staatsbürgerin, ans teure Vaterland! Doch vergiß nicht, o Mensch, den hohen Gedanken des allgemeinen Menschentums!“¹¹⁹

An besonderen Unternehmungen des Friedensbundes ist zu verzeichnen eine öffentliche Versammlung und Kundgebung für deutsch-französische Verständigung, die am 3. September 1931 in Berlin durchgeführt wurde und bei der u. a. Prof. Demombynes, Paris, sprach¹²⁰.

Der Erfolg all dieser Arbeit ist schwierig einzuschätzen. Die kontinuierliche Vortragstätigkeit jedenfalls löste bei Zeitungen und Zeitschriften wenig Resonanz aus. Widerhall fanden schon eher publicity-verdächtige Aktionen: Wenn aus Anlaß der Tagung der Abrüstungskonferenz in Genf der Münchener Kardinal Michael v. Faulhaber am 7. Februar 1932 eine dem Friedensgedanken gegenüber aufgeschlossene Predigt hielt¹²¹ und der Deutsche Friedensbund ihm daraufhin durch Quidde ein Schreiben voll Dankbarkeit und Verehrung überreichen ließ¹²². Sicher fehlt auch die Behauptung, die SPD-Leitung habe, zumindest nach ihrem Unvereinbarkeitsbeschuß vom 22. September 1931 wider Küsters Deutsche Friedensgesellschaft, den Deutschen Friedensbund „mit allen Kräften“ unterstützt¹²³. So – mit allen Kräften –

¹¹³ 26. 3. 31, vgl. CdM 6/17 (1931), S. 1080.

¹¹⁴ 29. 1. 31, CdM 6/17 (1931), S. 964, bzw. 5. 3. 31 (CdM, S. 1080); zur Person vgl. H. Donat in: Die Friedensbewegung, S. 106 ff.

¹¹⁵ 3. 12. 31, WaM 48, 30. 11. 31.

¹¹⁶ 22. 5. 32, WaM 19, 9. 5. 32; zur Person vgl. J. Ziechmann in: Die Friedensbewegung, S. 372.

¹¹⁷ 5. 2. 31 (WaM 5, 2. 2. 31) und 26. 2. 31 (WaM 8, 23. 2. 31).

¹¹⁸ 5. 11. 31, WaM 44, 2. 11. 31.

¹¹⁹ CdM 6/17 (1931), vor S. 1057 (Nr. 49 v. 7. 3. 31) und vor S. 1105 (Nr. 51 v. 21. 3. 31).

¹²⁰ Einladungszettel in Stadtbibl. München, Handschriften-Abteilung, NL Quidde.

¹²¹ Auszug in: MNN 37, 8. 2. 32.

¹²² Pazifistischer Dank an Kardinal Faulhaber, Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 8 v. 15. 4. 32.

¹²³ R. Schumann, S. 451 (mit teils obskuren Belegen); entsprechend behauptet Lügemeier-Davin (S. 313), der DFB habe „sich von Anfang an der Unterstützung der SPD sicher sein“ können.

wurde wider die alte Organisation gestritten, für die neue fiel eine milde Förderung ab; wäre dem anders gewesen, bestünden jene Probleme der Erfolgsbestimmung nicht. Als Gesamteinschätzung hieß es in der – freilich entschieden Freymuth zuneigenden – Zeitschrift „Reichsbanner“ im Oktober 1931, daß der Deutsche Friedensbund „in Berlin immerhin der Friedensgesellschaft inzwischen den Rang abgelaufen“ habe¹²⁴.

Erfolge, aber auch Schwierigkeiten hatte der Deutsche Friedensbund mit der Überwindung seiner regionalen Beschränktheit und mit der intendierten allmählichen Ausdehnung über ganz Deutschland¹²⁵. Zwar ließ sich das alsbald mit den Magdeburgern begründete Kartellverhältnis¹²⁶, nicht zuletzt dank der Bemühungen Freymuths an Ort und Stelle¹²⁷, demnächst zu einem Zusammenschluß festigen¹²⁸; der Unabhängige Kriegsgegnerbund Magdeburg gehörte nun als Ortsgruppe dem Deutschen Friedensbund an¹²⁹. Ähnlich führte Quidde nach seiner vollständigen Trennung von der DFG im Herbst 1931 seine ihm ergebenen Anhänger als Ortsgruppe München dem Deutschen Friedensbund zu¹³⁰. Aber dann kam der Prozeß der schlichten Agglutination zum Halten. Die Ortsgruppen Schwerin und Rostock, die nach dem von Küster provozierten Bannstrahl des SPD-Parteiausschusses im September 1931 umgehend die DFG verlassen sollten¹³¹, widerstanden Freymuths Werben¹³² und arbeiteten als unabhängige Vereinigungen von Friedensfreunden weiter¹³³.

Auf der Ebene pazifistischer Zusammenarbeit schloß sich der Deutsche Friedensbund dem Deutschen Ausschuß für Abrüstungspropaganda, der unter dem Vorsitz Quiddes als Nachfolger des Deutschen Friedenskartells agierte¹³⁴, und dem Internationalen Friedensbureau an¹³⁵.

Nackenschläge mußte der Deutsche Friedensbund just von seinem prominentesten Mitglied Quidde einstecken. Noch Ende September 1931 schrieb der hochangesehe-

¹²⁴ RB 8 (1931), S. 322 (Nr. 41 v. 10. 10. 31).

¹²⁵ Vgl. § 2 III der Satzung (LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 5): „Der Verein will sich allmählich über ganz Deutschland ausdehnen.“

¹²⁶ Vgl. den Bericht über die Gründungsversammlung v. 26. 11. 30, RB 8 (1931), S. 108 (Nr. 14 v. 4. 4. 31).

¹²⁷ So sprach Freymuth am 2. 12. 30 in einer Versammlung des Magdeburger Friedenskartells über das Thema: „Das dritte Reich ist der Krieg“. Bericht in: Deutsche Zukunft 8 (1931), Nr. 1 v. 1. 1. 31.

¹²⁸ Angekündigt in: Deutsche Zukunft 8 (1931), Nr. 1 v. 1. 1. 31.

¹²⁹ Vgl. die Zuschrift Freymuths an den „Vorwärts“ (457, 30. 9. 31 M).

¹³⁰ Vgl. Quidde an Wehberg v. 17. 1. 32, BA Koblenz, NL Wehberg/69.

¹³¹ Vgl. Vw 455, 29. 9. 31 M; Deutsche Zukunft 8 (1931), Nr. 23 v. 1. 12. 31.

¹³² Vgl. Freymuths Zuschrift in: Vw 457, 30. 9. 31 M; auch in: Volksfreund, Braunschweig, 224, 1. 10. 31; auch Quidde hatte angenommen, die Mecklenburger würden das Bedürfnis haben, sich mit den anderen aus der DFG ausgetretenen Gruppen in Berlin, Magdeburg und München zusammenzuschließen; Quidde an Wehberg v. 20. 12. 31, BA Koblenz, NL Wehberg/69.

¹³³ Vgl. Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 11 v. 1. 6. 32; 10 (1933), Nr. 3 v. 1. 2. 33.

¹³⁴ Vgl. Friedensfront 4 (1932), Nr. 4 v. 15. 2. 32; vgl. Lütgemeier-Davin, S. 314 ff.

¹³⁵ Vgl. Scheer, S. 522. Auf dem 29. Weltfriedenskongreß in Wien 1932 vertrat Quidde die „Ortsgruppe Berlin des deutschen Friedensbundes“, vgl. XXIX^e Congrès universel de la Paix tenu à Vienne du 4 au 9 Septembre 1932. Documents officiels, Genf o. J., p. 169, 172.

ne Nestor der Friedensbewegung öffentlich, er würde gerne zur Gründung einer neuen Friedensgesellschaft schreiten, sehe aber „die Kräfte nicht . . ., die im Stande wären, eine starke, der Friedenssache nützliche Organisation aufzubauen“, und „bloße Abspaltung (sei) eher schädlich als nützlich“¹³⁶; auf den Deutschen Friedensbund, der nun seit über neun Monaten arbeitete und dem Quidde ja spontan beigetreten war, mußte diese Bemerkung disqualifizierend wirken.

Wenig später hielt Quidde es nicht für nötig, Freymuth seine endgültige Lösung von der alten Friedensgesellschaft vorab mitzuteilen. Der Vorsitzende des rivalisierenden Friedensbundes erhielt von Quiddes Austrittserklärung, wie dieser wiederum öffentlich kundtat, „erst durch die Zeitung Kenntnis“¹³⁷.

Schließlich lag zur gleichen Zeit – wie Quidde natürlich wußte, ja wofür nicht zuletzt er selbst gesorgt hatte¹³⁸ – der Gedanke geradezu „in der Luft“, daß der Friedensnobelpreisträger „an die Spitze einer neuen Organisation treten“ würde¹³⁹. So klang es durchaus entmutigend, wenn Quidde die Kombinationen des „Anderen Deutschland“, er wolle „eine neue pazifistische Organisation gründen oder den Freymuthschen ‚Friedensbund‘ unter seine Führung bringen“¹⁴⁰, abermals öffentlich dementierte: Er denke „gar nicht daran, irgend eine derartige Führerrolle zu übernehmen“¹⁴¹.

Quidde machte es in dieser Zeit auch seinen Freunden schwer. Um so grotesker wirkt es, wenn R. Schumann aufgrund der ideologischen Übereinstimmung zwischen dem Nestor der Friedensbewegung und dem Berliner Führer des Deutschen Friedensbundes „Quidde und Freymuth“ bzw. die „Kreise“ oder „Kräfte“ um sie agieren läßt, als hätten diese real zusammengearbeitet¹⁴². Tatsächlich findet sich in den Quellen, abgesehen von der Tatsache der Mitgliedschaft Quiddes in Berlin und später in München, kein Fall von Förderung oder Engagement; weder nahm Quidde an einer Veranstaltung des Deutschen Friedensbundes teil, noch stellte er sonst sein pazifistisches Prestige irgendwie in den Dienst des Freymuthschen Unternehmens, vielmehr zeigt sich umgekehrt die beschriebene Kontrapolitik. Dies sollte sich erst ändern, als die Neuorganisation des deutschen Pazifismus über die Dimension des Deutschen Friedensbundes hinausgriff.

¹³⁶ Quidde, Korruption in der Deutschen Friedensgesellschaft? in: Acht-Uhr-Abendblatt 229, 1. 10. 31.

¹³⁷ FW 31 (1931), S. 377 (Dezember).

¹³⁸ „Gelegentlich habe ich Herrn Küster nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ich, wenn ich nur die Zeit und die Mittel zur Verfügung hätte, zur Gründung einer neuen Gesellschaft schreiten würde.“ Quidde, Korruption in der Deutschen Friedensgesellschaft? in: Acht-Uhr-Abendblatt 229, 1. 10. 31.

¹³⁹ Quidde an Wehberg v. 20. 12. 31, BA Koblenz, NL Wehberg/69.

¹⁴⁰ AD 11 (1931), Nr. 43 v. 24. 10. 31.

¹⁴¹ FW 31 (1931), S. 377 (Dezember). In einem Brief an Wehberg erregte sich Quidde über die DFG: „Sie kann doch nicht behaupten wollen, ich hätte *doch* (unterstrichen i. O.) die Absicht, die sie mir zugeschrieben hat, obschon ich erkläre, daran nicht zu denken“ (Quidde an Wehberg v. 20. 12. 31, BA Koblenz, NL Wehberg/69). Desungeachtet nimmt R. Schumann (S. 450) an, das „Andere Deutschland“ habe „im Prinzip recht“ gehabt.

¹⁴² Vgl. R. Schumann, S. 451 ff.; Schumann übernimmt hierbei unkritisch die Perspektive des „Anderen Deutschland“.

Von der Jahresmitte 1932 an scheint der Deutsche Friedensbund zusammengebrochen zu sein. Indizien dafür und Ursachen davon sind mehrere auszumachen: Erstens gingen die Führer ab. Freymuth, die „Seele“ der neuen Gruppierung, war seit Anfang April 1932 krankheitshalber von Berlin abwesend und fiel damit für die Arbeit aus. Schönebeck, der 2. Vorsitzende, übernahm seine Vertretung nicht¹⁴³. Zweitens kam die Vereinstätigkeit zum Erliegen. Seit Ende Juni 1932 fanden insbesondere die regelmäßigen Vorträge nicht mehr statt¹⁴⁴, die bisher das Kernstück der Aktivität des Friedensbundes gebildet hatten. Schließlich scheint auch die Basis sich aufgelöst zu haben.

So konnte Wehberg es Freymuth, den er hochschätzte, nicht ersparen, in der Würdigung zu dessen 60. Geburtstag im November 1932 festzuhalten, daß Freymuths Deutscher Friedensbund eben „größere Bedeutung nicht zu erlangen vermocht“ hatte¹⁴⁵.

2. Der Allgemeine Deutsche Friedensbund

Die Rekonstruktion eines neuen Verbandes war Freymuth nicht gelungen. Nicht Freymuth sollte Küster besiegen, dieser mußte an sich selbst scheitern – und bemühte sich darum nach Kräften. Hatte er die Abspaltungen in Magdeburg und Berlin nur als Gewinn an Geschlossenheit wahrzunehmen vermocht, so legte er sich demnächst mit einem größeren Gegner an: der Sozialdemokratie. Gewiß war die Wehrpolitik der SPD – man erinnere sich an das Trauerspiel 1928 um den Panzerkreuzer A – für einen Pazifisten nicht akzeptabel, sicher bot ihre Tolerierungspolitik gegenüber Brüning offene Flanken noch und noch, aber es war doch ein gewaltiger Unterschied, ob die DFG als „außerparlamentarisches Auffangbecken für frustrierte Sozialdemokraten“¹⁴⁶ fungierte oder ob sie eine parteipolitische Neugruppierung zustandezubringen suchte. Während ihr jene Rolle mehr oder minder zufiel, mußte sie an dieser Aufgabe sich mit einiger Sicherheit verheben. Die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, die ihr geschäftsführender Vorsitzender Küster – bis vor kurzem ja selbst SPD-Mitglied – Mitte 1931 aus der Taufe hob, provozierte denn auch alsbald einen Unvereinbarkeitsbeschluß des SPD-Parteivorstandes, der am 22. September 1931 auf die DFG ausgedehnt wurde¹⁴⁷. Die zur Deutschen Staatspartei umfirmierte DDP faßte einen ähnlichen Beschluß. Die Parteizugehörigkeit der Mitgliedschaft von 1926 zugrundegelegt, hatte die Führung der DFG

¹⁴³ Schönebeck an AG Charlottenburg v. 28. 8. 33, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 28. Auch wenn das Datum dieser Äußerung Vorsicht gebietet wegen des naheliegenden Verdachts, daß Schönebeck seine pazifistischen Aktivitäten nun herunterspielen wollte, fügt sich seine Aussage doch ins Bild der anderen Indizien.

¹⁴⁴ Diese Aussage stützt sich auf die Durchsicht der Veranstaltungsanzeigen in der „Welt am Montag“ von 1932.

¹⁴⁵ Wehberg, Arnold Freymuth 60 Jahre alt, FW 32 (1932), S. 341 f. (342) (November). Diese Einschätzung wird unzulässig verabsolutiert bei Rolf R. Schlüter (Probleme der deutschen Friedensbewegung in der Weimarer Republik, phil. Diss. Bonn 1974, S. 277 Anm. 9) und bei R. Schumann (S. 444).

¹⁴⁶ Scheer, S. 549.

¹⁴⁷ Vgl. Scheer, S. 553 ff.

damit $\frac{1}{4}$ ihrer Mitglieder in die Zerreißprobe gebracht. Die sozialdemokratische Presse insbesondere und in ihrem Gefolge die Reichsbanner-Zeitschriften bestrichen jetzt die Friedensgesellschaft mit schwerem Feuer.

Die nun doch geschockte DFG zog zwar die Notbremse: Küster, dessen Bann gewichen war, trat nach dem nächsten ordentlichen Bundestag, der Anfang Oktober 1931 auf Schloß Trenthorst stattfand, als geschäftsführender Vorsitzender zurück; demnächst annullierte eine Reichskonferenz die Erfurter Beschlüsse für die Mitglieder außerhalb des Westdeutschen Landesverbandes; die Deutsche Friedensgesellschaft, die nur noch eine „Filiale der Firma ‚Das Andere Deutschland‘“ gewesen war, gewann ihre organisatorische und finanzielle Selbständigkeit wieder¹⁴⁸. Doch es half nichts mehr. Weder hob, wider manche Erwartungen, die SPD ihr Interdikt auf¹⁴⁹, noch ließen sich die hinausgedrängten und verbitterten pazifistischen Mitstreiter zurückgewinnen, und als Küster jenen Annullierungsbeschuß gar wieder zu hintertreiben suchte, kam es im Herbst 1932 dann nachgerade zu einer „Auflösungsbewegung“ („Deutsche Zukunft“): Im Oktober schied die Ortsgruppe Freiburg nach dem Austritt ihres Führers, des Moraltheologen Franz Keller, aus der DFG aus¹⁵⁰, desgleichen die Ortsgruppe Hamburg-Altona, und dies gleich im Einvernehmen mit den anderen Ortsgruppen der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der DFG¹⁵¹, ebenso die Ortsgruppe Harburg-Wilhelmsburg¹⁵².

Von Hamburg ging auch der neue Anstoß aus, die freischwebenden örtlichen Vereinigungen von Friedensfreunden, wie sie sich gerne nannten, in einem Verband zusammenzufassen¹⁵³. Nach einem entsprechenden Beschluß ihres Vertretertages erklärte die Norddeutsche Arbeitsgemeinschaft den Austritt aus der „Küsterschen Friedensgesellschaft“, und ihr Vorstand nahm die organisatorischen Vorbereitungen für die Neugründung eines Reichsverbandes in die Hand: Ein vorbereitender Ausschuß wurde eingesetzt, ein Sekretariat geschaffen, eine Reichskonferenz einberu-

¹⁴⁸ Vgl. Scheer, S. 523.

¹⁴⁹ Vgl. Scheer, S. 555. Dazu die hoffnungsvolle Resolution der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft (vom 7. 2. 32), daß nun „die früher entstandenen Konflikte zwischen der Deutschen Friedensgesellschaft und den republikanischen Parteien als endgültig erledigt anzusehen“ seien; Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 5 v. 1. 3. 32.

¹⁵⁰ Beschluß vom Oktober 1932, vgl. Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 21 v. 1. 11. 32; ungenau Scheer, S. 523 f. Aus dem Austrittsschreiben Kellers vom August 1932 zitiert Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 18 v. 15. 9. 32. Zur Person vgl. D. Riesenberger in: Die Friedensbewegung, S. 227 f.

¹⁵¹ Beschluß der a. o. Mitgliederversammlung v. 18. 10. 32, Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 21 v. 1. 11. 32; ein genauer Bericht „Was ging in Hamburg vor?“ in: Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 1 v. 1. 1. 33, auch in: FW 33 (1933), S. 58 f. (Febr.).

¹⁵² Vgl. Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 23 v. 1. 12. 32.

¹⁵³ Freymuths relatives Scheitern und den neuen Anstoß aus dem Norden verdeckt die allzu sehr vereinfachte Darstellung Lütgemeier-Davins (Die Friedensbewegung, S. 345), wonach sich der Magdeburger Unabhängige Kriegsgegnerbund „im Dezember 1932 mit dem ‚Deutschen Friedensbund‘ zum ‚Allgemeinen Deutschen Friedensbund‘ zusammen(geschlossen)“ habe. Unrichtig auch R. Schumann (S. 465), die die Gründung des ADFB auf das Bemühen der „Initiatoren des Deutschen Friedensbundes“ um weiteren Ausbau zurückführt.

fen¹⁵⁴. Am 4. Dezember 1932 beschloß eine Konferenz in Hamburg¹⁵⁵ die Gründung einer neuen umfassenden Pazifistenorganisation, des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes. Die Magdeburger Unabhängigen Kriegsgegner übernahmen die Führung, ihr Vorkämpfer Georg Schümer wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt, auch Sitz und Geschäftsstelle waren in Magdeburg¹⁵⁶. Quidde, Freymuth – jetzt erstmals wieder in Realkooperation –, Franz Keller, Louis Satow¹⁵⁷, Johann Ohrtmann¹⁵⁸ und andere örtliche Führer gingen in den Bundesbeirat¹⁵⁹.

Das Unternehmen ließ sich gut an. Zum Jahresende gab es schon zwölf größere Ortsgruppen, die der neue Bund zusammenfassen sollte¹⁶⁰, nämlich in Berlin, Magdeburg, München, Nürnberg, Lübeck, Hamburg-Altona, Harburg-Wilhelmsburg, Husum, Heide, Kiel¹⁶¹, Rostock und Schwerin; demnächst folgten Freiburg¹⁶² und Villingen¹⁶³. Der Bund fand verständnisvolle, ja freundliche Aufnahme in der pazifistischen Presse: Die „Deutsche Zukunft“, die „Chronik der Menschheit“, auch Hans Wehberg in der „Friedenswarte“¹⁶⁴ zeigten Resonanz und bekundeten Sympathie. Einen Aufruf, mit dem die Führung im Januar 1933 an die Öffentlichkeit trat, für ihre Ideen des Friedens warb und, wie sie wohl selbst spürte („In dieser Stunde . . .“), gleichzeitig Zeugnis ablegte¹⁶⁵, unterstützten angesehene Persönlichkeiten durch ihre Unterschrift: die Theologen Martin Buber und Martin Rade, die Politiker Anton Erkelenz, Adolf Grimme, Paul Löbe, Toni Pfülf und Karl Severing, die Schriftsteller Thomas Mann, Ina Seidel und Franz Werfel, die Juristen Gustav Radbruch, Hermann Kantorowicz und Hans Wehberg¹⁶⁶.

¹⁵⁴ Vgl. Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 22 v. 15. 11. 32. Dem Ausschuß gehörte u. a. Artur Dänhardt, Hamburg, an, bisher zuständig für die Jungpazifistenarbeit; das Sekretariat lag in den Händen von Georg Repp, Dortmund, der bis dahin als Sekretär der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft gewirkt hatte.

¹⁵⁵ Ursprünglich war Magdeburg als Tagungsort vorgesehen, vgl. Deutsche Zukunft 9 (1932), Nr. 22 v. 15. 11. 32. Derlei ist bemerkenswert, weil Hamburg bis dahin mitnichten der Schwerpunkt des organisierten Pazifismus war – und es auch nicht lange bleiben sollte.

¹⁵⁶ Bericht über die Konferenz in: Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 1 v. 1. 1. 33, ebenso in: FW 33 (1933), S. 59 (Febr.); Ansprache Schümers auf der Gründungsversammlung in: Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 2 v. 15. 1. 33; CdM 8/19 (1933), S. 1033 f. (Nr. 127, v. 9. 1. 33); FW 33 (1933), S. 59 f. (Febr.). Zur Person Schümers vgl. Lütgemeier-Davin in: Die Friedensbewegung, S. 345. Vier der fünf Vorstandsmitglieder wohnten in Magdeburg, eines in Berlin.

¹⁵⁷ Zur Person vgl. H. Donat in: Die Friedensbewegung, S. 331 f.

¹⁵⁸ Zur Person vgl. H. Donat in: Die Friedensbewegung, S. 293 f.

¹⁵⁹ Vgl. Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 2 v. 15. 1. 33.

¹⁶⁰ Vgl. Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 1 v. 1. 1. 33.

¹⁶¹ Die Hauptversammlung der Ortsgruppe Kiel v. 20. 1. 33 beschloß freilich, in der DFG zu bleiben; vgl. Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 3 v. 1. 2. 33 – soweit ersichtlich die einzige Gegenbewegung in jenen Wochen.

¹⁶² Gründungsversammlung v. 12. 1. 33, vgl. Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 3 v. 1. 2. 33.

¹⁶³ Hauptversammlung v. 23. 1. 33, vgl. Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 5 v. 1. 3. 33.

¹⁶⁴ Vgl. Hans Wehberg, Die Kämpfe in der Deutschen Friedensgesellschaft, FW 33 (1933), S. 58–61 (Febr.).

¹⁶⁵ Abgedruckt in: Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 2 v. 15. 1. 33.

¹⁶⁶ Vgl. die Unterschriftenlisten in: Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 3 v. 1. 2. 33, Nr. 5 v. 1. 3. 33.

Freytmuth spielte im Allgemeinen Deutschen Friedensbund trotz seiner Wahl in den Bundesbeirat, soweit ersichtlich, keine Rolle¹⁶⁷.

1933 war das Schicksal der pazifistischen Organisationen gleich. Am 2. Februar 1933 hielt der Deutsche Friedensbund seine dritte ordentliche Hauptversammlung¹⁶⁸, drei Tage nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Man bat deshalb Georg Schümer aus Magdeburg, der über die „Gründung des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes“ sprechen sollte¹⁶⁹, um ein weiteres Referat über „Die nationalistische Welle in Deutschland und ihre Bekämpfung durch obigen Bund“¹⁷⁰. Die Vorstandswahlen brachten im Prinzip keine Veränderung: Freymuth blieb erster Vorsitzender, sein Vertreter Schönebeck, Schriftführer Elsner, Kassenwart Löwenstein¹⁷¹. Freymuth wurde vermutlich in absentia gewählt. Mitte Februar 1933 stellte der Deutsche Friedensbund dann seine Tätigkeit ein¹⁷². Francke, Schönebeck, Löwenstein und die anderen Vorstandsmitglieder traten aus¹⁷³. Am 2. Oktober 1933 entzog das Amtsgericht Charlottenburg dem Verein die Rechtsfähigkeit¹⁷⁴.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hatte der Polizeipräsident in Berlin schon am 4. März 1933 auf Grund des § 1 der Reichstagsbrand-Verordnung aufgelöst¹⁷⁵.

Der Allgemeine Deutsche Friedensbund verschwand.

IV. Gründe für die Spaltung

Schon 1924 hatte Quidde dem erst am Anfang seines Aufstiegs stehenden Küster nach der Berliner Hauptversammlung geschrieben, er finde es „empörend und unpazifistisch“, wie dieser „Splitterrichterei“ getrieben und Fehler eines Mitkämpfers anderer Richtung rücksichtslos, ja gehässig unterstrichen habe, und hatte als generelles Bekenntnis formuliert: „Ein Pazifismus, der nicht, bei aller Kampf- und Opferbereitschaft, auf der Grundlage einer Gesinnung der Friedfertigkeit, des Wohlwollens auch für anders Gesinnte, der Gerechtigkeit auch gegenüber tadelnswerten Fehlgriffen, der Kameradschaft unter Kampfgenossen beruht, ist für mich kein echter Pazifismus;

¹⁶⁷ So dürfte sich auch das Detail erklären, daß der erste Bericht Schümers über die Gründungsversammlung Anfang Dezember 1932 (Deutsche Zukunft 10, 1933, Nr. 1 v. 1. 1. 33; FW 33, 1933, S. 59, Febr.) Freymuth noch nicht als Mitglied des Bundesbeirats nennt. Er wird erst in der kompletten Liste des Bundesbeirats von Januar 1933 aufgeführt – als Nr. 2 nach Quidde (Deutsche Zukunft 10, 1933, Nr. 2 v. 15. 1. 33).

¹⁶⁸ Die zweite ordentliche Hauptversammlung hatte am 25. 2. 32 stattgefunden, vgl. WaM 8, 22. 2. 32.

¹⁶⁹ WaM 5, 30. 1. 33.

¹⁷⁰ Vw 55, 2. 2. 33 M.

¹⁷¹ Vgl. Paul Elsner an AG Berlin-Mitte v. 30. 4. 33, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 25.

¹⁷² Vgl. Paul Elsner an AG Berlin-Mitte v. 14. 8. 33, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 26.

¹⁷³ Vgl. Paul Elsner an AG Berlin-Mitte v. 30. 4. 33, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 25; dass. v. 14. 8. 33, ebenda, Bl. 26; Hans Francke an AG Charlottenburg v. 26. 8. 33, ebenda, Bl. 29.

¹⁷⁴ LA Berlin, Rep. 42 Acc. 1743 Nr. 9070, Bl. 30.

¹⁷⁵ AG Charlottenburg, 95 VR 3507 Nz, Bl. 217, vgl. Bl. 214.

er ist, um ein militärisches Bild zu gebrauchen, keinen Schuß Pulver wert.“¹⁷⁶ Ob Quidde hellseherisch war oder Küster im Zwang stand, diese düstere Voraussage einzulösen – tatsächlich ist mit diesem Brief die Problematik des treibenden Mannes der DFG von den mittzwanziger Jahren bis zu ihrem Ende skizziert¹⁷⁷. Dennoch ist hier eine grundsätzliche methodische Bemerkung unerlässlich. So eindeutig alle Befunde immer wieder auf diesen Fritz Küster zeigen, so sehr ist Sorgfalt bei der Bewertung zu verlangen. Gerade weil naheliegt, nun den Schuldigen, den „Bösewicht“, festhalten zu wollen, bedarf es selbstkritischer Vergewisserung, wo Küster Ursache, wo nur Auslöser, Symptom oder ähnliches gewesen ist. Denn offenbar griff es zu kurz, das Elend des organisierten Pazifismus in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik allein auf die Pathologie eines individuellen Charakters zu gründen. Diese Verwahrung gilt auch für Küsters Gegenspieler. Die Spaltung der DFG in der Spätzeit der Weimarer Republik läßt sich nicht nur als eine Auseinandersetzung einiger starker Persönlichkeiten – Küster, Quidde, Freymuth – begreifen¹⁷⁸.

Nicht weiter führt auch der Ansatz bei inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten. In der deutschen Friedensbewegung bestanden geradezu traditionell Differenzen zwischen unterschiedlichen ideologischen Richtungen. Über die Stellung zum Verteidigungskrieg, zur Kriegsdienstverweigerung, später zur Kriegsschuldfrage und zu ähnlichen grundsätzlichen Problemen hatten die Richtungskämpfe nie aufgehört¹⁷⁹. Aber die Fronten der Spaltung, die hier untersucht wird, liefen nicht entlang diesen ideologischen Linien: Die Ortsgruppe Berlin hob nach Küsters Auflösungscoup 1929 noch ausdrücklich hervor, daß bei ihren Differenzen mit dem Präsidium der Friedensgesellschaft „prinzipielle Unterschiede der Auffassung vom Pazifismus – sogenannte Richtungsunterschiede – gar keine Rolle spielen. Der Streit dreht sich lediglich um Organisationsfragen.“¹⁸⁰ Die Ortsgruppe Magdeburg, die Anfang des nächsten Jahres als erste aus der DFG ausschied, hatte seit Jahren in einem scharfen Gegensatz zu Küster und seinen Leuten gestanden, aber „die Gründe lagen nicht in der verschiedenen Richtung; auch die Magdeburger sind“ – unterstrichen sie nach der Trennung – „in ihrer Mehrheit radikal“. Vielmehr nahmen sie Anstoß an den Zwangsmechanismen, die nun fortlaufend angewendet wurden¹⁸¹. Und als die Ortsgruppe Berlin wie-

¹⁷⁶ Quidde an Küster v. 11. 10. 24, BA Koblenz, NL Quidde/9. Öffentlich wurde die Kontroverse dann nach der Dortmunder Generalversammlung des nächsten Jahres ausgetragen: Quidde, Vergleichende Kongreßindrücke, Generalanzeiger, Dortmund, 267, 28. 9. 25; Küster, Nochmals: Vergleichende Kongreßindrücke, Generalanzeiger, Dortmund, 271, 2. 10. 25.

¹⁷⁷ Wenig ergiebig zur Persönlichkeit H. Donat in: Die Friedensbewegung, S. 241 ff.; aufschlußreich dagegen die sichtlich um Gerechtigkeit bemühte Charakter-Skizze Küsters von Harald Feddersen, Die dreifache Krise der Friedensbewegung, Generalanzeiger, Dortmund, 270, 1. 10. 30.

¹⁷⁸ Eben darauf kommt R. Schumanns Darstellung (S. 405 ff., 443–453) hinaus, trotz der salvatorischen Floskeln der nicht weiter spezifizierten „Kräfte“ bzw. „Kreise“ um Quidde und Freymuth.

¹⁷⁹ Vgl. v. Gerlach, Die Krisis im deutschen Pazifismus, VossZ 13, 15. 1. 30.

¹⁸⁰ Vgl. Franckes Zuschrift FW 29 (1929), S. 213 f. (214).

¹⁸¹ Vgl. Schümers Zuschrift FW 30 (1930), S. 152 ff. (152); vgl. Schümer am 26. 1. 30 auf der Delegiertenkonferenz des Mitteldeutschen Landesverbandes der DFG in Erfurt, Bericht S. 9, BA Koblenz, NL Quidde/101.

derum ein Jahr später sich für Hiller einsetzte, war sie mit ihm „sachlich und in seinem Vorgehen keineswegs einverstanden“¹⁸²; sie wehrte sich aber gegen die Art und Weise, wie Küster mit diesem ihrem aktiven Mitglied umsprang¹⁸³.

Als taktisch haben Beobachter wie v. Gerlach die Unterschiede zwischen – personalisiert – der Richtung Quidde und der Richtung Küster qualifiziert¹⁸⁴. Jene hing einem grundsätzlich elitären Konzept an: Um an die Massen heranzukommen, bedürfe es des Zusammenwirkens mit den großen republikanischen Verbänden, vor allem den Parteien und Gewerkschaften; deren Führer gelte es daher zu gewinnen, ein Ziel, das selbstverständlich jede Kritik zu gewissen Rücksichten verpflichtete. Die sogenannte westdeutsche Richtung Küsters dagegen unternahm gerade das, was Quidde und seine Freunde für unmöglich hielten: die DFG selbst zu einer Massenorganisation auszubauen. Direkte Aktion hieß die Parole anstelle des indirekten Weges, den die Friedensgesellschaft bislang verfolgt hatte. Rücksichten entfielen jetzt, die DFG konnte und wollte nun „radikal“ sein. Hatte die DFG bisher auf Parteien Einfluß auszuüben versucht, so verwandelte sie sich unversehens zur Konkurrenzpartei bzw. wurde jedenfalls so wahrgenommen – und abgelehnt. Aus der alten Friedensgesellschaft, die sich immer als Mittel zum Zweck verstanden hatte, war ein Selbstzweck geworden.

Fruchtbar zur Erklärung dieser unterschiedlichen Taktiken, ihres Ringens und ihres Unverständnisses füreinander erscheint ein Ansatz bei den jeweils repräsentierten Pazifistenschichten. Die bisherige Friedensbewegung war durch und durch bürgerlich gewesen. Proletarischen Kriegsgegnern hatten jedenfalls bis 1914 die Organisationen der Arbeiterbewegung genügend Heimat geboten. Nach dem Ersten Weltkrieg nahm die Friedensbewegung einen kräftigen Aufschwung, die DFG expandierte, und jene Begrenzungen galten weniger. Es war durchaus kein Zufall, daß Küster über den Westdeutschen Landesverband der DFG aufstieg; er rekrutierte seine Anhänger aus einer ganz anderen Schicht, Arbeiter und Kleinbürger strömten nun in eine Organisation, in der vorher der Honorarier gewirkt hatte. Damit trafen nun auch zwei politische Teilkulturen aufeinander.

Dies wird deutlich erstens im politisch-psychologischen Ansatz: In der bürgerlichen Friedensbewegung hatten sich Persönlichkeiten zusammengefunden, die zwar Austausch pflogen und auch gemeinsam zu handeln versuchten, die aber durch und durch geprägt waren von einem individualistischen Ansatz. Demgegenüber standen die neuen Pazifisten Küsters unter den Gesetzen, wenn nicht gar in der Erfahrung der Arbeiterbewegung; ihnen war deren kollektiver Ansatz von vornherein selbstverständlich.

¹⁸² Vgl. Freymuth, Die Führerfrage in der Deutschen Friedensgesellschaft, Generalanzeiger, Dortmund, 269, 30.9.30.

¹⁸³ Angesichts dieser bewußten Differenzierung in den Quellen zwischen Sachdifferenzen und Spaltungsursachen überzeugt es nicht, wenn Scheer (S.511) die Kämpfe in der Deutschen Friedensgesellschaft „letztlich“ doch aus den Sachgegensätzen ableiten will.

¹⁸⁴ Vgl. v. Gerlach, Krisis des Deutschen Pazifismus, Generalanzeiger, Dortmund, 172, 26.6.29; ders., Die Krisis im deutschen Pazifismus, VossZ 13, 15.1.30.

Dieser Unterschied findet sich wieder – zweitens – in den Arbeitsformen, und zwar nach innen wie nach außen: In der bürgerlichen Friedensbewegung hatte die pazifistische Arbeit weitgehend in der intellektuellen Kommunikation der Individuen bestanden, erbaulich und abgehoben. Seine unabhängige Magdeburger Kriegsgegnergruppe habe – berichtete etwa ihr Führer Schümer bei der Gründung des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes – zunächst „weiter nichts“ gewollt, „als ihre Mitglieder zusammenhalten, ihnen pazifistische Vorträge bieten und gelegentlich eine größere Versammlung abhalten“¹⁸⁵. Küster karikierte derlei schon 1925 in einem Schlagabtausch mit Quidde: Die DFG sei bislang „ein Häuflein Intellektueller (gewesen), das alljährlich mal irgendwo zusammenkam, dort sich an sentimentalen Ideen berauschte und dann das lange Jahr – da von Natur aus gute Menschen – niemandem etwas zuleide tut“¹⁸⁶. Auch Einfluß nach draußen nahm in diesem Konzept grundsätzlich die Persönlichkeit und ihr Argument. Demgegenüber wollten die neuen Pazifisten Küsters keine aufklärenden Vorträge hören, sie suchten und Küster bot ihnen die aktivistische, emotionale Erlebnisform – den Appell, die Feier, das Fest, den Aufmarsch¹⁸⁷, begeisternd nach innen und beeindruckend, „imponierend“ für die Außenstehenden¹⁸⁸.

Drittens: Aus den Arbeitsformen ergab sich die Stellung zum Linienproblem: Jener herkömmlichen individualistisch-intellektuellen Arbeitsform hatte inhaltliche Liberalität entsprochen. Man war pluralistisch, weitherzig, in gewissem Sinne auch immer etwas distanziert. Ob im nächsten Krieg alle den Kriegsdienst verweigern sollten – um ein praktisches Beispiel zu nennen –, ob unbedingt oder unter welchen Kautelen, darüber ließ sich zunächst einmal vorzüglich und immer wieder diskutieren. Dagegen engte sich für die neuen Pazifisten der Bereich des Zulässigen ein, ihre emotionale Erlebnisform verlangte nach Bekundung und Bekenntnis, hier galt es zu formieren, jetzt wurde eine „Linie“ überhaupt erst notwendig.

Schließlich folgte – viertens – aus alledem ein unterschiedliches Organisationsmodell: Dem Honoratioren Pazifismus gemäß waren die örtlichen Vereine gewesen,

¹⁸⁵ Georg Schümer, Was will der Allgemeine Deutsche Friedensbund? in: Deutsche Zukunft 10 (1933), Nr. 2 v. 15. 1. 33.

¹⁸⁶ Küster, Nochmals: Vergleichende Kongreßindrücke, Generalanzeiger, Dortmund, 271, 2. 10. 25.

¹⁸⁷ Im Gegenzug kam dann prompt die Kritik an den „doch versammlungstechnisch so prachtvoll aktiven westdeutschen Pazifisten“, die Friedensbewegung erschöpfe sich unter ihrem Einfluß in „Trommeltaktik“ und „Protestpolitik“ (so Harald Feddersen, Heran an neue Aufgaben! Was wir an der deutschen Friedensbewegung vermissen, Generalanzeiger, Dortmund, 192, 15. 7. 30), ja sie sei in eine „geistig-politische Krise“ geraten (so ders., Die dreifache Krise der Friedensbewegung, Generalanzeiger, Dortmund, 270, 1. 10. 30).

¹⁸⁸ Ein bemerkenswerter Parallelkonflikt entwickelte sich im sozialdemokratisch-republikanischen Bereich: Den traditionell-aufklärerischen Werbeformen der Sozialdemokratie setzten das Reichsbanner unter Höltermann und schließlich die Eiserne Front einen neuen, sinnfälligen Agitationsstil entgegen; vgl. Wolfram Wette, Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus. Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik, in: Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Wolfgang Huber/Johanna Schwerdtfeger, Stuttgart 1976, S. 358–403.

wohl auch deren Zusammenwirken als Verband. Aber ihr individualistischer Ansatz, ihre intellektuelle Arbeitsform und ihre inhaltliche Liberalität ließen sie zögern vor jedem Schritt in Richtung auf Überordnung und Zusammenfassung, sie behielten eine hohe Empfindlichkeit gegen Anforderungen von oben und zentralen Machtanspruch. Demgegenüber waren den neuen Pazifisten starke Führungen und immer umfassendere Zusammenschlüsse geläufig; Zentralismus und Initiative von oben nach unten verstanden sich für sie von selbst, politische Arbeit im System von Anweisen und Befolgen war ihnen vertraut¹⁸⁹.

Man kann den Unterschied am Beispiel der Verbandsdemokratie auf den Punkt bringen. Für die neuen Pazifisten waren Mehrheiten eine ausreichende Legitimation – und der „Diktator“ Küster handelte ja formaldemokratisch immer korrekt. Die bürgerlichen Pazifisten dagegen sahen Mehrheiten zwar als notwendige Bedingung an, aber sie verlangten mehr: einen Respekt vor der Einzelpersonlichkeit, auch wenn sie allein stand, für den Küster der Sinn fehlte. Im staatlichen Bereich nennt man das Grundrechte, die auch für Mehrheiten nicht verfügbare Bereiche abstecken.

In den Begriffen und Etiketten der Zeit vereinten sich die bürgerlichen Pazifisten in einer Friedens„gesellschaft“ oder einem Friedens„bund“. Küster dagegen plante die „entschlossene Kampforganisation“¹⁹⁰. Statt der „Gesinnungsgemeinschaft“ schwandronierte sein Mentor Frhr. v. Schoenaich von einem „Stoßtrupp entschlossener Männer“¹⁹¹. Lief die alte Friedensgesellschaft Gefahr, ein unverbindlicher Diskussionszirkel wie so viele zu werden, so war von Küsters Neuem Kurs zu befürchten, daß am Ende ein weiterer Kampfverband die Sonntage der Republik für seine Aufmärsche in Anspruch nehmen würde.

Es fällt auf, daß im Rahmen dieses Ansatzes beim Zusammentreffen zweier politischer Teilkulturen Küster selbst auf der „anderen Seite“ stand. Er verkörperte mitnichten die pazifistische Version des Funktionärs, des angestellten Zeitungsschreibers, den man aus der Arbeiterbewegung kennt. Hier wirtschaftete ein Unternehmer, der weder Anlaß sah, sich in eine Organisation zu integrieren, noch im Ernst daran dachte – wie man ihm ja vorschlug –, seine wirtschaftliche Basis einem Idealverein darzubringen, der vielmehr sich das – auch nach Unternehmermaßstab – Kabinettstückchen leistete, die ganze Friedensgesellschaft für die Absatzinteressen seines Zeitschriftenverlages einzuspannen.

Indes enthält der Befund zweier politischer Teilkulturen erst ein Moment der Erklärung, das für sich allein keineswegs ausreicht. Diese Situation bestand ja schon seit fast zehn Jahren und hatte bislang zwar für Friktionen gesorgt, aber nicht zum Bruch geführt. Daß nun die bisherigen Zusammenstöße eskalierten bis zur Spaltung, hatte zwei Ursachen. Ein besonderer pazifistischer Grund lag im Aufstieg Küsters an die

¹⁸⁹ Mit Recht stellte die „Menschheit“ (Nr. 40 v. 6. 10. 29, S. 240) zum Abschluß der 1925 begonnenen Umgestaltung fest, nun habe die Friedensgesellschaft „eine ähnliche Verfassung bekommen, wie sie die großen gewerkschaftlichen Zentralverbände haben“.

¹⁹⁰ F.-K. Scheer in: Die Friedensbewegung, S. 72–76 (75).

¹⁹¹ Vgl. Scheer, S. 520.

Spitze der DFG, der zwangsläufig den pragmatischen Kompromiß der mittzwanziger Jahre beendete: Wohl konnte eine liberale Verbandsspitze einen „Landesfürsten“ in seinem Bereich straff „regieren“ lassen, aber umgekehrt vermochte ein auf Kampf und Geschlossenheit fixierter Verbands-„Führer“ nicht, Gliederungen zu dulden, die weiterhin eher Diskussionszirkel bleiben wollten.

Hinzu kam als allgemeiner Grund, was man die „Militarisierung der innenpolitischen Konfliktlösungsmöglichkeiten“ am Ende der Weimarer Republik genannt hat: „Konflikt wurde begriffen als Kampf von Rassen und Klassen, nicht aber als Voraussetzung einer Konfliktlösung, die gemeinsame Wertvorstellungen, etwa Pluralismus von Interessen und Verbänden, Lebensrechte auch des politischen Gegners oder des kulturell ‚anders‘ eingeschätzten Mitbürgers, Vielfalt und Toleranz im Sinne der verfassungsmäßigen Grundrechte zu berücksichtigen hatte. Im Veränderungsprozeß des Staats- und Verfassungsverständnisses wird somit die Unfähigkeit zur Konfliktlösung schlechthin sichtbar.“¹⁹² In dieser Perspektive stellt jener „Pazifistenkrieg“ nur ein Einzelbeispiel einer generellen Strukturveränderung in der Spätzeit der Weimarer Republik dar.

V. Beurteilung

So kurz – relativ gesehen – die Gründungen von Deutschem Friedensbund und Allgemeinem Deutschem Friedensbund aufeinander folgten, so sehr sich beide gegen die Küstersche Führung der Deutschen Friedensgesellschaft richteten und so weitgehend die Kreise der beteiligten Aktivisten übereinstimmten, so deutlich unterschieden sich diese beiden pazifistischen Neugründungen doch andererseits in ihrer Typologie. Freymuth hat nach seiner innerverbandlichen Niederlage im Herbst 1930 die DFG vorsätzlich gespalten¹⁹³. Sein Deutscher Friedensbund war eine echte Gegenründung, gleichsam aus dem Fleisch der Altgesellschaft geschnitten, pointiert gegen die DFG gewandt und mit dieser unmittelbar konkurrierend. Für den Allgemeinen Deutschen Friedensbund war schon die Ausgangslage anders. Er brauchte der alten Friedensgesellschaft nichts abzurufen, sondern konnte mit der Sammlung der Trümmer des organisierten Pazifismus beginnen, bis ihm dann ganze Teile und Stücke des zerbröckelnden Verbandes entgegenfielen. Kontraposition und Konkurrenz zur DFG waren denn auch viel geringer als beim Deutschen Friedensbund, aber nicht, weil es der neuen Gruppierung an Kampfgeist gefehlt hätte, sondern vielmehr, weil angesichts eines hinsinkenden Gegners solcher Kampf kaum mehr erforderlich war.

Spaltung und Sammlung bringen zunächst nur soziale Vorgänge auf den Begriff.

¹⁹² Klaus Megerle/Peter Steinbach, Politische Kultur in der Krise. Neuere Beiträge zur Bestimmung der politischen Kultur in der Weimarer Republik, in: PVS-Literatur 22 (1981), S. 123–157; 23 (1982), S. 6–26 (11).

¹⁹³ Der Vorwurf der Spaltung ist nur Freymuth zu machen. Schümer vor ihm beschränkte sich auf seine Magdeburger Sezession (vgl. FW 30, 1930, S. 152 ff.; unrichtig Scheer, S. 522).

Werturteile schließen sie im Grundsatz nicht ein. Spaltung an sich zu verurteilen wäre historisch töricht. Sie ist die normale Geburtsweise von Verbänden – ein gesellschaftlicher Fortpflanzungsakt – wie Vereinigung ihr natürlicher Tod. Entstehung aus dem Nichts kommt ebenso wie Vergehen ohne Spuren eher als soziale Ausnahme vor. Entsprechend geht es nicht an, jede Sammlung unbesehen zu begrüßen. Bloße Aggregation allein besagt gar nichts; ihr Gehalt ist eben nicht zu bestimmen ohne Blick auf das, was denn da zusammengefügt wird. Um Trennung wie Verbindung einzuschätzen, bedarf es außerhalb ihrer selbst liegender Kriterien.

Geht man von der Diagnose aus, daß zwei Pazifistenschichten mit verschiedenen politischen Teilkulturen unterschiedliche Taktiken verfolgten – und dabei ihren Konflikt bis zur Zerstörung vorantrieben –, bietet sich deren inhaltliche „Richtigkeit“ als Kriterium an. Doch dazu läßt sich kaum verbindlich eine Aussage machen. Prinzipiell ist vom guten Recht beider Seiten auszugehen, auf ihre jeweilige Weise pazifistisch zu arbeiten. Spott etwa über die „Befriedigung“ des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes darüber, „die Antikriegsarbeit in alter verbaler intellektueller Manier wieder aufnehmen zu können“¹⁹⁴, erscheint unangebracht. Wem diese Art pazifistischer Arbeit lag, der mochte sie verrichten; ihn über Einheits- und Geschlossenheitspostulate wieder auf Arbeitsformen zu verpflichten, von deren Verkrampfungen er sich gerade freigemacht hatte, wäre müßig gewesen; es überzeugt auch nicht nachträglich als Grundlage eines historischen Urteils.

Zurückhaltung erscheint bei der Inhaltsfrage um so mehr geboten, als das klassische historische Richtigkeitskriterium versagt: der Erfolg. Mit beiden taktischen Linien sind Kontrahenten gescheitert. Küsters neu formierte DFG wurde ihrem eigenen Anspruch keineswegs gerecht. Der Neue Kurs, der die Friedensgesellschaft zur Massenorganisation machen sollte, ließ nach Küsters eigenen Zahlen die Mitgliedschaft erst einmal auf ein Drittel zusammenschrumpfen¹⁹⁵. Wunschdenken wäre zu glauben, daß durch eine dreifache Intensivierung der Arbeit die Wirkmacht des pazifistischen Gedankens in Deutschland auch nur konstant geblieben wäre. Auf der anderen Seite erbrachte aber auch der Deutsche Friedensbund, wenn nach zwei Jahren schon sein Niedergang einsetzte, keinen positiven Beweis, und dem Allgemeinen Deutschen Friedensbund blieb erst gar nicht mehr die Zeit, Beweise zu führen.

Entfällt der Erfolg als Kriterium, so spricht doch andererseits auch nicht das Scheitern *eo ipso* bereits das Urteil. Vielmehr ist zu unterscheiden zwischen einem endogenen und einem exogenen Scheitern. Dies ist vor allem wichtig bei dem Topos des Endes im Nationalsozialismus. Der Ausbruch der Gewaltherrschaft führte zu einem Einschnitt in jede Organisationsgeschichte. Die Tatsache, daß die pazifistischen Organisationen umgehend aufgelöst wurden, bleibt für das vorliegende Problem unerheblich, wenn dies alle hier zu vergleichenden Gruppierungen gleichermaßen traf und obendrein das Schicksal der großmächtigen Parteien und Gewerkschaften kein anderes war. Erfolg und Scheitern müssen also gewogen werden, wie sie sich aus sich selbst

¹⁹⁴ R. Schumann, S. 471.

¹⁹⁵ Von 14 000 per 1927 auf 5000 Ende 1932; vgl. Scheer, S. 522.

entwickelt haben bzw. hätten, ohne Ansehung der von außen kommenden gewalttätigen Verheerung.

Prüft man nach diesem Maßstab die drei pazifistischen Organisationen, so zeigt sich, daß die DFG endogen scheiterte. Von den ersten Abspaltungen 1929/30 bis zur letzten Phase, als der Verband zerfiel, ruinierte sich hier – ohne daß die widrigen Zeitläufte übersehen würden – eine Organisation selbst. Entsprechendes gilt für den Deutschen Friedensbund, der aus pazifistisch-internen Gründen – bei aller Ungunst der Zeit – seinen Konkurrenzanspruch nicht dauerhaft einzulösen vermochte. Hingegen liegt nach diesem Kriterium im Falle des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes ein exogenes Scheitern vor. Dieser war ein bis dahin wohlgelungenes, weiter Erfolg versprechendes Unternehmen, das einfach von außen abgewürgt wurde.

Beim endogenen Scheitern kann man weiter differenzieren zwischen einem abzu-sehenden Verlauf und unvorhersehbaren Entwicklungen. Freilich, kein Handelnder kann in die Zukunft sehen; der spätere Forscher kennt die Vergangenheit. Wenn irgendetwas aber real so geworden ist, wie es wurde, heißt das mitnichten, daß es so kommen, und noch weniger, daß der Handelnde dies wissen mußte. Es gilt hier zwei Extrempositionen zu vermeiden: Weder genügen einfach die guten Absichten, denn dann wäre – wer hätte diese nicht? – alles und jedes Unterfangen zu loben, noch kann man gleich Sicherheit verlangen, denn dann wäre Handeln unmöglich. Auszugehen ist vielmehr davon, daß sich, wer zur Tat schreitet, immer in einer prinzipiell offenen Situation befindet. Es gibt neben bekannten stets auch unbekannte Faktoren, neben Regelmäßigkeiten und Wahrscheinlichkeiten durchweg noch den Subjektiven Faktor: Mut, Schwung, Begeisterungsfähigkeit – imponderabel, aber nicht minder real. Sinnvoll fragen läßt sich also nur nach dem Handeln in dieser offenen Situation, nach dem vernünftigerweise gebotenen Kalkül, nach dem billigerweise zu erwartenden Erfolg. Weder das Risiko überhaupt noch dessen reale Verwirklichung reichen allein für ein negatives Urteil aus. Diese Überlegungen sollen freilich eines nicht: aus einer Niederlage einen Sieg zaubern. Man kann die Tatsache, daß ein Wagnis fehlgeschlagen ist, nicht eskamotieren; es gibt keine „eigentlichen“ Siege. Aber diese Überlegungen vermögen genauer zu bestimmen, ob und wo Schuld vorlag.

Prüft man nach diesem Kriterium die gescheiterte Deutsche Friedensgesellschaft, so ist von vornherein ein strenger Maßstab anzulegen. Hier handelte es sich ja um eine etablierte Organisation, der von der Mitgliederbewegung über das Rechnungswesen bis zu den Elementen innerverbandlicher Demokratie Indikatoren genug zur Verfügung standen, um den Kurs des pazifistischen Schiffes zu bestimmen. Wenn aber dieses Schiff über Jahre hinweg ungeachtet aller Warnungen auf die deutlich sichtbaren Klippen zuhielt, an denen es schließlich zerschellte, muß der Steuermann, der diesen Kurs durchhielt, schuldig gesprochen werden.

An eine Neugründung wie den Deutschen Friedensbund sind geringere Anforderungen zu stellen. Hier muß genügen, daß das Unternehmen vorbereitet war und sich auch ganz gut anließ. Freymuth durfte mit Grund auf Erfolg in Berlin setzen, Kooperation mit Magdeburg erwarten und die Ausdehnung des neuen Bundes über diese Städte und München hinaus erhoffen. Der spätere Niedergang des Deutschen Frie-

denzbundes war in der Entscheidungssituation des Herbstes 1930 keineswegs voraussehbar, so daß das ganze Unternehmen gar nicht hätte gewagt werden sollen.

Vorgänge wie die hier untersuchten in gesamtpolitische Zusammenhänge zu stellen und aus diesen heraus zu beurteilen ist besonders heikel; die Deutungslast wird allzu gern unterschätzt. Andererseits vollzogen sich Spaltung und Neuaufbau des organisierten Pazifismus vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund des heraufziehenden Nationalsozialismus, und diese historische Extremsituation hat literarische Urteile über jene Vorgänge provoziert.

Rosemarie Schumann stand in ihrer Dissertation von 1975 an der Humboldt-Universität zu Berlin nicht an, Freymuth vorzuwerfen, er hätte mit der Gründung des Deutschen Friedensbundes „die pazifistische Bewegung noch mehr (geschwächt)“ und „objektiv in die Hände der immer mehr an die Macht drängenden Kräfte der Reaktion (gearbeitet)“¹⁹⁶. Doch dieses scheinbar zwingende Argument täuscht.

Erstens nutzt es nachträglich die Magie der Situation aus. Dagegen ist festzuhalten, daß der Sieg der Nationalsozialisten ja keineswegs ausgemacht war; Freymuth mochte sie mit vielen für eine furchtbare Gefahr halten, die sich aber beherrschen lasse. In diesem Zusammenhang zeigt ein Blick über den pazifistischen Zaun, daß Freymuth mitnichten als einziger so handelte. Seit mit Heinrich Brüning ein Präsidialregime etabliert war und die Septemberwahlen 1930 der NSDAP erdrutschartig Wähler zugeschwemmt hatten, lag ja offen zutage, daß das bisherige Verbands- und insbesondere Parteiensystem ausgespielt hatte. Von der sich zur Deutschen Staatspartei mausernden DDP gingen die Unabhängigen Demokraten ab, die alsbald als Radikal-Demokratische Partei firmierten; Quidde übernahm übrigens dort den Vorsitz. Die SPD drängte jene entschiedene „Klassenkampf“-Gruppe um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz hinaus, die dann die Sozialistische Arbeiter-Partei bildete. Und beidesmal waren es, wenn man die Lebensläufe im nachhinein mustert, nicht die Schlechtesten, die gingen. So stellt sich die hier behandelte Spaltung des organisierten Pazifismus auch als Detail eines allgemeinen Aufbruchs zum Ende der demokratischen Phase der Weimarer Republik dar.

Zweitens ist der Ansatz jenes Arguments am „Organisationsfehler“ problematisch. Angesichts der mannigfachen realen Schubkräfte, die die Nationalsozialisten an die Macht brachten, ist höchste Skepsis gegenüber nachträglichen organisatorischen Arrangements geboten, die hypothetisch die Antifaschisten die Auseinandersetzung hätten gewinnen lassen. Die Frontstellung der Pazifisten in diesem Zusammenhang ist, wenn man das Strategiespielen schon ernsthaft betreiben will, vermutlich wenig über Null zu veranschlagen, unabhängig von der Gliederung dieser Front. Sowenig wie andere „Fronten“ und „Bollwerke“ taugt der organisierte Pazifismus dazu, daß man ihn hochstilisiert.

Ein eklatanter Widerspruch kommt – drittens – in die Argumentation, wenn R. Schumann den Kräften, die sich im Deutschen Friedensbund sammelten, vorwirft,

¹⁹⁶ R. Schumann, S. 453; noch mehr als gegen Freymuth wird dieser Vorwurf gegen Quidde erhoben; insofern geht er schlicht ins Leere. Die Gründung des DFB war Freymuths Tat.

von ihrer Arbeit sei nicht zu erwarten gewesen, daß sie der auf den Faschismus zutreibenden gefährlichen Entwicklung „gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften“ hätte Einhalt gebieten können¹⁹⁷. Damit steht das Kooperationsproblem kopf. Es war doch Küster gewesen, der die bisherige Kooperation mit den republikanischen Parteien zerstört und eine überflüssige, ja angesichts jener Gefahr törichte Front im Rücken von Sozialdemokratie und Reichsbanner eröffnet hatte¹⁹⁸. Gerade Freymuth hatte doch immer jene Kooperation zu retten versucht und z. B. fünf Wochen vor der endgültigen Trennung von der DFG in einem Artikel im Dortmunder „Generalanzeiger“ seinem Widersacher entgegengehalten: „Die Richtung, die Küster im A. D. verfolgt, muß der Ausbreitung des Friedensgedankens in Deutschland sehr schädlich sein. . . . Mag der pazifistisch Organisierte an der praktischen Friedensbetätigung der SPD und des Reichsbanners auch vieles zu kritisieren haben, so ist es doch ganz klar, daß es für den politisch denkenden Pazifisten gelten muß, die Friedensgedanken der SPD und im Reichsbanner immer zu stärken und zu versuchen, sie zu gewinnen, als mahnender, auch als kritisierender Freund, aber immer als Freund. Diese wichtige Führeraufgabe hat das A. D. in keiner Weise erfüllt, sondern im Gegenteil“¹⁹⁹.

Wenn von jemandem, dann war von Freymuth gemeinsamer Kampf zu erwarten. Gerade auch um dieses Zieles willen hatte er schließlich überhaupt die Spaltung unternommen. Wie man vom Standpunkt der Einheitsfrontpolitik aus für den Isolationisten Küster Partei ergreifen kann, ist unerfindlich. Eine Volte aber bedeutet es, wenn R. Schumann im weiteren Freymuths Bemühen um Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Reichsbanner als „Anbiederung“ an die SPD abqualifiziert²⁰⁰. Mit solcher Anleihe bei der Sozialfaschismustheorie läßt sich doch erst recht nicht im Rahmen der Einheitsfront stimmig argumentieren.

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes sieht R. Schumann nur in der Perspektive einer Wiederaufnahme der alten, bis 1929 gültigen pazifistischen Traditionen. Sie sei „weder ein Fortschritt noch eine Alternative und schon gleich gar nicht ein Ausweg (gewesen), mit dem sich die Ziele, die das Programm enthielt, (hätten) verwirklichen (lassen)“²⁰¹. Zudem sei in diesem Programm „mit keinem Wort mehr die Rede vom antifaschistischen Kampf“ gewesen²⁰².

Letzterer Vorwurf ist noch beckmesserischer als oben der Ansatz beim „Organisationsfehler“²⁰³; einen Schatten des Zweifels an der politischen Kampfstellung des

¹⁹⁷ R. Schumann, S. 453.

¹⁹⁸ Vgl. Scheer, S. 559.

¹⁹⁹ Freymuth, Die Führerfrage in der Deutschen Friedensgesellschaft, Generalanzeiger, Dortmund, 269, 30. 9. 30.

²⁰⁰ R. Schumann, S. 452; wiederum werden in erster Linie gegen Quidde Invektiven gerichtet.

²⁰¹ R. Schumann, S. 471.

²⁰² R. Schumann, S. 474; mit „Programm“ ist Schümers Rede auf der Gründungsversammlung v. 4. 12. 32 gemeint, s. oben S. 231 ff.

²⁰³ Wenn man sich überhaupt darauf einläßt, wäre auf den Aufruf des ADFB vom Januar 1933 (Deutsche Zukunft 10, 1933, Nr. 2 v. 15. 1. 33) zu verweisen, der bemerkenswert präzise die allmähliche Faschisierung Deutschlands beschreibt und Gegenpositionen bezieht.

neuen Bundes vermag er nicht zu werfen. Im übrigen war der Allgemeine Deutsche Friedensbund in erster Linie die Rekonstruktion eines pazifistischen Verbandes aus den Trümmern der zerbröckelnden alten Friedensgesellschaft und so wiederum unter dem Gesichtspunkt der Einheitsfront, die ja handlungsfähige Partner voraussetzte wichtig. Was aber die Leistungsfähigkeit der Neugründung in dieser politischen Situation anbelangt, so war jedenfalls am Stichtag der nationalsozialistischen Machtübernahme die Zerrüttung der alten Deutschen Friedensgesellschaft deutlicher als die Schwäche des jungen Allgemeinen Deutschen Friedensbundes.

VI. Schluß

Die deutsche Friedensbewegung hatte nach dem Ersten Weltkrieg einen bedeutenden Aufschwung genommen und Anhänger aus bisher nicht erfaßten Kreisen zu rekrutieren verstanden. Die damit verbundene objektive Schwierigkeit jedoch, mit zwei Pazifistenschichten verschiedener politischer Teilkultur zu arbeiten, blind-destruktiv angegangen von unzulänglichen Führungspersonen, hatte die DFG in der Spätzeit der Weimarer Republik in eine Krise gestürzt. Bei aller formaldemokratischen Struktur der Friedensgesellschaft erwiesen sich die Konfliktlösungsmechanismen dieses Modells als ungeeignet. Weder gelang es, den Vorstand mit seinem verhängnisvollen Kurs abzulösen, noch war es damit getan, an die Minderheit zu appellieren, daß sie sich füge. Gefordert war Integration, um die äußere Expansion der Friedensgesellschaft zu bewältigen, und eben solche leistete diese Führung mit ihrer Formierungspolitik nicht. Hinter einer Fassade falscher Geschlossenheit und demonstrativer Einigkeit²⁰⁴ entstand eine unhaltbare Situation. Völlig binnenfixiert, im Umgang hochverkrampft, in der Außenaktivität gelähmt, waren Teile der DFG in einem Zustand, der nachgerade demonstriert, daß organisatorische Einheit kein Selbstzweck ist. Damit läßt sich innerhalb der ersten eingangs gestellten Alternative entscheiden: Die Trennung 1930 wirkte beidseits reinigend, ja auf Seiten derjenigen, die zum Deutschen Friedensbund gingen, geradezu erlösend. Sie hat dort Kräfte – Menschen und Energien – freigesetzt, die andernfalls der Friedensbewegung auf dem Wege individueller Resignation verloren gegangen wären. Sie zeigten, daß aktives, solidarisches Handeln möglich war; sie gaben Mut, es noch einmal zu versuchen und besser zu machen.

Nun hatte die Spaltung der alten Friedensgesellschaft die Wurzeln der Probleme nicht erreicht. Es fand zwar kein weiterer Eklat wie mit Freymuth statt, aber in einem langsamen Prozeß bröckelten von dem Verbands Gruppen und Grüppchen ab, wenn die je individuelle Leistungsfähigkeit erschöpft war. Im Ergebnis segregierte sich eben doch schier der ganze bürgerliche Teil der DFG, aber auf die qualvollste politische Weise. Was die Statistik als Rückgang der Mitgliedschaft von 14 000 – nach Quiddes

²⁰⁴ So bestätigte die Bundestagung in Frankfurt a. M. 1930 einstimmig die Linie des Küsterschen Vorstands – nach der Magdeburger und kurz vor der Berliner Spaltung.

Rechnung gar 27 000 – auf schließlich knapp 5000 Personen ausweist, war ja mehr als eine Schrumpfung: Hinter diesen Zahlen stand Leid, sie enthielten die große Masse individueller Enttäuschung, vereinsamer Resignation, des Verschleißes in der deutschen Friedensbewegung. Real ging es Ende 1932 nun darum, ob diese Kräfte in der Vereinzelung oder doch örtlichen Isolierung belassen würden oder ob man sich um den Neuaufbau eines Verbandes von unten – des Allgemeinen Deutschen Friedensbundes – mühen sollte. Gerade wer für die DFG eintritt und damit das Prinzip der reichsweit übergreifenden Koordination und Kooperation der einzelnen Friedensgruppen vertritt, muß diesen Versuch der Rekonstruktion des organisierten deutschen Pazifismus begrüßen. Aus dem Blickwinkel der alten Friedensgesellschaft von Kräftezersplitterung zu sprechen wäre in diesem Zusammenhang hohl. Es übersähe, was die Verantwortlichen dieser Gesellschaft ihren Mitstreitern zugemutet hatten und daß wohl keiner jener Pazifisten von ihr schied, wenn ihm nicht Trennung, Isolierung und Last des Neuaufbaus eher erträglich erschienen wären, als unter den alten Umständen zu bleiben.

ZDENEK ZOFKA

DER KZ-ARZT JOSEF MENGELE ZUR TYPOLOGIE EINES NS-VERBRECHERS

Der ehemalige KZ-Arzt Josef Mengele, der letzte der prominenten NS-Verbrecher, ist von den brasilianischen Behörden für tot erklärt worden. Nach aller Wahrscheinlichkeit ist er am 7. Februar 1979 bei einem Badeunfall in der Nähe von Sao Paulo ums Leben gekommen. Der Prozeß gegen ihn, der für die historische Klärung des Falles Mengele so wichtig gewesen wäre, wird nicht stattfinden. Die Aufgabe der historischen Klärung fällt der Geschichtswissenschaft zu, die sich bislang nur marginal mit diesem Thema auseinandergesetzt hat¹.

Mit der Öffnung des Grabes in Embu und der Exhumierung und Identifizierung der Leiche ist eine fast vierzigjährige Suche nach dem NS-Verbrecher Mengele zu Ende gegangen. Dr. phil. und Dr. med. Josef Mengele wird nicht nur vorgeworfen, als einer der Lagerärzte von Auschwitz, die auf der Ankunftsrampe und in den Krankenbaracken die „Selektionen“ durchführten, an der Ermordung von vielen Tausenden von Juden beteiligt gewesen zu sein. Er hat auch darüber hinaus die „besonderen Gegebenheiten von Auschwitz“ für die Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, für die Durchführung von medizinisch-wissenschaftlichen Experimenten an Menschen, vor allem an Zwillingen, ausgenutzt.

Nach dem vierzigsten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz und dem „Mengele-Tribunal“, das aus Anlaß dieses Gedenktages in Jerusalem veranstaltet wurde, wurde die Suche nach Mengele drastisch intensiviert. Die Belohnungssumme für Hinweise zu seiner Ergreifung wurde von der hessischen Landesregierung von 40 000 DM auf eine Million heraufgesetzt, durch private Spenden verstärkt erreichte die Belohnung schließlich die schwindelerregende Höhe von zehn Millionen Mark. Mit der Intensi-

¹ Das Thema Mengele ist bislang exemplarisch im Rahmen von medizin- oder wissenschaftsgeschichtlichen Darstellungen behandelt worden: Benno Müller-Hill, *Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945*, Reinbek 1984; Robert J. Lifton, Mengele. What made this Man? in: *The New York Times Magazine*, 21. Juli 1985 (Extrakt aus dem für 1986 zu erwartenden Buch über NS-Medizin). Die populärwissenschaftliche Biographie von Betty und Robert-Paul Truck, *Mengele – L'Ange de la Mort. La vie diabolique du docteur Josef Mengele, medecin-chef du camp d'extermination d'Auschwitz*, Paris 1976, ist wegen der zahlreich darin enthaltenen Fehler und Spekulationen, die als solche nicht sichtbar gemacht wurden, praktisch wertlos. Eine gute Charakterisierung Mengeles findet sich bei Hermann Langbein, *Menschen in Auschwitz*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980, S. 380 ff. Ferner Philippe Aziz, *Medecins de la Mort*, Genf 1975; Alexander Mitscherlich und Fred Mielke (Hrsg.), *Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses*, Frankfurt 1978.

vierung der Suche nach Mengele eskalierte auch das Interesse der Medien an diesem Fall. Der „Todesengel von Auschwitz“ bot idealen Stoff für immer neue Sensationsnachrichten, unter Berufung auf Zeugen wurden noch grausamere, noch schockierendere Verbrechen Mengeles enthüllt. Aus dem Massenmörder Mengele wurde die Verkörperung des Bösen schlechthin, der – wie Robert Lifton schreibt – geradezu übermenschliche Dämon Mengele².

Wenn nun hier der Versuch gemacht werden soll, das durch eine in Fahrt gekommene Sensationspresse verzerrte und ins Maßlose übersteigerte Bild Josef Mengeles zurechtzurücken, durch ein realistisches Bild zu ersetzen, so geht es nicht um eine Exkulpierung der Verbrechen Mengeles, die sich in der Tat mit nüchternen, abgewogenen Worten nur sehr inadäquat beschreiben lassen. Es geht darum, daß die Dämonisierung Mengeles eine unüberwindliche „Barriere zur Erklärung seines Verhaltens“³ errichtet. Das Schwelgen in Super-Superlativen verdeckt vielmehr das eigentlich Makabre an dem Fall Mengele.

Verdient Mengele überhaupt das Interesse der Geschichtswissenschaft? Die Person Mengele – bestimmt nicht. Es gilt geradezu zu vermeiden, durch eine allzu schillernde Biographie dem voyeuristischen Interesse an den Details aus dem Leben des Negativhelden Mengele neue Nahrung zu liefern. Aber es bleibt die Aufgabe, die Entstehung dieses Typus von NS-Verbrecher zu erforschen und zu erklären, es geht um die wissenschaftliche Klärung des „Phänomens Mengele“.

Da der Umfang und die Art der Verbrechen Mengeles durch einen Prozeß nicht mehr geklärt werden können, kommt die Geschichtswissenschaft an dieser heiklen Aufgabe nicht vorbei. Mindestens ebenso wichtig sind jedoch die Fragen nach der Entwicklung Mengeles, nach seiner Sozialisation, nach seinem Werdegang, nach seiner Motivation und Persönlichkeitsstruktur. Wie kam Mengele nach Auschwitz? Aus welchem sozialen und geistigen Milieu stammt er? War er ein seelenloser Zyniker oder ein brutaler Sadist oder beides gleichzeitig, eine gespaltene Persönlichkeit?

Das Phänomen Mengele gibt viele Rätsel auf. Die Quellen, um wenigstens einige davon zu lösen, sind spärlich. Fast alle schriftlichen Aufzeichnungen, die über die Verbrechen Mengeles in Auschwitz Auskunft geben könnten, sind vernichtet. Wir sind fast ausschließlich auf Zeugenaussagen angewiesen. Zeugenaussagen vierzig Jahre später sind immer problematisch, für einen solch extremen Fall wie diesen gilt dies um so mehr. Für viele früheren Häftlinge „verschmolzen quälende Wirklichkeit und Alpträume in vier Jahrzehnten untrennbar miteinander“⁴. Häufig kann man gar nicht sicher sein, daß ihre Erzählungen sich wirklich auf Mengele beziehen, gar zu oft ist es leicht möglich, eine Verwechslung mit anderen SS-Ärzten nachzuweisen⁵. Fast alle

² Lifton, a. a. O.

³ Ebenda.

⁴ Anne Ponger in Südd. Zeitung, 7. Feb. 1985.

⁵ Verwechslungen mit anderen Lagerärzten sind häufig nachzuweisen. So enthält die Sammlung von Zeugenaussagen zu Josef Mengele in Yad Waschem, Akte Mengele, zahlreiche Aussagen, in denen Mengele die Zeugen auf ungarisch angesprochen haben soll. Hier kann nur eine Verwechslung mit dem Apotheker Viktor Capesius oder dem Lagerarzt Dr. Klein vorliegen. Häufig wird Mengele von

Häftlinge sagen aus, sie seien von Mengele an der Rampe selektiert worden. Doch die Lagerärzte selektierten im Turnus und Mengele selektierte nicht häufiger als die anderen. Der Eindruck drängt sich auf, daß der Name Mengele sich von der Person gelöst hat. Für die Häftlinge wurde er zum Synonym für den Lagerarzt von Auschwitz an sich.

Zeugen, die Mengele in Auschwitz gut kannten und die sein Verhalten dort über längere Zeit beobachten konnten, gibt es nur wenige. Darunter ist die Wiener Häftlingsärztin Ella Lingens, die nach Auschwitz kam, weil sie versucht hatte, Juden zur Flucht zu verhelfen. Darunter ist der Kollege Mengeles, der SS-Arzt Hans Münch, der als einziger Arzt im Krakauer Prozeß freigesprochen wurde, weil er sich geweigert hatte, sich an den Selektionen, am Vernichtungsprozeß der Juden zu beteiligen. Von zentraler Bedeutung ist auch die Zeugenaussage von Miklos Nyiszli, einem jüdischen Arzt aus Ungarn, der für Mengele als Pathologe arbeiten mußte und der seine Beobachtungen in einem Buch festhielt⁶.

An schriftlichen Quellen gibt es Mengeles SS-Personalakte⁷, einige vereinzelte Dokumente zu seiner Entwicklung vor seiner Auschwitz-Zeit⁸ sowie Mengeles Nachlaß aus seiner Zeit in Brasilien (von den frühen sechziger Jahren an). Ein Teil dieses Nachlasses gelangte in die Hände seines Sohns Rolf Mengele, der diesen dem Burda-Verlag zur Verwertung zur Verfügung stellte. Der andere Teil wurde von Wolfram Bossert, Mengeles Fluchthelfer und Unterkunftgeber in Brasilien, dem Magazin „Stern“ zur Verfügung gestellt. Während das „Stern“-Material frei einsehbar ist, bleibt der größere und wichtigere Teil des Materials im Hause Burda unter Verschuß und konnte nur eine begrenzte Zeit – zur Prüfung der Echtheit – von einigen Experten eingesehen werden. Die Echtheit des Materials, oder zumindest des größten Teils des Materials, steht wohl außer Zweifel⁹: Es enthält in der Kombination zu viele Details (intime Kenntnis der Familiengeschichte und Ortskenntnis, Dialekteinschübe, medizinisches und anthropologisches Fachwissen), um von einem anderen Autor als Mengele geschrieben worden zu sein.

den Zeugen als groß und blond beschrieben, er war jedoch dunkelhaarig und nur 1,74 m groß. Häufig wird er fälschlich als „Chefarzt von Auschwitz“ bezeichnet. Ferner wird er immer wieder als Mitarbeiter von Clauberg oder Schumann (Sterilisierungsversuche bei Frauen) genannt. Auch hier ist eine Verwechslung mit anderen Personen (Bühning, Goebel) zu vermuten.

⁶ Miklos Nyiszli, *Auschwitz. A Doctor's Eyewitness Account*, New York 1960 (ungarisches Original: 1947).

⁷ Doc. Center Berlin, Kopien in Yad Waschem.

⁸ Doc. Center Berlin, sowie Zeitungsberichte (Schwäbisches Volksblatt) und lokales Archivmaterial, auf das ich bei den Forschungen zu meiner Diss. (Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie [im Bezirk Günzburg], München 1979) gestoßen bin.

⁹ Ein positives Schriftgutachten wurde von Wolfgang Conrad/Univ. Mannheim erstellt. Die Echtheit bestätigt haben ferner Uwe-Dietrich Adam und Andreas Hillgruber. Die Überprüfung der im Zusammenhang mit Günzburg stehenden Details wurde von mir übernommen. Die von mir gemachte Einschränkung, daß die zweifellos gegebene Echtheit der Günzburg betreffenden Dokumente nicht die Echtheit des gesamten Materials bedeutet, beruht auf der Beobachtung einiger „Merkwürdigkeiten“ bei anderen Schriftstücken, wie z. B. auffällige Rechtschreibfehler, die man bei Mengele nicht vermuten würde, sowie eine verblüffende Ähnlichkeit der Handschrift Bosserts und Mengeles.

Der Mengele-Nachlaß gibt keinerlei Aufschluß über Mengeles Tätigkeit in Auschwitz. Er besteht aus Tagebüchern, Notizbüchern mit z. T. philosophischen Gedanken, Briefen und autobiographischen Skizzen, in denen jedoch die Auschwitzzeit säuberlich ausgespart bleibt. Dennoch stellt dieses Material eine Fundgrube für Psychologen und den psychologisch-interessierten Historiker dar. Zwar konnten wichtige Segmente aus der Burda-Sammlung exzerpiert werden, eine systematische Untersuchung des gesamten Materials steht jedoch noch aus. Ebenso steht aus eine systematische und kritische Befragung der noch lebenden Zeugen zu Mengeles Tätigkeit in Auschwitz. Dieser Aufsatz kann demnach nichts anderes sein als ein Zwischenbericht, eine Zusammenfassung der bislang vorliegenden Erkenntnisse.

1. Sozialisation und Werdegang

Josef Mengele wurde am 16. März 1911 in Günzburg/Donau geboren. Er wuchs in wohlgeordneten bürgerlichen Verhältnissen auf. Sein Bruder Karl Thaddäus wurde 1912, der zweite Bruder Alois 1914 geboren. Die Mutter, Walburga Mengele, stammte aus einer angesehenen Günzburger Familie. Dem Vater, Sprößling einer bäuerlichen Familie aus Höchstädt/Ldkrs. Dillingen, von Beruf Maschinenbauingenieur, gelang es, aus einem alteingesessenen Günzburger Handwerksbetrieb und einer Eisengießerei eine sich rasch entwickelnde Fabrik für Landmaschinen aufzubauen. 1915 wurde Karl Mengele von der Front zurückgerufen und eingestellt, da die Firma zu Heereslieferungen herangezogen wurde. Sie produzierte dringend benötigte Rüstungsgüter (u. a. Fahrzeuge für Pioniere, Munitionskarren etc.). Zu Beginn der zwanziger Jahre ist Karl Mengele der mit Abstand größte Arbeitgeber am Ort.

Die Erziehung der Mengele-Söhne richtete sich nach den gängigen katholisch-konservativen Normen. Sie war weder besonders streng noch auffallend lax oder freizügig. Nach der Aussage von W. B., der bis 1919 im Hause Mengele lebte, fiel Josef, dem ältesten Sohn, auch keine besondere Rolle (z. B. als Lieblingskind) in der Familie zu. In seinen autobiographischen Skizzen beschreibt Mengele seinen Vater als im Grunde äußerst gutmütig und weichherzig, eine Darstellung, die von W. B. bestätigt wird. Seinen beruflichen Leistungen zollte er Respekt und Bewunderung¹⁰.

Seine Mutter beschreibt Mengele als äußerst resolut und energisch. W. B. erzählt, daß das Auftauchen der Mutter in der Fabrik bei den Arbeitern weit mehr gefürchtet war als das Erscheinen des Chefs. Die extreme Sparsamkeit der Mutter, die sich allen von ihr als unnötig deklarierten Neuanschaffungen in den Weg stellt, führt gelegentlich zu ehelichen Zwistigkeiten mit dem eher jovialen und lebenslustigen Vater.

In Günzburg besucht Josef Mengele auch das humanistische Gymnasium, an dem

¹⁰ Sammlung Stern, undatiert, Brief Mengeles an seinen Bruder Alois: „Das in den Gründerjahren entstandene Unternehmen hatte unter den Vorbesitzern wenig Aussicht zu der gegenwärtigen Größe anzuwachsen. Dies ist das Verdienst unserer Familie, getragen von Vaters und Deinem Unternehmungsgeist...“

er Ostern 1930 die Reifeprüfung ablegt. Im großen und ganzen ist er ein eher mittelmäßiger Schüler. Besonders bemerkenswert in seiner Schullaufbahn war nur, daß es ihm gelang, ein Schuljahr trotz langanhaltender Krankheit so zu überstehen, daß er um die Wiederholung der Klasse herumkam. Für die Vermutung¹¹, Mengeles spätere Entwicklung könne durch eine in ihren Idealen pervertierte humanistische Erziehung geprägt worden sein, ergeben sich keine Anhaltspunkte. Die wichtigsten Lehrer Mengeles (Studienrat Max Offner, Heinrich Diesbach) vertraten offen konservativ-nationalistische Positionen, extreme Abweichungen von den traditionellen humanistischen Bildungszielen können bei diesen Persönlichkeiten jedoch völlig ausgeschlossen werden.

In seiner politischen Entwicklung folgte Josef Mengele den vom Elternhaus vorgezeichneten Fußstapfen. Der Vater, Karl Mengele, war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms. Josef Mengele wurde 1927 Mitglied des Großdeutschen Jugendbundes, zu Beginn der dreißiger Jahre trat er dem Jungstahlhelm bei. Im November 1932 stellte Karl Mengele die Hallen seiner Fabrik für einen Wahlkampfauftritt Adolf Hitlers zur Verfügung. Diese Tatsache ist häufig als Beleg für die nationalsozialistische Gesinnung der Familie Mengele interpretiert worden. Tatsächlich dürfte es sich jedoch bei diesem Schritt um eine Art Wahlhilfe im Rahmen eines lokalen Wahlbündnisses der nationalen Rechten nach dem Vorbild der Harzburger Front gehandelt haben.

Mitglied der NSDAP jedenfalls wurde Karl Mengele erst im Mai 1933, also nach der Machtübernahme Hitlers. Dieser Schritt war jedoch nicht durch einen Gesinnungswandel motiviert, sondern stand im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Stadtratmandats. Mengele wollte schon immer Stadtrat werden, um auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Stadt besseren Einfluß nehmen zu können. Vor allem ging es ihm darum, die Ansiedlung von neuen Industriebetrieben zu verhindern, um das niedrige Lohnniveau am Ort möglichst stabil zu halten¹². Schon 1924 und 1929 hatte er deshalb auf der Liste der Freien Bürgervereinigung für den Stadtrat kandidiert, dabei jedoch einen so schlechten Listenplatz erhalten, daß er beide Male nicht gewählt wurde. Bei der Gleichschaltung des Stadtrats Günzburg 1933 wurde er von der Kreisleitung einfach auf die Liste gesetzt, was starke Proteste der Günzburger NSDAP-Ortsgruppe hervorrief. Mengele wurde vorgeworfen, er habe sich sein Mandat durch eine geheime Parteispende an die Kreisleitung praktisch erkaufte, eine Darstellung, die vom Kassenwart der Kreisleitung bestätigt wurde. Tatsache ist auch, daß der Kreisleiter und Mengele schon vor 1933 Stammtischfreunde waren. Karl Mengele besuchte regelmäßig einen „nationalen Stammtisch“ in einer bestimmten Günzburger Gaststätte, an dem sowohl die örtlichen Spitzenfunktionäre der DNVP

¹¹ Hillgruber, 20. Juni 1985, Fernsehaufzeichnung eines Gesprächs mit Rolf Mengele, Uwe-Dietrich Adam, Günther Deschner, Norman Stone und mir.

¹² Der Verlauf des innerparteilichen Konflikts zwischen der Ortsgruppe Grünzburg und der Kreisleitung ist gut dokumentiert, da er in einen Prozeß vor dem Parteigericht mündete. In den Prozeßakten finden sich auch Bezüge zur politischen Einstellung von Karl Mengele (sen.). Doc. Center Berlin, Akte Deisenhofer (Kreisleiter von Günzburg).

(darunter Mengeles Lieblingslehrer Heinrich Diesbach) als auch einige führende Nationalsozialisten teilnahmen.

Karl Mengele, der 1935 auch in die Allgemeine SS eintrat (ohne jedoch Dienst zu tun oder einen Rang zu erwerben), ist vermutlich kein überzeugter Nationalsozialist gewesen. Man kann auch praktisch ausschließen, daß er seine Söhne im nationalsozialistischen Geist erzog. Josef Mengele jedenfalls machte auch zunächst keinerlei Anstalten, sich einer NS-Organisation anzuschließen. Erst als die Organisation des Stahlhelms insgesamt in die SA überführt wurde, wurde er Mitglied der SA. Aus dieser schied er jedoch schon Ende 1934, angeblich wegen seines Nierenleidens, wieder aus.

Geprägt durch ein katholisch-konservatives Elternhaus und national-konservative Lehrer dürfte Mengele der NS-Bewegung durchaus gewisse Sympathien entgegengebracht haben, mit Sicherheit war er jedoch kein begeisterter oder gar fanatischer Nationalsozialist. Vermutlich teilte er die Reserviertheit seines Standes gegenüber den proletarisch-kleinbürgerlichen Ausprägungen der NS-Massenbewegung – dafür spricht auch sein Ausscheiden aus der SA. Und sicherlich bekam Mengele in seinem Elternhaus nicht jene primitiven antisemitischen Ressentiments eingepflegt, die für die NS-Bewegung typisch waren. Die Familie Mengele pflegte enge Beziehungen zu einer jüdischen Familie, die sie auch nach der Machtübernahme aufrechterhielt, obwohl diese Tatsache von den Rivalen und Gegnern Karl Mengeles innerhalb der NSDAP-Ortsgruppe im innerparteilichen Konflikt immer wieder gegen ihn ausgespielt wurde¹³.

Massiv konfrontiert mit den rassistischen Elementen der NS-Ideologie wurde Josef Mengele erst während seines Studiums. Von 1929 bis 1932 studierte er Medizin in München und in Bonn, wo er im Sommer 1932 die ärztliche Vorprüfung ablegte. Er studierte dann weiter in Wien und München Medizin und Anthropologie, das Fach, dem im Dritten Reich eine besondere politische Rolle zufiel: Es sollte den wissenschaftlichen Nachweis für die Minderwertigkeit der nichtarischen Rassen, das Grunddogma der NS-Ideologie, erbringen. Die meisten Professoren, soweit sie nicht von Haus aus Nazis waren, gaben dem auf ihnen lastenden politischen Druck nach¹⁴. Manche von ihnen vollzogen eine regelrechte Gratwanderung zwischen politischer Anpassung und dem Festhalten an den tradierten Normen der Wissenschaftlichkeit (wie z. B. der Forderung nach „Wertfreiheit“ der wiss. Aussage). Dabei spielte auch eine wichtige Rolle, daß sie das internationale Ansehen der deutschen Wissenschaft durch eine allzu plumpe politische Anpassung nicht völlig aufs Spiel setzen wollten.

In München geriet Mengele unter den Einfluß des Anthropologen Th. Mollison, Leiter des anthropologischen Instituts der Universität München. Mollison wurde Mengeles Doktorvater. Von diesem wurde er in die Gedankenwelt der Eugenik und „Rassenhygiene“ eingeführt. Mengeles Promotionsthema lag auf der gleichen Linie: „Rassenmorphologische Untersuchung des vorderen Unterkieferabschnittes bei vier

¹³ Ebenda.

¹⁴ Allgemein dazu siehe Müller-Hill, a. a. O.

rassischen Gruppen¹⁵. Mit diffizilen Messungen wollte er morphologische Unterschiede zwischen „primitiven und progressiven“ Rassen nachweisen. Seine Arbeit wurde mit „summa cum laude“ bewertet.

Nach seiner ersten Promotion 1935 legte Mengele im Sommer 1936 die ärztliche Staatsprüfung ab. Im Frühjahr 1937 erhielt er seine Bestallung als Arzt. Nach einer viermonatigen Praktikumszeit an der Universitätsklinik in Leipzig wurde Mengele Assistent an Verschuers Frankfurter Institut für Erbbiologie und Rassehygiene. Dort lernte er die Praxis der „Rassehygiene“ kennen. Zusammen mit seinem Vorgesetzten Otmar Freiherr von Verschuer fertigte er Vaterschaftsgutachten in sogenannten Rasseschandeprozessen an¹⁶. Unter Verschuers Obhut schrieb er eine zweite Dissertation in Medizin. Sie trug den Titel: „Sippenuntersuchungen bei Lippen-Kiefer-Gaumenspalte“. Entsprechend der Forschungsrichtung am Verschuer-Institut untersuchte er nun die Vererbung von Mißbildungen beim Menschen¹⁷. Wie seine erste Doktorarbeit ist auch diese methodisch sauber durchgeführt, enthält jedoch keine besonders originellen wissenschaftliche Gedanken.

Noch größer als der Einfluß Mollisons auf Mengele dürfte der von Verschuer gewesen sein. Vieles spricht dafür, daß der – national wie international – sehr renommierte, bei Nazis aber auch Nichtnazis sehr angesehene Wissenschaftler für Mengele zum Vorbild wurde, dem er bewußt oder unbewußt nacheiferte. Anders als Mollison befaßte sich Verschuer in seinen Forschungen nicht mit rassemorphologischen Fragen. Sein Forschungsinteresse konzentrierte sich auf die biologischen Gesetzmäßigkeiten der Vererbung, insbesondere der Vererbung von Krankheiten und Anomalien beim Menschen. Methodisch bevorzugte er die Zwillings- sowie die Familien- und Sippenforschung.

Neben seiner Forschungstätigkeit widmete sich Verschuer aber auch sehr stark der praktischen Umsetzung der Erkenntnisse der Erbbiologie im Gesundheitswesen, der Bekämpfung von „Erbkrankheiten“ durch Eheverbot und Sterilisierung der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Die Erhaltung der „Erbgesundheit“ nicht nur des einzelnen, sondern des gesamten „Volkskörpers“ erklärte er zu einem vordringlichen Ziel und begrüßte die entsprechenden Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates. Hier kreuzte sich Verschuers Gedankengebäude auch mit den nationalsozialistischen Rassetheorien. Er betonte, die Erbgesundheit des Volkskörpers sei auch durch rassische Überfremdung bedroht. Andererseits war Verschuer kein primitiver Antisemit.

¹⁵ Josef Mengele, Rassenmorphologische Untersuchungen des vorderen Unterkieferabschnittes bei vier rassischen Gruppen, in: Gegenbaurs Morphologisches Jahrbuch. Eine Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte, Bd. 79 (1937), S. 60–116.

¹⁶ Müller-Hüll, S. 39. Josef Mengele schrieb zu diesem Thema auch einen Artikel: Vaterschaftsbestimmung und Abstammungsprüfung, in: Johannes Schottky/Otmar von Verschuer (Hrsg.), Fortschritte der Erbpathologie, Rassenhygiene und ihrer Grenzgebiete, Leipzig 1939, Heft 1.

¹⁷ Josef Mengele, Sippenuntersuchungen bei Lippen-Kiefer-Gaumenspalte, in: Zeitschrift für menschliche Vererbungs- und Konstitutionslehre, Bd. 23 (1939), S. 17–42. Siehe auch Josef Mengele, Zur Vererbung der Ohrfisteln, in: Der Erbarzt, Bd. 8 (1940), S. 59f. Mengele veröffentlichte außerdem eine Reihe von Buchrezensionen in der Zeitschrift „Der Erbarzt“.

Bei aller politischen Anpassung versuchte er sich eine gewisse Distanz zum NS zu bewahren, sein internationales Renommé als Wissenschaftler ließ es nicht zu, daß er sich ganz von den NS-Ideologen vereinnahmen ließ. Verschuers Lavieren kommt in einem seiner Artikel ganz deutlich zum Ausdruck¹⁸:

„Vor dreizehn Jahren, im Frühjahr 1924, hatte ich auf einem studentischen Schulungslager, das von einem völkischen Studentenkreis veranstaltet worden war, einen Vortrag über Rassenhygiene gehalten. In der sich daran anschließenden, lebhaften ... Aussprache brachte ein Führer der völkischen Studentenschaft folgendes zum Ausdruck: Er vermisse, daß die anthropologische Wissenschaft bisher noch nicht den Beweis für die rassische Minderwertigkeit der Juden erbracht habe. Solche eine Feststellung halte er für notwendig zur Begründung des Antisemitismus. Ich antwortete ihm darauf, der Antisemitismus sei in erster Linie ein völkisch-politischer Kampf, dessen Berechtigung und Notwendigkeit – unabhängig von irgendeiner Bewertung der Rasse der Juden – sich aus der Bedrohung unseres Volkes durch das Judentum ergebe.“

Verschuer verneint zwar die Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Nachweises für die Minderwertigkeit der Juden, bejaht aber klar die politische „Notwendigkeit des Antisemitismus“¹⁹:

„Ein völkisch eingestellter Staat habe sich die Erhaltung des eigenen Volkes zur obersten Pflicht zu machen und den Kampf anzusagen jedem, der dieses Volkstum bedrohe. Der deutsche völkische Kampf richte sich deshalb in erster Linie gegen das Judentum, weil das deutsche Volkstum durch die jüdische Überfremdung in besonderer Weise bedroht sei. Damit, daß wir das Volkstum in den Vordergrund stellen, soll die Bedeutung der Rasse nicht eingeschränkt werden. Sie zeigt sich am klarsten, wenn wir an die Lösung des Judenproblems herantreten.“

Wie sich Verschuer die Lösung des Judenproblems vorstellte, ließ er offen. Dies ist schlimm genug, auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, daß er sich eine Endlösung im Sinne Hitlers vorstellte. Vermutlich schwebte ihm „nur“ die Auswanderung vor. In einem kurzen Kommentar zu den Volkszählungsergebnissen von 1939 resümiert er: „Es kann die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß die Zahl der Juden durch die Auswanderung erheblich abgenommen hat, und daß die Zahl der jüdischen Mischlinge doch nicht so groß ist, als nach den bisherigen Schätzungen angenommen wurde“²⁰.

Verschuer strebte jedoch nicht nur eine rassische, sondern auch eine soziale Gesundung des Volkskörpers an. Er befürwortete die Anlage einer Kartei der „Gemeinschaftsunfähigen“. Als Kriterien für die Asozialität gibt er an²¹:

¹⁸ Otnar v. Verschuer, Was kann der Historiker, der Genealoge und der Statistiker zur Erforschung des biologischen Problems der Judenfrage beitragen? in: Forschungen zur Judenfrage 2 (1937), S. 216, zit. nach Müller-Hill, S. 106.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Der Erbarzt, Bd. 8 (1940), S. 162 f.

²¹ Ebenda, S. 234 f.

- „1. Wer infolge verbrecherischer, staatsfeindlicher und querulatorischer Neigungen fortgesetzt mit den Strafgesetzen, der Polizei und den Behörden in Konflikt gerät.
2. Wer arbeitsscheu ist, wer trotz Arbeitsfähigkeit schmarotzend von sozialen Einrichtungen lebt, bettelt, vagiert, betrügerisch hausiert, Hochstapler ist oder ein unsittliches Gewerbe betreibt.
3. Wer geschlechtlich ausschweifend und hemmungslos, trunk- und verschwendungssüchtig ist.
4. Wer infolge Unwirtschaftlichkeit, Pflichtvergessenheit, bösariger Gesinnung und erzieherischen Unvermögens nicht fähig ist, ein geordnetes Familienleben aufzubauen.“

Er kommt zu dem Schluß: „Für die praktische Erb- und Rassepflege ist am wichtigsten die Unterscheidung zwischen den Auszumerzenden und den Förderungswürdigen. Es wäre zu wünschen, daß solche Karteien im ganzen Reich zur Durchführung gelangen, damit die Asozialität mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden kann.“ Unter „Ausmerze“ dürfte Verschuer allerdings nicht die Tötung dieser Gruppen, sondern entsprechend seiner anderen erbgesundheitlichen Maßnahmen deren Ausschluß bei der Fortpflanzung durch Sterilisierung und Eheverbot verstanden haben.

Solche markigen politischen Stellungnahmen waren aber trotz allem eher untypisch für Verschuer. Im allgemeinen gab er sich eher als politisch zurückhaltend, als Wissenschaftler, der primär an den Fortschritten medizinisch-naturwissenschaftlicher Erkenntnis interessiert ist. Medizinstudenten, die bei ihm Pflichtvorlesungen über Eugenik hörten, gewannen den Eindruck eines „politisch völlig integren“ Mannes, der sich wohltuend von einigen seiner Assistenten unterschied, die sich als „scharfe Nationalsozialisten“ zu erkennen gaben (damit war jedoch nicht Mengele gemeint, der nur gelegentlich, in Vertretung Verschuers, Vorlesungen hielt).

Im Mai 1937 beantragte Mengele seine Aufnahme in die NSDAP, ein Jahr später auch in die SS. Ob er diesen Schritt vollzog, weil er einen inneren Gesinnungswandel vollzogen hatte, oder auch nur, weil er ihm für seine Karriere nützlich schien, läßt sich wohl letztlich nicht völlig klären. Angesichts des bei Mengele tief verwurzelten Nützlichkeitsdenkens (dazu später), liegt jedoch die Vermutung nahe, daß es ihm primär um seine Karriere ging. Gerade in dem Fach Anthropologie konnte er davon ausgehen, daß eine Mitgliedschaft in Partei und SS für sein Fortkommen sehr vorteilhaft sein könnte.

In Partei und SS entwickelte Mengele keine nennenswerten Aktivitäten. Obwohl unter SS-Männern üblich, trat er auch nicht aus der katholischen Kirche aus. Vermutlich war hier noch der Einfluß des Elternhauses wirksam, da aus Mengeles Nachlaß klar hervorgeht, daß er alles andere war als ein gläubiger Katholik. 1938 heiratete Mengele die Professorientochter Irene Schoenbein. Wegen seines dreimonatigen Wehrdienstes bei den Gebirgsjägern mußte die Hochzeit verschoben werden. Während Mengele in seinem ersten Heiratsgesuch zum Ausdruck brachte, daß er auf eine kirchliche Trauung verzichten wollte, ist bei seinem zweiten Gesuch die entsprechende Frage positiv beantwortet – vermutlich hat er auch hier dem Druck des Elternhauses nachgegeben.

Bis Sommer 1940 bleibt Mengele an Verschuers Institut in Frankfurt. Dann wird er zur Wehrmacht einberufen. Mengele meldet sich jedoch freiwillig zur Waffen-SS. Ebenso wie sein Kollege Siegfried Liebau (Assistent bei Verschuer) kommt er zur Sanitätsinspektion der Waffen-SS, wo er vom 1. August bis 4. November Dienst tut. Dann wird er zum Rasse- und Siedlungshauptamt versetzt²² und als Gutachter (Beurteilung der Eindeutschungsfähigkeit von Umsiedlern) vermutlich bei einer Dienststelle des RKF (Reichskommissars für die Festigung des Deutschtums) in Posen eingesetzt. Erst im Januar 1942 wird Mengele als Truppenarzt an die Front geschickt, und zwar als Angehöriger der SS.Div. „Wiking“. Mengele wird vom SS-Untersturmführer zum Obersturmführer und Hauptsturmführer befördert, die Beförderungsempfehlung in seiner SS-Personalakte enthält den Eintrag „ausgezeichneter Truppenarzt“²³. Er wird mit dem EK I und EK II ausgezeichnet, erhält die Ostmedaille 41/42 und das Kriegsverwundetenkreuz II. Klasse mit Schwertern.

Nach aller Wahrscheinlichkeit wurde Mengele im Sommer 1942 an der Ostfront verwundet. Er wird nämlich von der Front abkommandiert und an die Dienststelle des Reichsarztes SS und Polizei (Grawitz) nach Berlin versetzt. Welche Aufgabe Mengele dort zu erfüllen hatte, ist vorläufig unbekannt. An dieser Dienststelle, der die Beaufsichtigung der medizinischen Versuche in den Konzentrationslagern oblag, dürfte Mengele Einblick in die Vorgänge in den KL gewonnen haben.

Zur gleichen Zeit, als Mengele in Berlin Dienst tat, wurde auch sein akademischer Mentor, Prof. v. Verschuer, nach Berlin versetzt. Er wird Nachfolger des am 1. November 1942 emeritierten Direktors des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, Prof. Eugen Fischer. Es steht fest, daß Mengele in Berlin mit Verschuer zusammentraf. Verschuer schreibt am 25. 1. 1943 an Fischer: „... mein Assistent Mengele ... ist zu einer Dienststelle in Berlin versetzt, so daß er daneben am Institut etwas tätig sein kann“²⁴.

Wie Mengele nach Auschwitz kam, ist bis ins letzte Detail nicht zu klären. Es scheint aber eher unwahrscheinlich, daß Mengele „zufällig“ und gegen seinen Willen nach Auschwitz versetzt wurde²⁵. Viel plausibler ist, daß sich Mengele freiwillig meldete, um dort seine Forschungen weiterführen zu können. Diesen Eindruck jedenfalls hatte Mengeles Kollege Dr. Münch²⁶. Auch die Tatsache, daß Mengeles Forschungen durch Forschungsaufträge der DFG unterstützt wurden, weist eher daraufhin, daß Mengeles Auschwitzaufenthalt eine geplante Aktion in Abstimmung mit seinem akademischen Vorgesetzten Prof. v. Verschuer war.

²² Der Eintrag in Mengeles SS-Mitgliedskarte lautet: Kdt. R. u. S. Abt. Sip. II. Mengele schickte 1940 ein Photo von sich (als Gutachter in Zivil im Büro mit zwei Einwanderungswilligen) aus Posen an seine Familie.

²³ Doc. Center Berlin, Akte Mengele.

²⁴ Univ. Arch. Münster, Nachlaß v. Verschuer, zit. nach Müller-Hill, S. 112.

²⁵ Untersuchungsbericht M. Wolfson vom 7. Nov. 1946 an das Office of Chief of Counsel for War Crimes, Berlin Branch APO 742, U. S. Army. Für die freundliche Überlassung einer Kopie dieses Dokuments aus dem Wash. Nat. Arch. danke ich Fr. Lucette Lagnado (Wash. Post).

²⁶ Interview mit Dr. Hans Münch am 9. März 1985.

Es ist nicht einmal auszuschließen, daß es überhaupt Verschuers Idee war, die in Auschwitz gegebenen besonderen Verhältnisse für die wissenschaftliche Forschung auszunützen. Dafür spricht jedenfalls die Tatsache, daß sich Mengele in Auschwitz auf die Zwillingforschung verlegte, ein Lieblingsgebiet seines Chefs, das bisher von Mengele nicht bearbeitet worden war. Auch M. Wolfson, der im Auftrag der US-Militärregierung im November 1946 den Fall Mengele/Verschuer untersuchte, bekam den Eindruck, daß Verschuer als der eigentlich Verantwortliche für Mengeles Auschwitz-Einsatz anzusehen ist²⁷. Warum Verschuer entgegen der dringenden Empfehlung Wolfsons nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurde, ist noch nicht geklärt.

2. Lagerarzt in Auschwitz

Von Februar bis Mai 1943 gehörte Mengele dem SS-Infanterie Ersatzbataillon „Ost“ an. Ob er mit diesem Bataillon noch einmal zum Einsatz an die Ostfront geschickt wurde, ist unbekannt. Mit Verfügung des SS-Führungshauptamtes Amtsgruppe D vom 24. Mai 1943 wurde Mengele nach Auschwitz beordert. Am 30. Mai trat er seinen Dienst dort an.

Mengele wurde zunächst als Lagerarzt im Zigeunerlager eingesetzt. Nach einiger Zeit avancierte er zum leitenden Lagerarzt des Zigeunerlagers (Abschnitt B IIe Auschwitz Birkenau). Nach der Liquidierung der Zigeuner im Sommer 1944 wurde er als Nachfolger von Dr. Klein und Dr. König Lagerarzt im Frauenlager.

Seine Aufgaben als Lagerarzt bestanden vor allen Dingen in der Organisation und Überwachung des Gesundheitswesens – die eigentliche Krankenbetreuung lag in den Händen der Häftlingsärzte – und der Durchführung der „Selektionen“ auf der Rampe und im Lager. Die Rampenselektion wurde von fünf (oder mehr) Ärzten im Turnus durchgeführt. Bei der Ankunft der RSHA-Transporte wurden Kinder, Alte, Kranke, Behinderte, Schwache und erkennbar Schwangere als nicht arbeitsfähig ausgesondert und für den Tod in den Gaskammern bestimmt. Die Lagerärzte führten auch die Aufsicht bei der Vergasung. Bei den sog. Lagerselektionen wurden entweder ganze Lagerabschnitte aufgelöst, d. h. die meisten Insassen ins Gas geschickt, oder mehrmals wöchentlich einzelne Kranke und Schwache ausgesondert und für den Gastod bestimmt.

Mengele hat an zwei Lagerauflösungen mitgewirkt. Bei der Auflösung des sog. Theresienstädter Familienlagers (B IIb) im Juli 1944 sollen von Mengele etwa 3000 Juden als arbeitsfähig ausgewählt und die restlichen etwa 4000 Insassen vergast worden sein²⁸. Bei der Auflösung des Zigeunerlagers (Juli/August 1944) sollen etwa 1400 Zigeuner nach Buchenwald verschubt, die restlichen etwa 3000 Zigeuner durch

²⁷ Wolfson, a. a. O.

²⁸ Haftbefehl gegen Josef Mengele vom 19. 1. 1981, Frankfurt, Landgericht, 22. Strafkammer (22) 50/4 Js 340/68.

Gas getötet worden sein²⁹. Mengele, der anfangs zu den Zigeunern ein deutlich positiveres Verhältnis hatte als zu den restlichen Lagerinsassen, hatte die Liquidierung des Zigeunerlagers mit Nachdruck befürwortet³⁰.

An Jom Kippur 1944 ließ Mengele im Lagerabschnitt B II e zwischen den Pfosten eines Fußballtores in einer Höhe von etwa 1,50 m eine Latte anbringen und alle Kinder, die diese Größe nicht erreichten (schätzungsweise 1000 Kinder) in die Gaskammern bringen³¹. Die alltäglichen Krankenblockselektionen handhabte Mengele in der Weise, daß von jedem Block ein genaues Verzeichnis der Kranken mit Diagnose und Prognose angefertigt wurde. Wenn nun für einen Kranken eine längere Heilungsdauer (mehr als drei Wochen) prognostiziert wurde, so bedeutete dies praktisch automatisch sein Todesurteil. Auf diese Weise delegierte Mengele die Krankenselektion praktisch an die Häftlingsärzte.

Auch die Krankenpflege blieb den Häftlingsärzten überlassen. Mengele, der sich eher als Wissenschaftler verstand und kaum über ärztliche Praxis verfügte, kümmerte sich nur wenig um diese Dinge. Nur in zwei Fällen entwickelte er einen gewissen Ehrgeiz, und zwar bei der Bekämpfung der Noma-Seuche und des Fleckfiebers.

Noma, eine extreme Form der Mundfäule, ist eine sonst in Europa nicht mehr existierende Mangelkrankheit, die vor allem Kinder befiel, und in deren Verlauf die Wangen zerfressen und schließlich durchlöchert wurden. Mengele ließ eine eigene Krankenabteilung eröffnen, die weitaus besser ausgestattet war als die üblichen Auschwitz Krankenreviere. Die eigentliche medizinische Leitung lag jedoch bei einem Häftlingsarzt, Prof. Epstein, einem renommierten Prager Kinderheilkundler. Mengele ließ die Kinder vor und nach der Heilbehandlung fotografieren und zeigte sich sehr stolz über die durchschlagenden Behandlungserfolge.

Die Bekämpfung des Fleckfiebers, das durch Läuse übertragen wird, war deshalb so schwierig, weil die Häftlinge ihre warmen Kleider versteckten, da sie befürchten mußten, sie nach der Desinfizierung nicht mehr zurückzubekommen. Mengele beschloß deshalb, die Krankheit durch eine einzige, durchgreifende Maßnahme zu bekämpfen: Er ließ eine Baracke auf die in Auschwitz übliche Weise räumen, d. h. er schickte etwa 600 bis 1000 Menschen ins Gas, und ließ das Gebäude desinfizieren. Dann wurden die Insassen der benachbarten Baracke gründlich entlaust und nackt in die schon desinfizierte Baracke umgesiedelt. Sie wurden vollständig neu eingekleidet, keinerlei Habseligkeiten durften mitgenommen werden. Dieser Vorgang wiederholte sich so lange, bis alle Baracken des Blocks umgesiedelt waren. Tatsächlich wurde die Epidemie auf diese Weise gestoppt. Die deutsche Häftlingsärztin Ella Lingens kommentierte Mengeles Vorgehen: „Es scheint ihm gar nicht in den Sinn gekommen zu sein, daß man das gleiche Ergebnis auch hätte erreichen können, ohne 600 Menschen

²⁹ Ebenda.

³⁰ Münch, 9. 3. 85.

³¹ Haftbefehl Mengele.

in den Tod zu schicken, z. B. indem man provisorisch ein Zelt aufstellt. Für ihn zählte nur Leistung und Erfolg“³².

Doch Mengele betätigte sich in Auschwitz nicht nur als Lagerarzt. In seiner vom Standortarzt Dr. Wirths ausgestellten dienstlichen Beurteilung heißt es³³:

„... Mit Umsicht und Ausdauer hat er alle ihm gestellten Aufgaben oft unter schwierigsten Voraussetzungen zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt und sich jeder Lage gewachsen gezeigt. Darüber hinaus hat er als Anthropologe die kurze ihm verbleibende dienstfreie Zeit dazu benützt, sich selbst weiterzubilden und hat in seiner Arbeit unter Auswertung des ihm auf Grund seiner Dienststellung zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Materials der anthropologischen Wissenschaft einen wertvollen Beitrag geliefert.“

Das „wissenschaftliche Material“, das Mengele aufgrund seiner Dienststellung zur Verfügung stand, waren Menschen, die Häftlinge von Auschwitz. Mengele wählte unter ihnen seine Forschungsobjekte, meist Zwillinge oder Menschen mit zwerghaftem Wuchs oder anderen Anomalien, aus. Was den NS-Verbrecher Mengele von anderen KZ-Ärzten unterscheidet, ist die Tatsache, daß er medizinisch-wissenschaftliche Experimente an Menschen, an den Lagerinsassen vornahm, und zwar nicht im unmittelbaren Auftrag der SS oder anderer Dienststellen, sondern aus eigenständigem Forschungsinteresse.

In einer von Mengele 1939 verfaßten Buchrezension, die in der von Verschuer herausgegebenen Zeitschrift „Der Erbarzt“ erschien, findet sich der bemerkenswerte Satz: „Leider ist der Verfasser bei den Untersuchungen nicht jeweils von einem Probanden ausgegangen, bei dem die Diagnose durch Autopsie gesichert war“³⁴. Dieser von Mengele formulierte Satz sollte natürlich kein Aufruf zum Mord an den Probanden sein, das Zitat macht nur deutlich, daß Mengele für seine Forschungen in Auschwitz die „idealen Bedingungen“ vorfand. Hier konnte er jeden beliebigen Befund durch Autopsie absichern lassen. Hier waren der wissenschaftlichen Forschung keinerlei Einschränkungen auferlegt. Auschwitz bot Mengele eine Gelegenheit, die sich für Zwillingforscher sonst nur selten ergibt, die Gelegenheit, Zwillinge gleichzeitig obduzieren zu können. Hier liegt der Kern von Mengeles wissenschaftlich motivierten Verbrechen in Auschwitz. Wann immer ein Zwilling an einer Krankheit starb, wurde sein Geschwister getötet, um eine „vergleichende Sektion“ durchführen zu können. Zu diesem Zweck wurde ein gutausgestatteter Obduktionsraum eingerichtet. Mengele selektierte einen ungarischen Arzt, Dr. Miklos Nyiszli, der für ihn die Autopsien durchführen mußte.

Mengele ließ nicht alle seine „Probanden“ automatisch töten. Die Zwillinge und andere Probanden wurden an der Rampe selektiert, was zumindest die Kinder unter diesen zunächst vor dem sicheren Gastod rettete. Die Probanden wurden in besonderen Blocks untergebracht und Mengele sorgte dafür, daß seine „Schützlinge“ – er nannte sie gelegentlich „meine Meerschweinchen“ – verhältnismäßig gut behandelt

³² Interview mit Ella Lingens am 5. Februar 1985.

³³ Doc. Center Berlin, Akte Mengele.

³⁴ Josef Mengele in „Der Erbarzt“, Bd. 8, (1940), S. 213.

wurden. Er selbst gab sich ihnen gegenüber in der Regel auffallend freundlich³⁵. Zunächst wurden die Zwillinge vermessen, geröntgt, fotografiert, gezeichnet, was der anthropologischen Datenerhebung dienen sollte. Viele der Zwillinge wurden Blutaustauschexperimenten unterzogen, die nicht selten tödlich verliefen. An einer Reihe von Zwillingen wurden auch Injektionen, Rückenmarkspunktionen und operative Eingriffe vorgenommen, für die keinerlei medizinische Indikation vorlag. Hatten Zwillinge als Probanden ausgedient, so wurden sie meist durch Injektionen getötet.

Mengele führte seine Menschenexperimente zum Teil selbständig durch, aus z. T. medizinischem, größtenteils jedoch aus anthropologisch-wissenschaftlichem Interesse. Zum Teil arbeitete er jedoch im Auftrag – nicht einer SS-Dienststelle, sondern eines wissenschaftlichen Instituts, des von Verschuer geleiteten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie. Prof. v. Verschuer beantragte bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft bzw. beim Reichsforschungsrat zwei Projekte: „Spezifische Eiweißkörper“ und „Augenfarbe“. Beide Anträge wurden am 18. August bzw. am 7. September 1943 durch Prof. Sauerbruch, Obergutachter der DFG für Medizin, bewilligt³⁶.

In dem Projekt „Spezifische Eiweißkörper“ ging es um die Untersuchung von Blutreaktionen auf Infektionskrankheiten. Mengele infizierte Zwillinge mit derselben Menge von Typhusbakterien, nahm ihnen in den verschiedenen Stadien der Krankheit Blut ab und schickte die Blutproben zur weiteren Untersuchung an das Berliner KW-Institut. Verschuer schrieb in einem Zwischenbericht zu dem Forschungsprojekt „Spezifische Eiweißkörper“ im März 1944³⁷:

„Als Mitarbeiter in diesen Forschungszweig ist mein Assistent Dr. med. et Dr. phil. Mengele eingetreten. Er ist als Hauptsturmführer und Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz eingesetzt. Mit Genehmigung des Reichsführer SS werden anthropologische Untersuchungen an den verschiedenen Rassengruppen dieses Konzentrationslagers durchgeführt und die Blutproben zur Bearbeitung an mein Laboratorium geschickt.“

In dem Projekt „Augenfarbe“ ging es um die Erforschung von Augenanomalien, speziell um das Phänomen heterochromatischer Augen. Dr. Nyiszli mußte die verschiedenfarbigen Augen von durch Herzinjektionen getöteten Häftlingen (darunter eine acht Personen umfassende Familie) an das KWI nach Berlin-Dahlem schicken, wo sie von Dr. Karin Magnussen wissenschaftlich „verwertet“ wurden³⁸.

Dr. Nyiszli schreibt über die Zusammenarbeit Mengeles mit dem KWI³⁹:

„Ich mußte alle Organe von möglichem wissenschaftlichen Interesse aufbewahren, so daß Dr. Mengele sie selbst untersuchen konnte. Die, die das Anthropologische Institut in Berlin-Dahlem interessieren konnten, wurden in Alkohol eingelegt. Diese Teile wurden be-

³⁵ Interview mit den „Mengele-Zwillingen“ Annetta und Stefanie Heller am 5. Februar 1985, vgl. auch Langbein, S. 380 f.

³⁶ Müller-Hill, S. 72.

³⁷ Bundesarch. Koblenz R73-15345, zit. nach Müller-Hill, S. 74.

³⁸ Müller-Hill, S. 73.

³⁹ Nyiszli, S. 63.

sonders verpackt und mit der Post verschickt . . . Während meiner Arbeit im Krematorium habe ich eine beachtliche Anzahl solcher Päckchen verschickt. Um diese Korrespondenz geheim zu halten, mußte ich besondere Ordner anlegen. Die Direktoren des Berlin-Dahlemer Instituts dankten Dr. Mengele immer sehr herzlich für dieses seltene und kostbare Material.“

Um den Kontakt mit dem Berliner Auftraggeber aufrechtzuerhalten, unternahm Mengele mehrere Reisen nach Berlin⁴⁰. Neben diesen tödlichen Experimenten führte Mengele auch „zwangsweise Paarungen von männlichen und weiblichen Zwillingen durch, um zu sehen, ob deren Kinder auch Zwillinge sein würden“⁴¹. Es ging dabei um Methoden zur Erhöhung der Geburtenrate – um die zahlenmäßige Dominanz der arischen Rasse in der Zukunft zu sichern. Da solche Forschungsziele außerhalb der bei Mengeles sonst nachweisbaren Interessen liegen, kann man annehmen, daß er mit diesem „praktisch verwertbaren“ Projekt das Interesse der SS – die den Fragen der anthropologischen Grundlagenforschung nur ein eingeschränktes Verständnis entgegenbrachte – an seiner Forschungstätigkeit in Auschwitz aufrechterhalten wollte.

Im Zusammenhang mit seiner Lagerarztstätigkeit und seinen medizinisch-wissenschaftlichen Experimenten hat Mengele auch sog. Exzeßstaten begangen. In dem 1981 revidierten Haftbefehl gegen Mengele ist eine ganze Reihe solcher extrem grausamer Verbrechen aufgelistet. Nach Zeugenaussagen soll Mengele unter anderem schwangere Frauen in den Unterleib getreten haben, um auf diese Weise den Abgang der Leibesfrucht zu bewirken und ein neugeborenes Kind gleich nach seiner Geburt lebend in das Feuer geworfen haben.

Aus der Gesamtheit der von den Zeugen gegen Mengele erhobenen Vorwürfe ergibt sich ein völlig gespaltenes, in sich widersprüchliches Täterbild. Zum einen erscheint Mengele als der „Mörder mit den weißen Handschuhen“, der nie selbst Hand an seine Opfer anlegte und die „Drekarbeit“, die Ausführung seiner Mordbefehle seinen Untergebenen überließ. Auf der anderen Seite erscheint Mengele als sadistischer, extrem grausamer Mörder, der Freude am Quälen und Töten hatte. Ist es nicht denkbar, daß Mengele beide Seiten in sich vereinte, daß er einfach eine gesplante Persönlichkeit besaß, daß er sich zu unterschiedlichen Zeiten völlig unterschiedlich verhielt? Oder läßt sich die Widersprüchlichkeit im Täterbild durch z. T. falsche oder übertriebene Zeugenaussagen erklären?

Wie schon dargelegt, müssen die Zeugenaussagen zu Mengele mit großer Vorsicht behandelt werden. Eine Reihe von Falschaussagen lassen sich durch Verwechslungen mit anderen Lagerärzten oder SS-Wachleuten erklären. Einige Zeugen haben sich bei ihrer Aussage wohl auch durch einen gewissen Geltungsdrang leiten lassen. Schließlich wird man manche „Übertreibungen“ auch als hilflosen Versuch deuten können,

⁴⁰ Münch, 9.3.85.

⁴¹ Yad Waschem, Akte Mengele, Zeugenaussage Alexandra Michailowna Lodejschtschinowa, 10. April 1960.

das Grauen von Auschwitz wenigstens irgendwie den Mitmenschen, die das alles nicht miterlebt haben, mitzuteilen und verständlich zu machen.

Da der Prozeß gegen Mengele nicht stattgefunden hat, wurde die Belastbarkeit der einzelnen Zeugenaussagen auch nicht auf die Probe gestellt. Auch bei dem Mengele-Tribunal in Jerusalem im Februar 1985 wurde aus nur allzu verständlichen psychologischen Gründen – der Zwang, sich an die Schrecken von Auschwitz zurückerinnern zu müssen, war für die Zeugen zweifellos beklemmend genug – auf strenge Kreuzverhöre verzichtet. Doch um Mengeles Verbrechen in Auschwitz klären zu können, ist eine kritische Überprüfung der Zeugenaussagen im Detail unerlässlich. Hier will ich nur versuchen, unter Plausibilitäts Gesichtspunkten, die sowohl die Umstände des Lageralltags als auch unser beschränktes Wissen über die Persönlichkeitsstruktur Mengeles berücksichtigen, die einzelnen, Mengele vorgeworfenen Verbrechen als mehr oder weniger wahrscheinlich einzustufen.

Die Wiener Häftlingsärztin Dr. Ella Lingens, die zweifellos über eine ausgezeichnete Beobachtungsgabe und ein gutes psychologisches Urteilsvermögen verfügt, tritt den Darstellungen Mengeles als Sadist, als sadistisch motivierter Täter entgegen. Sie lernte Mengele als kalten, herzlosen Zyniker kennen⁴².

„Ich würde ihn auch nicht für einen Sadisten halten, denn das Wesen eines Sadisten ist ja, daß er an dem Schmerz seines Opfers Freude hat. Bei Mengele hatte man das Gefühl, daß er gar nicht merkt diesen Schmerz, der fällt ihm gar nicht auf. Sondern die Häftlinge waren für ihn Meerschweinchen, Ratten mit deren Seelenleben und Leiden man sich überhaupt gar nicht beschäftigt. . . . Also diese völlig distanzierte Haltung, die man beruflich zu seinem Material hat. Das war für mich Mengele.“

Ella Lingens hat in ihrer ganzen Zeit in Auschwitz Mengele nur ein einziges Mal bei einer Mißhandlung beobachtet. Diese geschah im Rahmen eines Zornausbruchs: Zwei Häftlinge hatten die ihnen aufgetragene Aufgabe vernachlässigt, was ihn dazu bewog, seine Handschuhe auszuziehen und den Männern mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Mengele duldete weder Unordnung noch Unbotmäßigkeit. Die Schilderung Mengeles als Zyniker, der aber in der Regel die Häftlinge nicht anfaßte, deckt sich mit der Beschreibung Mengeles durch den jüdischen Häftlingsarzt Nyiszli, der Mengele tagtäglich beobachten konnte. Sie deckt sich auch mit dem Eindruck, den Mengeles Kollege Dr. Münch von ihm gewann. Münch widerspricht jeder Darstellung Mengeles als extrem grausam und sadistisch. Abgesehen von Zornausbrüchen, die auch Münch bei ihm beobachtete, verhielt sich Mengele eher korrekt gegenüber den Häftlingen, korrekter als andere Lagerärzte. Münch bestreitet, daß Mengele der meistgehaßte und grausamste Arzt von Auschwitz gewesen sei, räumt jedoch ein, Mengele habe sich in seinen Verhaltensweisen dem „Milieu von Auschwitz angepaßt“.

Diese „Anpassung an das Milieu von Auschwitz“ schließt Verbrechen wie die folgenden mit ein, die in diesem Vernichtungslager sozusagen zum Alltag gehörten:

⁴² Lingens, 5. 2. 85.

- Bei der Ankunft eines RSHA-Transports aus Lodz kam es auf der Rampe zu einem Zwischenfall, in dessen Verlauf Mengele eine Mutter, die nicht von ihrer etwa dreizehnjährigen Tochter getrennt werden wollte, zusammen mit der Tochter erschoss. Wütend über den Vorfall befahl er, die als arbeitsfähig Selektierten ebenfalls in die Gaskammern zu schicken.
- Bei der Liquidierung des Zigeunerlagers soll sich ein etwa vierjähriges Zigeunermädchen mit den Worten „Onkel Doktor“ an ihn gewandt haben. Da das Mädchen nicht von ihm weggehen wollte, gab Mengele einem dabeistehenden deutschen Kapo einen Wink, der das Kind an den Beinen ergriff und gegen das Rad eines Lastwagens schleuderte, sodaß der Schädel zertrümmert wurde.
- Ein Häftlingsarzt wurde von Mengele bei einer Lagerselektion ausgesondert und für den Gastod bestimmt, weil er die arbeitsunfähigen Kranken seines Reviers nicht auf die Liste der zu Vergasenden geschrieben hatte⁴³.

Diese Liste ist nur ein kleiner Ausschnitt und soll nur die Art der „Alltagsverbrechen“ Mengeles verdeutlichen. Andere für Auschwitz ebenso alltägliche Verbrechen werden Mengele jedoch wohl eher zu Unrecht zugeschrieben und sind auf Verwechslungen mit anderen Ärzten oder SS-Wachleuten zurückzuführen. Mengele wird z. B. vorgeworfen, daß er einen Mann, der sich unbefugt auf der Lagerstraße aufgehalten hatte, einfach erschossen habe. Dieses Verbrechen ist in Auschwitz unzählige Male vorgekommen, aber dennoch ist es eher unwahrscheinlich, daß Mengele es begangen hat. Dies hätte formal einen Verstoß gegen die an sich strenge Lagerordnung dargestellt und wäre dienstlich geahndet worden. Denn zwischen den Ärzten und dem sonstigen SS-Personal bestanden starke Rivalitäten⁴⁴, sodaß Mengele bei derartigen „Kompetenzüberschreitungen“ vorsichtig gewesen sein dürfte. Der gleiche Vorfall innerhalb seines Krankenreviers dagegen wäre sicherlich ungeahndet geblieben.

Noch unwahrscheinlicher erscheint mir, daß Mengele Verbrechen wie folgende begangen hat. Ihm wird vorgeworfen, in mehreren Fällen schwangere Frauen gezwungen zu haben, sich rücklings auf den Boden zu legen, worauf er solange mit den Stiefeln auf den Bauch der Frauen getreten haben soll, bis der Abgang der Leibesfrucht eintrat. Solche Bestialitäten waren in Konzentrationslagern zweifellos auch eher alltäglich, doch paßt diese Art von Verbrechen nicht zu den sonst von Mengele überlieferten Verhaltensweisen. Mengele pflegte das „Problem“ der Schwangerschaft in der Regel dadurch zu lösen, daß er die Schwangere für die nächste Selektion vormerkte.

Mengele war zweifellos grausam – aber auf eine andere Art. Er gehörte nicht zu der üblichen Sorte von SS-Schergen, die in den Konzentrationslagern ein Betätigungsfeld für ihre sonst unterdrückten sadistischen Triebe fanden. Mengeles Motivation zum Töten entsprang nicht krankhafter Mordlust, sondern kaltherzigem, skrupellosem Kalkül.

⁴³ Haftbefehl Mengele.

⁴⁴ Münch, 9. 3. 85.

3. Motivation und Persönlichkeitsstruktur

An den Menschen Josef Mengele heranzukommen ist schon deshalb schwierig, weil er niemand an sich heranließ, zumindest in seiner Zeit in Auschwitz. Für die Häftlinge war er unnahbar, den Untergebenen und auch seinen Ärztekollegen gegenüber hielt er Distanz. Nur zu Dr. Weber und Dr. Münch, den Ärzten des außerhalb des Lagerbereichs von Auschwitz gelegenen Hygiene-Instituts der Waffen-SS entwickelte Mengele eine etwas engere Beziehung, die durchaus auf gegenseitiger Sympathie beruhte. Münch schildert Mengele als „außerordentlich freundlich und offen“, der sich von den anderen Lagerärzten, die Münch als „stumpfsinnig“ und apathisch beschreibt, deutlich unterschied. Die Kontakte zwischen Mengele und den Ärzten des Hygiene-Instituts ergaben sich zunächst aus dienstlichen Gründen. Mengele suchte Rat in bakteriologischen Fragen. Obwohl Münch Mengele als „offen“ beschreibt, wurde in den an die Dienstbesprechungen anschließenden Gesprächen kaum etwas Persönliches berührt. Es scheint geradeso, als ob alle Gesprächspartner bemüht gewesen seien, ihre Privatsphäre in dieser bizarren Umgebung einfach auszuklammern. Niemals erwähnte Mengele seine Familie oder seine Frau Irene. Nicht einmal die Geburt seines Sohnes im März 1944 teilte er mit. Man sprach auch nie über die persönlichen Hobbies, über Musik, Literatur oder Kunst, ja nicht einmal die Erlebnisse aus der Studentenzeit wurden ausgetauscht. Die Gespräche drehten sich fast ausschließlich um den Alltag von Auschwitz. Ein relativ häufiges Gesprächsthema daneben war das Thema „Wunderwaffen“, von denen man sich eine Wende des Kriegsglücks versprach⁴⁵. Offenbar ging es dabei darum, die sonst düsteren Perspektiven der Lagerärzte von Auschwitz zu überspielen. Nach Darstellung Münchs war durchaus klar, daß sie nach der Niederlage Deutschlands mit drastischen Strafen zu rechnen hatten.

Mit dem jüdischen Pathologen Miklos Nyzsli arbeitete Mengele tagtäglich zusammen. Man unterhielt sich zwar – nach der Schilderung Nyzszis – gelegentlich „angeregt“ über die medizinischen Befunde, Persönliches wurde jedoch nie berührt. Nur ein einziges Mal ließ Mengele für einen kurzen Moment seine undurchdringliche Maske fallen. Eines Tages im Herbst 1944 kam er nach einer Selektion auf der Rampe in den Sektionsraum. Er wirkte anders als sonst, müde, deprimiert⁴⁶.

„Während unserer zahlreichen Kontakte hatte mir Mengele nie etwas gewährt, was man als persönliches Gespräch hätte bezeichnen können. Aber jetzt, da ich ihn so deprimiert sah, nahm ich meinen Mut zusammen. ‚Herr Hauptsturmführer‘, sagte ich, ‚wann wird all

⁴⁵ Münch, 9.3. 85.

⁴⁶ Nyzsli, S. 172. Diese Textpassage wurde von Erich Wiedemann, *Sechs Millionen*, da kann ich nur lachen, in: SPIEGEL, 17/1985, S.31, völlig falsch wiedergegeben. „Als einer seiner jüdischen Zwangsassistenten wissen wollte, wie lange er noch experimentieren wolle, erwiderte er (Mengele) fast fröhlich: ‚Mein Freund, es geht weiter, immer weiter.‘ Dieses Beispiel sei nur erwähnt, da auch in der seriöseren Presse häufig sehr klischeehaft über Mengele berichtet wurde.

diese Vernichtung aufhören? Er blickte mich an und antwortete: „Mein Freund! Es geht immer weiter, immer weiter!“ Seine Worte schienen einen Hauch von Resignation zu verraten.“

Auch die deutsche Häftlingsärztin Ella Lingens, der gegenüber Mengele ein etwas offeneres Verhältnis hatte, erinnert sich nur an eine einzige Begegnung mit ihm, bei der er eine „menschliche Regung“ zeigte⁴⁷. Bei einer Kontrolle der Krankenblätter hatte er entdeckt, daß Frau Lingens einigen älteren polnischen Häftlingsfrauen ein – an der Front knappes – Herzmittel verabreicht hatte. Er wurde ungehalten und warf ihr vor, sie

„verschwende diese kostbaren Medikamente an diese alten Weiber. Was erwarten Sie sich von diesen Weibern?“ Worauf ich sagte: „Herr Hauptsturmführer, ich erwarte mir gar nichts von diesen Frauen, aber ich könnte mir vorstellen, daß die eine oder andere einen Sohn in Ihrem Alter hat, der sie nochmal wiedersehen will“. Worauf er feuerrot wurde und sagte: „Ich weiß auch nicht, ob ich meine Mutter nochmal wiederseh“, und drehte sich um ... und hat mich nie mehr gestört bei der Behandlung dieser Patienten. Das war aber die einzige Emotion die ich je an ihm gesehen habe. Sonst war er der kälteste Zyniker, den ich je erlebt habe.“

Zu seiner Mutter hatte Mengele ganz offenbar ein enges Verhältnis. Zweifellos orientierte er sich an dem Bild seiner Mutter, als er in einem Brief an seinen Sohn in den frühen siebziger Jahren die Empfehlung ausspricht, sich eine „energische und zielbewußte“ Lebensgefährtin zu suchen. Den ungezügelden Ehrgeiz, der für Mengele so charakteristisch war und den auch die Häftlinge und Ärzte in Auschwitz an ihm deutlich beobachten konnten, bekam er zweifellos von seinem Elternhaus, hauptsächlich wohl von seiner Mutter, eingepflegt. Als ältester Sohn hätte er sich ohne weiteres ins gemachte Nest setzen und einfach die Fabrik des Vaters übernehmen können. Doch Mengele wollte mehr, er wollte eine Universitätskarriere, wollte als Forscher berühmt werden, wollte, daß – wie ein Jugendfreund von ihm überlieferte⁴⁸ – sein Name in den Enzyklopädien auftauchen sollte. Dieser Ehrgeiz war die eigentliche Triebkraft, die Mengele motivierte, die ihn schließlich auch nach Auschwitz brachte. Seine erfolgreiche, aber rücksichtslose Bekämpfung des Fleckfiebers hatte Ella Lingens mit den Worten kommentiert: „Für ihn zählte nur Leistung und Erfolg“.

Was fast allen Zeugen von Auschwitz bei der Erinnerung an Mengele als erstes in den Sinn kommt, ist sein Auftreten, seine stets extrem korrekte Kleidung. Offenbar legte Mengele größten Wert auf die äußere Form. Dr. Nyiszli wurde zusammengestaucht, weil Mengele einen Fettfleck auf einer der Akten entdeckt hatte⁴⁹. Auch der

⁴⁷ Lingens, 5.2. 85. Mengeles besonderes Verhältnis zu seiner Mutter geht auch aus einer Tagebucheintragung vom 28. 1. 1975 hervor: „Heute vor 29 Jahren ist Mutter gestorben.“ Ähnliche Eintragungen für andere Familienmitglieder fehlen (Sammlung Stern, Tagebuch 1975). In seinen autobiographischen Skizzen schildert Mengele ein Kindheitsereignis, bei dem beide Eltern in Streit geraten waren und der Vater wütend das Haus verlassen hatte. Josef hatte daraufhin seine Mutter getröstet: „Mutter, ich bleib immer bei dir“ (Sammlung Burda, Autobiographisches, Band 2). Auch sonst verrät die Darstellung seiner Mutter in seinen Aufzeichnungen ein sehr enges Verhältnis.

⁴⁸ Julius Diesbach.

⁴⁹ Nyiszli, S. 132 f.

Nachlaß Mengeles trägt deutliche Züge von Pedanterie und Zwanghaftigkeit: Das Tagebuch wird genau geführt, der Stil der Briefe Mengeles an seinen Sohn ist bis zur völligen Unpersönlichkeit korrekt, sodaß sich der Sohn beim Vater darüber beschwert⁵⁰. Korrektes Auftreten, Ordnung, Disziplin sind Mengeles Grundmaximen. Mit seiner späteren Umwelt in Brasilien kommt er nicht deshalb schwer zurecht, weil er hier unter einem „minderwertigen Rassengemisch“ leben muß, sondern weil er diese Tugenden dort nicht antrifft. In einem seiner brasilianischen Tagebücher findet sich der Satz⁵¹: „Es fällt mir einfach unerhört schwer, Faulheit und Unfähigkeit so ohne Kritik hinzunehmen.“

Unbotmäßigkeit von Häftlingen oder Untergebenen brachte Mengele in Rage, argumentativ begründeten Widerstand konnte er durchaus akzeptieren⁵². Er selbst war keineswegs der Typ des sturen Befehlsempfängers, sondern hatte einige scharfe Auseinandersetzungen mit seinem Vorgesetzten, dem Standortarzt Dr. Wirths⁵³.

Mengele besaß auch ein ausgeprägtes Standesbewußtsein. An vielen seiner Verhaltensweisen wird deutlich, daß für ihn, den Sohn eines Fabrikanten, die Klassenunterschiede mindestens ebenso wichtig waren wie die Unterschiede zwischen den Rassen. Er behandelte jüdische Ärzte deutlich anders als die anderen Häftlinge. „Wer ein Arzt war, war ein Mensch, sogar wenn er Jude war“, beschreibt Ella Lingens seine Haltung. Er bemühte sich auch nicht, seine abgrundtiefe Verachtung der niederen SS-Dienstgrade zu verbergen⁵⁴. Im Denken Mengeles galt das biologische Prinzip der Auslese auch im sozialen Bereich. „Damit meine ich die durch generationenlange Siebung ausgelesenen Qualitäten, die Familien von Stand und Reputation charakterisieren . . .“ schrieb er an seinen Sohn, dem er ans Herz legte, bei der Partnerwahl auch auf die soziale Herkunft des zukünftigen Partners zu achten⁵⁵.

Zwar finden sich in Mengeles Tagebüchern einige Äußerungen, die man als rassistisch einstufen könnte, aber der Nachlaß Mengeles bietet keinen Anhaltspunkt dafür, daß Mengele von der Rassenidee besessen gewesen sein könnte. Ella Lingens gewann auch den Eindruck, daß Mengele im Gegensatz zu anderen Lagerärzten kein wirklicher Antisemit und schon gar kein fanatischer, gläubiger Nationalsozialist war⁵⁶.

⁵⁰ Sammlung Burda, undatiert.

⁵¹ Ebenda, Ringbuch Nr. 1, S. 11.

⁵² Lingens, 5. 2. 85.

⁵³ Münch, 9. 3. 85.

⁵⁴ Lingens, 5. 2. 85.

⁵⁵ Sammlung Burda, undatiert.

⁵⁶ Lingens, 5. 2. 85. Mengele machte in Gegenwart von Frau Lingens nie abfällige Bemerkungen oder sagte sonst Dinge, die andere Lagerärzte ständig von sich gaben. Er machte ihr auch keine Vorhaltungen, weil sie versucht hatte, Juden zur Flucht zu verhelfen, sondern bemerkte nur zynisch, daß sie es wohl nicht klug genug angestellt habe. Auffällig ist auch, daß in dem Artikel „Die Vererbung als biologischer Vorgang“, den Mengele in der deutschen Emigrantenzeitschrift „Der Weg“ unter dem Pseudonym G. Helmuth (sein Paß trug die Eintragung Helmuth Greogor) in Argentinien veröffentlichte (Sammlung Stern), keinerlei ideologische Schlenker enthalten sind.

„Man hatte bei Mengele nicht das Gefühl, daß eigentlich die nationalsozialistische Ideologie ihm irgendwie wichtig ist. Ihm war wichtig Macht und Leistungseffekt. Alles andere, hatte man das Gefühl, interessierte ihn überhaupt nicht.“

Mengele war viel zu nützlichkeitsorientiert, viel zu zynisch, um an etwas zu glauben, um ein fanatischer Ideologe zu sein. Dieser Eindruck von Lingens deckt sich mit dem Bild, das sich aus dem Mengele-Nachlaß ergibt und deckt sich auch mit unserem Wissen über die Sozialisation und Entwicklung Mengeles. Im Widerspruch dazu steht jedoch die Aussage von Mengeles Kollegen Dr. Münch, dem gegenüber sich Mengele als Nationalsozialist gab, der die „Notwendigkeit der Endlösung der Judenfrage“ nie in Frage stellte. Diese Diskrepanz in der Aussage zwischen Lingens und Münch läßt sich aber so erklären, daß Mengele sich bemüßigt fühlte, gerade gegenüber Münch und Weber seine nationalsozialistische Gesinnung hervorzukehren, weil er diesen Männern gegenüber einen besonderen Rechtfertigungsdruck verspürte. Die beiden Ärzte am Hygiene-Institut waren anfangs an den Vernichtungsaktionen überhaupt nicht beteiligt, und Dr. Münch hat sich bis zum Schluß geweigert, an den Selektionen auf der Rampe teilzunehmen. Im Gespräch mit Münch und Weber führte Mengele zur Begründung der Judenvernichtung nicht nur die üblichen Rassetheorien und nationalsozialistischen Parolen (Parasitentum, Notwehr im Existenzkampf um die Weltherrschaft, Eiterherd im Volkskörper, der herausgeschnitten werden muß etc.) an, sondern suchte auch bei unlogischen und gedanklich abwegigen Argumenten Zuflucht. So betonte er immer wieder⁵⁷

„daß es eine nicht weniger unmenschliche Art über Tod und Leben zu entscheiden ist, wie es jeder Truppenarzt auf dem Verbandsplatz zu tun hat, wenn zu entscheiden ist, welcher der verwundeten Soldaten noch einer Heilung ... oder bevorzugt einer Behandlung zugeführt werden kann ... gegenüber denen, die eine schwerere Verwundung haben, eine nicht so gute Prognose haben, die dann eben zurückstehen müssen. Mengele hat oft davon gesprochen, daß ihm die Selektion an der Rampe natürlich wesentlich leichter fällt, als das eben an der Front gewesen ist, wenn er seine eigenen Kameraden selektieren mußte ...“

Mengele benutzte die NS-Ideologie als Rechtfertigung für seine Taten. Sein Verhalten war aber nicht unmittelbar ideologisch motiviert. Aber wie hat Mengele seine Taten vor sich selbst gerechtfertigt, wie hat er seine Verbrechen innerlich verarbeitet? Der Nachlaß Mengeles vermittelt klar den Eindruck, als habe er sich überhaupt nicht damit auseinandergesetzt. In den vielen Seiten ist nirgendwo auch nur eine Spur von Selbstreflexion zu finden. Der Massenmörder von Auschwitz ergeht sich im Selbstmitleid über seine „bedrückende Situation“ (fern der Heimat), ohne auch nur einen Gedanken an seine Opfer zu verschwenden.

Nur ein einziges Mal geht Mengele in einem Brief auf die über ihn kursierenden „Gerüchte“ ein. Er schreibt an seinen Freund Hans Sedlmeier⁵⁸:

⁵⁷ Münch, 9.3.85.

⁵⁸ Sammlung Stern, undatiert, Brief an Hans Sedlmeier.

„Neuerdings tritt hier eine . . . Version meines Einsatzes in der 2. Kriegshälfte auf, die von euch stammen soll . . . Angeblich soll ich mich nämlich – laut Aussagen von L. und euch – zu dieser Verwendung freiwillig gemeldet, ja sogar gedrängt haben. Es ist mir dies zu einer ausführlichen Stellungnahme einfach zu dumm und ich weiß natürlich, daß ihr niemals so etwas Törichtes gesagt habt, denn ihr wart ja Soldaten, die bekanntlich ihren Einsatz nicht heraussuchen können . . . Es ist auch richtig, daß ich mich freiwillig zu diesem Truppenteil gemeldet hatte, aber dieser bestand doch ausschließlich aus Freiwilligen. Ich erlebte während meiner Dienstzeit mehrere Versetzungen und Kommandierungen ohne jemals gefragt worden zu sein, ob ich damit einverstanden wäre und als ich direkt aus dem Einsatz kommend meinen letzten Versetzungsbefehl erhielt, wußte ich weder das Marschziel noch die neue Einheit. Sachlich berührt mich das alles wenig, wie eben der übrige kleine und große Dreck, der seit Jahr und Tag gegen mich zusammengekartt wird . . .“

Mengele bestreitet zwar, sich freiwillig nach Auschwitz gemeldet zu haben, da er jedoch sich nicht genauer mit dem Vorwurf auseinandersetzt, kommt dieser Behauptung wenig Beweiskraft zu. Auffällig ist auch, daß er vom „Einsatz in der 2. Kriegshälfte“ spricht. Der Name „Auschwitz“ wird tunlichst vermieden. Er taucht auch nicht ein einziges Mal in dem gesamten Nachlaß auf. Mengele war offenbar ein Meister im Verdrängen. Besonders greifbar wird dies in der folgenden Formulierung in einem Brief an seinen Sohn⁵⁹:

„Ich entsinne mich sehr wohl, wie ich mit dem sechs Monate alten Ro (Rolf) anlässlich eines Kurzurlaubs in Frbg (Freiburg) mehrmals täglich – wahrscheinlich meist unnötig – bei Fliegerwarnung in den Keller rannte. Die Sorge und Verantwortung um das Kind sind mir in ihrer ganzen Erlebnistiefe bis heute gegenwärtig.“

Wenige Tage vor und wenige Tage nach diesem Gefühlserlebnis der väterlichen Verantwortung hat Mengele skrupellos Kinder in den Tod geschickt oder medizinisch-wissenschaftliche Experimente an ihnen vorgenommen. Das unmittelbare Nebeneinander von sentimentalem Eigenleben und völliger Gefühlskälte gegenüber fremdem Leben scheint mir charakteristisch für sein gesamtes Seelenleben, so wie es sich in seinem Nachlaß darstellt.

Was den Typus des NS-Verbrechers vom Schlage Mengeles am besten kennzeichnet, ist sein zynischer Umgang mit Menschen. Menschen wurden zu Material, zu Material für wissenschaftliche Forschungszwecke. Was Mengele nach Auschwitz brachte, war sein ungezügelter Ehrgeiz. Seine Tätigkeit dort sollte für ihn zu einer Sprosse in seiner akademischen Karriereleiter werden. Dieser Ehrgeiz war in keiner Weise kontrolliert durch ethische Normen, durch ein Gewissen, durch ein Mindestmaß an Menschlichkeit. Die Kombination grenzenloser Ehrgeiz und grenzenloser Zynismus ist das zentrale Charakteristikum des NS-Verbrechers Josef Mengele.

Wenn wir hier herausstreichen, daß Mengele weder Sadist noch fanatischer Nationalsozialist war, so geht es dabei überhaupt nicht um eine Verharmlosung oder Ex-

⁵⁹ Sammlung Burda, undatiert, Brief an Rolf Mengele.

kulpation Mengeles – im Gegenteil. Diese beiden Versionen (Sadist, fanatischer Nationalsozialist) enthalten implizit Exkulpationstendenzen, für die es keine Berechtigung gibt: Wäre Mengele nur ein grausamer Sadist gewesen, so müßte man ihn als Triebtäter, als Kranken einstufen. Ebenso wenig war Mengele ein fanatischer Nationalsozialist, ein Gesinnungstäter, dessen fehlgeleiteter Fanatismus seine Zurechnungsfähigkeit beeinträchtigte. Der Mensch Josef Mengele ist für seine Verbrechen voll verantwortlich⁶⁰.

⁶⁰ Robert Lifton beschreibt Mengele sowohl als Sadisten wie auch als fanatischen Nazi. Auch die Darstellung Müller-Hills (DIE ZEIT, 29/1984, S. 45) sollte nicht unwidersprochen bleiben, Mengele sei zum „Symbol des jungen Humanwissenschaftlers“ geworden, „dessen Intelligenz im Nationalsozialismus mißbraucht wurde“. Diese Darstellung Mengeles als „Opfer des Nationalsozialismus“ ist zweifellos zu einseitig. Sie läßt die Tatsache außer acht, daß auch Mengele aus der Situation Nutzen zu ziehen trachtete. Auch wenn sicherlich Verschuere für die Verbrechen Mengeles mitverantwortlich zu machen ist, bleibt die Verantwortung Mengeles davon unberührt.

Dokumentation

BERND BONWETSCH/PETER M. KUHFUS

NEUE QUELLEN ZUM EINTRITT CHINAS IN DEN KOREAKRIEG (JUNI - OKTOBER 1950)

In den Jahren 1983/84 sind drei chinesische Quellen zugänglich geworden, die zusätzliche Aufschlüsse über Chinas Eintritt in den Koreakrieg geben¹. Dabei handelt es sich um:

- a) Zhou Enlais Rede vom 24. Oktober 1950 vor dem „Ständigen Ausschuß der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“²,
- b) einen bemerkenswerterweise nur für den internen Gebrauch bestimmter Aufsatz, der Peng Dehuais Rolle im Koreakrieg schildert³,
- c) die „Erinnerungen“ Nie Rongzhens⁴.

Zhou Enlais (1898–1976) politische Schlüsselrolle bedarf keiner gesonderten Erläuterung mehr. Der jetzt veröffentlichte Text seiner Rede vom 24. Oktober 1950 vor Angehörigen der Politischen Konsultativkonferenz bietet das – wenn auch mit Sicherheit redigierte – Pendant zu einem Kurzbericht, der bereits damals in amerikanische Hände gelangte⁵.

Über Peng Dehuais (1898–1974) Aufstieg und Fall ist ebenfalls schon viel bekannt⁶. Seine Rolle im Koreakrieg liegt jedoch noch weitgehend im dunkeln: Wichtige fragmentarische Informationen waren in den Angriffen enthalten, die während der Kulturrevolution gegen ihn gerichtet wurden⁷. Die Schilderung Chrusčevs⁸ und ein spä-

¹ Bis 1983 zugängliche Quellen sind ausgewertet in: Bernd Bonwetsch/Peter M. Kuhfus, „Die Sowjetunion, China und der Koreakrieg“, in: VfZ 33 (1985), S. 28–87.

² „Kang Mei yuan Chao, baowei heping“ („Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea, den Frieden schützen“), in: Zhou Enlai xuanji (Ausgewählte Schriften Zhou Enlais), Bd. 2, Beijing 1984, S. 50–54.

³ Yao Xu (Pseud. ?), „Peng Dehuai dui ‚Kang Mei yuan Chao‘ zhanzheng zhihui shang de gongxian“ („Der Beitrag von Peng Dehuais Kommandoführung für den Krieg ‚Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea‘“), in: Dang shi yanjiu ziliao, 4/1983, S. 707–731 (neibu-Periodikum, d. h. nur für die interne Zirkulation bestimmt).

⁴ „Zai ‚Kang Mei yuan Chao‘ zhanzheng zhong“ („Im Krieg ‚Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea‘“), 23. Kapitel von: Nie Rongzhen huiyilu (Nie Rongzhen: Erinnerungen), Bd. 3, Beijing 1984, S. 733–761.

⁵ Bonwetsch/Kuhfus, „Koreakrieg“, S. 81.

⁶ Eine neuerschienene Kurzbiographie Peng Dehuais findet sich in: Wolfgang Bartke, Die großen Chinesen der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1985, S. 193–195. Die von Jürgen Domes angekündigte Biographie Peng Dehuais konnte von den Verfassern noch nicht eingesehen werden.

⁷ Vgl. auch zu später veröffentlichten Materialien Ding Wang (Hg.), Peng Dehuai wenti zhuanji (Materialiensammlung zur Peng Dehuai-Frage), 2. erw. Aufl., Hongkong 1979.

⁸ N. S. Chrusčev, Vospominanija. Izbrannye otrvyki, hrsg. v. V. Čalidze, New York 1979, S. 89; Khrushchev Remembers, Harmondsworth 1977, S. 398.

terer Seitenhieb Deng Xiaopings⁹ behielten diesen kritischen Tenor bei. Keine der genannten Quellen geht jedoch auf Pengs Tätigkeit in der unmittelbaren Vorbereitungsphase der chinesischen Intervention ein. Das geschah ansatzweise erst in der postum veröffentlichten „Autobiographie“¹⁰, die im Zuge einer allgemeinen Neubewertung Pengs Rolle in günstigerem Licht erscheinen ließ. Detaillierter werden die Vorgänge der Vorbereitungsphase nun in Yao Xus Rehabilitierungs-Beitrag dargestellt, der Peng dezidiert von früheren Vorwürfen entlasten will.

Am eindringlichsten aber beschreibt Nie Rongzhen (geb. 1899) Hintergründe und Abläufe des chinesischen Eingreifens. Nie Rongzhen muß wie Peng Dehuai der militärischen Führungsgruppe der frühen Volksrepublik zugerechnet werden. Nach der von ihm bewerkstelligten kampflosen Einnahme Beijings im Januar 1949 wurde Nie als Kommandeur der Militärregion Beijing-Tianjin eingesetzt¹¹. Außerdem avancierte er zum Mitglied des Volksmilitärrats und zum Amtierenden Generalstabschef. Daß er in dieser Schlüsselposition maßgeblich an den Vorbereitungen und der Regie der „Freiwilligen“-Intervention beteiligt war, wird durch den Informationsreichtum seines Koreakriegs-Kapitels bewiesen, insbesondere im Hinblick auf das militärische Geschehen. Zeugnisse vergleichbaren Gewichts wären vielleicht noch in Dokumenten Zhu Des (1885–1976), des „Vaters“ der Volksbefreiungsarmee, zu erwarten¹².

Vor allem hinsichtlich folgender Aspekte bieten die unten auszugsweise abgedruckten Quellen authentische Erhärtung bzw. Präzisierung:

1) Die im Alleingang unternommene Offensive der Koreanischen Volksarmee wurde von den Chinesen offenbar nicht als Erfolg ernstgenommen. Zhou Enlai zeichnet sogar das Bild einer Falle: Die Amerikaner hätten sich absichtlich ganz nach Süden zurückgezogen, um die Nordkoreaner zu einem isolierten Vorstoß „zu verleiten“ (D I, S. 5). Diese Einschätzung steht in eklatantem Kontrast zur Beurteilung von seiten der Sowjetführung, wie sie sich in den Erinnerungen Chrusčëvs manifestiert¹³.

2) Im Rahmen ihrer negativen Lagebeurteilung erwarteten die Chinesen bereits früh – konkret wohl ab Ende Juli, Anfang August – einen machtvollen amerikanischen Gegenschlag (D I, S. 5, D III, S. 16 f.). Die Annahme eines ungehinderten Vormarsches der US-Armeen bis zum 38. Breitengrad gehörte schon vor der Inchon-Landungsoperation (15. September 1950) zum chinesischen Kalkül (D I, S. 7 f.).

3) Keine der Quellen nimmt Huang Huas Aussage über einen „strategischen Rückzug“ von bereits früh in Korea befindlichen VBA-Kontingenten auf¹⁴. Zumindest

⁹ „Teng Hsiao-p'ing's Talk at the Third Plenary Session of the Tenth CCPC (July 20, 1977)“, in: *Issues and Studies*, Bd. XIV, Nr. 7 (Juli 1978), S. 105.

¹⁰ Peng Dehuai zishu (Autobiographie Peng Dehuais), Beijing 1981 (engl. Übers.: P'eng Teh-huai, *Memoirs of a Chinese Marshal. The Autobiographical Notes of Peng Dehuai*, Beijing 1984).

¹¹ Bartke, *Chinesen*, S. 188. Vgl. auch Donald W. Klein/Anne B. Clark, *Biographic Dictionary of Chinese Communism 1921–1965*, Bd. 2, Cambridge/Mass. 1971, S. 698–699.

¹² Solche Zeugnisse könnten enthalten sein im zweiten Band von Zhu De xuanji (Ausgewählte Schriften Zhu Des), der in Beijing zwar angekündigt worden, aber bis jetzt offenbar noch nicht erschienen ist.

¹³ Bonwetsch/Kuhfus, „Koreakrieg“, S. 53–54.

¹⁴ Bonwetsch/Kuhfus, „Koreakrieg“, S. 61.

aber legt Nie Rongzhen offen, daß VBA-Einheiten schon in der Anfangsphase der militärischen Auseinandersetzungen in Korea zur Sicherung der „großen Jalu-Brücke“ (bei Andong/Sinjiju?) auf das Südufer des Flusses, d. h. auf koreanisches Territorium verlegt wurden (D III, S. 20 f.).

4) Zhou Enlais Rede wie Nie Rongzhens Erinnerungen belegen, daß die chinesische Führung grundsätzlich eine Verhandlungslösung bevorzugt hätte. In Beijing scheint zeitweilig sogar die Hoffnung geherrscht zu haben, die US-Einheiten würden von sich aus am 38. Breitengrad haltmachen, um die Beilegung des Konflikts auf die diplomatische Ebene zu verlagern (D I, S. 7 f., D III, S. 18).

5) In allen Quellen reflektiert sich das lange Schwanken der chinesischen Führung hinsichtlich des tatsächlichen militärischen Eingreifens in Korea bis unmittelbar vor die Jalu-Überschreitung, die übereinstimmend auf den 19. Oktober datiert wird¹⁵. Die Gründe für dieses Schwanken werden hier sogar in großer Ausführlichkeit authentisch so dargestellt wie bisher nur bei Lim Un¹⁶, dessen Quellenwert auch über diese Vorgänge hinaus durch die vorliegenden Dokumente bestätigt wird.

6) Erstmals in dieser Klarheit enthüllt Nie Rongzhen, daß ursprünglich Lin Biao als Befehlshaber für die Korea-Operation vorgesehen war. Erst als jener sich weigerte, griff man auf Peng Dehuai zurück (D III, S. 18). Die wahren Hintergründe dieser Weigerung, für die Lin Biao nach Aussage Nies aus Angst Krankheit vorgeschützt habe, wären wohl noch zu untersuchen.

7) Yao Xu wie Nie Rongzhen werfen neues Licht auf die Bedeutung der militärischen Maßnahmen Peng Dehuais für den politischen Entscheidungsprozeß in Beijing. Es entsteht hier der Eindruck, die militärische Dimension habe mit dessen Eintreffen am Jalu eine gewisse Eigendynamik entwickelt: Peng argumentierte nämlich, daß er wegen der Gefährdung der Jalu-Brücke sofort die gesamte aufgebotene Streitmacht von 18 Divisionen jenseits des Flusses auf koreanischem Gebiet konzentrieren müsse, und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nur sechs Divisionen (D II, S. 13; D III, S. 20), was den Entscheidungsdruck auf die Zentrale verstärkte.

8) In keiner der Quellen wird das Geheimgespräch zwischen Stalin und Zhou Enlai, das zu einem nicht genau bestimmbareren Zeitpunkt Mitte Oktober im Kaukasus stattfand¹⁷, auch nur erwähnt. Immerhin tritt aber insofern eine neue Facette des grundsätzlich bekannten sowjetisch-chinesischen Dissenses hervor, als die ursprüngliche Absicht, zuerst nur ein Kontingent von sechs Divisionen einzusetzen, die offenbar nicht auf ein wirklich entscheidendes Eingreifen Chinas hin angelegt war, direkt Stalin zugeschrieben wird. Die Beijinger Führung setzte sich aufgrund von Peng Dehuais „Vorschlag“ darüber hinweg (D II, S. 13).

Weitere wichtige Themen, die in den Quellen berührt werden – etwa der Defensiv-

¹⁵ Das deckt sich auch mit der Daurierung in Peng Dehuai zishu, S. 258. Die sowjetische Überblicksdarstellung *Vooruzennaja bor'ba narodov Azii za svobodu i nezavisimost'. 1945–1980* (Der bewaffnete Kampf der Völker Asiens für Freiheit und Unabhängigkeit. 1945–1980), Moskau 1984, S. 138, bestätigt ebenfalls, daß die chinesischen Volksfreiwilligen am 19. Oktober 1950 nach Korea einzurücken begannen.

¹⁶ Lim Un (Pseud.), *The Founding of a Dynasty in North Korea*, Tokyo 1982.

¹⁷ Bonwetsch/Kuhfus, „Koreakrieg“, S. 73 ff.

charakter der chinesischen Militär-Vorkehrungen, diplomatische bzw. internationale Implikationen etc. – sollen hier nicht mehr gesondert erörtert werden.

Weitere, hier nicht wiedergegebene Passagen der Dokumente 1 und 2 enthalten auch zusammenhängende Informationen zum Konfliktverlauf zwischen Herbst 1950 und Mitte 1953. Sie lassen mit Spannung erwarten, welche Materialien auf chinesischer Seite weiterhin zugänglich gemacht werden.

Vergleichbare Zeugnisse oder nur vertiefende Darstellungen sind von sowjetischer Seite vorläufig sicher nicht zu erwarten. Die neueste Behandlung des „Vaterländischen Befreiungskrieges des koreanischen Volkes“¹⁸ verzichtet auf jegliche Andeutung von Problemen in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen während des Krieges. Sie bleibt damit hinter dem Mitteilungswert früherer Publikationen erheblich zurück. Nicht einmal der Hinweis auf eine gesonderte „Seoul-Operation“ der Koreanischen Volksarmee, die die südkoreanischen Streitkräfte binnen weniger Tage vernichten sollte, erscheint¹⁹. Vielmehr wird der Eindruck vermittelt, als habe es sich bis Mitte September 1950 um eine geschlossene militärische Operation gehandelt, die aus der „Gegenoffensive“ als Reaktion auf den südkoreanischen Angriff in eine allgemeine Offensive zur Befreiung ganz Koreas übergegangen sei.

Einstweilen ist der Historiker bei der Analyse von Moskaus Rolle auf Material angewiesen, das in gewisser Weise den Erinnerungen Chruschtschew vergleichbar ist: etwa der Bericht über den Fall Berija von Anton Kolendić, einem jugoslawischen Diplomaten²⁰, der Dokumente des Verfahrens gegen Berija verwendet, die er mysteriöserweise hat einsehen können. Aus diesen Dokumenten geht hinsichtlich des damaligen Verhältnisses zwischen Moskau und Beijing u. a. hervor, daß Berija – über Judin – Sonderkontakte zu Gao Gang unterhielt. Gao Gang habe in seinen Berichten „mehrmals“ darauf hingewiesen, „daß das China Mao Tse-tungs sich von der Kriegserklärung (sic) und dem Kriegsverlauf im Korea-Konflikt nie begeistert gezeigt hatte“. Außerdem habe Mao auf einem „Parteitag“ erklärt, dieser Krieg sei „eine von den Russen erdachte Falle für China“²¹. Anton Antonow-Ovseenko andererseits gibt in seiner Stalin-Biographie, die sich durch viele interne Kenntnisse auszeichnet, eine in diesem Zusammenhang plausible Erklärung dafür, warum Terentij Štykov, der Sündenbock des Korea-Fiaskos, die Schuldzuweisungen überlebte, obwohl er als ehemaliger Ždanov-Protegé nach dessen Tod in der „Leningrad-Affäre“ zusätzlich gefährdet war: Ihm werden Verbindungen zum NKVD, d. h. zu Berija, nachgesagt²².

Schließlich legen die erneuten Hinweise der chinesischen Quellen auf Kontakte der Beijinger Führung zu Nehru, Bevin und Wallace nahe, auch in den westlichen Archiven der Herausbildung und den Inhalten solcher Kommunikationen intensiver als bisher nachzugehen. Noch sind längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

¹⁸ Vooružennaja bor'ba narodov, S. 128–147.

¹⁹ Bonwetsch/Kuhfus, „Koreakrieg“, S. 47–48.

²⁰ Anton Kolendić, *Machtkampf im Kreml*, Bergisch Gladbach 1983. An der Vertrauenswürdigkeit der Person Kolendićs besteht nach Informationen der Verfasser kein Zweifel.

²¹ Kolendić, *Machtkampf*, S. 139. Mit „Kriegserklärung“ könnte sowohl der nordkoreanische Angriff als auch das chinesische Eingreifen gemeint sein.

²² Anton Antonow-Ovseenko, *Stalin. Porträt einer Tyrannei*, München ²1984, S. 365.

Dokument 1

(ZHOU ENLAI)*

WIDERSTAND GEGEN DIE USA UND HILFE FÜR
KOREA,^A DEN FRIEDEN SCHÜTZEN^B

(24. 10. 1950)

Der siegreiche Beginn von Koreas Abwehrkrieg gegen die Aggression hat allen den Heldenmut des koreanischen Volkes vor Augen geführt, gleichzeitig aber auch die Brutalität des US-Imperialismus.

Ab Mitte Juli zog der US-Imperialismus sich nach Süden zurück und konzentrierte seine Streitkräfte rasch im Gebiet von Taegu im Süden der koreanischen Halbinsel in der Absicht, die Koreanische Volksarmee zu einer Offensive gegen sie zu verleiten. Mit einem unerschrockenen Ansturm wollte die junge Koreanische Volksarmee die US-Truppen direkt ins Meer hinuntertreiben. Bereits aus der damaligen Lage zeichnete sich ab, daß der Krieg langfristigen Charakter annehmen würde.

Die Demokratische Volksrepublik Korea ist ein neuer Staat, und die Koreanische

* Mit Buchstaben versehene Anmerkungen kennzeichnen Erläuterungen der chinesischen Herausgeber, mit Zahlen versehene Anmerkungen kennzeichnen Erläuterungen des Übersetzers.

^A Nach dem Ausbruch eines Bürgerkrieges am 25. Juni 1950 in Korea entfesselte der US-Imperialismus einen gegen Korea gerichteten Aggressionskrieg und entsandte gleichzeitig Truppen für eine Aggression in Taiwan, Bestandteil von Chinas Hoheitsgebiet. Unter der Flagge der Vereinten Nationen landeten am 15. September überdies US-Einheiten in Inchon an der Westküste Koreas, überschritten dann den „38. Breitengrad“ und drangen in einer großangelegten Offensive nach Norden vor; sie bombardierten und beschossen sogar Städte und Dörfer in Chinas Nordost-Grenzgebiet und stellten eine schwere Bedrohung für Chinas Sicherheit dar. Um dem koreanischen Volk in seinem nationalen Rettungskrieg und Widerstandskrieg gegen die USA zu helfen und das eben erst geborene Neue China zu verteidigen, organisierte das chinesische Volk als Antwort auf den Aufruf des Vorsitzenden Mao Zedong „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea, die Familie und den Staat schützen“ die von Peng Dehuai als Befehlshaber und Politkommissar geführte Chinesische Volksfreiwilligen-Armee, die sich an die Korea-Front begab, Schulter an Schulter mit der Koreanischen Volksarmee kämpfte und Schläge gegen die amerikanischen Aggressionsarmeen führte. Eine gemeinsame Erklärung der Demokratischen Parteien Chinas vom 4. November 1950 unterstützte die gerechte Aktion der Freiwilligen-Armee nachdrücklich. Durch Produktionssteigerung und Sparsamkeit, Eintritt in die Freiwilligen-Armee, Waffenspenden und auf andere Weise leistete das Volk ganz Chinas mit aller Kraft für die Kampfhandlungen an der Korea-Front in Korea Unterstützung. Unter den schweren Schlägen der chinesischen und koreanischen Volks-Armeen mußte der US-Imperialismus eine Reihe von Niederlagen hinnehmen und war gezwungen, am 27. Juli 1953 das Abkommen über einen Waffenstillstand in Korea zu unterzeichnen. Mit dieser Herbeiführung des Waffenstillstands in Korea errang der „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea“-Krieg des chinesischen Volkes einen großartigen Sieg.

Es handelt sich hier um einen Bericht an die Achtzehnte Einberufung des Ständigen Ausschusses des Ersten Nationalrats der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes.

Volksarmee ist eine junge Streitmacht. Von ihrem ungemein heldenmütigen Kampf sind wir tief bewegt. Die Absicht des Feindes war, auf seiner temporären Stärke eine Kriegslist aufzubauen. Jetzt ist Korea in Not, aber sie halten heldenmütig aus, im Süden führen sie einen Guerrillakrieg, und im Norden bieten sie dem Feind Widerstand. Der Kampf wird fortgesetzt, und wenn sie weiter durchhalten, dann können neue Kräfte entstehen, für den Sieg über den Feind. Koreas Territorium ist ziemlich klein, und die Grundlage, auf die sie sich stützen können, ist eine Bevölkerung von 9 Millionen; mit solchen Kräften einem so mächtigen Feind Widerstand entgegenzusetzen und sogar die Entschlossenheit zu langfristigem Widerstand aufzubringen, das ist eine große Tat, die unsere Hochachtung verdient.

Die Korea-Frage ist eine internationale Frage. Sie ist unlösbar mit anderen Fragen im internationalen Bereich verknüpft, und der langfristige Widerstand des koreanischen Volkes wird ihren internationalen Charakter noch erhöhen. Gleichzeitig benötigt Korea für den Sieg aber auch internationale Hilfe. Besonders in Zeiten der Not ist es noch stärker auf internationale Hilfe angewiesen. Wir müssen revolutionäre Moral zeigen. Nur wenn Korea siegt, wird dem Friedenslager keine Bresche geschlagen. Sollte Korea aber fallen, so werden an anderen Stellen weitere Breschen folgen. Wenn die Tür an der Ostfront weit offen steht, wenn der Feind durch unser Haupttor hereindrängt – wie könnte man da noch von Aufbau reden?

China und Korea sind füreinander wie Lippen und Zähne: Wenn man der Lippen beraubt ist, frieren die Zähne. Falls Korea unter das Joch des US-Imperialismus gerät, ist eine Stabilisierung unseres Nordostens unmöglich. Die Hälfte von Chinas Schwerindustrie befindet sich in der Mandschurei²³, und die Hälfte der mandschurischen Industrien liegt in ihrem Südteil, alles innerhalb des feindlichen Bombardierungs- und Bedrohungsradius. Zwölfmal haben Flugzeuge des US-Imperialismus in den beiden Monaten vom 27. August bis gestern Chinas Luftraum verletzt. In der jüngsten Zeit haben sie ihre Einschüchterungen, Spionageflüge, Angriffe und Bombardierungen nicht mehr auf die Jalu-Zone beschränkt, sondern sind sogar bis nach Kuandian²⁴ geflogen. Wenn der US-Imperialismus den Krieg bis an die Jalu-Grenze ausdehnt, wie könnten wir dann unsere Produktion aufrechterhalten?

Chinas Aufbau benötigt einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, um zuerst einmal die Produktion wieder in Gang zu bringen, und wir sind gerade mit der Durchführung solcher Wiederherstellungsarbeiten befaßt. Der kürzlich ausgearbeitete Wirtschaftsplan für das Jahr 1951 war von dem Gedanken bestimmt, die Militärausgaben zu senken, um statt dessen die Ausgaben für den Wirtschaftsaufbau sowie Kultur und Erziehung zu erhöhen. Dabei wären die Militärausgaben von 43 Prozent des diesjährigen Haushalts auf 30 Prozent im nächsten Jahr vermindert worden, um 70 Prozent des Gesamtbudgetvoranschlags in den Wirtschaftsaufbau sowie das Kultur- und Erziehungswesen fließen zu lassen. Zudem hatte man überlegt, den Lebensstandard der

²³ Der im chinesischen Text durchgehend gebrauchte Begriff „Chinas Nordosten“ oder „Nordostgebiet“ wird hier auch mit „Mandschurei“ übersetzt.

²⁴ Ort auf dem Territorium der Mandschurei.

Staatsbediensteten und Lehrer zu verbessern, das Überschußgetreide der Bauern aufzukaufen und die Produktion von Gegenständen des täglichen Gebrauchs zu entwickeln. Aber der Feind hat uns das alles nicht gestattet. In einem Brief an den Vorsitzenden Mao schrieb Wallace^C vor nicht allzulanger Zeit, es sei zu hoffen, daß China Traktoren herstelle; mit den für den Traktorenbau bestimmten Kräften dürften keine Panzer gebaut werden. In Wirklichkeit ist es der Feind, der uns keinen Aufbau erlaubt und erzwingt, daß wir keine Traktoren bauen können.

Falls wir die Methode der passiven Verteidigung anwenden wollten, so wäre das nicht realistisch. Auch für die passive Verteidigung muß man viel Geld ausgeben. Beispielsweise ist für die Umrüstung eines Flughafens der Gegenwert von mehr als hundert Millionen Pfund Hirse erforderlich, was bei acht Flughäfen in der Mandschurei und drei auf unserem Kernterritorium mehr als eine Milliarde Pfund Hirse macht. Darüber hinaus sind auch die Ausgaben für viele andere Vorkehrungen zusätzlich zu den Flughäfen sehr hoch. Und bei einer Verlegung von Fabriken schließlich könnten viele Industrien nicht planmäßig weiterproduzieren. Im militärischen Bereich existiert außer der Ausrüstungsfrage auch noch das Problem der Truppenstärke: Wie viele Truppen braucht man für die mehr als 500 Kilometer lange Jalu-Verteidigungslinie! Und Jahr um Jahr wird Unsicherheit herrschen, an welchem Tag der Feind losschlägt. Wenn das so weiterginge, wie könnten wir uns dann in Ruhe dem Aufbau und der Produktion widmen? Und schließlich: Falls es dem Feind gelingt, Korea zu okkupieren, so wird er es dabei nicht bewenden lassen. Unter den Gesichtspunkten ‚Koreas Stellenwert für den Fernen Osten‘ und ‚Zukunftsperspektiven‘ bleibt uns also keine andere Wahl, als zu helfen, und gleiches gilt im Hinblick auf unser schicksalhaftes Nachbarschaftsverhältnis. Es ist der Feind, der das Feuer bis vor unsere Tür ausgedehnt hat, und es ist keineswegs so, daß wir in einem selbstgelegten Feuer schmoren.

Vor einem Monat, also vor der Landung der US-Einheiten in Inchon, haben wir überlegt, ob der US-Imperialismus vielleicht am 38. Breitengrad^D anhalten und dann

^C Wallace (1888–1965), ursprünglich Mitglied der Republikanischen Partei, trat dann in die Demokratische Partei ein; in der Amtszeit von Präsident Roosevelt war er Landwirtschaftsminister, Handelsminister und Vizepräsident. 1946 trat er der Amerikanischen Fortschritts-Partei bei. Nachdem er im November 1948 an den Präsidentschaftswahlen teilgenommen hatte und unterlegen war, widmete er sich im Bundesstaat New York der Landwirtschaft. Nach Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 unterstützte er einerseits die gegen Korea gerichtete Aggressionspolitik der US-Regierung, richtete andererseits aber am 29. September auch, in seiner Eigenschaft als Farmer, einen Brief an Mao Zedong, in dem er schrieb: „Wenn das Neue China lernt, Panzer zu bauen, bevor es gelernt hat, Lastwagen und Traktoren zu bauen, so wäre das eine Tragödie universalen Ausmaßes.“

^D Bei der Kapitulation Japans im August 1945 einigten sich die USA und die Sowjetunion auf den 38. Grad nördlicher Breite als temporäre Demarkationslinie für die Entgegennahme der japanischen Kapitulation auf koreanischem Territorium. Nördlich dieser Linie sollte die sowjetische Armee, südlich davon die amerikanische Armee die Kapitulation der Japaner entgegennehmen. Diese Linie wird allgemein „38. Breitengrad“ (*san ba xian*) genannt. Bei Ausbruch des Koreakrieges hatte das koreanische Volk im Gebiet nördlich dieser Linie bereits die Demokratische Volksrepublik Korea gegründet, während das Gebiet südlich der Linie sich noch unter der Herrschaft der vom US-Imperialismus gestützten Syngman Rhee-Clique befand.

zu diplomatischen Verhandlungen übergehen werde. Nachdem der Feind Seoul erobert hatte, erklärte Nehru^E uns, die Drei-Außenminister-Konferenz^F habe vereinbart: „Keine Überquerung des 38. Breitengrades“; falls die Amerikaner den 38. Breitengrad überqueren wollten, müssten sie dazu auch eine Resolution der Vereinten Nationen erwirken. Aber wir erhielten Informationen, die besagten, sie wollten China in Sicherheit wiegen, den 38. Breitengrad überschreiten und dann gegen China vorgehen. Wir durchschauten das Spiel und erklärten deswegen am 30. September: Wir können die Aggression des US-Imperialismus in Korea nicht ignorieren^G. Die Nachrichten vom 1. und 2. Oktober lauteten, daß US-Truppen den 38. Breitengrad bereits überschritten hätten und südkoreanische Einheiten über den 38. Breitengrad sogar tief in den Norden vorgedrungen seien. Wir suchten den indischen Botschafter auf und hielten ihm die Diskrepanz zwischen dieser Situation und Nehrus Worten vor. Er sollte Bevin^H durch Nehru übermitteln lassen, daß wir keine andere Wahl hätten, als uns einzuschalten. Nach einigen Tagen war das Vordringen des Feindes immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Bald darauf ließ Bevin uns durch Nehru mitteilen, der Vormarsch über den 38. Breitengrad werde 40 englische Meilen vor dem Jalu sicher anhalten. Zu jenem Zeitpunkt war der Feind schon bis Pyongyang gelangt, und gegenwärtig rückt er von dort aus weiter nach Norden vor. Das ist ganz offensichtlich ein zweiter Versuch, uns hinters Licht zu führen. Wenn das so weitergeht und wir tatenlos zusehen, dann wird der Feind unweigerlich, Angst und Schrecken verbreitend, seinen Vormarsch bis unmittelbar an das Ufer des Jalu fortsetzen, und von da ab wird eine neue Geschichte beginnen.

Deswegen müssen wir für Ordnung sorgen, müssen wir uns einschalten. Aber wie? Wir brauchen dazu ein weiterführendes Konzept. Bisher haben wir uns so mit dem Problem auseinandergesetzt, daß wir beispielsweise Klage bei den Vereinten Nationen erhoben haben u. ä. Das genügt jetzt nicht mehr, wir brauchen ein neues Konzept. Die Politik des US-Imperialismus besteht darin, den Krieg Schritt für Schritt aufzubauen und auszudehnen. Wenn wir ihm mit einem Gegenschlag und Kampf begegnen, dann wird er sich möglicherweise zurückziehen; ohne unsere Intervention hingegen wird er seinen Vormarsch unter allen Umständen planmäßig weiter abrollen lassen.

In Fernost treibt der US-Imperialismus MacArthurs^I Politik. Von seinen Stützpunkten in Japan aus führt er das Erbe des japanischen Militarismus fort und geht den

^E Nehru (1889–1964), damals Ministerpräsident Indiens.

^F Das bezieht sich auf eine vom 12. bis 18. September 1950 im amerikanischen New York abgehaltene Außenministerkonferenz der drei Länder USA, England und Frankreich.

^G (Verweis auf den Wortlaut dieser Erklärung, die in der Zhou-Edition ebenfalls enthalten ist [d. Übers.]).

^H Bevin (1881–1951), einer der Führer der englischen Labour Partei. 1950 war er Außenminister im Labour-Kabinett. Weil China damals noch keine diplomatischen Beziehungen mit den USA unterhielt, wurden einige Verhandlungen mit der US-Regierung bezüglich des Korea-Problems über Indien, zu dem wir bereits diplomatische Beziehungen besaßen, und von Indien wiederum über England abgewickelt.

^I MacArthur (1880–1964), amerikanischer Berufsmilitär. Nach der Kapitulation Japans 1945 war er Befehlshaber der Alliierten Besatzungstruppen und betrieb die Errichtung einer amerikanischen Al-

alten Weg in den Bahnen der Geschichte seit dem Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/95^J: Um China zu schlucken, muß man zuerst die Mandschurei erobern, und um die Mandschurei zu erobern, muß man zuerst Korea erobern. Nur daß der japanische Imperialismus sein allmähliches Vorgehen über mehr als 40 Jahre ausdehnte, wohingegen der US-Imperialismus es in vier bis fünf Jahren schaffen will.

Die Lehre der Geschichte lautet: In der Konfrontation mit der Aggression des japanischen Imperialismus gab es in China eine Gruppe, die Widerstand forderte, während eine andere für Nachgeben plädierte. Bis zum Zwischenfall vom 7.7. (1937)^K ist nachgegeben worden, und ohne den Widerstand der KPCh und des chinesischen Volkes wäre dann noch immer kein Widerstand zustande gekommen. Auch der Krieg von 1894/95 war ein Widerstandskrieg, doch das war nur ein Widerstand von seiten der Herrschenden, unter Führung des korrupten Kaiserhauses, der nicht die Unterstützung des Volkes besaß, was zu seiner Niederlage führte. Einem Staat des Volkes kann das nicht passieren.

Wenn wir dem US-Imperialismus jetzt keinen Widerstand entgegensetzen, dann kann ein einziger falscher Schachzug uns schon total in die Defensive geraten lassen, und der Feind wird unersättlich sein. Wenn wir ihn aber mit einem Gegenschlag empfangen und ihn sich im Schlamm Koreas festrennen lassen, dann wird er unfähig sein, auch noch China anzugreifen; sogar seine Pläne, Truppen nach Westeuropa zu entsenden, können dadurch beeinflusst werden. So können auch innere Widersprüche auf seiten des Feindes entstehen. Kurz gesagt: Wenn wir nachgeben, dann werden wir damit nur die inneren Widersprüche des Feindes abschwächen; wenn wir uns einschalten, dann werden wir damit bewirken, daß die inneren Widersprüche des Feindes sich vertiefen. Nur wenn wir uns einschalten, können wir eine Änderung im Kräfteverhältnis zwischen dem Feind und uns erzielen. Aber unser bisheriges Vorgehen ist jetzt wirkungslos geworden, und nur wenn wir mit Stärke auftrumpfen, können wir etwas bewirken.

Für uns ist die Korea-Frage nicht einfach die Korea-Frage, sondern die Taiwan-Frage ist damit verknüpft. Obwohl der US-Imperialismus aus Feindseligkeit uns ge-

leinherrschaft über Japan. Im Juni 1950 wurde er „Oberbefehlshaber der UN-Truppen“ und führte das Kommando im Aggressionskrieg gegen Korea.

^J *Jiawu*-Krieg: Krieg, der im Jahr 1894 (*jiawu*) zwischen China und Japan ausbrach. Dieser Krieg war von den japanischen Militaristen vorsätzlich verursacht worden. Die japanischen Armeen verübten zuerst eine Aggression gegenüber Korea, provozierten Chinas Heer und Marine und brachen dann in großem Umfang in die Mandschurei ein. Weil sich die Qing-Regierung in desolatem Zustand befand, erlitt die chinesische Seite zu Land wie auf dem Meer eine Niederlage und war gezwungen, 1895 den „Vertrag von Shimonoseki“ zu unterzeichnen.

^K Heißt auch Lugouqiao-Zwischenfall. Lugouqiao (die Marco-Polo-Brücke) liegt etwas mehr als zehn Kilometer außerhalb von Beijing-Stadt und ist das Tor zu Südwest-Beijing. In Lugouqiao griffen japanische Aggressionstruppen am 7. Juli 1937 chinesische Garnisonstruppen an. Getragen von der Begeisterung des gesamten chinesischen Volkes für den Widerstand gegen Japan und unter dem Einfluß der Forderung der KPCh nach Widerstand gegen Japan leisteten die chinesischen Garnisonstruppen beherzten Widerstand. Hier begann der heldenhafte achtjährige Widerstandskrieg des chinesischen Volkes.

genüber seinen ‚National Defense Perimeter‘ bis zu den Taiwan Straits ausgedehnt hat, machen sie immer noch Sprüche wie „keine Aggression, keine Einmischung“. Wenn wir uns gegen die Aggression in Korea mit der Entsendung von Streitkräften einschalten, dann sind wir – unter dem Gesichtspunkt von Chinas Sicherheit ebenso wie unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit des Friedenslagers – im Recht, während sie sich im Unrecht befinden.

Wenn wir den US-Imperialismus daran hindern wollen, daß er die Völker anderer Länder mit militärischer Gewalt unterjocht, so müssen wir ihm solche Rückschläge und Schwierigkeiten bereiten, daß er den Rückzug antritt und man dann zur Lösung des Problems übergehen kann. Unsere Haltung wird von Mäßigung bestimmt: Gesezt den Fall, der Feind zieht sich angesichts der Schwierigkeiten zurück, kann man innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen Verhandlungen über die Lösung des Problems führen, denn wir streben nach Frieden und nicht nach Krieg. Es ist unabdingbar, daß das Volk Koreas seine eigenen Probleme selbst löst; die ausländischen Truppen müssen aus Korea abgezogen werden. Wenn eine Lösung des Problems gelingt und der US-Imperialismus einen Rückschlag erleidet, dann kann sich dadurch auch die Lage in den Taiwan Straits und in Fernost ändern. Die Tatsache, daß wir uns mit aller Kraft für diese Möglichkeit einsetzen, bewirkt die Solidarisierung und die Mobilisierung der Völker Chinas und der Welt.

Es gibt noch die andere Möglichkeit, daß der Feind sich in einen Kampfesrausch steigert, daß er auf das Festland hereinbricht und der Krieg sich ausweitet. Die Möglichkeit, daß der Feind alles auf eine Karte setzt, existiert, denn auf seiten des US-Imperialismus gibt es eine Gruppe von Verrückten, und wir müssen entsprechende Vorbereitungen treffen. Wir wünschen garantiert keine Ausweitung des Krieges, doch wenn der Feind sie will, dann kann man auch nichts machen. Wenn unsere Generation vom Dritten Weltkrieg heimgesucht wird, so müssen wir das zum Wohle unserer Nachfahren auf uns nehmen, damit sie in den Genuß eines ewigen Friedens kommen. Aber wir wollen keinesfalls einen Weltkrieg provozieren. Wir müssen uns mit aller Kraft für die erste Perspektive einsetzen und für den Frieden kämpfen. Doch wir sind auch auf die zweite Möglichkeit, einen Weltkrieg, eingestellt.

Wenn also mit Stärke aufgetrumpft werden muß, wie steht es denn mit unserer Stärke?

Unser Heer ist zur Lösung des Problems in der Lage, doch unsere Luftwaffe und unsere Marine sind der Aufgabe nicht gewachsen, denn mit dem Aufbau einer Luftwaffe und einer Marine ist erst im vergangenen Frühjahr begonnen worden. Müssen wir deswegen warten, bis unsere Kräfte erstarkt sind, um dann Widerstand zu entfalten? Das geht nicht. So könnte der Feind nämlich Korea unter seine Kontrolle bringen, was seine Hybris noch steigern und das Kräfteverhältnis zwischen uns und ihm noch verschlechtern würde. Deswegen müssen wir das Problem umfassend und weiterführend durchdenken, uns in den Kampf begeben, um uns selbst zu stärken, und uns in den Gewittern stählen. Manchmal ist es so, daß die Kräfte der Revolution dem Augenschein nach unterlegen sind, was sich im Verlauf des Kampfes aber dann doch in eine Überlegenheit wandeln kann. Natürlich bedarf es dazu einer gewissen Zeit,

und man muß einen bestimmten Preis dafür entrichten. Außerdem müssen wir die Kräfte der Festland-Verteidigung in unsere Überlegungen einbeziehen. Im Hinblick auf eventuelle Bombardierungen des Feindes oder der Luftwaffe Tschiang Kaischeks oder auf mögliche Landungs-Blitzoperationen müssen wir unsere Verteidigungskräfte verstärken. Auf der politischen Ebene haben wir die Unterstützung verbündeter und befreundeter Staaten, die sich mit aller Macht für den Frieden einsetzen. Was den Modus operandi angeht, so wählen wir die Form der Freiwilligen-Armee; dabei ist keine Kriegserklärung erforderlich. Auf dem Propaganda-Sektor müssen wir eine breitangelegte Kampagne „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea, den Frieden schützen“ führen. Gleichzeitig muß den Umtrieben feindlicher Agenten im Landesinneren ein Ende gesetzt und die innere Geschlossenheit der breiten Volksmassen gefestigt werden; wir dürfen den Aufbau der Wirtschaft nicht anhalten, wobei die Wiederherstellung der Schwerindustrie den Schwerpunkt einnehmen und der Aufbau in den Bereichen Wasserbau, Eisenbahn und Textilindustrie konsequent vorangetrieben werden muß, und außerdem muß schließlich für die Verbesserung des Lebensstandards des Volkes Sorge getragen werden.

Dokument 2

(YAO XU)

DER BEITRAG VON PENG DEHUAIS
KOMMANDOFÜHRUNG FÜR DEN KRIEG
„WIDERSTAND GEGEN DIE USA UND HILFE FÜR KOREA“

Peng Dehuai hat sich im großen Krieg „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea“ unauslöschliche Verdienste erworben, die ihm langen Nachruhm sichern. Aber im Jahrzehnt der Wirren²⁵ erklärte die konterrevolutionäre Clique Lin Biaos und Jiang Qings²⁶ sein Kommando nachträglich zu einem Chaos. Deshalb müssen wir mit sachlicher Haltung eine ernsthafte Analyse vornehmen, um zu einer Einschätzung zu gelangen, die den objektiven Tatsachen entspricht. Hier will ich nur meine persönliche Meinung darlegen, wie ich sie aus der Untersuchung der Frage gewonnen habe. Bei eventuellen Fehlern bitte ich um Richtigstellung.

Grenzüberquerung zur ersten Schlacht

Ein Erfolg in der ersten Schlacht auf koreanischem Gebiet war von äußerster Wichtigkeit.

Am 8. Oktober 1950 ernannten das ZK und der Vorsitzende Mao Peng Dehuai zum Befehlshaber und Politkommissar der Chinesischen Volksfreiwilligen-Armee. Noch am selben Tag flog der Oberbefehlshaber Peng nach Shenyang, traf dort mit anderen verantwortlichen Genossen der Volksfreiwilligen-Armee zusammen, machte sich mit der Lage vertraut und inspizierte die militärischen Vorbereitungen. Am folgenden Tag (9. Oktober) übermittelte er auf einer Versammlung von Kadern ab der Armee-Ebene die Entscheidung des ZK für den Krieg „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea“ und erklärte, innerhalb von zehn Tagen seien alle militärischen Vorbereitungen abzuschließen. Der Oberbefehlshaber Peng sagte: „Unser Feind ist nicht Herzog Xiang von Song²⁷, er wird nicht so dumm sein zu warten, bis wir unsere

²⁵ Als „Jahrzehnt der Wirren“ (1966–1976) werden die Kulturrevolution und die anschließende Herrschaft der „Viererbande“ bezeichnet.

²⁶ Lin Biao (1907–1971) gehörte lange Zeit zum Führungskern der Kommunisten, soll aber 1971 einen Staatsstreich versucht haben und auf der Flucht ums Leben gekommen sein. Jiang Qing (geb. 1913), die Witwe Maos, wurde 1981 als Angehörige der Viererbande zum Tode verurteilt, später aber begnadigt.

²⁷ Herzog Xiang von Song (?–637 v. Chr.), ein Herrscher der Chunqiu-Zeit, der sich so stark an einen Moralkodex von „Sitte“ (*li*) und „Liebe und Gerechtigkeit“ (*renyi*) gebunden fühlte, daß er dem gegnerischen Heer von Chu großzügig erlaubte, vor der Schlacht seine Reihen zu ordnen, und dafür mit einer schweren Niederlage bezahlen mußte. (Zhongguo lishi renwu cidian, Hongkong 1979, S. 29)

Schlachtreihen aufgestellt haben, sondern sein Vormarsch rollt mit größter Geschwindigkeit ab, und deswegen müssen auch wir in einem Wettlauf gegen die Zeit arbeiten. Daß das ZK mich hierher beordert hat, ist auch erst vor drei Tagen in aller Hast beschlossen worden.“

Am 10. Oktober empfing der Oberbefehlshaber Peng in Shenyang eine Abordnung der Koreaner, hörte sich ihren Einführungsbericht zur Kriegslage in Korea an und erörterte die Frage einer gemeinsamen chinesisch-koreanischen Kriegführung. Nach der Unterredung richtete der Oberbefehlshaber Peng folgende Bitte um Weisung an den Vorsitzenden Mao: „Ursprünglicher Plan zuerst Einsatz zwei Armeen zwei Artillerie-Divisionen. Befürchte Bombardierung Zerstörung Jalu-Brücke. Konzentration überlegene Truppenstärke schwierig. Verlust Initiative. Deswegen Entschluß vollständige Konzentration Südufer. Änderung ursprünglicher Plan. Korrekt? Erwarte Weisung.“ Der Vorsitzende Mao war mit diesem Vorschlag Peng Dehuais einverstanden. Stalin hatte eigentlich gewollt, daß wir nur sechs Divisionen einsetzen; wenn wir aber sofort zum Auftakt 18 Divisionen einsetzten, so gebührt das Verdienst dafür dem Oberbefehlshaber Peng. Zu jenem Zeitpunkt hatte der Feind insgesamt 14 Divisionen in Korea stehen, 420 000 Mann, wobei die Truppenstärke in der ersten Linie 130 000 Mann betrug. Hätten wir also bei der ersten Schlacht nur mit zwei Armeen (sechs Divisionen) operieren können, dann wäre es unmöglich gewesen, den Auftakt-sieg zu erringen.

Am selben Abend noch begab Peng Dehuai sich per Bahn nach Andong (Dandong). Am nächsten Tag (11. Oktober) hielt er vor Kadern ab der Divisionsebene eine Mobilisierungsrede: „Gegenwärtig gibt es zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen. Eine Gruppe plädiert dafür, keine Truppen nach Korea zu entsenden, oder wenigstens vorläufig nicht. Ihre Argumente lauten: Erstens sind die Wunden, die der Krieg uns geschlagen hat, noch nicht verheilt, zweitens ist die Bodenreform noch nicht abgeschlossen, drittens ist China noch nicht vollständig von Banditen und Spionen gesäubert, viertens sind Ausrüstung und Ausbildung unserer Truppen noch unzureichend, und fünftens herrscht in einem Teil der Armee und der Zivilbevölkerung Kriegsmüdigkeit. Mit einem Wort: Weil alle Vorbereitungen mangelhaft sind, verlangen sie, einstweilen von einer militärischen Intervention abzusehen. Die zweite Gruppe tritt dafür ein, Korea mit militärischem Einsatz zu Hilfe zu eilen. Es ist nämlich nicht so, daß nur wir ungenügend vorbereitet wären, sondern der Feind hat das gleiche Problem, insbesondere die amerikanischen Imperialisten.“ Er sagte weiter: „Wenn wir uns eine Verschnaufpause verschaffen, indem wir erst in drei oder fünf Jahren losschlagen, ist das gut oder nicht? Natürlich ist das gut. Aber in drei oder fünf Jahren muß dann eben doch Krieg geführt werden . . . Der Aufbau unserer Landesverteidigung und Schwerindustrie ist nicht innerhalb von drei bis fünf Jahren zu bewältigen; man darf an einen Zeitraum von fünf Jahren keine übergroßen Hoffnungen knüpfen. Innerhalb einer so kurzen Zeitspanne wie fünf Jahre können das Heer und die Luftwaffe nicht besonders verbessert werden, von der Marine ganz zu schweigen. Deswegen ist es immer noch besser, wir nehmen die Sache schnell in Angriff, als daß wir sie auf die lange Bank schieben.“ In bezug auf das Operationskonzept führte er

aus: „Aufgrund solcher Voraussetzungen wie der Situation des Feindes und der Beschaffenheit des Terrains entspricht die Mobile Kriegführung, wie wir sie bisher in China praktiziert haben, mit ihren großen Vorstoß- und Rückzugsoperationen den Gegebenheiten in Korea nicht unbedingt. Koreas Territorium ist nämlich klein, und der Feind besitzt außerdem in verschiedener Hinsicht die Überlegenheit.“ Er fuhr fort: „Wir müssen eine entsprechend langfristige Planung ausarbeiten, die konkrete Lage eingehender studieren, uns mehr neue Methoden ausdenken und die Kräfte der Massen wecken, dann können wir diese ruhmreiche Aufgabe siegreich erfüllen.“

Bevor die Freiwilligen-Armee die Grenze überquerte, hatte der ursprüngliche Plan vorgesehen, die nördlich von Pyongyang verlaufende Linie Sungsong, T'aech'on, Tokch'on, Yongwon einzunehmen, die strategischen Schlüsselpunkte unter Kontrolle zu bekommen, Verteidigungsanlagen zu bauen, die Verteidigung zu organisieren und die Lage zu stabilisieren, um dann den Feind in einem günstigen Moment aufzureiben. Aber als unsere Truppen am 19. Oktober nach Korea einrückten, eroberte der Feind am selben Tag schon Pyongyang, und die Situation änderte sich erheblich, denn er teilte seine Verbände jetzt, und sie stürmten mit großer Geschwindigkeit blindlings vorwärts. Unsere Truppen konnten deswegen die vorbestimmte Verteidigungszone nicht mehr rechtzeitig erreichen. In Anpassung an die neue Lage änderte der Befehlshaber Peng unverzüglich die Vorbereitungen und ging zur Mobilien Kriegführung über, um den Feind in der Bewegung zu vernichten. Er ließ an alle Einheiten die Weisung ausgeben: „Das Rhee-Regime hat in aller Dreistigkeit einen verbrecherischen Überfall auf Nordkorea verübt. Seine Armeen befinden sich in mehreren getrennten Kolonnen auf dem Marsch nach Norden. Solange der Feind unsere Anwesenheit nicht bemerkt, wird er weiter nach Norden vorwärtsstürmen. Es ist durchaus möglich, daß er uns damit die Chance gibt, ihn mit der Mobilien Kriegführung zu vernichten. Ihr müßt mit äußerstem Einsatz gute Chancen für die Vernichtung des Feindes in einem Bewegungskrieg schaffen, um zu gewährleisten, daß es gleich zu Anfang einige erfolgreiche Gefechte gibt, damit die Überheblichkeit des Feindes zunichte gemacht wird.“

Der Operationsplan des Oberbefehlshabers Peng sah damals so aus, daß er eine große Lücke zwischen den feindlichen Einheiten im östlichen und westlichen Frontbereich nutzen wollte (die Distanz zwischen ihren Hauptverbänden im Westen und den Einheiten im Osten betrug 83 Kilometer), und dazu hatte er den Entschluß gefaßt, den Feind im Osten mit zwei Divisionen in die Zange zu nehmen und unsere Hauptkräfte im Westabschnitt zu konzentrieren, um den Feind mit Mobiler Kriegführung zu vernichten. Oberbefehlshaber Peng betonte: „Wir müssen abseits von den Hauptstraßen im verborgenen vorgehen, andernfalls werden wir vorzeitig vom Feind entdeckt, und er stoppt seinen Vormarsch oder zieht sich sogar zurück.“

Vor Beginn der Schlacht berichtete Oberbefehlshaber Peng an den Vorsitzenden Mao: „Der Feind hat aus einigen Panzern und mehr als zehn Kraftwagen einen Stoßtrupp gebildet, der überall Unruhe schafft . . . Ich will daher ein bis zwei Regimenter des Feindes durch getrennt operierende Armeen oder Divisionen vernichten.“ Zu jenem Zeitpunkt stürmte der Feind schon in Bataillone und Kompanien aufgefächert

vor, und deswegen entschied der Oberbefehlshaber Peng, keine große Einkreisung zu versuchen, die zum Zwecke gehabt hätte, den Feind in einem „Kesseltreiben“ zu vernichten, sondern er ließ mehrere kleinere Einkreisungen anlegen, um den Feind in einzelnen Einheiten zu vernichten. Diese Entscheidung war völlig korrekt. Der Vorsitzende Mao telegraphierte unverzüglich Zustimmung.

Am 25. Oktober hatte eine Horde von Feinden bereits Onjong erobert und ging auf Yangsu-dong vor, während ein Teil unserer Einheiten in günstigem Terrain zu beiden Seiten der Straße Stellung bezogen hatte und wartete, bis der Feind in die Falle ging. Schlagartig eröffneten sie das Feuer und rieben ein Bataillon und eine Artillerie-Schwadron des Feindes vollständig auf. Das war der Auftakt des Krieges „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea“.

Dokument 3

(NIE RONGZHEN)

KAPITEL 23
 IM KRIEG ‚WIDERSTAND GEGEN DIE USA UND HILFE FÜR
 KOREA‘

S. 733–738: Entscheidung und Entschlossenheit

Nach der Gründung der Volksrepublik hätten wir eine dauerhafte Friedenssituation bitter nötig gehabt, um die Wunden des Krieges zu heilen, und um unsere Volkswirtschaft wiederherzustellen und zu entwickeln. Aber an den objektiven Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung war durch unsere subjektiven Hoffnungen nichts zu ändern. Im Juni 1950 brach der Aggressionskrieg des US-Imperialismus gegen Korea aus. Bald darauf besetzten die USA auch noch die Provinz Taiwan, Bestandteil unseres Hoheitsgebietes. Am 1. Oktober desselben Jahres stürmten die US-Invasionstruppen über den 38. Breitengrad, führten eine großangelegte Offensive gegen die Demokratische Volksrepublik Korea, rückten auf Jalu und Tumen vor, die Grenzflüsse von Chinas Nordosten, und verübten außerdem Luftüberfälle auf das Mandschureigebiet. So zwang der US-Imperialismus dem chinesischen Volk einen Krieg auf.

Der Entscheidungsprozeß, ob wir uns in einen solchen Krieg hineinziehen lassen sollten, war extrem schwierig. Schließlich rangen das ZK und der Genosse Mao Zedong sich doch zu dem Entschluß durch, einzugreifen, und sie errangen damit einen großen Sieg, indem sie den damals allesverachtenden US-Imperialisten schwere Verluste zufügten, sie auf diese Weise an den Verhandlungstisch zwangen und so den Aggressionskrieg in Korea zum Stillstand brachten. Einmal mehr manifestierte sich hier die Kampfkraft unserer Partei, unserer Armee und des chinesischen Volkes, und einmal mehr manifestierte sich hier auch die großartige Kühnheit des proletarischen Revolutionärs Genosse Mao Zedong.

Noch bevor die US-Truppen den 38. Breitengrad überschritten hatten, beschloß die Militärkommission des ZK, die Strategische Reserve unter dem Kommando des Genossen Deng Hua und die 42. Armee von Henan²⁸ nach Norden zu verlegen und als Schutzschild am Jalu, der unmittelbaren Grenze zu Korea, in Stellung zu bringen. Davor führten wir eine intensivierete Offensive gegen Resteinheiten der Kuomintang, die sich auf einigen Inseln vor der Küste eingegraben hatten, und befreiten alle Inseln außer Taiwan, den Pescadore, Quemoy und Matsu. Das schuf sehr günstige Bedingungen dafür, daß wir den Krieg ‚Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea‘ angehen konnten.

Im August erreichte die Konteroffensive der Koreanischen Volksarmee bereits das Ufer des Naktong, sie hatte einen großen Teil des vaterländischen Territoriums be-

²⁸ Provinz im Herzen Nordchinas.

freit und befand sich im direkten Vormarsch auf Taegu und Pusan. Zu jenem Zeitpunkt gelangten der Genosse Mao Zedong und das ZK bei einer eingehenden Analyse zu dem Schluß, der US-Imperialismus werde eine Niederlage unter keinen Umständen hinnehmen, sondern mit seiner Luft- und Seeüberlegenheit sicher einen Gegenschlag führen; weil die Koreanische Volksarmee in einem Alleingang vorgeprescht und ihr Hinterland schwach sei, werde es auf dem koreanischen Kriegsschauplatz mit großer Wahrscheinlichkeit zu Komplikationen und Rückschlägen kommen. Deswegen erteilte ich auf einen Beschluß der Militärkommission hin am 5. August der Strategischen Reserve den telegrafischen Befehl: „Innerhalb dieses Monats alle Vorbereitungsarbeiten abschließen, dann Gefechtsbereitschaft.“ Aber weil die Vorbereitungsarbeiten zu schwer und der Druck zu groß war, ließen sie sich innerhalb des Monats August nicht zum Abschluß bringen. Am 18. August telegraphierte ich ein zweites Mal an den Genossen Deng Hua: „Bitte größere Anstrengungen, alle Vorbereitungsarbeiten unbedingt vor dem 30. September ausführen.“

Am 15. September kam es dann tatsächlich zur Landung der US-Einheiten in Incheon, die sofort in einer Großoffensive nach Norden vorgingen und rasch auf unser Grenzgebiet vorrückten. Weil unsere Streitkräfte vorbereitet waren, konnten die Truppen der Freiwilligen-Armee rechtzeitig im Oktober Nordchina erreichen, nach Korea einrücken und das wahnwitzige Vorhaben des US-Imperialismus vereiteln, der Korea schlucken und nach China einmarschieren wollte. Wenn nicht der Genosse Mao Zedong und das ZK vorhergesehen hätten, daß es auf dem Kriegsschauplatz zu Komplikationen kommen würde, und wenn nicht rechtzeitig die Strategische Reserve gebildet worden wäre, dann wären wir sehr wahrscheinlich überrascht worden und hätten die militärische Initiative verloren.

Natürlich mußten im Zusammenhang mit der Truppenentsendung nach Korea zahlreiche ideologische Fragen gelöst werden. Als wir begannen, die Aggression des US-Imperialismus offen anzuprangern, bekamen einige Leute Angst, denn sie meinten, wenn wir uns mit der imperialistischen Obergroßmacht der Welt anlegten, dann müsse China daran Schaden nehmen. In verschiedener Form und durch ideologische Erziehungsarbeit zur rechten Zeit beruhigten wir die Stimmung dieser Leute.

Damals existierten auch innerhalb unserer Partei Meinungsverschiedenheiten. Eine Gruppe von Genossen vor allem vertrat die Auffassung, nach so vielen Jahren Krieg brauchten wir dringend eine Regenerationspause, der Aufbau der Volksrepublik sei erst ein Jahr alt, und es gebe massive Schwierigkeiten: Wenn wir nicht absolut zu einem Eingreifen gezwungen wären, sollten wir uns am besten aus diesem Krieg heraushalten. Auch der Genosse Mao Zedong zerbrach sich über die Frage „Eingreifen oder nicht eingreifen?“ lange den Kopf. Zu jenem Zeitpunkt waren unsere Truppen bereits am Jalu angelangt, und die Vorhutverbände des Genossen Deng Hua hatten schon die Vorbereitungen für die Flußüberquerung abgeschlossen, da ließ der Genosse Mao Zedong mich doch wieder an Deng Hua telegrafieren, er solle langsamer machen, dann ließ er ihn noch einmal anhalten, mußte immer wieder hin und her überlegen, und erst zuallerletzt rang er sich zu einem Entschluß durch. Der Genosse Mao Zedong zermartete sich geradezu über dieser Sache. Nicht er war auf Krieg aus,

sondern das Problem bestand darin, daß die USA bereits bis an unsere Grenze vorgezogen waren: Was blieb da anderes übrig, als einzugreifen? So fiel unsere Entscheidung zur Intervention. Nachdem der Grundsatzbeschluss einmal feststand, kam es darauf an, mit voller Kraft vorzugehen, denn wir mußten in diesem Krieg unbedingt einen Sieg erringen. Ohne die großartige revolutionäre Kühnheit und Klarsicht des Genossen Mao Zedong, ohne das feste Vertrauen in die Partei, in unsere Armee und in unser Volk hätte diese historische Entscheidung nicht zustandekommen können.

Während der Generalstab im September 1950 auf Hochtouren die Vorbereitungen vorantrieb, verkündete Ministerpräsident Zhou Enlai am 30. der Weltöffentlichkeit: „Das chinesische Volk kann unter keinen Umständen die Aggression einer fremden Macht dulden, und es kann auch nicht unbeteiligt zulassen, daß die US-Imperialisten gegenüber einem Nachbarn Chinas eine skrupellose Aggression verüben.“ Weil damals zwischen China und den USA noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden, berief Ministerpräsident Zhou Enlai zudem persönlich den indischen Botschafter in China Panikkar zu sich und bat ihn, die indische Regierung möge der US-Regierung folgende Warnung übermitteln: Falls die US-Einheiten den 38. Breitengrad überschreiten, werden chinesische Truppen Korea zu Hilfe kommen. Präsident Truman ließ diese Botschaft unverzüglich an MacArthur weiterleiten. Gleichzeitig ließ die amerikanische Regierung verlauten, die US-Einheiten würden am 38. Breitengrad anhalten. Aber in den frühen Morgenstunden des 2. Oktober erhielten wir die Information, daß die US-Einheiten unsere Warnung mißachtet und bereits in großem Umfang den 38. Breitengrad überschritten hätten.

Daraufhin gaben das ZK und der Genosse Mao Zedong am selben Tag die Weisung aus: Es ist beschlossen worden, ein Truppenkontingent unter der Bezeichnung „Freiwilligen-Armee“ zum Kampf gegen die Armeen des US-Imperialismus und seines Kettenhundes Syngman Rhee nach Korea zu schicken, um den koreanischen Genossen zu helfen. Der Genosse Mao Zedong verkündete die Parole „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea, die Familie und den Staat schützen“. Dieses Motto war genau auf die Situation zugeschnitten, denn es stellte die Beziehung zu unseren nationalen Interessen her und machte dem Volk bewußt, daß es nicht nur um den Widerstand gegen die USA und die Hilfe für Korea ging, sondern auch um die Verteidigung von Familie und Vaterland. Deswegen verschmolz diese Parole Internationalismus und Patriotismus in einem.

Lin Biao war gegen eine Entsendung von Truppen nach Korea. Ursprünglich hatte der Genosse Mao Zedong Lin Biao als Befehlshaber der Freiwilligen-Armee in Korea vorgesehen, aber jener schützte aus lauter Angst Krankheit vor und sperrte sich gegen den Auftrag. Das war sehr merkwürdig, denn als wir früher zusammengearbeitet hatten, hatte ich nie bemerkt, daß er einmal so fürchterliche Angst gehabt hätte. Daraufhin beschloß der Genosse Mao Zedong, den Genossen Peng Dehuai mit der Aufgabe zu betrauen. Peng befand sich damals gerade in Xi'an und kam am 4. Oktober nach Beijing, wo er am folgenden Tag an der Sitzung des Politbüros in Zhongnanhai²⁹ teil-

²⁹ Sitz des ZK der KPCh und der Regierung sowie Maos Amtssitz in Beijing.

nahm. Der Genosse Peng Dehuai hatte sich seit jeher durch Mut und Beherztheit ausgezeichnet, und als das ZK die Entscheidung traf, daß er die Freiwilligen-Armee befehligen solle, erklärte er, er sei entschlossen, diesen Auftrag zu erfüllen. In der Beratung unterstützte er nachdrücklich die Position des Genossen Mao Zedong, der für die Entsendung von Truppen nach Korea eintrat. Peng sagte, bei einer militärischen Auseinandersetzung könnten die Amerikaner höchstens nach China eindringen, was im allerschlimmsten Fall darauf hinausliefe, daß Chinas Befreiung sich um einige Jahre verzögere. Die feste Haltung des Genossen Peng Dehuai in dieser Beratung machte tiefen Eindruck auf mich.

Am 8. Oktober richtete der Genosse Mao Zedong einen offiziellen „Befehl an die Chinesische Volksfreiwilligen-Armee“. Dieser Befehl lautete: „Damit der Befreiungskrieg des koreanischen Volkes unterstützt, den Angriffen des USA-Imperialismus und seiner Lakaien Widerstand geleistet wird und dadurch die Interessen der Völker Koreas, Chinas und aller anderen Länder des Ostens verteidigt werden, befehle ich hiermit den Chinesischen Volksfreiwilligen, so schnell wie möglich nach Korea zu marschieren, gemeinsam mit den koreanischen Genossen gegen die Aggressoren zu kämpfen und einen ruhmreichen Sieg zu erringen.“³⁰ Am selben Tag wurde der Genosse Peng Dehuai zum Befehlshaber und Politikommissar der Chinesischen Volksfreiwilligen-Armee ernannt, und er begab sich unverzüglich an die Nordost-Front. Am 10. Oktober traf ein Telegramm mit der Bitte des Genossen Peng Dehuai um Weisung ein: „Ursprünglicher Plan zuerst Einsatz zwei Armeen zwei Artillerie-Divisionen. Befürchte Bombardierung Zerstörung Jalu-Brücke. Konzentration überlegene Truppenstärke schwierig. Verlust Initiative. Deswegen Entschluß vollständige Konzentration Südufer. Änderung ursprünglicher Plan.“ Die Absicht des Genossen Peng Dehuai war, alle 18 Divisionen, die bereits in der ersten Linie konzentriert waren, geschlossen nach Korea hineinzuverlegen, um die zahlenmäßige Überlegenheit zu erringen. Auf unseren Bericht hin erteilte der Genosse Mao Zedong diesem Vorschlag seine Zustimmung.

Am 13. Oktober bekräftigte der Genosse Mao Zedong zusammen mit dem ZK noch einmal die Notwendigkeit der Truppenentsendung. Er sagte, bei einer Beratung der Genossen des Politbüros seien alle übereinstimmend zu der Überzeugung gelangt, daß es doch am günstigsten sei, wenn unsere Truppen nach Korea geschickt würden. Das diene in höchstem Maße China, Korea, dem Fernen Osten und der ganzen Welt. Wenn wir hingegen keine Truppen entsenden und zulassen würden, daß der Feind bis zum Jalu-Ufer vordringt, würde sich die Hybris der reaktionären Kräfte in China und im Ausland noch steigern, was in jeder Hinsicht abträglich wäre; ganz besonders für die Mandschurei, weil die Grenzschutzeinheiten der gesamten Mandschurei davon absorbiert würden und die südmandschurischen Kraftwerke innerhalb des feindlichen Kontrollradius lägen. Auf einen Nenner gebracht: Wir waren davon überzeugt, daß wir in den Koreakrieg eintreten sollten und mußten, und daß

³⁰ Dieser Auszug ist zitiert aus der offiziellen Übersetzung „Befehl an die Chinesischen Volksfreiwilligen“, in: Mao Tsetung, *Ausgewählte Werke*, Bd. V, Beijing 1978, S. 42.

eine solche Intervention von größtem Nutzen sei, während ein Verzicht darauf größten Schaden nach sich ziehen mußte.

Am 18. Oktober erteilte das ZK uns die Weisung, folgenden Befehl nach unten zu übermitteln: „Am 19. Oktober beginnt die Chinesische Volksfreiwilligen-Armee mit der Überquerung des Jalu.“ Am 25. Oktober drangen die Amerikaner bis zu dem etwas mehr als 30 Kilometer vom Jalu entfernten Taegwan-dong vor. An jenem Tag kam es zu unserem ersten Feuerwechsel mit dem Feind. Die erste Schlacht begann: Auftakt für den Krieg „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea“.

Damals betrug die Truppenstärke des Feindes in der ersten Linie des koreanischen Kriegsschauplatzes 10 Divisionen und eine Brigade, insgesamt mehr als 130 000 Mann. Wir setzten auf einen Schlag 18 Divisionen ein. Wenn wir, wie ursprünglich geplant, erst einmal nur sechs Divisionen eingesetzt hätten, dann hätten wir in die Defensive geraten können. Da wir uns die zahlenmäßige Überlegenheit sicherten und unsere Truppen zudem hohe Moral, Qualität, Tapferkeit und Standhaftigkeit besaßen, deswegen waren wir von jenem Moment an, in dem wir koreanischen Boden betraten, in allen Gefechten siegreich, was das Fundament für den Sieg legte.

Dieser Schachzug, d. h. der damals gefaßte strategische Entschluß einer militärischen Intervention in Korea, war vollkommen richtig, und der Genosse Mao Zedong und das ZK verhielten sich in dieser Frage wirklich weise. Wenn man das Komplott des US-Imperialismus hätte in Korea gelingen lassen, dann hätte er uns noch auf einem anderen Kriegsschauplatz zu einer Auseinandersetzung gezwungen, wir wären in eine tiefe Passivität geraten, und Chinas Situation sähe heute anders aus.

(S.739)

Die US-Imperialisten rechneten nicht mit einer militärischen Intervention Chinas in Korea; sie gingen davon aus, daß Chinas innerer Krieg noch nicht vollständig beendet sei, daß im wirtschaftlichen Bereich ebenfalls große Schwierigkeiten herrschten, und China sich infolgedessen nicht zu einer Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus nach Korea vorwagen würde. Als MacArthur seine Truppen für die Inchon-Operation aufstellte, traf er dabei denn auch Vorbereitungen, mit denen ein Sturmangriff unserer Streitkräfte auf Taiwan abgewehrt werden sollte. Das war ein fataler Fehler im strategischen Kalkül der US-Aggressoren, der dann zwangsläufig dazu führte, daß sie im Krieg in Korea eine schwere Niederlage erlitten.

(S.744/45)

Nach Ausbruch des Krieges in Korea erkannten wir rasch, daß die große Jalu-Brücke gesichert werden mußte. Das war die Hauptverbindungsader zwischen China und Korea, und ihre wirksame Sicherung besaß Schlüsselbedeutung für uns. Nicht lange nach Ausbruch des Krieges fragten die Genossen aus der Mandschurei telegrafisch beim Generalstab an, ob man zur Sicherung der großen Brücke einige Einheiten Flak-Artillerie auf das Südufer des Jalu auf koreanisches Gebiet verlegen könne. Auf dieses Telegramm hin kam ich zu der Auffassung, es sei wohl so am besten, und schrieb einen Bericht für die Genossen Mao Zedong und Zhou Enlai, in dem ich ih-

nen die Gründe darlegte. Ihre Genehmigung traf unverzüglich ein. Nachdem wir die Einwilligung der koreanischen Genossen eingeholt hatten, umgaben wir die große Jalu-Brücke mit einem dichten Netz von Sicherungsmaßnahmen, und trotz häufiger Bombardierungen durch US-Flugzeuge kam es zu keiner wesentlichen Unterbrechung der Verbindungen.

(S.757/58)

Auf dem Höhepunkt der Spannungen im Koreakrieg rechneten die USA eigentlich mit der Möglichkeit einer militärischen Intervention der Sowjetunion, doch eine sowjetische Intervention fand nicht statt. Sie schickten nur einige Luftwaffen- und Flak-einheiten, die im Hinterland Abwehr-Aufgaben erfüllten. Einige sowjetische Flak-Einheiten wurden an Eisenbahnknotenpunkten oder Schlüsselabschnitten in Stellung gebracht. Selbst wenn es der sowjetischen Luftwaffe untersagt war, den 38. Breiten-grad zu überfliegen, so war der sowjetische Beitrag für den Bereich der Luftabwehr in Koordination mit den chinesischen und koreanischen Einheiten damals von ziemlich großer Bedeutung. Stalins Sowjetunion gewährte unserem Krieg „Widerstand gegen die USA und Hilfe für Korea“ materielle und moralische Unterstützung. Warum setzte die Sowjetunion keine Truppen ein? Deswegen, weil sie fürchteten, ein Zusammenstoß der beiden Mächte Sowjetunion und USA werde den Dritten Weltkrieg auslösen.

Notiz

VERBAND DER EUROPÄISCHEN HISTORIKER

Während des Internationalen Historikertages in Stuttgart hat sich ein Verband der europäischen Historiker konstituiert. Der Verband ist ein Verein von Einzelpersonen, kein Zusammenschluß von bestehenden Organisationen oder Vereinigungen von Historikern. Seine Ziele sind:

- ein Forum der Begegnung und des Meinungsaustausches für die europäischen Historiker zu schaffen, das die Einheit in der Vielfalt der Kulturtraditionen Europas in den Mittelpunkt stellt;
- Vorurteile abzubauen, die in den verschiedenen nationalen Geschichtsschreibungen einem adäquaten Verständnis der Geschichte bzw. der heutigen Realität Europas im Wege stehen;
- Initiativen zu ergreifen, die geeignet sind, eine bessere, wechselseitige Kenntnis sowie einen ständigen Austausch über methodologische und inhaltliche Fragen und über sonstige Probleme der Historiographie in den einzelnen europäischen Ländern zu ermöglichen;
- sich um die Schaffung von kulturellen Organisationsstrukturen für die Durchführung von übernationalen Forschungen zu bemühen, welche die Geschichte des *einen* Europa nicht einfach auf eine Summe einzelner Nationalgeschichten reduziert.

Der Verband plant die Herausgabe einer Zeitschrift zur Information sowohl über die Forschungen seiner Mitglieder wie über wissenschaftliche Ereignisse (Kongresse, Colloquien, Stiftungen, Initiativen aller Art). Die Zeitschrift wird auch Literaturberichte über Probleme publizieren, die für die Geschichtsschreibung der verschiedenen Länder Europas von Wichtigkeit sind.

Zum Präsidenten des Verbandes wurde Professor Armando Saitta (Italien) gewählt; Mitglieder des Vorstandes sind die Professoren Eloy Benito Ruano (Spanien); Alessandro Galante Garrone (Italien); Hartmut Galsterer (Bundesrepublik Deutschland), Vizepräsident; Eugenio Garin (Italien); Jacques Godechot (Frankreich), Vizepräsident; Helmut G. Koenigsberger (England); Heinrich Lutz (Österreich); Bruno Paradisi (Italien); Franco Sartori (Italien), Schriftführer; Wolfgang Schieder (Bundesrepublik Deutschland); Pierre Villard (Frankreich), Schatzmeister; Cinzio Violante (Italien).

Der Mitgliedsbeitrag für 1986 beträgt 30 000 Lire. Die Adresse des Verbandes, über die nähere Auskünfte eingeholt und eine Mitgliedschaft beantragt werden kann, ist:

c/o Istituto Storico Italiano per l'età
moderna e contemporanea
via Michelangelo Caetani, 32
I 00186 Roma

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Bernd Bonwetsch, Professor am Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte der Ruhr-Universität Bochum (4630 Bochum, Universitätsstraße 150), veröffentlichte u.a. „Kriegsallianz und Wirtschaftsinteressen. Rußland in den Wirtschaftsplänen Englands und Frankreichs 1914–1917“ (Düsseldorf 1973), „Rußland und der Separatfrieden im Ersten Weltkrieg. Zum Stand einer Kontroverse“ (in: *Gesch. u. Gesellschaft* 3, 1977, S. 125 ff.), „Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik in der Bismarckzeit“ (in: *Gesch. u. Gesellschaft* 5, 1979, S. 261 ff.), „Zeitgeschichte Osteuropa als Methoden- und Forschungsproblem“ (Hrsg., Berlin 1985), „Der ‚Große Vaterländische Krieg‘ 1941–1945“ (in: *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Bd. 3. Stuttgart 1984, S. 909–1008), „Sowjetische Partisanen 1941–1944“ (in: G. Schulz [Hrsg.], *Partisanen und Volkskrieg*. Göttingen 1985, S. 92–124), „Die Sowjetunion, China und der Koreakrieg“ (zus. mit Peter M. Kuhfus in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 33. Jg., 1985, Heft 1, S. 28–87), „Der ‚Große Vaterländische Krieg‘, Geschichtsbewußtsein und Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion“ (in: *Geschichtsdidaktik* 1985, S. 427–433).

Dr. Dietrich Geyer, ordentlicher Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Tübingen (7400 Tübingen 1, Wilhelmstraße 36), veröffentlichte u.a. „Lenin in der russischen Sozialdemokratie“ (Köln 1962), „Die russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven“ (1968, 4. Aufl. Göttingen 1985). „Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914“ (Göttingen 1977), „Kautskys russisches Dossier. Deutsche Sozialdemokraten als Treuhänder des russischen Parteivermögens 1910–1914“ (Frankfurt a.M. 1981), „Klio in Moskau und die sowjetische Geschichte“ (Heidelberg 1985), Herausgeber von „Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik“ (Bd. 1–3, Köln, Wien 1972–1976), Mitherausgeber von „Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft“ (1975 ff.), „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas“ (1966 ff.), „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (1967 ff.) u.a.

Dr. Ludolf Herbst, Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte u.a. „Die erste Internationale als Problem des deutschen

Politik in der Reichsgründungszeit“ (Göttingen 1975), „Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945“ (Stuttgart 1982) sowie zahlreiche Aufsätze zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Dr. Otmar Jung, Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin (1000 Berlin 21, Altonaer Straße 10); arbeitet zur Zeit an einer politischen Biographie des hohen Richters, Sozialdemokraten und Pazifisten Arnold Freymuth (1872–1933).

Dr. Peter M. Kuhfus, Akademischer Rat, Seminar für Ostasiatische Philologie der Universität Tübingen (7400 Tübingen 1, Herrenberger Straße 51), veröffentlichte u.a. „Li Hongzhang und Eguo“ (Li Hongzhang und Rußland, Tübingen 1980), „Sozialismus in wievielen Ländern? Sowjetologie und Entstehung des ‚Ostblocks‘“ (in: *Zeitgeschichte Osteuropa als Methoden- und Forschungsproblem*, hrsg. von B. Bonwetsch, Berlin 1985), „Die Risiken der Freundschaft. China und der Jalta-Mythos“ (in: *Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung* 7, 1984, S. 247–286), „Die Anfänge der Volkskriegs-Doktrin in China“ (in: G. Schulz [Hrsg.], *Partisanen und Volkskrieg*. Göttingen 1985, S. 59–91), „Die Sowjetunion, China und der Koreakrieg“ (zus. mit Bernd Bonwetsch in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 33. Jg., 1985, Heft 1, S. 28–87); zur Zeit mit quellenkritischen Untersuchungen zu den Werken Maos und mit einer Arbeit zu den internationalen Dimensionen der Revolution in China von 1911 beschäftigt.

Dr. Zdenek Zofka, Historiker, Freier Mitarbeiter bei Verlagen und Rundfunk (8033 Krailling, Albrecht-Dürer-Straße 20) veröffentlichte u.a. „Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936“ (München 1979), „Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Bezirk Günzburg“ (in: Martin Broszat, Elke Fröhlich und Anton Grossmann [Hrsg.], *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV, München, Wien 1981); gegenwärtiges Forschungsinteresse: Sklavenarbeit im KZ-Außenlager Allach (BMW).